REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 372 · 15.11.1994

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 51 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Es gärt bei den Rechten - ES, Hamburg
2. Juden im Widerstand. Ausstellung in Hamburg
3. Die "letzte Version" nicht dem Staat überlassen (Prozeß gegen Birgit Hogefeld) - AK Drinnen & Draußen, Celle
4. EU-Gipfeltreffen in Essen. Programm des "Gegengipfels", 9.-11.12.94
5. Basso-Tribunal zum Asylrecht in Europa
6. "Er fuhr nicht angeschnallt ..." Über die alltägliche Diskriminierung von AusländerInnen - RA Martin Lemke, Hamburg
7. Ablauf einer Krise: Die einsame Politik der USA am Golf - Jan Keetman
8. Kongreßwahlen in den USA. Reaktionäre und Fundamentalisten gewinnen weiteren Boden - Michael Hahn
9. Talkshow-Plausch mit Schönhuber? Oliver Tolmeins Buch "Originalton deutsch" - Js.
10. Kaindl-Verfahren: Das ziemlich plötzliche Ende eines Prozesses - M., Berlin
11. Gottfried Küssel weiter im Knast - ES, Hamburg
12. Nazi Worch vor Gericht - ES, Hamburg
13. Bulletin der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung
14. Braune Rechtshilfe - ES, Hamburg
15. Wiking-Jugend verboten - ES, Hamburg
16. Verfolgung und Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) in Göttingen (Autonome Antifa - M), Göttingen
17. Israel/Palästina: Massaker gegen Frieden - Klaus Mellenthin
18. Wahlen in Mozambik. Schlußpunkt erfolgreiche imperialistischer Destabilisierungspolitik - J., Westberlin
19. "Innerirakische Fluchtalternative" Kurdistan? - Thomas Uwer, WADI
20. "Die Hilfsorganisationen sind Zeugen." Interview mit Mohammed Tofik, Minister für humanitäre Angelegenheiten in Irak.-Kurdistan
21. "Strategische Dörfer" in Kurdistan geplant - Ein Genosse der anti-rep-Kommission
22. "Man sollte uns fragen, ob wir uns sicher fühlen" Zur Diskussion um das Embargo gegen den Irak - Thomas Uwer, WADI
23. Woher die Zapatisten kommen. Elf Jahre EZLN, elf Monate Revolution in Chiapas - und nun? - Juan Chicoy, Tuxtla Gutièrrez/Chiapas
24. "Kein Sprung ins Leere." Interview mit Schafik Handal (FMNL-PCS) - Albert Sterr, aus
25. Die Befreiungsbewegung FMLN gespalten. Schwächung und Neuorientierung der ehemaligen Guerillabewegung - Al., Nürnberg
26. "Die FMLN ist ausgebrannt." Interview mit Joaquín Villalobos (FLMN-ERP) - Albert Sterr, aus
27. "Gottesstaat" Iran unter Druck - Bernh.
28. Bougainville: Kämpfe gehen weiter. Friedensabkommen kam nicht zustande - Vo
29. Haiti - Die andere Invasion - Ein Genosse der anti-rep- Kommission
30. "Religionsübergreifende Bündnisse sind möglich." Ein Gespräch mit SprecherInnen von Sinn Féin - M., mb., Berlin
31. Bioethik: Erlaubt ist, was dem Markte dient - Erika Feyerabend, Genarchiv Essen
32. Auf dem Weg zur Standortbrigade. Nachbetrachtung zum politische Leitantrag des ÖTV-Gewerkschaftstages - Gerald Kemski
33. Lesetip: Geschichtsunterricht. Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges - Katja Leyrer
34. Der bundesdeutsche Extremismus der Mitte. Begriffserklärung und aktuelle Erscheinungsformen - Micha Brumlik
35. "Sie jagen mich, um mich zu vernichten." Stellungnahme von Gregor Gysi zum Vorwurf, für die Stasi gearbeitet zu haben
36. Sustainable Development - ein Zukunftsthema? - J.R., PP., gg.

37. Kapitalismus auf Diät? Eine Kritik der Nachhaltigkeits-Ideologie - Christoph Spehr
38. Vereinigungsgewinnler Ost. Bürgerbewegung im Ruhestand nervt Westgrüne - Js.
39. Neuauflage der Unvereinbarkeitspolitik? Die SPD-Führung quält das Verhältnis zur PDS - he.
40. Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern, Mecklenburg/Vorpommern, Saarland und Thüringen - Tabelle
41. Die VSP mit zweierlei Maß - as
42. MLPD: "Wir haben in diesem Wahlkampf unsere gesellschaftsverändernde Kraft bewiesen." - as
43. Konsolidierung auf niedrigem Niveau. Die Wahlen vom 16.10. aus der Sicht der DKP - as
44. Wahlnachlese von links - as.
45. GAL Hamburg: SPD von außen unter Druck setzen - as
46. Spendenaufruf: 50.000 DM für ak!
47. Die Lage der DKP auf kommunaler Ebene
48. Quelldatei 26.htm
49. Quelldatei 35.htm
50. Quelldatei 49.htm
51. Quelldatei ff-1.htm

1. Es gärt bei den Rechten

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Wahlen; Rechte, Neue; Republikaner; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:40

Das miserable Bundestagswahlergebnis der Republikaner hat die Diskussion um die Etablierung einer Partei rechts der Union neu angefacht. Unübersehbar fällt der Schatten des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider auf die Szenerie. Dessen Erfolgsrezept zu kopieren ist der deutschen Rechten bislang trotz erheblicher Mühen nicht gelungen. Von der FDP über die REPs bis hin zu Freys DVU und der NPD wird nun wieder darüber diskutiert, wie auf Dauer eine stabile rechts-bürgerliche Mehrheit gesichert werden kann. Daß es eine rechts der Union angesiedelte Partei geben müsse, ist in diesem Lager Konsens. Zunehmend verlieren dabei die honorigen Stichwortgeber ihre Scheu, auch ganz weit rechtsaußen mögliche "Diskussionspartner" zu suchen. Selbst die penetrantesten Leugner der Nazi-Verbrechen finden beispielsweise bei Ernst Nolte, dem rechten Vordenker des 1986 entfachten Historikerstreits, mittlerweile Anerkennung. Nolte empfindet eine Partei rechts von der Union als überfällig.

Rechte Töne aus der FDP

Die aktuelle Diskussion um eine neue rechte Partei wurde eröffnet von einem Kreis innerhalb der Berliner FDP, der den drohenden Exitus dieser Partei zum Anlaß nahm, deren offen rechte Formierung zu betreiben. Vordergründung geht es den Leuten um Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und den Welt-Redakteur Rainer Zitelmann dabei um die "Rettung" der FDP, die nur in der Besinnung auf die Nation eine Chance habe. In ihrem "Manifest Berliner Freidemokraten" wird dabei kräftig gegen alles vom Leder gezogen, was an linksliberalen Inhalten in Teilen der FDP noch vorhanden ist. Originalton: "Feministinnen wollen nicht Gleichberechtigung, sondern eine neue ‚Apartheid` "; "Ökohysterie darf nicht Leitfaden der FDP-Politik sein"; "Der Staat muß sich auf seine ursprünglichen Aufgaben, die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, konzentrieren." Ansprechpartner für die FDP-Politik müßten die "Leistungsträger" sein, die "nicht durch ständig steigende Steuern belastet werden" dürften. Und es gehört zu den Besonderheiten dieses nationalen Diskurses, Europa allenfalls als "Staatenbund", nicht aber als "Bundesstaat" gelten zu lassen.

Diese Diskussion hat insbesondere im Kreis um Zitelmann schon eine längere Tradition. Da erschien in diesem Jahr bei Ullstein ein Sammelband "Die selbstbewußte Nation. ‚Anschwellender Bocksgesang` und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte", in dem neben dem Verfasser des "Bocksgesangs", Botho Strauß, eben dieser Zitelmann, der schon erwähnte Ernst Nolte, der konservative Berliner Professor Reinhart Maurer, der Redakteur der rechtsradikalen Postille Junge Freiheit, Roland Bubik, und weitere Vertreter des neurechten Spektrums versammelt sind.

In dem Ullstein-Sammelband werden denn auch weitere Stichworte genannt: Kampagnen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit richteten sich "in Wahrheit keineswegs gegen Neonazis und Rechtsextremisten", sondern "gegen die demokratische Rechte". Der Wiener Korrespondent des Rheinischen Merkur, Peter Meier-Burgfeld, hetzt gegen den Feminismus: "Der Staat muß (...) vom Leben seiner Söhne als Soldaten zehren, das kann keine Frauenmoral billigen."

Der Ende September ausgerechnet in der taz veröffentlichte "Berliner Appell - Wehret den Anfängen!" schlug in dieselbe Kerbe: Warnung vor dem erneuten Vormarsch des Sozialismus in Gestalt der PDS, Protest gegen die "Hexenjagd auf Konservative". Auch wenn sich beispielsweise Sarah Kirsch später von ihrer Unterschrift distanzierte (was die Initiatoren nicht gelten lassen wollen), gelang es Zitelmann und Co., ein interessantes Spektrum auf dieser Plattform zu vereinigen: Neben ihm selbst und dem Herausgeber des Ullstein-Sammelbands, Heimo Schwilk, waren dabei: Heinrich Lummer, Berliner CDU-Rechtsaußen und immer wieder als möglicher Kandidat einer rechten Formierung genannt; Alfred Dregger, ausgemusterter CDU-Hardliner; Kanzlerberater Basilius Streithofen, wegen antisemitischer Äußerungen ("Die Juden sind mit die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers") aufgefallen; aber auch Freya Klier und Wolfgang Templin.

Zitelmanns Bemühungen gehen also weit über eine innerparteiliche Diskussion in der FDP hinaus. Er ist heute einer derjenigen, die den neurechten Diskurs an prominenter Stelle führen und der offenbar jetzt eine Gelegenheit sieht, seine Vorstellungen in konkrete (Partei-)Politik umzusetzen. Zitelmann ist Chef der

Welt-Beilage "Geistige Welt" und war zuvor Cheflektor der Verlage Ullstein und Propyläen, die im Besitz von Herbert Fleissner sind. Fleissner, Alleingeschäftsführer der drittgrößten Buchverlagsgruppe (nach Bertelsmann und Holtzbrinck) in der Bundesrepublik, Ullstein-Langen-Müller-Herbig, ist Mitglied des revanchistischen "Witiko-Bundes" und Träger der Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht, die vom "Bund der Vertriebenen" (BdV) gestiftet wird. Er gehört auch zum engsten Unterstützerkreis der rechtsintellektuellen Wochenzeitung Junge Freiheit (JF).

Zitelmann selbst genießt bis weit ins extrem rechte Lager Anerkennung: Karl Richter, Chefideologe der neonazistischen "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL), bezeichnete ihn in Nation + Europa, dem bedeutendsten ideenpolitischen Organ bundesdeutscher Rechtsextremisten, als "talentierten Nachwuchshistoriker".

Auch die beiden Herausgeber des Ullstein-Sammelbandes sind bei Springers Welt tätig: Ulrich Schacht arbeitet dort als Kultur-Chefreporter, Heimo Schwilk ist Ressortleiter Kultur. Schwilk war Autor des JF-Vorgängers Student und ist langjähriger Autor in der Zeitschrift Criticon, die sich selbst als "Kristallisationspunkt für konservative Intelligenz jenseits des niedergehenden Milieus der Unionsparteien" definiert und gemeinsam mit der JF an der Rekonstruktion eines "Konservatismus" rechts von CDU und CSU arbeitet.

Daß die Autoren des Berliner Manifests tatsächlich eine Kursänderung der FDP erreichen werden, ist eher unwahrscheinlich. Der Verfasserkreis jedenfalls gehört zu einem Diskussionszusammenhang der deutschen Rechten, der immer wieder und bislang immer ohne Erfolg versucht hat, eine rechte Partei zu etablieren, die parlamentarisches Gewicht gewinnen kann. Gerade die Beschwörung einer Wiederkehr des Sozialismus (!), gegen die die Besinnung des Liberalismus auf die Nation zu setzen sei, erinnert dabei fatal an die "Nationalliberale Aktion" um Erich Mende und Siegfried Zoglmann, mit der zwischen 1969 und 1972 eine SPD/FDP-Koalition ausgehebelt werden sollte. Der damalige Versuch scheiterte knapp, die führenden Vertreter der NLA fanden in der CSU/CDU neue Futterkrippen.

Bündnispartner für eine FDP-Abspaltung könnten von Stahl, Zitelmann und Co. aus Manfred Brunners "Bund Freier Bürger" gewinnen, der Anfang dieses Jahres einen ähnlichen Versuch gestartet und in weiser Voraussicht des sicheren Scheiterns ganz auf seine großspurig angekündigte Bundestagskandidatur verzichtet hatte.

REPs kaputt ?

Ganz den Eindruck eines Boxers, der die letzten Runden nur noch mit offener Deckung übersteht, machten spätestens seit ihrem Scheitern bei den Europawahlen die REPs, bei denen im August dann der offene Kampf ausbrach: Die Mehrheit des Vorstands versuchte, REP-Chef Schönhuber wegen seines Techtelmechtels mit der bislang immer als absolute Konkurrentin betrachteten "Deutschen Volksunion" (DVU) des Gerhard Frey abzusetzen. Gegen diesen Beschluß seiner Kollegen bemühte Schönhuber die Gerichte, die seinen endgültigen Ausschluß aus der Partei vom Votum eines Parteitages - darauf hatte Schönhuber geklagt - abhängig machten. Dieser Parteitag soll nun Ende November stattfinden. Ob Schönhuber dort - wie schon vor Jahren bei seiner ersten "Entmachtung" - noch einmal gewinnen kann, ist nicht vorauszusagen. Unklar ist auch, ob Schönhuber seine Ankündigung vom Sommer, freiwillig zurücktreten zu wollen, angesichts der Querelen wahrmachen wird. Je nach Ausgang dieser Entscheidung aber werden die Republikaner sich in der Diskussion um eine rechte Perspektive wohl unterschiedlich verhalten.

Seit Wochen trommelt der DVU-Vorsitzende Frey in seinen Zeitungen (Deutsche Nationalzeitung und Deutsche Wochenzeitung) gegen die Schönhuber-Kritiker. Frey rechnet den REPs vor, daß sie bei den letzten 26 Wahlen immer dann scheiterten, wenn sie nicht im Bündnis angetreten waren oder in Absprache mit der DVU einen Alleingang versucht hatten. Schönhubers Gegner werden in Freys Zeitungen als die "Brutus-AG" bezeichnet; Schönhuber-Gegner Alexander Hausmann sei ein Freimaurer mit Beziehungen zu amerikanischen Wallstreet-Logenbrüdern; der baden-württembergische REP-Chef Schlierer wirke so, "als habe Fernseh-Ulknudel Harald Schmidt etwas mit TV-Kobold Fred Feuerstein gehabt" (Originalton DNZ). Selbst die Mobilisierung übelster antisemitischer Vorurteile fehlt nicht: Hausmann sei "jüdischer Herkunft (an sich gewiß nicht ehrenrührig!)." (DWZ, 28.10.94) Ganze Leserbriefseiten werden mit Meinungsäußerungen gegen die Spalter Schlierer und Hausmann gefüllt.

Ganz offensichtlich will Frey die Schönhuber-Fraktion bei den REPs beerben. Wie die ausgetretene Bundesschriftführerin der REPs, Martina Rosenberger, enthüllt hat, war Schönhuber schon seit längerem bereit, mit der DVU zusammenzuarbeiten. Er war z.B. dafür, die zerfallene DVU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag bei den REPs aufzunehmen. Eine Zusammenarbeit sei aber jeweils eher an Frey denn an Schönhuber gescheitert. Ob Freys gegenwärtige Umarmungsstrategie auch dann noch Bestand hat, wenn Schönhuber erneut für den REP-Vorsitz kandidiert, bleibt abzuwarten.

Ähnliches Interesse an der rechten REP-Erbmasse hat im übrigen auch Günther Deckert, Vorsitzender der NPD und gerade erneut wegen Volksverhetzung vor Gericht, geäußert. Er, der auch in der Vergangenheit immer wieder Bündnisse im rechten Lager initiiert hatte, schlägt eine "offensive Umarmung" der REPs vor. Alle "nationalen Gruppen und Parteien" sollten im Rahmen des NPD-Modells "Bündnis Deutschland" die Grundlage für "nationale Wahlerfolge" schaffen. Ob er allerdings von Frey und Co. als Bündnispartner ernst genommen wird, ist mehr als zweifelhaft.

Ganz kampflos werden aber die Schönhuber-Gegner bei den REPs das Terrain nicht räumen. Insbesondere Hausmann und Schlierer orientieren sich dabei traditionell stärker in Richtung des rechten Randes der Union. Insbesondere Schlierer konnte in seinem Wahlkreis in Stuttgart mit 4,9% ein für REP-Verhältnisse sehr gutes Ergebnis erzielen und peilt nun eine CDU/REP-Koalition bei den Landtagswahlen 1996 an: "Wir werden einmal die Korsettstange für die Union werden."

Mit dieser Zielsetzung trifft sich Schlierer durchaus mit dem rechten Flügel der Berliner FDP. Immerhin ist auch Schlierer fest eingebunden in die rechten Diskussionszusammenhänge, in denen sich Zitelmann heute bewegt. Schlierer nahm beispielsweise an der "Sommeruniversität" 1994 der Jungen Freiheit teil. Er war jahrelang Mitglied des "Studienzentrums Weikersheim" und teilweise in dessen Kuratorium. Ob ihm mit einer Trennung vom rechten REP-Flügel die erneute Annäherung an diese Kreise gelingt und ob er die für eine Zusammenarbeit notwendige konservative Reputation gewinnen kann, bleibt abzuwarten.

Business as usual ?

Eine Partei rechts der Union zur dauerhaften Absicherung einer rechtsbürgerlichen Koalition - davon träumt die bundesdeutsche Rechte seit Jahrzehnten. Mit den REPs schien noch vor zwei Jahren eine Kraft zu existieren, die diese Rolle hätte einnehmen können. Doch auch diesmal kam es anders. Die eigene rechte Programmatik der Union, verbunden mit einer Abgrenzung gegen rechts, die ausdrücklich auch die REPs als nicht koalitionsfähig ausschloß, machte die Hoffnungen der Rechten bis auf weiteres zunichte. Bestrebungen innerhalb der Union, diese Abgrenzung zu durchbrechen und selbst aktiv an einer solchen Bündnisstrategie zu arbeiten, kamen nicht zum Zug. Lediglich ein CDU-Bundestagsabgeordneter, Rudolf Krause aus Thüringen, und einige wenige Landespolitiker verließen die Union nach rechts. Alle anderen, die lange Zeit in konservativen Gesprächskreisen, in Institutionen der "Braunzone" wie dem "Studienzentrum Weikersheim", die Zusammenarbeit mit den REPs und freien Strömungen des rechten Diskurses gesucht hatten, beugten sich der Parteiräson.

Ob diese Disziplin aber angesichts der knappen Regierungsmehrheit eine Legislaturperiode lang Bestand haben kann, ist eher zweifelhaft. Die faktische Notwendigkeit für die CDU, sich in allen wichtigen Gesetzesvorhaben mit den Sozialdemokraten in einer faktischen großen Koalition zu arrangieren, schafft auch Handlungsfreiheit auf dem rechten Flügel. Die Startplätze für die nächsten Versuche werden jetzt schon verlost.

ES, Hamburg

2. Juden im Widerstand. Ausstellung in Hamburg

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:36

Nur sehr allmählich wandelt sich das Urteil, die Juden seien "wie die Lämmer zur Schlachtbank gegangen", zur Einsicht, daß auch Juden im Widerstand aktiv waren. War die Teilnahme von Juden am Spanischen Krieg 1936-39 noch hinzunehmen und auch, daß Juden in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Zweiten Weltkrieg in Partisanenverbänden kämpften, muß die Tatsache, daß es sogar in Nazi-Deutschland selbst Widerstand von Juden gab, für jene Deutsche, die immer noch behaupten, "man konnte ja nichts machen", unerträglich sein. Denn wenn sogar der bekanntlich "feige Jude" in der Lage war, gegen die Nazi-Maschine anzutreten, wie soll da noch das deutsche Rechtfertigungsgejammer glaubhaft sein?

Juden mußte Widerstand unter den Bedingungen der Nazi-Herrschaft als aussichtslos, wenn nicht als sinnlose Selbstgefährdung erscheinen. Dennoch gab es diesen Widerstand von Juden in Deutschland, sogar "im Herzen der Bestie", in Berlin. In der Ausstellung "Juden im Widerstand", die 1993 in Berlin gezeigt wurde und nun nach Hamburg kommt, werden drei Berliner Gruppen vorgestellt, die auf ganz unterschiedliche Weise Widerstand leisteten:

- Die Gruppe Baum, die nach dem Krieg vor allem durch den im Mai 1942 verübten Brandanschlag auf eine antisowjetische Propagandaausstellung bekannt wurde, deren illegale und weniger spektakuläre Aktionen aber erheblich breiter angelegt waren.

- Der Chug Chaluzi (Kreis der Pioniere), eine Gruppe jüdischer Jugendlicher, die sich der Deportation entzogen hatte, zunächst im Berliner Untergrund lebte und später in die Schweiz flüchtete.

- Die Gemeinschaft für Frieden und Aufbau, die sich 1943 gegründet hatte und in der sich Juden und Nichtjuden zusammengeschlossen hatten, Flugblätter herstellten und verteilten.

Die Ausstellung begleitend werden mehrere Vorträge von Überlebenden dieser Gruppen, von WissenschaftlerInnen (u.a. Monika Richarz) und Publizistinnen (u.a. Ingrid Strobl) gehalten.

Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion - Berlin 1939-1945. Ausstellung in der Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35, vom 1.-22.12.94, Di.-Sa. 10-18 Uhr. Eröffnungsveranstaltung: Do., 1.12., 19.30 Uhr. (Die Termine der Vorträge sind der Tagespresse zu entnehmen.)

Umfassend informiert über die drei Berliner Gruppen der von Wilfried Löhken und Werner Vatke herausgegebene Band Juden im Widerstand, der 1993 bei der Edition Hentrich erschienen ist.

3. Die "letzte Version" nicht dem Staat überlassen (Prozeß gegen Birgit Hogefeld)

"Die letzte Version ist immer die gültige" (Innenminister Kanther)

Autor: AK Drinnen & Draußen, Celle · Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/hoge.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:hoge

Am 15. November 1994 beginnt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt der Prozeß gegen BIRGIT HOGEFELD. Angeklagt wird sie verschiedener Aktionen der RAF zwischen 1985 und 1993. Vorgeworfen wird ihr auch Mord und sechsfacher Mordversuch an Beamten der GSG-9 in Bad Kleinen. Dies obwohl sie bereits überwältigt am Boden lag, bevor der erste Schuß fiel.

Während BIRGIT HOGEFELD einer Tat angeklagt wird, die sie nachweislich nicht begangen hat, sind die Ermittlungsverfahren gegen jene GSG-9-Beamten, die im Verdacht standen Wolfgang Grams erschossen zu haben, eingestellt. Die "staatliche Version" lautet: Selbstmord! Die Anwälte von Wolfgang Grams' Eltern haben im Juni 1994 dagegen Beschwerde eingelegt. Sie halten nach gründlicher Auswertung aller Akten und nach Einholung zusätzlicher Gutachten "den Schluß für zwingend, daß Wolfgang Grams von Beamten der GSG-9 ... getötet worden ist." Der Prozeß gegen BIRGIT HOGEFELD bietet die vielleicht letzte Chance, die Auseinandersetzung, um die Ereignisse von Bad Kleinen und insbesondere die Todesumstände von Wolfgang Grams wieder aufzunehmen.

BIRGIT HOGEFELD steht auch für die Erklärungen der RAF vom April und August 1992: "Die Zerstörung des Sozialen ist eine der wesentlichen Grundlagen für die Macht und das Fortbestehen des kapitalistischen Systems. Eine Gegenmacht von unten wird es nur geben wenn sie Alternativen zum herrschenden Normalzustand und zum System überhaupt (bietet). D.h. wesentlich: Der Zerstörung des Sozialen, der Entfremdung und dem Jeder-Gegen-Jeden eine Organisierung entgegenzusetzen und gesellschaftliche Räume zu schaffen in denen Solidarität lebendig ist und aus denen heraus viele die Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen in die Hand nehmen das nennen wir soziale Aneignungsprozesse. Daraus wird Anziehungskraft entstehen, denn der Kampf um das Soziale unter den Menschen ist die spürbare Alternative zur Einsamkeit im System, zur verzweifelten Selbstzerstörung, zu den Faschisten."

Das Verhältnis des Staates gegenüber jenen die der alltäglichen Zerstörung Grenzen setzen und einer anderen Wirklichkeit zum Durchbruch verhelfen wollen, ist: Ausgrenzung und Ausmerzung. In dieser Logik ist das Ziel des Frankfurter Prozesses eine lebenslange Haftstrafe für BIRGIT HOGEFELD. Dagegen ist die Forderung nach einer politischen Lösung für die Gefangenen aus der RAF wieder auf die Tagesordnung zu setzen!

AK Drinnen & Draußen, Celle

4. EU-Gipfeltreffen in Essen. Programm des "Gegengipfels", 9.-11.12.94

Programm des "Gegengipfels", 9.-11.12.1994

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:42

Freitag, 9.12.94

Î Tagsüber vielfältige Straßenaktionen in Essen im Rahmen eines zentralen Aktionstages "Greifen wir gemeinsam nach den Sternen".

Î Auftaktveranstaltung zu Gegengipfel und Aktionswochenende: Grundsätzliche Perspektiven der linken EU-Kritik. Eurozentrismus und Neokolonialismus (Samir Amin, angefragt); Militarisierung der EU-Außenpolitik (Gregor Gysi, PDS, angefragt); Festung Europa/Europäische Flüchtlingspolitik (Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen); Ökoimperialismus und Naturzerstörung (Jutta Ditfurth, Ökologische Linke); Neoliberale Modernisierung und europaweite Klassenkämpfe (N.N.) 18 - 21 Uhr, Zeche Carl, E.-Altenessen, Wilh.-Nieswandt-Allee 100.

Î Kabarett-Spezial. Neun deutsche KabarettistInnen mit einem exklusiven Kurzprogramm zur europäischen Integration. 21 Uhr, Zeche Carl, s.o.

Samstag, 10.12.94

Î Bundesweite Großdemonstration von der Essener Innenstadt in Richtung Gruga, dem offiziellen Tagungszentrum des EU-Gipfels. 12 - 13 Uhr Auftaktkundgebung, voraussichtl. Willy-Brandt-Platz; 15 - 16 Uhr Abschlußkundgebung.

Î Podiumsveranstaltung: Alternative Positionen zu den Hauptthemen der Essener EU-Ministerratstagung. Ökonomische Krise und neoliberale Umstrukturierung (Frieder O. Wolf, Bündnis 90/Die Grünen); Sozialcharta und Perspektiven des sozialen Widerstands (N.N.); Kerneuropakonzept und bundesdeutsche Großmachtpolitik (N.N.); EU-Erweiterung und Peripherisierung Osteuropas (Büro kritische Europainformation, Wien). 18 - 21 Uhr, Zeche Carl, s.o.

Î Große Anti-EU-Party mit Live-Musik. 21 Uhr, KKC, Universität Essen, Segerothstraße.

Sonntag, 11.12.

Î Gegenkongreß Perspektiven des Widerstandes und Alternativen für ein Europa der Menschen in vier thematischen Foren:

- Forum 1: Frieden, umwelterhaltendes Wachstum, Überwindung der Entwicklungsunterschiede in der Welt - Ist die Maastrichter Europäische Union eine Antwort auf die globalen Herausforderungen?

- Forum 2: Neoliberaler Modernisierungsangriff und Perspektiven der Klassenkämpfe in Europa.

- Forum 3: Festung Europa: Eurorassismus, Flüchtlingspolitik und die Mobilisierung der Neuen und Alten Rechten.

- Forum 4: Ökoimperialismus und Naturzerstörung.

10 -14 Uhr, Zeche Carl, s.o.

Î Abschlußdiskussion des Gegenkongresses zu den Perspektiven linken Widerstands in Europa. 14 - 16 Uhr, Zeche Carl, s.o.

Î Weitere Veranstaltungen, u.a. zur Situation politischer Gefangener sowie ein Treffen kommunistischer Parteien.

5. Basso-Tribunal zum Asylrecht in Europa

Vom 8. bis 12. Dezember in Berlin

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:48

Das Ständige Tribunal der Völker wurde 1979 als Nachfolgeorganisation des Bertrand Russell-Tribunals von dem italienischen Sozialisten Lelio Basso gegründet und versteht sich als quasi-juristisches Forum, das die Verletzung von Rechten der Völker untersucht und Vorschläge für die Beendigung solcher Rechtsverletzungen macht. Es setzt sich aus über 60 Mitgliedern zusammen, zu denen JuristInnen, LiteratInnen, PolitikerInnen, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Erdteilen gehören.

In den 14 Jahren seit der Gründung hat das Tribunal der Völker 18 Hauptsitzungen durchgeführt. Während zunächst einige der brennendsten Fälle massiver Verletzungen fundamentaler Menschen- und Völkerrechte (von El Salvador bis Guatemala, Ost-Timor, Philippinen, Afghanistan, Zaire) im Vordergrund standen, konzentrierten sich die Sitzungen der jüngsten Zeit auf breitere Themen, bei denen die Schlüsselmechanismen und Protagonisten solcher Gewalt zusammentrafen. So zum Beispiel die Tribunalsitzung 1988 in Berlin zur Politik von IWF und Weltbank, eine Reihe von Hearings zur Straffreiheit von Militärverbrechern in Lateinamerika, permanente Hearings zu den Gefahren der Industrieproduktion und der besondere Fall des Chemieunfalls von Bhopal.

Das Tribunal überreicht seine Urteile und Erkenntnisse den Vereinten Nationen, Menschenrechtskommissionen und anderen nationalen und internationalen Institutionen. Darüber hinaus werden die schriftlichen Urteile und die sonstigen Veröffentlichungen des Tribunals in breitem Umfang von Nicht-Regierungsorganisationen sowie von vielen Gruppen aus dem Bereich der Menschen- und Bürgerrechtsarbeit in verschiedenen Ländern als Hintergrundinformationen für ihre Arbeit genutzt.

Vom 8. bis 12. Dezember findet in Berlin das Basso-Tribunal zum europäischen Asylrecht statt, bei dem die europäischen Staaten wegen ihrer Abschottungspolitik und ihrer Nichtanerkennungs- bzw. Abschiebepraxis gegenüber Flüchtlingen aus der ganzen Welt angeklagt werden. Die Verhandlung wird sich um die Asylpraxis dieser Länder drehen, die nicht mehr den Schutz der Verfolgten, sondern den "Schutz" vor den Verfolgten, also Nichtanerkennung und Abschottung zum Prinzip ihrer Politik gemacht haben. Damit verletzen die EU- und EFTA-Staaten aber ihre selbst eingegangenen Verpflichtungen etwa gegenüber der Genfer Flüchtlingskonvention oder der UN-Menschenrechtscharta.

Dies wird auch der Kern der Anklage sein, die die britische Anwältin Frances Webber vortragen wird. Frances Webber engagiert sich in London bei Statewatch und dem Institut of Race Relation. Zeugen der Anklage sind bekannte Experten auf dem Gebiet der Flüchtlings-, Asyl- und internationalen Politik. Einen Überblick über die internationale Rechtslage wird der Brüsseler Völkerrechtler Jean-Yves Carlier geben. Danach folgen Berichte zur Situation von Flüchtlingen in den Ländern Deutschland, Frankreich, Spanien und Schweiz.

Nach den Länderberichten wird es Expertisen zu übergeordneten Fragen geben. Hier sollen die Zusammenhänge von Menschenrechtsverletzungen und Flucht, von ökonomischer Situation und Flucht und Verfolgung, von Asylrecht und Demokratie sowie von Flüchtlings- und sozialen Rechten beleuchtet werden.

Nach den Plädoyers der Anklage und der Verteidigung wird am 12.12. der Urteilsspruch der internationalen Jury verkündet. Ihr gehören unter anderem an: Aziz Nesin (Türkei), Felicia Langer (BRD/Israel), Vera Chirwa (Malawi), Günter Wallraff (BRD), Olisa Agabakoba (Nigeria), Francois Rigaux (Belgien) an. Leider steht bislang immer noch nicht fest, wer die Verteidigung übernehmen wird. Angefragt waren das Innenministerium, das Justizministerium, Juristen, die bei der Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes für die Neufassung eintraten, Politiker aus CDU und SPD. Bislang stapeln sich jedoch die Absagen von potentiellen Befürwortern der Verschärfung des Asylrechts und so wird es eventuell einen advocatus diaboli geben müssen, der die Argumentation der Regierungen möglichst seriös nachzuvollziehen weiß.

Um das Kernprogramm herum wird es zahlreiche zusätzliche Veranstaltungen zu Flucht, Verfolgung, Asyl und Abschiebung geben. Daneben werden kulturelle Veranstaltungen stattfinden, die im engen oder weiteren Sinn

an die Thematik angelehnt sind. Am Sonntag, den 11.12., wird die Internationale Liga für Menschenrechte die Carl-von-Ossietzky-Medaille an das Berliner Grips-Theater verleihen.

Kontakt: Basso-Tribunal c/o AStA TU Berlin, Marchstr. 6, 10587 Berlin, Tel.: 030/31424437, Fax: 030/3121398.

6. "Er fuhr nicht angeschnallt ..." Über die alltägliche Diskriminierung von AusländerInnen

Über die alltägliche Diskriminierung von AusländerInnen durch Polizei und Justiz

Autor: RA Martin Lemke, Hamburg · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:25

da haben wir ihn erstmal mitgenommen."

Über die alltägliche Diskriminierung von AusländerInnen durch Polizei und Justiz

Ein ehernes Gebot der Justiz lautet, daß vor dem Gesetz und dem Richter alle Menschen gleich seien. Aus dem Verbot willkürlicher Behandlung bezieht die Strafjustiz einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Legitimation, tatsächliche oder vermeintliche Delinquenten zu be- und vor allem zu verurteilen. Kein Staatsanwalt und keine Richterin würde offiziell einräumen, Beschuldigte und Angeklagte aufgrund ihrer Nationalität diskriminierend zu behandeln. Die Polizei weist entsprechende Vorwürfe in den letzten Monaten als gezielte Hetze zurück. In Hamburg und Berlin besonders vehement. (Vgl. Artikel in ak 370 und 371; Anm. ak)

Der Alltag auf der Straße und auf Polizeiwachen, in Gerichtssälen und Haftanstalten spiegelt freilich eine andere Wirklichkeit wider. Die Justiz mit ihren Organen schafft eine Realität struktureller Benachteiligung von AusländerInnen, die das allergeringste, selbstverständlichste, rationale und klare Prinzip zwischenmenschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens, eben den Grundsatz der Gleichheit, als frommen Wunsch erscheinen läßt.

Angesichts eines nahezu allmächtigen Justizapparates, der bereits die Rechte und Möglichkeiten inländischer Betroffener in Ermittlungs- und Strafverfahren beschränkt, haben AusländerInnen keine Chance, der systematischen und umfassenden Diskriminierung zu entgehen. Sie werden vom ersten Kontakt mit einem Polizeibeamten bis zur Entscheidung über den Tag ihrer Haftentlassung auf jeder Stufe diskriminiert.

Aufgriff und Vernehmung

Einen signifikanten Zusammenhang zwischen ausländischer Herkunft und Delinquenz gibt es nicht. Dennoch werden AusländerInnen ungleich häufiger von der Polizei kontrolliert als Deutsche. Bahnhöfe, U-Bahnstationen, Parks, Kulturzentren und "Problemstadtteile" sind bevorzugte Schauplätze polizeilicher Razzien.

Befragt, was die Kontrolle ausgelöst habe, sind die Beamten um Antworten nicht verlegen: "In der Gegend wird mit Rauschgift gehandelt." "In dem Park gibt es viele Taschendiebstähle, da wollten wir mal nachsehen." "Der Beschuldigte hatte eine teure Jacke an." "Er fuhr nicht angeschnallt, da haben wir ihn erstmal mitgenommen." "Ich glaube, der Blinker an seinem Fahrzeug war kaputt, aber ich erinnere nicht, ob wir da was festgestellt haben, deswegen steht es auch nicht in der Akte." Liberalere Richter übergehen solche Hinweise polizeilicher Zeugen in der Hauptverhandlung gern mit der Bemerkung, das könne deutschen Betroffenen ebenso passieren.

Bleibt es während der Kontrolle bei einem festgestellten Verstoß gegen Aufenthaltsbestimmungen des Ausländer- oder Asylrechts (z.B.: ein Asylbewerber aus Bremen besucht seinen Bruder in Hamburg), erfolgt die Sicherstellung der Identitätspapiere, eine Kontrollmitteilung an die zuständige Ausländerbehörde und die Auflage, sich dort binnen einer Woche zu melden. Solche Verstöße werden üblicherweise mit einer Geldstrafe geahndet.

Finden sich bei der Kontrolle jedoch Anhaltspunkte für die Begehung anderer Straftaten, erfolgt die Festnahme der AusländerInnen mit Transport zum Polizeirevier. Das ergeht deutschen Beschuldigten auch nicht anders. Der Besitz von Betäubungsmitteln, gleich welcher Art und Menge, von Geldscheinen in "der für Dealer typischen Stückelung", von vermeintlichem Diebesgut oder die Ähnlichkeit mit einem Gesuchten führen für die Betroffenen zunächst zu stundenlangem Warten in der Arrestzelle, bis es zu dem zuständigen Vernehmer bei der Kriminalpolizei geht.

Diese Stunden in Polizeihaft vor der Vernehmung sind für die körperliche Integrität von AusländerInnen besonders kritisch. Es häufen sich Berichte über Mißhandlungen und Übergriffe durch Polizeibeamte. Prügel, Beschimpfungen, entwürdigende Leibesvisitationen und Beleidigungen müssen sich auch deutsche Beschuldigte von der Polizei gefallen lassen. AusländerInnen sind, glaubt mensch den wenigen Beamten, die darüber berichtet haben, besonders betroffen, zumal der reaktionäre Korpsgeist in ihnen den "Abschaum", die "Bimbos", die "Kanaken" sieht.

Es häufen sich zudem Berichte über Unterschlagungen von Geld und Schmuck nach polizeilichen Durchsuchungen und Sicherstellungen. Aus den 800 DM im Portemonnaie werden laut Protokoll schon mal 300 DM, und von den zwei Armreifen gelangt nur einer in das Asservatenverzeichnis. Auch hier scheint es eine spezifische Haltung zu geben, eher AusländerInnen als Deutschen etwas wegzunehmen.

Geht es dann endlich zur Vernehmung bei der Kripo, verlagern sich die Probleme. Es wird nicht geprügelt wie bei Schimanski. Die Methoden sind subtiler. Der Beamte entscheidet, ob ein Dolmetscher zugezogen wird: "Ich hatte den Eindruck, Herr K. verstand ganz gut, worum es ging." Auch über die Auswahl des Dolmetschers entscheidet der vernehmende Beamte. Es gibt Dolmetscher, die nur für die Polizei arbeiten, und solche, die nie geholt werden. Die Nähe zur Polizei und deren Interessen ist ausschlaggebend.

Der Beamte entscheidet auch, wie und in welcher Weise die Belehrung des Beschuldigten über das Recht auf Aussageverweigerung und Anwaltskonsultation erfolgt. Auch viele Deutsche kennen diese Rechte nicht oder nur ungenau. Für AusländerInnen ist es jedoch besonders nachteilig, wenn außer dem Vernehmer der Dolmetscher, zumeist ein Angehöriger der eigenen Volksgruppe, auf eine Aussage dringt. Die meisten Beschuldigten neigen ohnehin zu der Meinung, eine Aussage über ihre Sicht der Dinge kläre alles auf und führe zur Entlassung. Die Erfahrung lehrt das Gegenteil.

Doch unter dem Druck der Festnahme und der Vorwürfe verstärkt sich die Neigung, es mit einer Aussage dem Beamten recht zu machen und der bedrängten Situation wenigstens für den Moment zu entkommen. Wenn die für den Augenblick einzige verwandte Seele weit und breit, der Dolmetscher, der die eigene Sprache spricht und ganz praktisch Verständnis verheißt, Mißbilligung ausdrückt, wächst die Bereitschaft, vor der Polizei auszusagen und sich zu erklären.

Nach der Vernehmung entscheidet der Beamte, ob die Zuführung zum Haftrichter oder die Freilassung erfolgt.

Haftrichter und Fluchtgefahr

Wird ein Haftbefehl beantragt, entscheidet der Haftrichter, ob dringender Tatverdacht vorliegt, der Haftbefehl also erlassen werden kann, und ob Haftgründe vorliegen.

Das weitere Schicksal von AusländerInnen bei der Zuführung vor den Haftrichter entscheidet sich in der überwiegenden Zahl der Fälle mit den Haftgründen. Die Strafprozeßordnung nennt als Haftgründe Flucht- oder Verdunkelungsgefahr. Die Verdunkelungsgefahr - die Manipulation von Beweismitteln oder Zeugen durch den Beschuldigten - spielt eine unbedeutende Rolle. Wegen vermeintlicher Fluchtgefahr jedoch kann jedeR dringend tatverdächtige AusländerIn eingesperrt und in Untersuchungshaft gehalten werden.

Das liest sich dann so: "Der Beschuldigte ist Ausländer und kann sich jederzeit in seine Heimat absetzen." "Der Beschuldigte verfügt hier über keine festen Bindungen und wohnt in einem Heim. Es ist daher zu erwarten, daß er sich dem Verfahren entziehen wird." "Der Beschuldigte ist Asylbewerber und kann mangels sozialer Bindungen jederzeit untertauchen." "Der Beschuldigte lebt zwar seit langem in Hamburg, hat jedoch noch Familienangehörige in der Türkei und kann jederzeit zu diesen zurückkehren." "Der Beschuldigte lebt von Sozialhilfe und hat seit längerem keine Arbeit mehr. Es ist für ihn leicht, sich in seine Heimat zu begeben." "Der Beschuldigte verfügt nicht über eine reguläre Aufenthaltserlaubnis. Es ist zu erwarten, daß er sich dem Verfahren entziehen wird."

Die juristische Begründung der Haftrichter ist einfach. Die Straferwartung für die Tat allein begründet nach der Rechtsprechung eine Fluchtgefahr jedenfalls dann nicht, wenn die zu erwartende Strafe nicht übermäßig hoch ausfallen wird. Neben die Straferwartung als Fluchtanreiz muß, so der Bundesgerichtshof, ein weiteres Element der Fluchtgefahr treten. Das ist die AusländerInneneigenschaft, die sich in der Wertung der Haftrichter in der Möglichkeit manifestiert, in den Heimatstaat zurückkehren zu können und aufgrund der Herkunft Verbindungen zum Ausland zu haben.

Es spielt keine Rolle, ob ausländische Beschuldigte aus ihrem Land gerade geflohen sind oder ob sie seit 20 Jahren in der Bundesrepublik leben, ob sie eine Familie haben oder nicht mehr über soziale Kontakte in ihr Herkunftsland verfügen, ob sie hier ein Geschäft betreiben oder einen Arbeitsvertrag besitzen, ob sie hier eine Wohnung haben oder hier mit einer/einem Deutschen verheiratet sind. Was für den Haftrichter zählt, ist die schlichte Tatsache, daß er einen Ausländer oder eine Ausländerin vor sich hat. Das reicht, um die Fluchtgefahr zu begründen, auch wenn jeder konkrete Anhaltspunkt für eine tatsächliche Fluchtabsicht fehlt. Auf diese Haltung der Haftrichter ist zurückzuführen, daß 80% der Untersuchungshäftlinge im Hamburger Jugendgefängnis und die Mehrheit der Insassen in der zentralen Untersuchungshaftanstalt AusländerInnen sind.

Die Begründung der Fluchtgefahr mit der AusländerInneneigenschaft ist das eklatanteste Beispiel für die strukturelle Diskriminierung durch die Justiz. Die von den Betroffenen und ihren VerteidigerInnen mittels Haftbeschwerde eingeschalteten Obergerichte fördern mit ihrer Spruchpraxis die Entscheidungen der Haftrichter, und so werden jedes Jahr mehr AusländerInnen eingesperrt, weil sie AusländerInnen sind.

Es gibt nichts, was diese justizielle Praxis entschuldigt. Niemand aus der Justiz macht sich mehr die Mühe, hierfür zumindest fadenscheinige Argumente heranzuziehen. Gleichgültig, ob es sich um geringe Diebstahlstaten oder bedeutendere Betäubungsmittelvorwürfe handelt, es wird eingesperrt. Die Untersuchungshaftabteilungen aller größeren Städte sind über alle Kapazitätsgrenzen hinweg mit AusländerInnen belegt.

Zustände in der Untersuchungshaft

Die Haftbedingungen aller Gefangenen in Untersuchungsgefängnissen sind schlechter als jene von Gefangenen in Strafvollzugsanstalten. Insbesondere Beschuldigte, denen Drogenhandel vorgeworfen wird, unterliegen in der U-Haft einem sog. erhöhten Sicherheitsstandard. Wegen der oben geschildertes Inhaftierungspraxis ist der Anteil von ausländischen Untersuchungshäftlingen aus dieser Deliktsgruppe weit überproportional.

Ein Beispiel aus dem Alltag in der Untersuchungshaft: Dem zum Tatzeitpunkt 22 Jahre alten Kurden A. wird die Beteiligung an untergeordneter Stelle an einem größeren Drogengeschäft vorgeworfen. Er unterliegt dem strengen Haftregime des erhöhten Sicherheitsstandards, der für Strafhäftlinge nur in Ausnahmefällen gilt. Dies bedeutet: 23 Stunden Einzelhaft am Tag. Eine sogenannte Freistunde als Hofgang. Bei Regen fällt der Hofgang aus. Laufen während des Hofgangs ist verboten. Gespräche mit anderen Gefangenen sind untersagt. A. unterliegt einem Arbeitsverbot. An Fortbildungs- und Deutschkursen darf er nicht teilnehmen. Er ist von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Er darf keine Streichhölzer oder andere vermeintlich gefährlichen Gegenstände besitzen. Trotz anhaltender Beschwerden und schlechter medizinischer Versorgung darf er sich nicht, auch nicht auf eigene Kosten, von Ärzten außerhalb der Anstalt untersuchen und behandeln lassen.

Jeder Besuch von Freunden oder Verwandten muß vorher durch den Richter genehmigt werden, und die Staatsanwaltschaft muß zustimmen. Nur alle zwei Wochen darf jeweils ein Besucher zu ihm. Die Besuche sind bei der Kripo anzumelden, und der Termin ist dort abzustimmen. Während des Besuchs überwachen ein Kripobeamter und ein Dolmetscher das Gespräch. Die Unterhaltung darf sich nicht auf den Tatvorwurf und die Zustände in der Haft beziehen. Der Kripobeamte hat das Recht, das Gespräch jederzeit abzubrechen. Zeitungen und Zeitschriften, Lebensmittel, Toilettenartikel, Bücher, Zigaretten, Radios usw. dürfen dem Gefangenen nicht mitgebracht werden.

A. darf einmal pro Woche duschen. Er darf nicht telefonieren. Seine Zelle wird unregelmäßig und unangekündigt durchsucht. Sozialarbeiter, PsychologInnen und Wärter, die türkisch oder kurdisch sprechen, gibt es in der Anstalt nicht.

Nicht alle Zellen haben Stromanschluß. Manche lassen sich nur schlecht heizen. Die Wartezeit für ein Buch aus der Anstaltsbibliothek beträgt, wenn es vorhanden ist, drei bis vier Wochen. Mit Ausnahme der Verteidigerpost wird der gesamte Briefverkehr vom Haftrichter gelesen und zensiert.

A. wurde im September 1991 verhaftet. Die Strafprozeßordnung sieht vor, daß U-Haft grundsätzlich nicht länger als sechs Monate andauern soll. Die Frist darf überschritten werden, wenn die Ermittlungen andauern oder alsbald verhandelt werden soll. Diese Ausnahmen werden immer mehr zur Regel.

Der Prozeß gegen A. beginnt im Oktober 1992 und dauert bis Ende Dezember 1993. Das Urteil wird im Frühjahr 1994 rechtskräftig, und A. wird im Sommer 1994 in den Strafvollzug verlegt und hat bis dahin zweidreiviertel Jahre in U-Haft mit erhöhtem Sicherheitsstandard verbracht. Er ist damit kein Einzelfall. Psychisch und physisch ist er stark angeschlagen. Er hat Herzbeschwerden, Nierenschmerzen, eine Hepatitis durchlitten, Taubheitsgefühle in Armen und Beinen, seine Motorik ist gestört, er kann nur noch langsam gehen und muß manche Tage liegend verbringen. Er kann zeitweise nicht sprechen und häufig keinen klaren Gedanken fassen oder aufnehmen. Er ist kurzzeitig desorientiert und hat ständig Artikulationsschwierigkeiten.

Im Falle eines Freispruchs hätte er 20 DM Haftentschädigung pro Tag abzüglich der Verpflegungskosten erhalten. Nach Verbüßung seiner Strafhaft wird er zwangsweise in die Türkei abgeschoben werden.

Justiz und Ausländerbehörde

Bei Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen AusländerInnen erfolgt durch die Staatsanwaltschaften obligatorisch eine Mitteilung an die zuständige Ausländerbehörde. Nach Abschluß der Ermittlungen wird eine Kopie der Anklageschrift dorthin übersandt. Im Falle der Verurteilung geht eine Urteilsabschrift an die Ausländerbehörde. Die Sanktionen der Ausländerbehörde gegen die betroffenen AusländerInnen sind differenziert. Je nach Art und Umfang des Vorwurfs und des erlangten Aufenthaltsstatus erfolgt:

a) bei kleineren Gesetzesverstößen eine Ermahnung oder die Verhängung von Auflagen, z.B. sich regelmäßig bei der Ausländerbehörde einzufinden;

b) die Herabsetzung des Aufenthaltsstatus', also z.B. von einer Aufenthaltserlaubnis zur rechtlich weniger geschützten Duldung des Aufenthalts;

c) eine Ausweisungsverfügung, wahlweise befristet oder unbefristet, mit oder ohne Zwangsabschiebung.

Die familiäre und soziale Situation der Betroffenen spielt bei der Entscheidung der Ausländerbehörde über das jeweilige Sanktionsmittel ebenso eine untergeordnete Rolle wie die Dauer des bisherigen Aufenthalts. Entscheidend ist, ob Tatvorwurf und ausgesprochenes Strafmaß als "Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland "gewertet werden. Immer ausgewiesen wird, wer eine Strafe von fünf oder mehr Jahren erhält. "In der Regel", und das bedeutet praktisch immer, wird ausgewiesen, wer eine Strafe ohne Bewährung erhalten hat oder in irgendeiner Form mit Betäubungsmitteln zu tun hatte und deswegen bestraft wurde. Es kann ausgewiesen werden, wer als AusländerIn z.B. heroinabhängig ist und eine Therapie abgebrochen hat. Inzwischen reicht es für eine Ausweisungsverfügung aus, daß Anklage erhoben worden ist. Früher mußte es zumindest noch ein Strafurteil sein.

Die Sanktion der Ausländerbehörde tritt in jedem Fall neben die Verurteilung und Strafe durch die Justiz. Es handelt sich für AusländerInnen damit tatsächlich um eine echte, ansonsten nicht zulässige, Doppelbestrafung wegen der Begehung einer Straftat. Strafrichter, in der Verhandlung auf dieses Problem angesprochen, pflegen sich in der Urteilsbegründung darauf zurückzuziehen, daß sie für die ausländerrechtliche Problematik nicht zuständig seien und diese daher nicht berücksichtigen könnten. Nur nebenbei sei angemerkt, daß AusländerInnen für gleichgelagerte Vergehen im Vergleich mit deutschen Angeklagten regelmäßig härter und höher bestraft werden. Die Verteidigung der Rechtsordnung, der Abschreckungseffekt und das Bedürfnis nach Rechtssicherheit der Bürger würden solches fordern, heißt es dann in den Urteilsbegründungen.

Zum unversöhnlichen Schluß noch ein letztes Beispiel aus der alltäglichen Praxis der Strafjustiz. Damit jedeR, der/die mit den Ermittlungsakten in Strafsachen von ausländischen Beschuldigten und Angeklagten befaßt ist, sofort erkennt, um welche Art von Mensch es sich bei den Betroffenen handelt, pflegen einige Staatsanwaltschaften bis heute die Tradition, die Aktendeckel von außen zu kennzeichnen. Oben rechts auf die Akte kommt ein orangefarbener, 4x6 cm großer Aufkleber mit dem Aufdruck: Ausländer.

RA Martin Lemke, Hamburg

7. Ablauf einer Krise: Die einsame Politik der USA am Golf

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; Nahost allgemein; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:17

Am 3. und 4. Oktober marschierten irakische Truppen mit Panzern in die Nähe der kuwaitischen Grenze, wobei ihr Abstand immer größer als 20 km blieb.

Am 5. und 6. Oktober marschierten ebenfalls irakische Truppen bis dicht an die Grenze des kurdischen Gebietes im Norden des Irak, wo sie die Stadt Zaxo bedrohten, deren Einnahme die KurdInnen von der Außenwelt abschneiden würde.

Am 7. Oktober reagierte US-Präsident Clinton mit der Verlegung eines Flugzeugträgers und in den folgenden Tagen mit der Entsendung von 70.000 Soldaten, fast 600 Flugzeugen und einer Armada von weiteren Kriegsschiffen. Dabei galten die öffentlichen Erklärungen, das Rauschen im Blätterwald der Weltpresse und die Truppenmassierungen ausschließlich der Bedrohung Kuwaits. Für die 3 Millionen Menschen in der quasi befreiten kurdischen Region blieb es bei dem symbolischen Schutz durch 100 UNO-Soldaten.

Außer mit der Bedrohung Kuwaits argumentierten die USA damit, daß der Aufmarsch gegen das Waffenstillstandsabkommen verstoße, und leiteten daraus das Recht zu einem Präventivschlag selbst ohne UN-Beschluß ab. Dem widersprach der französische Verteidigungsminister Léotard. Er erklärte, daß der Irak mit Truppenverlegungen auf seinem eigenen Gebiet nicht gegen UN-Resolutionen verstoßen habe. Zuvor hatte bereits der russische Außenminister Andrej Kosyrew vor einer "Überreaktion" gewarnt. Er schlug eine der harten Haltung der USA entgegengesetzte Strategie vor: "Es hat keinen Sinn den Irak in eine Ecke zu treiben. Im Gegenteil: Man muß Bagdad einen Anreiz geben, die UNO-Resolutionen zu erfüllen." Dagegen bekräftigte Clinton die amerikanische Position: "Die Sanktionen gegen den Irak bleiben in Kraft, bis der Irak allen UNO-Resolutionen Folge geleistet hat".

Am 10. Oktober kündigte der Irak den Rückzug seiner Truppen an. Der Rückzug erfolgte dann etwas zögerlich, was teils an einem wirklichen Hinhalten, teils am Mangel an Transportmitteln gelegen haben mag.

Derweil kündigte der US-Außenminister "neue Maßnahmen" gegen den Irak an. Südlich des 32. Breitengrades, wo bereits eine Flugverbotszone für die irakische Luftwaffe besteht, sollte der Irak nun auch keine Bodentruppen mehr stationieren dürfen. Hätten die USA dies 2 Jahre früher durchgesetzt, so hätten sie vielen Oppositionellen das Leben gerettet, aber möglicherweise den iranischen Einfluß gestärkt, weshalb es bei der Halbheit der Flugverbotszone geblieben war.

Zugleich reisten jedoch russische Diplomaten, darunter auch der Außenminister, nach Bagdad. Ihnen erklärte die irakische Regierung ihre Bereitschaft zu einem weiteren Zugeständnis, nämlich zur Anerkennung Kuwaits.

Die USA gingen von ihrer Forderung einer entmilitarisierten Zone herunter und verlangten nur noch eine Verpflichtung des Irak, alle Truppenbewegungen in Richtung Süden zwei Wochen vorher anzumelden. Auch dies scheiterte an einer Veto-Drohung Rußlands, wobei auch Frankreich, China und Spanien ihr Mißfallen an einer solchen Einschränkung der Souveränität des Irak bekundeten.

Die Resolution 949, die in der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober beschlossen wurde, enthielt dann noch drei wesentliche Elemente: Zunächst wurde an alle auf den Irak bezogenen Resolutionen seit 1990 erinnert. Auffallend ist, daß in der Liste dieser Resolutionen die Resolution 688 von 1991 fehlt, die die Einhaltung der Menschenrechte im Irak generell und insbesondere gegenüber den Kurden fordert.(1) Weiter wird der Irak aufgefordert, Drohungen und Provokationen zu unterlassen, seine vor kurzem nach Süden verlegten Truppen umgehend wieder abzuziehen und auch in Zukunft die Truppen im Süden nicht weiter zu verstärken. Ferner wird der Irak aufgefordert, die Souveränität Kuwaits und die Unantastbarkeit seiner Grenzen in verfassungskonformer Weise anzuerkennen.

Indirekt enthält dies auch die Aufforderung, den von der UNO nach dem Golfkrieg neu gezogenen, vorher strittigen Grenzverlauf anzuerkennen. Dieser bringt den Irak um Ölfelder und die Hälfte seines einzigen

Hafens, Umm Qasr. In den siebziger Jahren hatte allerdings auch der Irak den Grenzverlauf schon ein wenig zu seinen Gunsten korrigiert.

Prompt entspann sich um die Anerkennung Kuwaits eine neue Debatte. Während der irakische Vizepremier Tariq Aziz sagte, daß der Irak zwar bereit wäre, Kuwait anzuerkennen, er aber gar nicht wisse, wie dies denn nun geschehen solle, bestand die Vertreterin der USA auf einer einmütigen Anerkennung durch das irakische Parlament.

Zugleich ging auch der Streit im Sicherheitsrat weiter. Rußland forderte mit Hinweis auf die Bereitschaft des Irak, Kuwait anzuerkennen, die Aufhebung der Sanktionen, insbesondere des Ölembargos, innerhalb von 7 Monaten. Die USA lehnten dies entschieden ab. US-Außenminister Warren Christopher drohte dem Irak erneut mit Präventivschlägen für den Fall weiterer Provokationen und fügte hinzu, daß Washington dann nicht erst eine Resolution des Sicherheitsrates einholen würde. Weiter verkündete er, Saddam Hussein könne wahrscheinlich auch dann nicht im Amt bleiben, wenn er alle Resolutionen erfülle. Damit verkündete er erstmals in dieser Krise ein weiteres Ziel der US-Politik: den Sturz Saddams.

Was bleibt von der Krise nun übrig? Saddam hat mit seinem anfänglichen Versuch, durch den Truppenaufmarsch unmittelbar zu Verhandlungen über eine Aufhebung der Sanktionen zu gelangen, schnell aufgeben müssen. Doch darüberhinaus hat er wenig verloren. Die Souveränität des Irak wurde nicht weiter eingeschränkt und die Anerkennung Kuwaits - so sie tatsächlich erfolgen sollte - ist zwar schmerzlich, könnte aber wirkungsvoll in Szene gesetzt werden, um den Druck zur Aufhebung der Sanktionen zu erhöhen. Dies ist ohnehin das einzige halbwegs realistische Ziel. Andererseits hat Saddam den schwelenden Konflikt über die Irakpolitik öffentlichkeitswirksam vorführen können: Die USA, England und die arabischen Golfstaaten stehen so ziemlich allein, während sich die Befürworter einer Aufhebung der Sanktionen, allen voran Rußland, Frankreich und China, immer deutlicher vernehmen lassen. Saddam hat damit die USA recht überzeugend als Schuldigen für die Not im Irak (die, wie die zahlreichen Desertionen aus der Armee zeigen, allmählich seine Machtbasis untergräbt) vorgeführt. Zugleich hat er demonstriert, daß sein Regime durchaus Aussichten hat, das Blatt eines Tages wieder zu wenden.

Die Irak-Politik der USA

Die wichtigste Grundlage der US-Politik am Golf dürfte die Erhaltung der Öl-Monarchien, Saudi-Arabien, Kuwait und der Emirate sein. Unter dem kargen Boden Kuwaits und Saudi-Arabiens liegt mehr als ein Drittel aller Ölreserven unseres Planeten. Wegen der intensiveren Nutzung der Ölreserven in anderen Regionen steigt dieser Anteil noch weiter an. Solange diese Monarchien vom Schutz der USA abhängen, sind die Industrienationen vor allzu kräftigen Ölpreissprüngen und dem Entstehen eines neuen, unkontrollierten Machtzentrums gesichert. Soweit sind die Interessen der Industriestaaten weitgehend identisch. Jedoch verflechten sich die Ökonomien der Ölstaaten seit dem 2. Golfkrieg verstärkt mit der US-amerikanischen Wirtschaft. Großaufträge gehen an US-Firmen und Kapital wird in den USA angelegt. Dazu kommt, daß mit dem Friedensprozeß um Palästina der Einfluß der USA in den arabischen Ländern ohnehin wachsen dürfte.

Vor dem 2. Golfkrieg war der Irak zwar nicht eng mit den USA verbunden, doch arbeiteten beide Seiten opportunistisch zusammen. Der Zusammenprall im Golfkrieg war eher ein Ausrutscher, ausgelöst dadurch, daß die USA den Irak, den sie gerade erst gegen den Iran unterstützt hatten, längere Zeit im Unklaren über die ihm in der Region zugedachte Rolle ließen.

Die Crux der US-Politik nach dem Krieg war es dann, daß sie Saddams Machtapparat als Ordnungsfaktor weiter brauchte, während dieser völlig diskreditiert und unberechenbar war. Es existierte keine berechenbare Größe in der irakischen Opposition, mit der der Beginn einer neuen politischen Ära sich hätte versuchen lassen. Der Antiimperialismus des größten Teils der irakischen Opposition, sei es unter linkem oder unter islamischem Vorzeichen, war noch eher ernstzunehmen als der der regierenden Baath-Partei.

Ein erster Ansatz, aus dem Dilemma zu kommen, zeigte sich im Februar 92, als CIA-Direktor Gates in die Region reiste und 30 Millionen Dollar für die Destabilisierung des Irak zur Verfügung gestellt wurden. Indessen sann man auch in Bagdad auf neue Wege. Im März 92 besuchten Delegationen der französischen Ölgesellschaften "Elf Aquitaine" und "Total" den Irak. Damit begann der erfolgreiche Versuch des Irak, die Golfkriegsfront entlang unterschiedlicher materieller Interessen zu spalten.

Im Juni 92 schloß sich die irakische Opposition im Dachverband "Iraqi National Congress" (INC) zusammen. Die mutmaßlich stärkste schiitische Partei "Dawa" verließ den INC bald wieder. Auch trieben die einzelnen Parteien weiter eine vom INC recht unabhängige Politik. Dies wurde insbesondere deutlich, als sich kurdische Parteien heftige bewaffnete Konflikte lieferten, in denen der INC als Mittler zwischen seinen eigenen Mitgliedern auftreten mußte. Als gemäßigter Dachverband, der von einem sehr breiten Spektrum der irakischen Opposition anerkannt wird, kann der INC trotzdem als Bezugspunkt der amerikanischen Politik fungieren und genießt wahrscheinlich auch unter der Hand Unterstützung aus den USA.

Sein Hauptquartier hat der INC im kurdischen Selah-ed-din. Im kurdischen Gebiet unterhält er auch eine Truppe von 700 Mann. Auf zwei Radiofrequenzen und mit aus Flugzeugen abgeworfenem Propagandamaterial versucht der INC die Bevölkerung zu beeinflussen. Nach eigenen Angaben ist es dem INC auch gelungen, Kontakte in hohe Ränge von Militär und Staatsapparat zu knüpfen. Ob der INC allerdings eine Chance hat, Saddam zu stürzen, ist sehr zweifelhaft. Seit einem Vierteljahrhundert ist die Führung der Streitkräfte fest im Griff der Baath-Partei, die niederen Ränge und die Bevölkerung haben ihren Aufstand nach dem Golfkrieg nach offiziellen Angaben mit 300.000 Toten bezahlt.

Auch von anderer Seite steht die praktische Grundlage einer US-Politik zum Sturz Saddam Husseins in Frage. Das Embargo ist durch mangelnde Kooperation des Iran und der Türkei teilweise aufgeweicht. Außerdem sind beide daran interessiert, das kurdische Gebiet im Norden zu destabilisieren. Hat Saddam aber in Kurdistan erst wieder das Sagen, so bricht vermutlich die ganze gegen ihn gerichtete Politik zusammen. Im Dezember muß das türkische Parlament der weiteren Stationierung der "Poised Hammer Force", die die nördliche Flugverbotszone über dem kurdischen Gebiet kontrollieren soll, im türkischen Incirlik zustimmen. Eine Zusage konnte Washington bisher nicht bekommen, weshalb bereits über die Errichtung eines Stützpunktes mit Flughafen in Irakisch-Kurdistan nachgedacht wird. Doch dies würde die Einsamkeit der amerikanischen Politik in der Region noch mehr dokumentieren und wäre vermutlich nur der Auftakt zu neuen praktischen und politischen Problemen.

Wohin ein Sturz Saddams durch das Militär oder den Parteiapparat führen sollte, ist ebenfalls eine offene Frage. Die türkische Zeitung Cumhuriyet spottete nicht ganz unberechtigt über die Vorstellung eines prowestlichen Putsches im Irak: "Die ideale Lösung ist ein General. Ein artiger General mittleren Alters und gesund, der seine eiserne Faust unter samtenen Handschuhen versteckt und sich natürlich an die Ratschläge des Westens hält." Vielleicht bräuchte er sich auch nicht einmal zu sehr an westliche Ratschläge halten, denn schließlich wäre zu viel Demokratie im Irak ein schlechtes Beispiel für Amerikas Freunde in Kuwait und in Riad. Trotz dieser Bedenken: Der Sturz Saddams ist zwar keine Garantie für bessere politische Verhältnisse im Irak, aber eine notwendige Voraussetzung.

Frankreich und Rußland

Überraschend ist Rußland wieder in die Rolle der Sowjetunion als Vermittler am Golf geschlüpft. Washington sah diese Einmischung gar nicht gerne. Die russischen Initiativen wurden postwendend zurückgewiesen und der Sicherheitsrat zur Verabschiedung der Resolution 949 gedrängt, ehe der von Bagdad anreisende russische Außenminister New York erreicht hatte.

Doch so wenig Rußland selbst zum Zuge kam, die Politik der USA hat es doch empfindlich gestört. Die zur Bittstellerin herabgesunkene einstige Weltmacht drohte mit ihrem Vetorecht im Sicherheitsrat, als dominiere sie immer noch den halben Globus. Dieses außenpolitische Profil soll nicht nur das schwarze Loch verbergen, in welchem jüngst der Rubel verschwunden ist, es hat auch zwei sehr reale Gesichtspunkte. Der eine ist, daß Rußland durch das Irak-Embargo ein wichtiger Kunde verlorengegangen ist, der z.B. über lange Zeit seine Waffenarsenale in der Sowjetunion aufgefüllt hatte. Die Begehrlichkeit des Irak nach den Produkten der notleidenden russischen Rüstungsindustrie zeigt sich derzeit auf dem russischen Schwarzmarkt, wo Saddam sich u.a. mit Leitsystemen für Anti-Raketen-Raketen und mit Chemiewaffen eindeckt.(2) Während der Irak von früheren Waffenkäufen noch sechs Milliarden Dollar Schulden an Rußland hat, hat Rußland bei den Ölmonarchien nichts zu verlieren.

Der zweite Gesichtspunkt ist, daß Rußland mit seiner Irakpolitik nicht alleine steht. Im Windschatten Rußlands betreibt auch der einst zweitgrößte Waffenlieferant des Irak, nämlich Frankreich, eine immer offenere Unterstützung der irakischen Position. Dies mag auf den ersten Blick unlogisch erscheinen: Schließlich war

Frankreich wieder wie 1991 bereit, an einem militärisch Einsatz zum Schutz Kuwaits teilzunehmen und hat der, wenn auch gemäßigt, gegen den Irak gerichteten Resolution 949 zugestimmt. Auch für diese Politik gibt es Gründe: Man will es sich natürlich nicht mit den zahlungskräftigen Saudis und Kuwaitis verderben. Die Entsendung von Truppen bietet zudem eine bessere Ausgangsbasis, um am Golf mitzureden. Trotzdem hat Frankreich den USA in der Krise eindeutig widersprochen, und ebenso wie Rußland und China kann es ein amerikanisches Vorgehen "im UNO-Auftrag" durch ein Veto im Sicherheitsrat vereiteln.

Möchtegern-Imperialisten

vom Rhein

Die Interessen der deutschen Politik ähneln denen Frankreichs. Auch die deutsche Wirtschaft spürt den Verlust des Irak und die wachsende Dominanz der USA in den Ölmonarchien. Zwar waren Waffen als deutsches Exportgut für den Irak volumenmäßig weniger wichtig, erinnert sollte jedoch daran werden, daß der Irak seine Giftgasindustrie fast ausschließlich mit Hilfe deutscher Firmen aufbaute.

In diesem Jahr hat eine behutsame Wiederaufnahme der deutschen Irakpolitik stattgefunden. Im Juni reisten der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Hans Stercken (CDU) und der Münchner Abgeordnete Erich Riedl (CSU) ohne viel Aufsehen nach Bagdad, um sich - aus humanitären Gründen versteht sich - bei "Staatspräsident Saddam Hussein zu erkundigen", ob die Bedingungen zur Aufhebung des Embargos nicht schon erfüllt sind. Sie bekamen auch eine Antwort, die Riedl begeistert weitergab: "Das ist für mich die interessante Botschaft gewesen, daß die Iraker sagen, alle Bedingungen sind erfüllt."(3) Mag sich der seit seinem Versuch, die Erfindung von Hitlers V 2-Rakete öffentlich abzufeiern, ohnehin diskreditierte Riedl auch etwas leutselig ausdrücken, er beschreibt doch die Richtung der deutschen Außenpolitik. Kurz nach dem Besuch wurde der Versuch gestoppt, mit einem Koordinationsbüro für die deutschen Hilfsorganisationen in Südkurdistan so etwas wie eine inoffizielle deutsche Vertretung bei der Regierung der irakischen Kurden einzurichten. Durch Schweigen hat man sich auch um einen anderen wunden Punkt deutsch-irakischer Beziehungen gedrückt: An der Aufklärung des Mordes an Lissy Schmidt und ihres Begleiters wollten sich deutsche Stellen, trotz Einladung, nicht beteiligen. Man hat in Bonn kein Wort darüber verloren, daß die mittlerweile verurteilten Mörder gestanden haben, im Auftrag von namentlich genannten irakischen Geheimdienstleuten unterwegs gewesen zu sein.

Als die Krise ausbrach, forderte das Auswärtige Amt den Irak zwar auf, "jede Konfrontation zu vermeiden", Stercken meldete sich aber zugleich mit dem Vorschlag einer Aufhebung der Sanktionen zu Wort.

Um sich bei den Golfstaaten ins rechte Licht zu setzen und politisch mitreden zu können, wäre man auch militärisch gerne dabei. Hatte vor dem Golfkrieg ein Bundeswehrgeneral einen deutschen Militäreinsatz noch als "praktische Trauerarbeit" für die Opfer Hitlers verkaufen wollen, so formulieren heute deutsche Politiker ihren Wunsch nach militärisch flankierter Außenpolitik diesmal in Dementis. Kinkel erklärte, daß es für eine deutsche Beteiligung an UN-Maßnahmen "im Augenblick keinerlei Grund" gebe.(4) Auch der SPD-Geschäftsführer Verheugen dachte ungefragt über eine UNO-Truppe zum Schutz Kuwaits nach, wobei eine deutsche Beteiligung jetzt nicht Thema sei.

Entgegen der Ansicht mancher deutschen Linken hat die Krise am Golf wieder einmal gezeigt, daß Deutschland auch nach der Wiedervereinigung weit davon entfernt ist, als neue Weltmacht agieren zu können. Außerhalb Europas ist der deutsche Einfluß immer noch gering, und allein das ökonomische Gewicht wird dies, wie das Beispiel Japan zeigt, nicht ausgleichen. Aber immerhin will man am Rhein doch ein bißchen mitreden. Dazu gehört die Forderung nach ständigem Sitz mit Vetorecht im Sicherheitsrat und das Verlangen nach "out-of-area"-Einsätzen der Bundeswehr ("Verantwortung tragen" in Bonndeutsch). Außerdem hat man seit langem ein eigenes Standbein in der Nahostpolitik: Durch gute Beziehungen zum Iran, die im Gegensatz zu denen der USA den Wechsel vom Schah zu den Mullahs locker überstanden haben. Den von Ölpreisverfall und amerikanischer Isolierungspolitik hart gebeutelten Freunden in Teheran half man im Frühjahr mit einem teuren Umschuldungsabkommen aus der Patsche, dem sich in kleinerem Umfang dann auch Frankreich anschloß. Gemeinsam mit Frankreich ist man dabei, die Beziehungen zu Teheran, Ankara und Bagdad auszubauen, um der europäischen Industrie einen Ausgleich für die verlorene arabische Halbinsel zu schaffen.

Jan Keetman

Anmerkungen

1) Text der Resolution nach Al-Hayat 17. 10. 94.

2) Al-Hayat, 26. 10. 94, unter Berufung auf den für die Kontrolle des Waffenhandels zuständigen russischen General.

3) Aus einem Interview mit Radio Dreyeckland, s.a. ak 368.

4) Hervorhebung von Jan Keetman.

8. Kongreßwahlen in den USA. Reaktionäre und Fundamentalisten gewinnen weiteren Boden

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:39

Zum ersten Mal seit 40 Jahren wird die Republikanische Partei künftig beide Kammern des US-Kongresses kontrollieren - eine schwere Niederlage für die Demokratische Partei von Präsident Clinton. Zwar schneidet diejenige Partei, die gerade den Präsidenten stellt, bei den sogenannten Halbzeit-Wahlen traditionell schlecht ab (1), aber die Niederlage der Demokraten bei den Parlamentswahlen am 8. November fiel noch schwerer aus als erwartet.

Die gängigen Kommentare werten den Wahlausgang als "Mißtrauensvotum" gegen Clinton oder als Ausdruck einer allgemeinen Protestwählerei gegen Berufspolitiker. Diese Erklärungen treffen nur teilweise zu: Ausschlaggebend ist eine allgemeine, langandauernde Rechtsverschiebung im politischen Spektrum in den USA. 1992 wurde dieser Trend nur kurzfristig durch besondere Umstände unterbrochen, die Clinton ins Amt verhalfen. Seither hat der demokratische Präsident selbst kräftig am Rechtstrend mitgebastelt.

Zum ersten Mal seit 40 Jahren wird die Republikanische Partei künftig beide Kammern des US-Kongresses kontrollieren - eine schwere Niederlage für die Demokratische Partei von Präsident Clinton. Zwar schneidet diejenige Partei, die gerade den Präsidenten stellt, bei den sogenannten Halbzeit-Wahlen traditionell schlecht ab (1), aber die Niederlage der Demokraten bei den Parlamentswahlen am 8. November fiel noch schwerer aus als erwartet.

Die gängigen Kommentare werten den Wahlausgang als "Mißtrauensvotum" gegen Clinton oder als Ausdruck einer allgemeinen Protestwählerei gegen Berufspolitiker. Diese Erklärungen treffen nur teilweise zu: Ausschlaggebend ist eine allgemeine, langandauernde Rechtsverschiebung im politischen Spektrum in den USA. 1992 wurde dieser Trend nur kurzfristig durch besondere Umstände unterbrochen, die Clinton ins Amt verhalfen. Seither hat der demokratische Präsident selbst kräftig am Rechtstrend mitgebastelt.

Zunächst ein paar Zahlen: Im Senat heißt es künftig 53 zu 47 für die Republikaner (bisher 44 zu 56). Ähnlich im Repräsentantenhaus: künftig 230 zu 204 für die Republikaner (bisher 178 zu 256), plus ein Unabhängiger (der Sozialdemokrat Bernie Sanders aus Vermont). Auch in den einzelnen Bundesstaaten (insgesamt 50) haben die Republikaner deutlich zugelegt: dort stellen sie künftig 31 Gouverneure (bisher 20). Die Wahlbeteiligung betrug knapp vierzig Prozent der Wahlberechtigten - ein normales Ergebnis bei US-Wahlen. Davon haben landesweit 50 Prozent republikanisch gewählt und 48 Prozent demokratisch. Der scheinbare "Erdrutsch" bezieht sich also nur auf einen relativ kleinen Teil der Wahlbevölkerung.

Drei besonders spektakuläre Senatswahlkämpfe konnten die Demokraten gewinnen: Ted Kennedy, einer der letzten gewerkschafts-orientierten "Promis" seiner Partei, gewann in Massachusetts. In Virginia besiegte der Amtsinhaber Charles Robb seinen Rechtsaußen-Herausforderer Oliver North, der in den 80er Jahren durch seine Rolle im Iran-Contra-Skandal bekannt wurde (siehe unten). Schließlich gewann die Demokratin Dianne Feinstein in Kalifornien knapp gegen einen republikanischen Multi-Millionär, der aus seinem Privatvermögen die Rekordsumme von 25 Millionen Dollar für den Wahlkampf locker machte.

Zwei demokratische Niederlagen: Mario Cuomo, der liberale Gouverneur von New York und ein standfester Gegner der Todesstrafe, verlor gegen einen "Law and Order"-Republikaner. Und die texanische Gouverneurin Ann Richards wurde von George Bush besiegt, einem Sohn des früheren Präsidenten.

Auffallend ist, daß die allermeisten AmtsinhaberInnen in Senat und Repräsentantenhaus (auch die demokratischen) wiedergewählt wurden - was nicht gerade von einer allgemeinen Politiker-Verdrossenheit zeugt. Die neun zusätzlichen Senatssitze der Republikaner setzen sich z.B. wie folgt zusammen: sechs Mandate waren "offen" (der bisherige Amtsinhaber hat nicht wieder kandidiert), ein konservativer Demokrat aus Alabama trat am Tag nach der Wahl zu den Republikanern über, und nur in zwei Fällen verlor ein demokratischer Mandatsträger gegen einen republikanischen Herausforderer. Ein "Erdrutsch" entstand erst dadurch, daß die Demokraten ihrerseits keine "offenen" oder "republikanischen Sitze" erobern konnten.

Das Wahlergebnis sei ein Mißtrauensvotum gegen Clinton, heißt es in den meisten Kommentaren. Die Umfragen vor den Wahlkabinen zeigen ein weniger eindeutiges Bild: 49 Prozent der befragten WählerInnen

hatten eine positive, 46 Prozent eine negative Meinung von Clinton (dabei waren Männer mehrheitlich negativ, Frauen mehrheitlich positiv zu Clinton eingestellt). Manche Republikaner gewannen, indem sie sich vorrangig als "Anti-Clinton"- Kandidaten präsentierten, andere (u.a. Oliver North) verloren mit der gleichen Strategie. Umgekehrt gewannen manche Demokraten, die als enge politische Freunde Clintons gelten, während andere verloren (die Endung "-Innen" kann ich mir hier ersparen: nur etwa ein Zehntel der Kongreßsitze werden von Frauen besetzt).

Die Wahlergebnisse spiegeln eine schleichende Neu-Ausrichtung ("re-alignment") der US-amerikanischen Parteienlandschaft wider, die seit etwa 30 Jahren im Gange ist. Die Demokratische Partei war jahrzehntelang die eigentliche Mehrheitspartei, was die Zahl von MandatsträgerInnen auf Bundes-, Staats- und kommunaler Ebene und die Zahl der Mitglieder angeht (nur "ganz oben", bei Senatoren und Präsidenten, konnten die Republikaner in der Vergangenheit mithalten). Die demokratische Dominanz ging zurück auf den "New Deal" der 30er Jahre, der eine politische Allianz von konservativen weißen Südstaatlern und Gewerkschaften, Schwarzen, Frauen und eher linken WählerInnen schmiedete. Diese Allianz ist inzwischen weitgehend zerfallen: die Gewerkschaften haben dramatisch an Bedeutung verloren, und die sogenannten "Reagan Democrats" (demokratische Parteimitglieder, die Reagan unterstützten - v.a. konservative weiße Männer) sind inzwischen ganz zu den Republikanern gewechselt.

Am deutlichsten zeigt sich diese Entwicklung in den Südstaaten, die über hundert Jahre lang eine Hochburg der demokratischen Partei waren; seit den jüngsten Wahlen haben dort die Republikaner erstmals eine Mehrheit. Die Demokraten dominieren nur noch im Nordosten der USA.

Clinton als "New Democrat"

Clinton war 1992 mit dem ausdrücklichen Vorhaben angetreten, diesen Trend umzukehren (2). Nachdem die Demokraten 1980, 1984 und 1988 mit drei Präsidentschaftskandidaten nacheinander verloren hatten, die als zu pazifistisch, gewerkschafts- und minderheitenfreundlich galten, brach Clinton mit den "traditionellen Dogmen" der Partei und verkaufte sich als "New Democrat": gegen Sozialstaat und "Anspruchsmentalität", für Verbrechensbekämpfung, für "Eigenverantwortung" und ein profitables Investitionsklima, ergänzt durch ein staatliches Infrastruktur- und High-Tech-Programm.

Clintons Ziel war es, konservative WählerInnen für die Partei zurückzugewinnen. Tatsächlich gelang dies jedoch auch 1992 nur in ganz geringem Maße. Obwohl Clinton und Vize-Kandidat Gore beide aus dem US-Süden stammen und die baptistischen Kirchen im dortigen "Bible-Belt" (dem fromm-konservativen Südstaaten- Gürtel) abklapperten, blieben sie dort weitgehend erfolglos. Das Gleiche gilt für die "Suburbs", die überwiegend weißen Eigenheim-Vororte um die Ballungszentren. Clinton gelangte mit nur 43 Prozent der abgegebenen Stimmen ins Amt - die Demokraten konnten sich weiterhin nur auf ihre StammwählerInnen (Schwarze, Frauen, Umweltschützer, Linke) verlassen. Clinton kam zugute, daß der rechte Flügel der Republikaner den Amtsinhaber Bush nur äußerst widerwillig unterstützt hatte, und vor allem, daß ein dritter Kandidat, der rechtspopulistische Multi-Milliardär Ross Perot, damals 19 Prozent der Stimmen einheimste. Die Perot-WählerInnen haben diesmal wieder überwiegend republikanisch gewählt.

Trotz Clintons konservativer Programmatik weckte der Amtswechsel im Weißen Haus im Januar 1993 große Hoffungen auf eine "Wende". Nach zwölf Jahren republikanischer Austeritäts- und Hochrüstungspolitik unter Reagan und Bush mit chronischer Massenarbeitslosigkeit versprach der demokratische Wahlslogan "Putting People First" (etwa: "Menschen an die erste Stelle") eine humane Reformpolitik. Dazu ist es nie gekommen: oberstes Ziel der Clintonschen Wirtschaftspolitik war von Anfang an die Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten sozialer Programme (3).

Clinton setzte auf eine "Große Koalition" mit moderaten Republikanern im US-Kongreß, ob bei der Haushalts- und Steuer-Politik, beim Rüstungsbudget, bei der Wohlfahrts- oder Gesundheits-Reform oder beim im vergangenen August verabschiedeten Verbrechensbekämpfungs-Gesetz (das u.a. die Todesstrafe ausweitet). Für Personalentscheidungen gilt dasselbe: Die von Clinton ernannten neuen Obersten Bundesrichter und wichtigsten Minister genossen fast allesamt auch bei den Republikanern hohes Ansehen, ob Finanzminister Bentsen, Verteidigungsminister Perry oder CIA-Chef Woolsey.

Honoriert wurde diese Kompromißpolitik freilich nicht. Nur beim nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA erhielt Clinton die Unterstützung der Mehrheit der republikanischen Abgeordneten - sonst stimmten die

Republikaner fast geschlossen gegen Clintons Gesetzentwürfe. Auf der Suche nach einem parteiübergreifenden Konsens (und nach den Wählerschichten der "Mitte") machte Clinton ein konservatives Zugeständnis nach dem anderen - die Republikaner nahmens dankend zur Kenntnis und verlangten mehr.

Am deutlichsten wurde das Versagen dieses rechten Anbiederungskurses bei Clintons wichtigstem Vorhaben, der Reform des Krankenversicherungssystems. Anstatt rasch nach seiner Wahl mit eindeutigen Umfrageergebnissen im Rücken die Einführung einer allgemeinen öffentlichen Krankenversicherung nach kanadischem oder westeuropäischem Vorbild vorzuschlagen (wie es auch der "linke" Flügel der Demokratischen Partei forderte), erarbeitete die neue Administration in monatelanger Kleinarbeit ein halbherziges Gesetzespaket. Dieses Paket sollte zwar einen allgemeinen Versicherungsschutz einführen (in den USA haben derzeit etwa 15 Prozent der Bevölkerung keinerlei Versicherungsschutz, weitere 25 Prozent sind unterversichert), ließ aber die Interessen der privaten Versicherungskonzerne weitgehend unangetastet. Während der monatelangen Beratungen im Kongreß wurde dieses Paket weiter verwässert - und die Meinungsumfragen verzeichnen inzwischen eine Mehrheit gegen eine umfassende Reform. Im vergangenen August ist die Gesundheitsreform schließlich im US-Kongreß gescheitert.

Anstatt auf eine politische Mobilisierung für eine klare Reformpolitik zu setzen, verspielte der Präsident sein Mandat für eine "Wende". In zwei Jahren hat Clinton auch mit demokratischen Mehrheiten in beiden Kammern des US-Kongresses kein einziges substantielles Reformprojekt durchsetzen können (bzw. es überhaupt ernsthaft versucht). Insofern wird sich mit den neuen Mehrheitsverhältnissen materiell nicht viel ändern.

Bei den jüngsten Wahlen hat sich Clintons Anbiederungspolitik für die Demokraten bitter gerächt: das eigene links-liberale Klientel (Schwarze, Feministinnen, Umweltschützer, Leute mit niedrigen Einkommen, etc.) ging erst gar nicht zur Wahl, während die Republikaner ihre WählerInnen kräftig mobilisieren konnten. Die größten Stimmenblocks kamen von Anhängern der National Rifle Association, die für ein unbeschränktes Recht auf privaten Schußwaffenbesitz eintreten (etwa ein Drittel aller WählerInnen, bei einer Wahlbeteiligung von 40 Prozent) und Christliche Fundamentalisten (siehe unten).

Der künftige Kongreß

Anders als im Bundestag werden im US-Kongreß alle Ausschuß-Vorsitze an die Mehrheitspartei vergeben. Wie ein Gruselkabinett liest sich die Liste der künftigen republikanischen Ausschuß-Vorsitzenden im Senat. Der neue Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses ist ein ausgewiesener Rechtsradikaler und Freund von Pinochet: Jesse Helms.

Bei den Republikanern hat sich das politische Gewicht deutlich nach rechts verschoben. Der reaktionäre Kolumnist George Will bezeichnet 25 bisherige Senatoren als eindeutig "konservativ", künftig werden es 40 sein. Auch im Repräsentantenhaus gelten viele neu gewählte republikanische Abgeordnete als rechte Scharfmacher; der neue "Speaker" (Präsident des Repräsentantenhauses) Newt Gingrich gehört ebenfalls zum rechten Parteiflügel. (Gleichzeitig hat sich die Zusammensetzung bei den Demokraten leicht nach "links" bewegt, da viele konservative Demokraten nicht zur Wiederwahl kandidierten).

Man muß kein Prophet sein, um vorherzusagen, daß sich die Richtungskämpfe und Personalauseinandersetzungen bei den Republikanern massiv verschärfen werden. Der neue Mehrheitsführer im Senat, Robert Dole, wird sich in den kommenden zwei Jahren als Gegenspieler Clintons profilieren. Dole hat sich bereits 1988 um die republikanische Präsidentschaftskandidatur beworben und wird dies wohl auch bei den Vorwahlen 1996 tun. Auch seine Senatskollegen Phil Gramm vom rechten Parteiflügel und der gemäßigte Arlen Specter sitzen schon in den Startlöchern (andere Namen, die derzeit gehandelt werden: der gerade wiedergewählte kalifornische Gouverneur Pete Wilson, Ex-Vizepräsident Dan Quayle und der Ex-Abgeordnete Jack Kemp, sowie, ganz rechtsaußen, Pat Buchanan und der Fernsehprediger Pat Robertson). Das Problem der Republikaner: so unpopulär Clinton auch sein mag - bisher haben sie keinen Kandidaten, der Clinton besiegen könnte. Der einzige, der laut Umfragen dazu derzeit in der Lage wäre ist der parteilose Ex-Militärchef Colin Powell.

Die Christliche Rechte

Interessanter als das Personalkarussell dürften die politischen Auseinandersetzungen bei den Republikanern werden, die vor allem vom Aufstieg der christlich-fundamentalistischen Rechten geprägt werden. In etlichen

Bundesstaaten haben die Leute der "Christian Coalition" inzwischen den republikanischen Parteiapparat übernommen und sind in der Lage, bei den partei-internen Vorwahlen ihre KandidatInnen gegen moderatere Leute durchzusetzen. Die von dem reaktionären Fernsehprediger Pat Robertson geführte "Christian Coalition" mit mehreren Hunderttausend Mitgliedern verteilte am Sonntag vor der jüngsten Wahl 33 Millionen Wahlaufrufe in konservativ-weißen Kirchen - die größte fundamentalistische Wählermobilisierung aller Zeiten. 27 Prozent der am 8. November befragten WählerInnen bezeichneten sich selbst als "evangelikal". Viele neue republikanische Abgeordnete wissen genau, daß sie ihre Sitze dieser Mobilisierung verdanken.

Dabei hat die "Christian Coalition" ihre Strategie "säkularisiert". Nachdem sich in den 80er Jahren herausstellte, daß sich mit den "klassischen" fundamentalistischen Themen (Abtreibungsverbot, Schulgebet etc.) keine Mehrheiten gewinnen lassen, ist die Propaganda von Robertsons Leuten heute sehr viel "weltlicher" ausgerichtet: für "die" Familie, für "traditionelle amerikanische Werte", gegen "Sonderrechte" (z.B. für Schwule und Lesben), für "weniger Staat" (außer bei der Verbrechungsbekämpfung) und niedrigere Steuern. Mit einem solchen Programm war Ronald Reagan schon 1980 angetreten: Daß diese rechtspopulistischen Positionen trotz ihres offensichtlichen Bankrotts in den 80er Jahren nicht totzukriegen sind, hat sich am 8. November gezeigt.

Hinter den rechten Parolen verbergen sich haarsträubende Verschwörungstheorien, nicht selten mit unüberhörbarem antisemitischem Zungenschlag. So schreibt Robertson in seinem Buch "The New World Order" (1991) über angebliche Verbindungen zwischen jüdischen Bankiers und Freimaurern. Die hätten 1917 die bolschewistische Revolution finanziert und 1865 die Ermordung von US-Präsident Lincoln. Heute würden die USA von einer "eng zusammengeschlossenen Clique" in US-Zentralbank und dem "Council on Foreign Relations" kontrolliert. Das Bestürzende ist, daß sich auch "seriöse" Konservative von solchen Verschwörungs-Phantasien nicht länger distanzieren. Mit der christlichen Rechten will man es sich nicht mehr verderben.

Auch andere längst diskreditierte Theorien erleben ein spektakuläres Comeback. Jüngstes Beispiel: Die Thesen von Charles Murray und Richard Herrnstein (in ihrem Bestseller "The Bell Curve"/Die Glockenkurve) über angeblich genetisch veranlagte Intelligenz, vererbte Intelligenzunterschiede zwischen Schwarzen und Weißen und eine Gefährdung des amerikanischen "Gen-Pools" durch Immigration, die gegenwärtig auch durch die bundesdeutschen Medien geistern. Selbst eine so seriöse konservative Zeitung wie das "Wall Street Journal" druckte vor kurzem auf einer ganzen Seite Auszüge aus dem Bestseller. Theorien, die lange Jahre nur am äußerten rechten Rand kursierten, haben innerhalb kürzester Zeit eine bestürzende Akzeptanz auch im "seriösen" politischen Spektrum gefunden. Dieser Prozeß, der durch die systematische Unterwanderung der Republikanischen Partei von rechtsaußen noch beschleunigt wurde, läßt für die politische Zukunft der USA Schlimmes ahnen.

Allerdings kann die fundamentalistische Rechte den Bogen auch überspannen. So hat ihr Lieblingskandidat, der Iran-Contra-Waffenschmuggler Oliver North, das Rennen um den Senatssitz von Virginia knapp verloren. Diese Niederlage stärkt die Position moderater Republikaner, die sich gegen die Nominierung "unwählbarer" (weil zu fundamentalistischer) KandidatInnen wenden. North ist trotzdem zu einer zentralen Figur der republikanischen Rechten aufgestiegen. Er hat für seinen Wahlkampf in Virginia bundesweite Unterstützung (einschließlich von fast 20 Millionen Dollar an Spenden) mobilisieren können. Seine Adressendatei von 250.000 stramm rechten SpenderInnen dürfte derzeit der wertvollste Gegenstand auf der radikalen Rechten sein.

Debatte um Zukunft

der Demokratischen Partei

Auch bei den Demokraten dürfte die Strategiedebatte wieder ausbrechen. Um Ratschläge brauchen sie sich nicht zu sorgen. Die International Herald Tribune brachte die gängige Formel auf den Punkt: "Clintons schmerzhafte Lektion: Geh' nach Rechts" hieß es nach der Wahl auf der Titelseite. Das typische Realo-Argument auch der bundesdeutschen Clinton-Fangemeinde: Mehr Reformen sind unrealistisch, da dem Präsidenten eben durch konservative Mehrheiten im Kongreß und bei den WählerInnen die Hände gebunden sind.

Dagegen steht die Position des "linken" Parteiflügels (verkörpert von Jesse Jackson, der sich 1984 und 1988 als Vertreter einer "Regenbogenkoalition" um die demokratische Präsidentschaftsnominierung bewarb): mit einem (mehr oder weniger linkssozialdemokratischen) Reformprogramm könnte die Partei ihre traditionellen Klientel mobilisieren. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 40% bei Zwischenwahlen und gut 50% bei Präsidentschaftswahlen gibt es noch ein riesiges (überwiegend proletarisches und subproletarisches) WählerInnen-Potential, das bisher von beiden Parteien ignoriert wird (4).

Angesichts der mächtigen Kapitalinteressen, die schon die Gesundheitsreform sabotierten, ist ein Umschwenken der Demokraten auf den Jesse-Jackson-Kurs nicht zu erwarten. Clinton wird sich weiter "in die Mitte" (also nach rechts) bewegen und mit weiteren konservativen Vorschlägen versuchen, den Republikanern das Wasser abzugraben. Dieselbe Situation gab es auch schon vor 16 Jahren während der zweiten Hälfte von Jimmy Carters Amtszeit. Auch damals wurde bereits unter einem demokratischen Präsidenten der Schwenk nach rechts eingeleitet: der Austeritäts-, Deregulierungs- und Hochrüstungskurs begann schon zwei Jahre vor Ronald Reagans Amtsübernahme 1980.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) Der Präsident wird alle vier Jahre gewählt, Parlamentswahlen finden alle zwei Jahre statt. Dann werden alle 435 Repräsentantensitze (Amtszeit zwei Jahre) vergeben, sowie ein Drittel der insgesamt 100 Senatssitze (Amtszeit sechs Jahre).

2) Siehe: M. Hahn: "Jetzt sind wir dran", Konkret 10/92.

3) Der Journalist Bob Woodward zeichnet in seinem neuen Buch "The Agenda" nach, wie Clinton nach nur kurzem Zögern auf die Austeritätspolitik von Wall Street und US-Zentralbank einschwenkte.

4) Linke Wahl-Optionen außerhalb des US-amerikanischen Zwei- Parteien-Systems sind vorerst nicht in Sicht. Zwar wird in etlichen Bundesstaaten schon seit einigen Jahren an der Gründung einer links-populistischen "Dritten Partei" (auf gewerkschaftlicher, grüner, schwarzer und/oder feministischer Grundlage) gebastelt, aber trotz einiger lokaler Erfolge wird es noch lange dauern (wenn überhaupt), bis diese auch auf Bundes-Ebene Bedeutung erlangen.

Volksentscheide

Auch mehrere Volksentscheide standen am 8. November zur Abstimmung. Mit deutlicher Mehrheit (59 zu 41 Prozent) wurde in Kalifornien die sogenannte "Proposition 187" verabschiedet, die die Rechte von nicht-legalisierten ImmigrantInnen massiv einschränken soll. In den USA haben "Illegale" bisher einen Anspruch auf die (allerdings recht magere) öffentliche Gesundheitsversorgung (v.a. Notdienst, Schwangeren-Vorsorge, Impfungen) und Schulbesuch (siehe ak 367 vom 8.6.94). Die schätzungsweise knapp zwei Millionen "Illegalen" (einschließlich ihrer etwa 300.000 schulpflichtigen Kinder) sollen in Kalifornien davon künftig ausgeschlossen werden. Außerdem soll medizinisches und schulisches Personal verpflichtet werden, "Verdächtige" der Einwanderungspolizei zu melden.

Allerdings ist noch nicht geklärt, ob die "Proposition 187" (oder Teile davon) je Gesetzeskraft erlangen werden - der Streit darum wird wohl bis vor den Obersten Gerichtshof gehen. In den letzten Wochen gab es vor allem in Latino-Stadtvierteln große Demonstrationen gegen "187". Selbst manche Republikaner sprachen sich gegen das Referendum aus, da es zu "Denunziantentum" führen werde.

Die deutliche Mehrheit für "187" ist ein schlimmes Omen. Anders als in der BRD war in den USA Immigration bisher kein großes politisches Thema. Noch 1990 wurde (unter Bush!) das Einwanderungsrecht liberalisiert. Im vergangenen Jahr hat sich dies - quer durch das parteipolitische Spektrum - grundlegend geändert. Auch die Clinton-Administration fährt inzwischen eine restriktive Politik gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Dies richtet sich inzwischen nicht mehr "nur" gegen "Illegale", sondern auch gegen legale EinwanderInnen.

Drei gute Meldungen: Im Bundesstaat Wyoming wurde ein Referendum zur Kriminalisierung von Abtreibungen abgelehnt, in Idaho und Oregon scheiterten homosexuellen-feindliche Volksbegehren.

Allerdings wurde in Oregon ein Euthanasie-Referendum knapp angenommen, das künftig ÄrztInnen erlaubt, unheilbar Kranken Sterbehilfe zu leisten. In mehreren Bundesstaaten gewannen verschärfte "Verbrechensbekämpfungs"-Gesetze.

9. Talkshow-Plausch mit Schönhuber? Oliver Tolmeins Buch "Originalton deutsch"

Autor: Js. · Rubrik: Republikaner; Medien; Antirassismus, Antinationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:06

Die immense Bedeutung der Medien bei der rassistischen Massenmobilisierung ist spätestens seit der "Asyldebatte" und ihren mörderischen Folgen nicht nur in linksradikalen Kreisen unumstritten. Oliver Tolmein, ehemaliger konkret-Redakteur, seit Anfang Oktober Chefredakteur der Jungen Welt (Glückwunsch!) und zuweilen (zu selten!) auch ak-Autor, hat den zahlreichen einschlägigen Veröffentlichungen ein lesenswertes Buch hinzugefügt. "Wie gehen die Medien mit rechter Gewalt um?" lautet seine Fragestellung. Untersuchungsgegenstand sind neben den Zeitschriften Die Zeit, Der Spiegel und stern eine Reihe von Fernsehsendungen, Spots und Talkshows.

Der erste Teil des Buches ist ein bißchen unübersichtlich - allzu viel sollte auf den zur Verfügung stehenden 60 Seiten untergebracht werden. Vieles ist auch aus früheren Veröffentlichungen zum Thema bekannt: Die Präsentation rechter Originaltöne in TV und Presse (von Gottschalk über Küppersbusch bis hin zur taz); die mitfühlende Entschuldung der Gewalttäter als "deklassierte" und "orientierungslose" Jugendliche; die vielfach hilflosen und zurückweichenden Aufklärungsbemühungen der Medien ("Gegen Dummheit und Gewalt: Flagge zeigen!"). Hinzu kommen zwei vom Autor selbst so genannte "Exkurse" über die Angstkampagne mit der "Ausländerkriminalität" (auch in Krimi-Serien) und die Debatte um "political correctness".

Deutlich werden die wesentlichen Fragen, die in den im zweiten Teil dokumentierten Interviews vier ausgewählten "Medienschaffenden" gestellt werden: Soll mensch mit Rechten diskutieren? Oder ist es besser, sie auszugrenzen? Was ist von den ehrlich bemühten Versuchen zu halten, dem Rassismus via TV-Spot "argumentativ" entgegenzutreten? Tolmein wirft diese Fragen nicht nur auf, er nennt auch Beispiele von Gegenwehr. Vehement wendet er sich dagegen, daß die vom rechten Terror Bedrohten ausschließlich als Opfer ohne Handlungsperspektive und "bestenfalls Objekt von Solidarität" dargestellt werden.

Den zweiten Teil des Buches eröffnet ein Interview mit dem konkret-Herausgeber und Junge-Welt-Berater Hermann L. Gremliza. Das Gespräch verläuft zwar ein bißchen am Rande des Themas, ist aber für Freundinnen und Freunde der linken Presselandschaft nicht ohne Reiz. Tolmein stellt die interessante Frage nach der "Linie" von konkret: Er habe den Eindruck, daß "dieses antinationale, speziell auch anti-deutschnationale Denken (...) heute in mancher Beziehung nicht mehr zu einer Erweiterung des Horizonts, sondern zu einer Verengung führt." Bei der Lektüre mancher konkret-Texte, etwa zum Krim-Konflikt, bekomme man den Eindruck, so Tolmein weiter, "daß die Krim unmittelbares Einflußgebiet von Rühe und Schäuble ist."

Den Vorwurf der "Dogmatisierung" kontert Gremliza mit dem seltsam zurückweichenden Argument: "... wer so allein steht, kann kein Dogma etablieren, allenfalls einen Kontrapunkt setzen". Weil so wenige "Partei gegen den Standort Deutschland" ergreifen würden, so Gremliza, "tun wir es etwas heftiger". Tolmein, den dieses dieses Argument ebenso wenig überzeugt wie den Rezensenten, bleibt dabei: "Die Gefahr liegt für mich darin, daß der antinationale Aspekt zum neuen Hauptwiderspruch erhöht wird..."

Die Gespräche mit Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) und Olaf Kracht (RTL, "Der heiße Stuhl", "Explosiv") gehen wesentlich um die Frage: Wäre Schönhuber (oder ein anderer prominenter Rechter) als Interviewpartner akzeptabel? Beide verneinen das und führen dafür unterschiedliche Gründe an. Prantl äußert darüberhinaus Bedenkenswertes zum Verhältnis von Aufklärung über das Treiben der Rechten und deren Aufwertung dadurch, daß ihnen - wie nach Schönhubers Attacken gegen Ignatz Bubis - eine Titelschlagzeile gewidmet wird.

Sein ergiebigstes Gespräch führte Oliver Tolmein mit dem ZAK-Moderator Friedrich Küppersbusch. Es ist nicht nur dreimal so lang wie die übrigen Interviews, hier wurden tatsächlich Argumente ausgetauscht. Küppersbusch, der in seiner Fernsehsendung kunstvoll-gedrechselte Wortspiele aufsagt, redet hier frei - und entsprechend anfechtbar. Die Angst vor dem "Rechtsradikalen in uns" sei es, die viele Linke vom öffentlichen Streitgespräch mit Rechtsextremen abhalte, behauptet Küppersbusch, der selbst Schönhuber in seine Sendung holte und dazu "selbstkritisch" anmerkt: "Es gibt auch in meinem Schönhuber-Interview Ecken, die sind mir unangenehm, weil ich dachte, da hätte ich besser sein müssen."

Küppersbusch als eitlen Medienstar abzutun, dem es nur um Sensation und Einschaltquoten geht, wäre dennoch ungerecht. Zu Recht verweist er darauf, daß Vertreter der staatstragenden Parteien den Reps in rassistischer Hetze nicht nachstehen. Er würde lieber mit jemandem reden, "der aus Verirrung bei den Republikanern gelandet ist," als mit einem, "der in der CSU sitzt und ganz genau weiß, was er tut, wenn er Angst vor Ausländern schürt". Fernsehöffentlich geredet hat Küppersbusch allerdings nicht mit einem "Verirrten", sondern mit dem Rep-Vorsitzenden. Daß jeder Fernsehauftritt von Schönhuber ihn und seine Partei aufwertet, scheint für Küppersbusch kein Problem zu sein.

Auch wenn seine Argumente für rechte Originaltöne nicht überzeugen, so zeigen sie doch, daß die Sache nicht ganz so einfach ist, wie mancheR Linksradikale sie sehen möchte. Auch Tolmein kommt zuweilen in Schwierigkeiten. "Gegen eine rassistische Parole, da kann ich fünf gute Argumente bringen, trotzdem verfängt, behaupte ich mal, die rassistische Parole oft mehr als die fünf Argumente" - das mag zwar "oft" stimmen, aber stimmt es immer, auch außerhalb des Mediums Fernsehen? Die Debatte ist mit Oliver Tolmeins Buch nicht beendet.

Js.

Oliver Tolmein: Originalton deutsch. Medien und rechte Gewalt. Hamburg (Konkret Literatur Verlag) 1994, 144 Seiten, DM 22,-

10. Kaindl-Verfahren: Das ziemlich plötzliche Ende eines Prozesses

Autor: M., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:41

Der Prozeß gegen sieben AntifaschistInnen wegen der Tötung des ehemaligen Schriftleiters der faschistischen "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL), Gerhardt Kaindl, im April 1992, ging - aufgrund einer rasanten Dynamik in den letzten zwei Verhandlungswochen - schneller und unter anderen Umständen zu Ende, als alle erwartet hatten. Am Freitag, dem 11. November, dem vorletzten Verhandlungstag, wurden nach den Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung die Haftbefehle aufgehoben und alle Angeklagten freigelassen. Am Erscheinungstag dieses ak, dem 15. November, werden die Urteile verkündet und es ist klar, daß keineR deR Angeklagten wegen dieser Sache wieder in den Knast muß.

Zur Erinnerung: Im April 92 wurde ein Treffen der DL in einem Berliner China-Restaurant von AntifaschistInnen gesprengt. Gerhard Kaindl wurde durch Messerstiche tödlich verletzt. Verletzt wurde auch ein weiterer Nazi, Thorsten Thaler. Nach eineinhalb Jahren polizeilicher Ermittlungen hatte der Staatsschutz der Berliner Polizei kein anklagefähiges Beweismaterial zu Tage gebracht. Im November 93 stellte sich dann jedoch überraschend Erkan der Polizei. Aufgrund seiner Aussagen wurden in den nächsten Tagen Berliner AntifaschistInnen (Fatma, Mehmet, Abidin und Bazdin) brutal verhaftet. Letzterer machte ebenfalls - äußerst umfängliche, belastende - Aussagen. Wenige Wochen vor Prozeßbeginn stellten sich noch zwei weitere Antifaschisten, Sefkan und Carlo, der Polizei. So standen schließlich sieben Angeklagte wegen angeblichem "Mord" (an Kaindl) und "gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung" vor Gericht.

Einlassungen führten zum Wegfall des Mordvorwurfs

Die Angeklagten hatten sich zu der Strategie von ausführlichen Einlassungen zum Tatgeschehen entschlossen, immerhin stand mit dem Mordvorwurf die Möglichkeit einer lebenslangen Haftstrafe im Raum. Der Preis dafür, den Lügen des Staatsschutzes im Gerichtssaal offensiv zu begegnen, bestand also in einer umfänglichen Aussagebereitschaft - eine Verteidigungstaktik, die von manchen UnterstützerInnen juristisch und zum Teil auch politisch nicht nachvollzogen wurde.

Im Laufe der Befragung durch Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Gericht stellten die Angeklagten zunächst fest, daß Abidin und Fatma nicht am Tatgeschehen beteiligt waren. Ansonsten wurden Teilnahmehandlungen und einzelne Tatbeiträge (z.B. das Versprühen von Reizgas) eingeräumt. Nicht geklärt werden konnte jedoch, wer die Waffe führte, mit der dem Nazi Kaindl die tödlichen und dem Nazi Thaler die schweren Verletzungen beigebracht worden sind. Allerdings hinterließen die Einlassungen das glaubwürdige Bild einer wenig ruhmreichen, vollkommen überhasteten und chaotisch verlaufenen antifaschistischen Aktion. Offenkundig war nichts weiter beabsichtigt gewesen, als das Nazi-Treffen in dem China-Lokal auseinanderzujagen. Der von der Staatsanwaltschaft unterstellte gemeinsame Tatentschluß, die Tötung von Nazis zumindest "billigend" und damit vorsätzlich "in Kauf genommen" zu haben, konnte so nicht mehr aufrecht erhalten werden. Der zentrale Mordvorwurf, an dem sich die Anklage der Staatsanwaltschaft und die Hetze in der Presse hochgezogen hatte, brach in sich zusammen.

Belastungsaussagen

brechen zusammen -

Staatsschutz im Zwielicht

Besondere Beachtung, sowohl im Vorfeld, als auch im Verlauf des Prozesses kam den Aussagen zu, die die beiden mitangeklagten "objektiven Verräter", Erkan und Bazdin, beim Berliner Staatsschutz getätigt hatten und die zur Verhaftung der übrigen Angeklagten und schließlich auch zur Anklage und zum Kaindl-Prozeß geführt hatten. Zu Prozeßanfang noch hatten beide in ihren Einlassungen einen flüchtigen Beschuldigten erneut - wenn auch indirekt - mit der Tötung von Kaindl in Verbindung gebracht.

Im Fall der polizeilichen Belastungs-Aussagen von Erkan schwammen den polizeilichen Staatsschützern aber schließlich die Felle davon. Nach Ansicht des Gutachters Kreuzberg litt Erkan bereits zum Tatzeitpunkt unter

"paranoid-halluzinatorischer Schizophrenie". Erkan war immer noch psychisch krank, als er sich im November letzten Jahres dem Staatsschutz stellte und "auspackte". Er war damals nicht mehr in der Lage, Realität und Wahnvorstellungen auseinanderzuhalten, sodaß Erkan die Bedeutung seiner Beschuldigungen nicht mehr erfassen konnte. Seine Aussagen wurden daher vom Gutachter als nicht verwertbar eingestuft - eine Ansicht, der sich im folgendem auch das Gericht anschloß.

Der zweite, der umfängliche Belastungsaussagen getätigt hatte, war Bazdin. Der vermittelte in den Vernehmungen vor Gericht den Eindruck eines naiven jugendlichen Mackers, der angesichts des herrschenden Rassismus "etwas gegen Nazis tun" wollte. Während die Anklage zu weiten Teilen auf seinen Aussagen beim Staatsschutz basierte, relativierte er im Gerichtssaal früher gemachte Behauptungen. Er entlastete Abidin und Fatma (Frauen sollten seines Erachtens bei derartigen Aktionen generell nicht mitmachen) und beteiligte sich - zumindest zeitweilig - an gewissen Spielregeln, auf die sich die anderen Angeklagten bei ihren Aussagen vor Gericht stillschweigend geeinigt hatten (so zum Beispiel, nicht anwesende Personen im Verlauf von Aussagen mit Buchstaben zu codieren).

Schließlich beschuldigte Bazdin den Staatsschutz, daß dieser Protokolle von seinen Aussagen aufgesetzt hätte, die er so nie geäußert habe. Formulierungen in diesen Protokollen - (zum Beispiel, daß Mehmet "die Tötung (von Kaindl) billigend in Kauf genommen" hätte und darüber hinaus geäußert habe, dessen Tötung sei "rechtens" gewesen) - entsprechen zwar dem Wortlaut der herrschenden Rechtsauslegung. Bazdin, das vermittelte sein Auftreten im Gericht eindeutig, war und ist intellektuell aber nicht in der Lage, von sich aus derartiges Protokolldeutsch zu gebrauchen.

Somit kam der Anhörung von Bazdins damaligen Vernehmungsbeamten, Harald Bredlow, besonderes Gewicht zu. Dieser räumte am 25. Oktober vor dem Landgericht ein, daß die der gesamten Anklage im Kaindl-Verfahren zugrundeliegenden Vernehmungsprotokolle Bazdins "nur in Teilen seine eigenen, überwiegend aber unsere Worte" enthielten. Bazdin sei ein "Berliner Junge" und "hätte sich gefreut, über den Vorfall zu sprechen, das hinter sich bringen zu können" und "wenn er sich mal mißverständlich ausgedrückt hat, dann haben wir das neu formuliert".

Damit war die Anklage gegen die sieben Antifas endgültig in sich zusammengefallen.

Nicht nur das - im großen und ganzen - geschickte Aussageverhalten der Angeklagten vor Gericht, sondern auch das Eingeständnis des Staatsschutzbullen machten klar, mit welch verlogenem, ja illegalem Material der Staatsschutz der Berliner Polizei über zweieinhalb Jahre die antifaschistische Szene der Stadt in Atem gehalten und darüber hinaus auch öffentlich denunziert und an den Pranger gestellt hat.

Die Mordanklage war nun vom Tisch. Nach dem 25. Oktober wurde "nurmehr" wegen "Körperverletzung mit Todesfolge" weiterverhandelt.

Als unmittelbare Folge wurde nicht nur der Haftbefehl gegen Fatma aufgehoben. Auch Abidin kam frei. Sein Verfahren wurde formal getrennt weiterverhandelt. Bereits wenige Tage später wurde Abidin freigesprochen: Das von ihm präsentierte Alibi für die Tatnacht hatte sich als stichhaltig erwiesen.

Ein cleverer Deal

oder eine vergebene Chance?

Mittlerweile hatte der gesamte Kaindl-Prozeß aber - für die allermeisten vollkommen überraschend - eine neue Richtung genommen: Die Staatsanwaltschaft und der polizeiliche Staatsschutz bekamen offensichtlich kalte Füße, daß nun noch mehr ihrer rechtswidrigen Praktiken ans Licht der Öffentlichkeit kommen würden. Immerhin hätte nicht nur aufgeklärt werden müssen, wie diese manipulierten Belastungs-Aussagen zustande gekommen sind, auch hätte es einer Erklärung bedurft, wie aufgrund derart fragwürdigen Belastungsmaterials überhaupt Anklage erhoben und vom Gericht zugelassen werden konnte. Dann hätte die Frage erörtert werden müssen, wie Angaben des Berliner Verfassungsschutzes - rechtswidrigerweise - in die polizeilichen Ermittlungsakten gelangten. Diese sollen offensichtlich von einem in die Szene eingeschleusten V-Mann stammen. Und schließlich wäre es von allergrößtem öffentlichem Interesse gewesen zu erfahren, wie mindestens einer der geschädigten Nazis (Thorsten Thaler) an personenbezogene Informationen über die Beschuldigten gelangte (zu einem Zeitpunkt, als diese noch nicht festgenommen worden waren) - ob hier eine gezielte und womöglich nicht nur in diesem Fall praktizierte Methode des polizeilichen Staatsschutzes liegt.

Denn die Nazis waren offenkundig so gründlich informiert worden, daß sie sich in der Lage sahen, Anfang 1993 eine (wenn auch nicht erfolgreiche) Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die das Verfahren führende Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Verschleppung der Ermittlungsarbeiten einzuleiten.

Beweisanträge und Zeugenvernehmungen gab es in diesen, nicht nur Antifas brennend interessierende Fragen, nicht mehr. Auf Anregung der Staatsanwaltschaft traf man sich zusammen mit dem Gericht und den 14 AnwältInnen der Antifas zu einem informellem "Rechtsgespräch". Dort wurde vereinbart, daß auf die Vernehmung weiterer ZeugInnen verzichtet werden könne, "da keine neuen Erkenntnisse über die Vorgänge im China-Lokal zu erwarten seien". Im Gegenzug sollten für die verbliebenen sechs Angeklagten akzeptable Strafmaße vereinbart werden.

Diese neue Taktik schlug sich bereits in den Vernehmungen des oben erwähnten Staatsschutzbullen Bredlow wie auch dem Nazi Thaler und dem Berliner Nazi-Anwalt Carsten Pagel nieder: In allen drei Fällen verzichtete die Verteidigung auf ihr Recht auf Zeugenbefragung. So wurden die Aussagen der übrigen im China-Lokal anwesenden Nazis durch bloßes Verlesen ihrer beim Staatsschutz zu Protokoll gegebenen (immer wieder rassistischen) Angaben in das Verfahren eingeführt.

Am vorletzten Verhandlungstag hielten Staatsanwaltschaft und Verteidigung ihre Plädoyers. Die Anklagevertretung forderte wegen "Körperverletzung mit Todesfolge" in fünf der sechs verbliebenen Fälle Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und vier Jahren. Erkan ist nach Ansicht beider Prozeßparteien aufgrund seiner "tiefgreifenden Bewußtseinsstörungen" schuldunfähig und soll freigesprochen werden.

Der Verteidigung ging es in ihren Plädoyers um zweierlei: Juristisch sollte nachgewiesen werden, daß den Angeklagten unmöglich der sogenannte "Exzeß" desjenigen, der den Nazi Kaindl mit Messerstichen getötet hatte, anzulasten sei: weder hätten sie davon gewußt, daß ein Messer mitgeführt wurde, noch hätten sie gebilligt, ein solches einzusetzen. Folglich seien sie nur wegen gefährlicher Körperverletzung und Beteiligung an einer Schlägerei zu verurteilen - und dies mit deutlich geringeren Strafen, als von der Staatsanwaltschaft gefordert.

Zum anderen wurden noch einmal die politischen und gesellschaftlichen Umstände zum Zeitpunkt des Überfalls auf die Nazis skizziert: Er lag zwischen den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock. Zudem wurde auf den - für sich sprechenden - unterschiedlichen Eifer der Strafverfolgungsbehörden bei der Verfolgung faschistischen Terrors und antifaschistischer Gegenwehr hingewiesen: "Was hätten die Angeklagten denn tun sollen, als sie von den rassistischen Ausfällen und Drohungen der im China-Lokal sitzenden Nazis hörten. Hätten sie etwa die Polizei rufen sollen, von der jetzt auch öffentlich bekannt wurde, daß sie sich selber an Übergriffen gegen AusländerInnen beteiligt hat? Die Angeklagten mußten - leider zurecht - davon ausgehen, als AusländerInnen von der Berliner Polizei keinen ausreichenden Schutz ihrer persönlichen Sicherheit und körperlichen Unversehrtheit erwarten können."

Wenn mensch sich vergegenwärtigt, daß die Berliner Staatsschutzorgane bereit waren, den peinlichen Eklat, den dieser Prozeßausgang für sie ohne Zweifel darstellt, in Kauf zu nehmen, läßt sich ahnen, über was für einen politischen und rechtlichen Sauhaufen polizeilicher und geheimdienstlicher Ermittlungs-, Fahndungs- und Vernehmungsmethoden nunmehr der Mantel des Schweigens gelegt wurde. Dies ist ein hoher politischer Preis, den die antifaschistische Bewegung für die sofortige Freiheit der "Berlin 7" zu zahlen hat.

M. / Berlin

11. Gottfried Küssel weiter im Knast

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:07

Gottfried Küssel, österreichischer Obernazi der verbotenen "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), muß weiterhin im Knast bleiben. Wegen "Wiederbetätigung", wie in Österreich das NS-Betätigungsverbot heißt, wurde er auch in der Berufungsverhandlung verurteilt; das Gericht ging mit seiner Strafe von elf Jahren sogar noch um ein Jahr über das Urteil der ersten Instanz hinaus. Noch vor nicht allzulanger Zeit hätte Küssel lebenslänglich bekommen - in der alten Gesetzesfassung war dies die einzig mögliche Strafe für dieses Delikt.

Küssel ist in auch deutschen AntifaschistInnen bestens bekannt. Besonders 1990 war er vor allem in der ehemaligen DDR tätig, wo er in der Ostberliner Weitlingstraße in der Zentrale der Nazis um Ingo Hasselbach von der "Nationalen Alternative" ein und aus ging (u.a. mit Christian Worch und dem Hamburger Thomas "Steiner" Wulff, der dort die technische Infrastruktur betreute). Nach Kühnens Tod wurde Küssel mit Worch und Priem ins Führungstrio der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" aufgenommen, bevor er aus Deutschland abgeschoben wurde.

Der antifaschistische Film "Wahrheit macht frei" zeigt Küssels VAPO mehrfach bei Wehrsportübungen, in denen gezielt der Terror geübt wurde. Daß es dabei nicht nur um Spiele ging, wurde spätestens Anfang 1992 deutlich, als in Österreich ein ganzer Konvoi von Nazi-Söldnern mit Material, der mit Küssel in Verbindung gebracht wurde, gerade noch gestoppt werden konnte. Anläßlich Küssels erster Verurteilung zu zehn Jahren im Spätsommer 1993 schrieb einer seiner Kumpane im Mitteilungsblatt der (deutschen) "Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene" (HNG) von je einer Bombe für jedes Jahr, das Küssel einsitzen müsse. Wenig später, um Weihnachten, explodierten dann in Österreich zehn Briefbomben, deren Urheber bis heute nicht eindeutig ermittelt wurde. (siehe dazu Artikel in ak 371) Auch die jüngsten vier Briefbomben wurden von der österreichischen Polizei mit dem nun abgeschlossenen Berufungsverfahren in Verbindung gebracht. Küssels "Gauleiter" Günther Rheinthaler wurde zu vier Jahren verurteilt.

Im Prozeß gegen Küssel kam auch eine Aussage von Ingo Hasselbach zur Sprache, der Küssels VAPO beschuldigt hatte, den Bau von derartigen Bomben in den Wäldern um Berlin geübt zu haben. Der mutmaßliche Experte auf diesem Gebiet, Bendix Wendt, ist allerdings untergetaucht. Gegen Hasselbach wurde eine Briefbombe eingesetzt, die wegen einer leeren Batterie allerdings nicht explodierte. Gegen Küssel wird nun wegen Anstiftung zum Mordversuch vermittelt.

ES, Hamburg

12. Nazi Worch vor Gericht

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:09

Gleich in zwei getrennten Verfahren steht der Hamburger Nazi Christian Worch vor Gericht. Vor dem Hamburger Landgericht muß er sich wegen des "Verstoßes gegen Weisungen während der Führungsaufsicht" verantworten. Worch wird zur Last gelegt, gegen die ihm nach einer Haftverbüßung im Jahre 1983 gemachte Auflage verstoßen zu haben, sich bis 1987 monatlich persönlich bei der zuständigen Behörde zu melden. Wegen dieses Verstoßes war er vor etwa zehn Jahren vom Amtsgericht Hamburg verurteilt, später aber in der Berufungsinstanz vom Landgericht freigesprochen worden. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hob das Hanseatische Oberlandesgericht die Urteile des Landgerichts auf. Seit mittlerweile elf Jahren ist die Justiz nun damit beschäftigt, dieses vergleichsweise einfache Delikt eines Neonazis rechtsgültig zu beurteilen.

Während der ersten Verhandlungstage kamen Details über Worchs Vermögensverhältnisse ans Licht. Neben einer Wohnung in der Barmbeker Dieselstraße (110.000 DM) und einer am feinen Mittelweg (1,1 Millionen DM) besitzt Worch aus einer Erbschaft ein Grundstück mit Wohnungen in der Billrothstraße, aus denen er jährlich Einnahmen von etwa 500.000 DM erzielt. Hier wird deutlich, daß ein nicht geringer Teil von Worchs Einfluß in der Neonaziszene auf seinen finanziellen Möglichkeiten beruht.

Parallel zu diesem Prozeß findet gegen Worch ein zweites Verfahren in Frankfurt statt, in dem er beschuldigt wird, in Form der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) an verantwortlicher Stelle die Aktionsfront Nationaler Sozialisten nach deren Verbot fortgeführt zu haben. Tatsächlich war Worch nach dem Verbot der ANS 1983 und nach Kühnens Flucht und anschließender Inhaftierung 1984 Schriftleiter des GdNF-Organs "Die Neue Front" und damit federführend in der Organisierung des nazistischen Zusammenhangs tätig, der nun - nach unserer Meinung völlig zu Recht und viel zu spät - als Nachfolgeorganisation der ANS angesehen wird. Warum Worch in diesem Frankfurter Verfahren alleine angeklagt ist, bleibt allerdings unerklärt - es sei denn, mensch gibt sich damit zufrieden, daß ein Teil der damaligen Kühnen-Getreuen sowieso im Knast ist.

Doch während diese beiden Verfahren lange zurückliegende Taten Worchs behandeln, ist dieser Nazi weiterhin aktiv. Nach Recherchen der NDR-"Hamburg Welle" wird die Adresse der "Nationalen Liste" Hamburg, zu deren Gründern und bestimmenden Mitgliedern Worch gehört, als Kontaktadresse in einer amerikanischen Ausgabe der per Computer-Mailboxen und -Disketten verbreiteten Schrift "Eine Bewegung in Waffen" genannt. Wegen des Verdachts, diese Schrift verfaßt zu haben, ist von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ein Verfahren wegen der "versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung" gegen die Hamburger Nazis Henry Fiebig und Christian Scholz eingeleitet worden. In der genannten Schrift wird nicht nur (unter Bezugnahme auf eine Schrift des schweizerischen Reservistenverbandes) direkt Anleitung zum Terror (Waffen, Mord, Bomben, konspirative Aktivitäten etc.) gegeben, sondern es handelt sich dabei um eine konkrete Vision faschistischen Umsturzes.

Die Bundesanwaltschaft nimmt an, daß Fiebig und Scholz ihre Veröffentlichung über die NSDAP/AO (Auslandsorganisation; sitzt in Lincoln/Nebraska; ihr Chef ist Gary Rex Lauck) organisiert haben. Henry Fiebig, Kader der 1992 verbotenen "Nationalen Offensive", war Hamburger AntifaschistInnen ins Visier geraten, als er im Sommer 1993 aus seiner Wohnung in der Juliusstraße mit Leuchtspurmunition auf Linke schoß, die vor dem autonomen Stadtteilzentrum "Rote Flora" demonstrierten. Bei ihm wurden von der Polizei damals noch weitere Waffen gefunden. Christian Scholz war Mitbegründer der "Nationalen Offensive", Kader der "Freiheitlichen Arbeiterpartei Deutschlands" (FAP) und lange Zeit presserechtlich Verantwortlicher der "FAP-Nachrichten". Doch ob es wegen dieser Terrorschrift je zu einer Anklage kommen wird und ob dann auch Worch als Kontaktperson für Nazi-Umstürzler mit auf der Anklagebank sitzen wird, ist nach allen Erfahrungen mit der bundesdeutschen Justiz mehr als fraglich.

ES, Hamburg

13. Bulletin der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:37

Das euphemistisch als "Evaluation" (Bewertung, Beurteilung) bezeichnete Treiben war nach dem Anschluß der DDR insbesondere gegen jene wissenschaftlichen Institutionen der DDR gerichtet, deren Forschungsgegenstand die deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkriegs waren. Die entsprechenden Einrichtungen sind zerschlagen oder ihrer politischen Stoßkraft beraubt, viele der auf diesem Gebiet tätigen WissenschaftlerInnen ins Aus befördert worden.

Die "Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V." ist, unter unvergleichlich schwierigeren Bedingungen, bemüht, die Ergebnisse z.T. jahrelanger Forschung fortzuführen, den WissenschaftlerInnen, die z.T. seit Jahrzehnten auf den Gebieten von Nationalsozialismus und Weltkrieg forschen, eine Möglichkeit zur Veröffentlichung ihrer Arbeiten zu bieten.

Die Liste der Veranstaltungen der Gesellschaft in diesem Jahr ist beeindruckend. Einer wissenschaftlichen Konferenz "Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus" im Februar folgten zwischen März und November Vorträge über das NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Dieter Skiba), die Blockade Leningrads (Prof. Dr. Gerhart Hass), die Verbrechen der deutschen Okkupanten im Zweiten Weltkrieg vor der deutschen Justiz (Dr. Günter Wieland), die Kollaboration mit den Achsenmächten im Zweiten Weltkrieg (Prof. Dr. Werner Röhr), den 20. Juli 1944 (Prof. Dr. Kurt Finker), Konzentrationslager im NS-Terrorsystem (Prof. Dr. Gerhard Armanski) und über die Struktur der Mitgliedschaft der NSDAP in Österreich. Am 6.12., 15 Uhr wird Dr. Martin Seckendorf in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand über Griechenland in den Neuordnungsvorstellungen der deutschen Okkupanten sprechen. Im Mai wurde das u.a. von Mitgliedern der Gesellschaft herausgegebene Buch Europa unterm Hakenkreuz - Okkupation und Kollaboration öffentlich vorgestellt.

Auf die im Februar 1995 stattfindende Konferenz "Kapitulation und Befreiung - Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa" wird im ak noch gesondert hingewiesen werden.

Mit dem Bulletin Nr. 3/94 wird das bisherige Mitteilungsblatt der Gesellschaft als Halbjahreszeitschrift, wie es in der Ankündigung heißt, "der wissenschaftlichen Öffentlichkeit" zugänglich gemacht.
Nicht-WissenschaftlerInnen sollten diese Formulierung nicht mißdeuten: Publikationen und Veranstaltungen der Gesellschaft sind durchaus nicht allein besagter wissenschaftlicher Öffentlichkeit verständlich, sie sind überdies von großer (allgemeiner) politischer Bedeutung. Thematisch knüpft das Bulletin an das seit 1963 vom Arbeitskreis Zweiter Weltkrieg am Institut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften herausgegebene Bulletin Faschismus / Zweiter Weltkrieg an. Mit der Auflösung des Trägerinstituts mit Ablauf des Jahres 1991 hatte dieses Bulletin sein Erscheinen einstellen müssen. Das "Bulletin" der Gesellschaft wird Forschungsaufsätze, Kritiken und Forschungs- und Tagungsberichte zum Thema enthalten, die Programme für Kongresse und Vorträge der Gesellschaft publizieren, periodisch über die wissenschaftlichen Publikationen ihrer Mitglieder informieren und Forschungsvorhaben vorstellen.

Diesem Programm folgend enthält das Bulletin Nr. 3 Werner Röhrs Forschungsaufsatz über den Warschauer Aufsatz 1944 (eine überarbeitete und erweiterte Fassung der Arbeit Röhrs, die in ak 369 erschienen ist), Berichte über Veranstaltungen der Gesellschaft und Vorankündigungen.

Bulletin, Nr. 3/94. Berlin (Edition Organon) 1994. 96 S., 10 DM. ISSN 0946-4700.

Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V., Postfach 649, 10128 Berlin

14. Braune Rechtshilfe

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:08

Rechtshilfeorganisationen sind beileibe kein Monopol der Linken. In der rechten Ecke haben derartige Vereine derzeit Konjunktur. Der "Rechtskampf" gehört mittlerweile ebenso zum Repertoire eines Neonazikaders wie der Wehrsport oder die Schulung an historischem Nazi-Dreck.

Da betreut seit Jahren eine "Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene" (HNG) einsitzende Neonazis und gilt heute als eine der wenigen zentralen Neonazi-Gruppierungen, die die Konkurrenzen und Eifersüchteleien unter den verschiedenen Fraktion und Grüppchen der Szene zu vermitteln weiß - im Interesse der Betreuung und Unterstützung der einsitzenden Kameraden. Von besonderer praktischer Bedeutung ist in diesem Umfeld beispielsweise die Gärtnerei Müller in Mainz-Gonsenheim, wo schon so mancher Nazi nach seinem Knastaufenthalt Bett und Arbeit fand. Ein Nazi, Markus Privenau aus Bremen, trat bei den Rostocker Pogromen im August/September 1992 als Verantwortlicher eines HNG-Flugblattes in Erscheinung, in dem sich die HNG als Hilfsorganisation für festgenommene Nazis andiente.

In den HNG-Nachrichten wurden u.a. im Herbst 1993 Briefe von österreichischen Nazis abgedruckt, die heute von der österreichischen Polizei als Aufforderung zu der Briefbombenserie in Österreich im Winter 1993/94 gedeutet werden. Auch im Umkreis der "Deutschen Freundeskreise" und der "Unabhängigen Nachrichten" operiert eine "Deutsche Rechtsschutzkasse" mit Sitz in Witten, die in den Jahren 1989 bis 1991 etwa 20.000 DM für die "Verteidigungspolitik verfolgter Deutscher" ausgegeben hat. In deren Zeitschrift "Recht und Justiz" publiziert u.a. der Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger die Rubrik "Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln"; die gesammelten Artikel sind auch separat im Hamburger "WuselDI"-Verlag zu haben, mit solchen Kapiteln wie "Mäxchen und die Juden" oder "Das Leugnen der Judenvernichtung". Mit der Postfachadresse des "WuselDi"-Verlags identisch ist die Adresse des "Deutschen Rechtsbüros", das juristische Hilfe und die Vermittlung "gleichgesinnter" Rechtsanwälte anbietet. Allerdings reichten die Indizien, es könne sich bei diesem "Deutschen Rechtsbüro" um eine - nach dem Ehrenkodex der Anwaltskammern - verbotene Eigenwerbung Riegers handeln, nicht zu einem Vorgehen gegen diesen Nazikader aus.

Auch die "Deutsche Freiheitsbewegung" beschäftigt sich mit Rechtsfragen. In ihrem Blatt "Recht und Wahrheit" publiziert ebenfalls Jürgen Rieger (unter seinem Pseudonym Jörg Riehl). Mit dabei ist auch Christian Worch, der in einem Leserbrief das "Terrorurteil" gegen "nationale Aktivisten" in Hamburg-Bramfeld beklagt. Dort waren jugendliche Nazis verurteilt worden, weil sie u.a. vor dem Gemeindehaus der Simeon-Gemeinde das Horst-Wessel-Lied gegrölt hatten. Verteidiger der Angeklagten: der unvermeidliche Jürgen Rieger.

Offenbar im Umkreis der in Baden-Württemberg verbotenen "Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" und der Zeitschrift "Rechtskampf" erschien im April 1994 anonym eine Broschüre "Polizeiasse im Einsatz", in dem ein "Freundeskreis Samstags frei - für die Polizei i.G." (in Gründung) ein polizeiinternes Papier der interessierten Nazi-Öffentlichkeit zur Kenntnis gab. Als "verantwortlich im Sinne des Hamburger (!) Pressegesetzes" fungiert hier ein "Alexander Barkaschow, I., Ul(iza - d.h. Straße) Energitscheskaja 36, Moskau"; Eigendruck im Selbstverlag, mit dem Hinweis "Nicht gewerblich, das Heft wird verschenkt".

Kern des Papiers ist ein Schreiben des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 2.2.94 mit dem Vermerk "Nur für den dienstinternen Gebrauch bestimmt". Das Schreiben ist gerichtet an die Ordnungsbehörden und Polizeiführungsabteilungen des Landes Schleswig-Holstein und behandelt ausführlich die rechtlichen Möglichkeiten, gegen rechte Aufmärsche, Versammlungen, Propaganda etc. vorzugehen. Wie konnte dieses interne Papier zwei Monate später von Nazis veröffentlicht werden? Als Anlage und öffentlich erhältlich ist eine Informationsschrift der Landespolizei Schleswig-Holstein, die ebenfalls in der Nazi-Broschüre veröffentlicht wird. Hierin werden alle Kennzeichen, Symbole oder Verhaltensweisen aufgeführt (und abgebildet), deren Gebrauch von Staatsanwaltschaften und Rechtsprechung als Straftaten angesehen werden.

Es versteht sich von selbst, daß in diesem Heft auch zur Beteiligung an der "Anti-Antifa"-Kampagne der Nazis aufgefordert wird. Das Bonner Postfach der Anti-Antifa ist neben der Telefonnummer des "Rechtskampfs" der einzige Hinweis, wie der bekennende Nazi sich in diesem Netzwerk weiter einbinden kann.

ES, Hamburg

15. Wiking-Jugend verboten

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:43

Am Morgen des 10. November 1994 verbot Bundesinnenminister Kanther - gerade mal noch im Amt und vermutlich bald wieder ernannt - die neonazistische Wiking-Jugend. In einer bundesweit koordinierten Razzia wurden bei Hausdurchsuchungen in zehn Bundesländern kistenweise rechtsradikales Propagandamaterial und paramilitärisches Gerät wie z.B. Gasmasken sichergestellt. Neun Ermittlungsverfahren seien eingeleitet gegen Aktivisten der etwa 400 Mitglieder zählenden Jugendorganisation, die seit 40 Jahren Jugendliche mit nazistischer Erziehung drillt.

Die Wiking-Jugend habe heute - so die Mitteilungen zum Verbot - eine Klammerfunktion innerhalb des rechtsextremen Spektrums; in der Wiking-Jugend sammelten sich Mitglieder der vielen verbotenen Nazi-Gruppen, um ihre Aktivitäten fortzusetzen. Aus der Wiking-Jugend seien in der Vergangenheit immer wieder Nazi-Terroristen hervorgegangen etc. Erwähnt sei dabei nur die Hamburger Nazi-Gruppe um Michael Kühnen und Christian Worch, die Ende der 70er Jahre diverse Übungen und Fahrten als Wiking-Jugend organisiert hat.

Dies alles ist nichts Neues. Seit Jahren wird selbst vom Verfassungsschutz die enge Zusammenarbeit zwischen der Wiking-Jugend und den verschiedenen Gruppierungen einer neuen "NSDAP" dokumentiert. Sei es die alte "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) Anfang der 80er Jahre, sei es die mit einem Verbotsantrag bedrohte "Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands" (FAP) des gerade in Stuttgart mit 15 Exemplaren von Hitlers "Mein Kampf" festgenommene Friedhelm Busse - die Lager und Fahrten der Wiking-Jugend bilden seit Jahren den legalen Rahmen für nazistischen Wehrsport.

Interessant ist die Begründung, die Innenminister Kanther für seine Entscheidung ablieferte: Erst jetzt sei das Material gegen die Wiking-Jugend durch die Zusammenführung aller regional verstreuten gerichtsverwertbaren Informationen so dicht, daß das Verbot die einzig gebotene Maßnahme sei. Daß dies Unsinn ist, dürfte nicht nur jedem einigermaßen informierten Antifaschisten, sondern vermutlich auch Kanther selbst klar sein.

Unterstützt wird Kanthers Linie ("entschlossen gegen Extremisten von links und rechts") von der Gewerkschaft der Polizei, die zum einen schnellere und zum anderen eine weiter als bisher gehende Aberkennung von Grundrechten bei Rechtsextremisten forderte. Gegen das Vorgehen Kanthers hat sich der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ausgesprochen, der lieber eine beobachtbare in der Öffentlichkeit operierende Nazi-Gruppe dulden will als die Nazis in die völlige Illegalität zu treiben. Ein Verbot sei da kein Allheilmittel.

ES, Hamburg

16. Verfolgung und Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) in Göttingen (Autonome Antifa

Zur Verfolgung und Kriminalisierung der Autonomen Antifa (M) in Göttingen

Autor: M), Göttingen · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Autonome; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:24

Vorgeschichte

Am 5./6. Juli 1994 kam es in Göttingen zu einer koordinierten Aktion von Sondereinsatzkommandos und Polizeikräften des Bundes- und niedersächsischen Landeskriminalamtes, der Bezirksregierung Braunschweig und der Göttinger Polizei. Im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Celle wurden die Wohnungen von insgesamt 17 Personen durchsucht. Die Durchsuchungen richteten sich gegen Mitglieder bzw. angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M). Alle Personen wurden nach den Durchsuchungen erkennungsdienstlich behandelt.

Desweiteren wurden Räumlichkeiten im AStA der Universität Göttingen, im Buchladen Rote Straße sowie Arbeitsplätze der Betroffenen und Wohnungen von Angehörigen der betroffenen Personen in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen durchsucht. Insgesamt waren 29 Wohnungen und Einrichtungen von der Staatsschutzaktion betroffen. Dabei wurden zahlreiche Materialien sichergestellt, darunter mehrere Computer im Wert von einigen zehntausend DM.

Der Durchsuchungsbefehl des Buchladens Rote Straße richtete sich gegen zwei Mitarbeiterinnen wegen "Werbens für eine terroristische Vereinigung". Sie sollen die Schrift der RAF "Wir sagen jetzt noch einmal was" verkauft haben. Ein weiterer auf den Buchladen ausgestellter Durchsuchungsbefehl richtete sich gegen die Autonome Antifa (M), da sich das Postfach der Gruppe im Laden befindet. Im AStA wurden aus mehreren Räumen Akten beschlagnahmt, obwohl es nur für einen Raum einen richterlichen Durchsuchungsbeschluß gab. Die meisten der dort sichergestellten Materialien sind inzwischen zurückgegeben worden. Generalstaatsanwalt Manfred Endler (CDU), betonte gegenüber der Presse, "daß sich die Ermittlungen nicht gegen den AStA richten, sondern gegen Mitglieder der Antifa(M)". (Cellesche Zeitung, 10.8.94)

Die in den Wohnungen und an den Arbeitsstellen sichergestellten Materialien wurden staatsanwaltschaftlich geprüft und beschlagnahmt und die Beschlagnahme richterlich bestätigt.

Der Staatsschutzangriff richtet sich in erster Linie gegen die politische Konzeption der Autonomen Antifa (M), die legal angelegte antifaschistische Arbeit, die über den bloßen Anti-Nazi-Kampf hinaus die Zusammenhänge von Faschismus und imperialistischer Herrschaft thematisiert.

Mittels des Vorwurfs, die Gruppe sei eine kriminelle Vereinigung (§129) und Ermittlungen nach §129a (Werbung für, Unterstützung von, Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) sollen Mitglieder bzw. vermeintliche Mitglieder kriminalisiert und die gesamte Gruppe letztlich illegalisiert werden.

Im folgenden dokumentieren wir einen Text der Antifa (M), in dem sie darlegen, weshalb sie aus ihrer Sicht ein besonderes Ziel der staatlichen Repressionsorgane sind, und wie sie nach diesen Angriffen weiter arbeiten wollen.

Seit Herbst 1991 laufen in Göttingen Ermittlungsverfahren nach §129a (Werbung für, Unterstützung von, Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung). Zunächst wurde behauptet, daß "gegen offiziell bisher unbekannte Personen aus der autonomen Szene in Göttingen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (GT, 24.12.'91) wegen 52 Anschlägen seit 1981 ermittelt würde. Relativ schnell kristallisierte sich heraus, daß sich die Ermittlungen auf autonome Antifaschistinnen und Antifaschisten konzentrieren. Im August 1992 gab es zeitgleich in Göttingen, dem Landkreis Osterode (Südharz) und Berlin mehrere Hausdurchsuchungen gegen AntifaschistInnen im Rahmen der §129a-Ermittlungen. Später wurden alle Verfahren in diesem Zusammenhang ergebnislos eingestellt.

Im November desselben Jahres gab es eine weitere Hausdurchsuchung bei einem Antifaschisten in Uelzen, die mit den Ermittlungen in Göttingen in Verbindung stand.

Im Juni 1992 wurde erstmals öffentlich bekannt, daß sich die Ermittlungen nach §129a wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung" auch gegen die Autonome Antifa(M) richten.

Die Ermittlungen nach §129a in Bezug auf die 52 Anschläge waren für die ermittelnden Staatsschutzbehörden allem Anschein nach "zu dünn", um gegen die Autonome Antifa(M) oder andere zur konkreten Tat zu schreiten. Es mußten weitere Konstruktionen her, um eine geplante Staatsschutzaktion in der Öffentlichkeit rechtfertigen zu können.

Denn von diesen 52 ursprünglich aufzuklärenden Anschlägen ist im nachhinein keine Rede mehr, sie waren in der Tat Mittel zum Zweck, um für die Ermittlungen nach §§ 129/129a in Südniedersachsen mit allen Vollmachten gegen AntifaschistInnen vorgehen zu können.

Begründung

der Durchsuchung

Laut der Durchsuchungsbeschlüsse und der Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft (GSA) in Celle vom 5. Juli 1994 wird die Autonome Antifa(M) als "kriminelle Vereinigung gemäß §129" definiert, die desweiteren für "die terroristische Vereinigung RAF wirbt und auf mehreren Ebenen enge Kontakte zu Mitgliedern der RAF unterhält", was Ermittlungen nach §129a nach sich zieht.

Die Straftat, die der Autonomen Antifa(M) zur Last gelegt wird und sie laut Staatsschutz zu einer "kriminellen Vereinigung" macht, lautet "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz". Gemeint ist der "schwarze Block, der bis zu 800 Personen umfaßt (...) und den Eindruck einer Privatarmee erweckt (...) Darin liegen Verstöße gegen das Uniformierungsverbot".

Politisches Ziel

Es sind drei Punkte, die in den nunmehr drei Jahre andauernden Ermittlungen immer wieder in den Begründungen der Staatsschützer und in den Medien auftauchen, um die Autonome Antifa(M) als antifaschistische Gruppe mittels eines Organisationsdeliktes zu illegalisieren:

1. Es wurde der Versuch unternommen, trotz der politischen Schwäche der Gesamtlinken perspektivisch die Isolation revolutionärer Politik zu überwinden und antiimperialistische Positionen in breitere Kreise zu tragen als in die Linke oder deren engeres Umfeld.

Um dies zu ermöglichen, ist es eine notwendige Aufgabe, gerade in und mittels regionaler Arbeit Einfluß auf politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen.

Die Autonome Antifa(M) hat in der konkreten Umsetzung dieses Anspruchs mit breit angelegter Bündnisarbeit und intensiver Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung der Bedeutung bürgerlicher Massenmedien für die öffentliche Meinungsbildung eine Reihe konkreter politischer Erfolge erzielen können.

Im Bereich antifaschistischer Arbeit ist die Autonome Antifa(M) zu einem Faktor mit klaren politischen Konturen geworden, der entscheidend die antifaschistische Politik in Südniedersachsen bestimmt. Das bedeutet auch, daß, wer sich in Göttingen mit Antifaschismus im allgemeinen auseinandersetzt, am autonomen Antifaschismus nicht vorbeikommt.

Die von Autonomen, Gewerkschaften, BürgerInneninitiativen, Grünen und SPD-Ortsgruppen getragenen Bündnisdemonstrationen gegen die faschistischen Zentren in Mackenrode 1988, Adelebsen 1993 und Northeim 1994 waren zentrale Aktionen autonomer antifaschistischer Arbeit, die wesentlich zur Entwicklung einer antifaschistischen Kultur in Göttingen und Südniedersachsen beigetragen haben.

Dieser weitgehend regional orientierte Ansatz bildet das Rückgrat der Politik der Autonomen Antifa(M) und damit die Grundlage für jede weitergehende Organisierung.

2. Mitte 1991 wurde die Organisierungsdebatte innerhalb des radikalen antifaschistischen Lagers angeschoben. Dieser Punkt, die Reorganisierung der Linken im antifaschistischen Bereich und darüber hinaus, ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil des politischen Konzeptes der Autonomen Antifa(M). Unerläßlich ist dabei, die Diskussion mit vielen linken Gruppen zu führen, zu denen sowohl die politischen Gefangenen gehören - mit einigen besteht seit Beginn der Organisierungsdebatte ein Briefwechsel - als auch ehemalige

Gefangene, mit denen ein politischer Austausch und eine Zusammenarbeit, zum Beispiel bei gemeinsamen Veranstaltungen, stattfindet.

Unter anderem führten die Organisierungsbemühungen im antifaschistischen Bereich maßgeblich zur Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation. Auch für alle Mitgliedsgruppen der Antifaschistischen Aktion/BO gilt die regionale Politik in Zusammenarbeit mit anderen Kräften als ein wesentlicher Ansatz.

3. Im Zusammenhang mit dem Anfachen der Organisierungdebatte 1991 steht noch ein weiterer zentraler Punkt. Die Autonome Antifa(M) führt seit ihrer Entstehung eine intensive Auseinandersetzung mit Geschichte, insbesondere der Geschichte des antifaschistischen Widerstandes, revolutionärer Bewegungen und der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland. Dazu gehört auch die Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD. Die Auseinandersetzung darüber findet teilweise mit ehemaligen Gefangenen bewaffneter Gruppen statt. Zum Beispiel gab es im April 1994 ein Seminar zur Geschichte des bewaffneten/militanten Kampfes in der BRD, an dem ehemalige Mitglieder von Guerillagruppen in der BRD sowie antifaschistische Gruppen teilgenommen haben.

Die Summe aus diesen verschiedenen Aspekten der Politik der Autonomen Antifa(M) hat zu den Durchsuchungen geführt, wenn auch die Gewichtung der einzelnen Aspekte bei der Begründung der Durchsuchungsaktion, zumindest was die offiziellen Äußerungen der Staatsschutzbehörden in der Presse anbetrifft, unterschiedlich ausfällt.

Öffentliche Verlautbarungen werden so formuliert, daß alle Möglichkeiten, Tatvorwürfe für eine Anklageschrift zu konstruieren, offengehalten und propagandistisch vorbereitet werden.

Anfangs diente der Generalstaatsanwaltschaft die Öffentlichkeitsarbeit der Autonomen Antifa(M) in der Region als konkreter Hebel, die Durchsuchungen zu begründen. Der Vorwurf des §129 (kriminelle Vereinigung) wurde mit dem Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, dem Schwarzen Block, unangemeldeten Demonstrationen und mit Landfriedensbruch erklärt. In den Wochen nach der Staatsschutzaktion schwenkte die Berichterstattung jedoch auf "Terroristenhetze" um. In die Medien werden Meldungen lanciert, die Autonome Antifa(M) unterhalte (enge) Kontakte zur RAF. So sagte der zuständige Oberstaatsanwalt Thomas Pfleiderer gegenüber der Presse, bei der Sichtung der beschlagnahmten Unterlagen hätten sie "gefunden, was wir gesucht haben" (GT, 3.9.'94). Es seien auch Belege für Kontakte der Autonomen Antifa(M) zur RAF gefunden worden. Eine Begründung oder gar Beweise blieb er den Journalisten jedoch schuldig. Inzwischen hat die GSA Celle zwei Demonstrationen nach den Hausdurchsuchungen in die Ermittlungen gegen die Autonome Antifa(M) wegen der Vorwürfe des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung miteinbezogen. (GT, 23.9.'94)

Terroristenhatz gegen Antifas

In der Öffentlichkeit verfolgt der Staatsschutz seit knapp zwei Jahren das Ziel, autonome AntifaschistInnen als legalen Arm der RAF zu verkaufen.

Seit der Annexion der DDR durch die BRD wird der Bereich des Antifaschismus immer mehr zum Sammelpunkt der linken Opposition in der BRD. Seither bleiben auch AntifaschistInnen vom Konstrukt der "Gesamt-RAF" nicht verschont. Nach der Staatsschutzdefinition einer "Gesamt-RAF" besteht die RAF aus mehreren Ebenen, die sich aus dem vermeintlichen Kern der bewaffnet Kämpfenden, Unterstützerinnen, Gefangenen und SympathisantInnen zusammensetzt. Juristisch setzt vor allem der §129a diese Vorstellung der Staatsschutzstrategen um.

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder versucht, für den Staat mißliebige politische Bewegungen wie Teile der Friedensbewegung oder der Anti-AKW-Bewegung als legalen Arm der RAF zu bezeichnen, um sie zu spalten, politisch zu isolieren und sie dann mittels der Kriminalisierung politisch zu vernichten.

Es sind in diesem Zusammenhang Artikel wie "Blutzufuhr von den Antifaschisten" ("Rheinischer Merkur", 16.7.'93) erschienen. Gemeint ist eine angebliche personelle Verstärkung der RAF durch AntifaschistInnen.

Dieses Vorgehen läßt sich auch in Bezug auf Göttingen beobachten und wiederholte sich beharrlich auf mehreren Ebenen. Die provinzielle Fraktion der Justiz in Gestalt der leitenden Oberstaatsanwältin aus

Göttingen, Frau Engshuber, behauptete während eines Vortrages an der Universität Bremen im Januar 1994, die Autonomen seien "quasi eine Art RAF".

Ein Vertreter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Hans-Rüdiger Hesse, unterstellte auf einer Veranstaltung des CDU-Gemeindeverbandes Nörten-Hardenberg in Lütgenrode der Göttinger Antifa Kontakte zur RAF (HNA, 8.6.'94).

Niedersachsens Innenminister Glogowski argumentierte bei der Vorstellung des niedersächsischen Verfassungsschutzberichtes 1993, daß die Bahncard, die im Rucksack der im Juni 1993 in Bad Kleinen verhafteten Birgit Hogefeld gefunden wurde, in Göttingen gekauft worden sei und folglich die Antifa die RAF logistisch unterstütze.

Im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 1993 wird behauptet, "das Diskussionspapier zur Autonomen Organisierung (Autonome Antifa(M), August 1991) entspricht in Teilen den im Jahre 1992 erschienenen Erklärungen der RAF".

Die GSA in Celle schreibt in ihrer Presseerklärung vom 5. Juli 1994, daß die Autonome Antifa(M) "eine Gruppierung aus dem antiimperialistischen Spektrum" sei. "Demzufolge unterhält die Autonome Antifa (M) auf mehreren Ebenen enge Kontakte zu Mitgliedern der terroristischen RAF".

Strafantrag und Strafanzeige

Aufgrund dieser Äußerungen wurde am 11. Juli 1994 durch ein Mitglied der Autonomen Antifa(M) Strafantrag und Strafanzeige gegen

1. Hans-Rüdiger Hesse, Vertreter des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

2. den Niedersächsischen Innenminister Glogowski

3. sämtliche Verfasser des Verfassungsschutzberichtes Niedersachsen

4. den Verfasser der Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft Celle vom 5. Juli 1994

gestellt - wie es juristisch heißt - wegen "sämtlicher in Betracht kommender Straftatbestände, insbesondere den Straftatbeständen der Beleidigung, Verleumdung, üblen Nachrede, falschen Verdächtigung sowie des Straftatbestandes der Verfolgung Unschuldiger". Weiter heißt es in der Anzeige: "Ganz offensichtlich dient das Verbreiten der Legende, es gebe Verbindungen zwischen der Autonomen Antifa(M) einerseits und der RAF andererseits, dem ausschließlichen Zweck, Mitglieder der Autonomen Antifa(M) zu diskreditieren und mit sämtlichen insoweit bestehenden Konsequenzen mit Ermittlungs- und Strafverfahren zu überziehen."

Die Autonome Antifa(M) versucht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Kriminalisierungsversuchen der Staatsschutzbehörden entgegenzutreten. Dabei ist es entscheidend, die über die Medien vermittelte öffentliche Meinung zu berücksichtigen. Denn diese hat für die Ermittlungsbehörden eine herausragende politische Funktion. Es wird versucht, über die Erzeugung anti-antifaschistischer Stimmungen in der öffentlichen Meinung die konkrete Kriminalisierungspolitik durchzusetzen.

So ist die Anzeige ein taktisches Mittel, um über permanente Aufklärungsarbeit Öffentlichkeit zu schaffen. Taktisch ist sie insofern, als sie natürlich nicht im Glauben an die Möglichkeit eines juristischen Erfolges oder gar im Glauben an die Rechtsstaatlichkeit des deutschen Staates gestellt wurde.

Klar ist, daß der deutsche Staat konsequente antifaschistische Politik immer kriminalisieren und zerschlagen will. Als Bestandteil intensiver Öffentlichkeitsarbeit ist die Anzeige aber eine Möglichkeit, die Kriminalisierung antifaschistischen Widerstandes in den Medien zu thematisieren. Sie hat zum Ziel, die Empörung in bürgerlichen Kreisen zu nutzen und den vorgeblichen Rechtsstaat auch innerhalb seiner eigenen Logik (mittels einer Anzeige) zu entlarven.

Eine Krähe hackt

der anderen kein Auge aus

Die GSA in Braunschweig hat die Strafanzeige der Autonomen Antifa(M) - wie zu erwarten - abgewiesen. Interessant ist die Begründung der Abweisung aber allemal.

Staatsanwalt Niestroj argumentiert, daß eine Gruppe, "die sich nach ihrem geäußerten Selbstverständnis nicht den 'staatlichen Spielregeln unterwirft, keinen strafrechtlichen Schutz gegen Ehrverletzungen beanspruchen kann." Da die Autonome Antifa(M) keine Partei oder kein Verein mit Satzung sei, müsse sie sich "aufgrund bestimmter Merkmale aus der Allgemeinheit herausheben." Dies sei bei der Autonomen Antifa(M) nicht gegeben, da "dies nicht selten durch vermummtes Auftreten bei Demonstrationen zu verdecken versucht würde."

Mit diesen beiden Begründungen wird die Autonome Antifa(M) juristisch buchstäblich für vogelfrei erklärt - alles rechtsstaatlich legal. Gegen angeblich gewonnene Erkenntnisse über Gruppenmitglieder kann sich die Gruppe nach dieser Logik juristisch nicht zur Wehr setzen. Diese Argumentation dient dazu, der Autonomen Antifa(M) die Nutzung "rechtsstaatlich" gewährter Einspruchmöglichkeiten zu verwehren.

Desweiteren heißt es, "daß Angehörige der 'A.A.(M)' Kontakte zu Gefangenen der RAF öffentlich eingeräumt haben". Deshalb könne die im Verfassungsschutzbericht Niedersachsen behauptete Verbindung von Antifa und RAF nicht ausgeschlossen werden.

Im Klartext heißt das, daß alle, die Kontakt zu Gefangenen aus der RAF haben, mit Ermittlungen wegen möglicher Kontakte zur RAF überzogen werden können.

Niestroj geht mit der dazugehörigen staatlichen Propaganda konform. Lapidar schreibt er: "Die Äußerungen (zu den angeblichen Kontakten, d.V.) erfolgten mit dem Ziel, die Öffentlichkeit zu informieren. Sie waren zur Förderung des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses erforderlich und geeignet".

Weiterhin wird von Niestroj ein Seminar zum bewaffneten Kampf ins Feld geführt, an dem im April 1994 ehemalige Mitglieder bewaffnet kämpfender Gruppen, die Autonome Antifa(M) und andere Antifa-Gruppen teilnahmen. Dieses Seminar diente zur Auseinandersetzung über die Geschichte und die Bedingungen des bewaffneten/militanten Kampfes in der BRD. Das Seminar wurde im nachhinein durch eine Presseerklärung der Autonomen Antifa(M) vom 24. April 1994 bekannt gemacht (RAZZ 57).

Die Autonome Antifa (M) hat am 12. September 1994 die gerichtliche Entscheidung gegen die Ablehnung der GSA Braunschweig beim OLG Celle beantragt.

Anti-Antifaschismus

in deutscher Tradition

Spätestens seit der Annexion der DDR durch die BRD soll die Ideologie und Praxis des staatlichen Anti-Antifaschismus zur umfassenden Diskreditierung und letztlich der Vernichtung des Antifaschismus dienen. War es in den 50er und 60er Jahren die Kommunistenhetze (Verbot der KPD), war es in den 70er und 80er Jahren die Terroristenhetze (Deutscher Herbst '77), so scheint sich in den 90er Jahren die Antifaschistenhetze als Nachfolge durchzusetzen. Damit soll der Bereich der Linken zerschlagen werden, in dem sich gegenwärtig die Gegnerschaft zum System am stärksten artikuliert und durch den Bündnisse bis hin zum bürgerlichen Lager geschlossen werden können.

Die Mechanismen sind die gleichen wie in der Vergangenheit und bauen zudem aufeinander auf. Sie stehen in Deutschland in langer antikommunistischer Tradition.

Ideologische und propagandistische Grundlage des Vorgehens seitens der deutschen Justiz- und Sicherheitsbehörden ist die sogenannte Totalitarismusthese, die faschistische und sozialistische Systeme gleichsetzt. Sie hat ihre Wurzeln bereits in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts vor allem vertreten durch die Sozialdemokratie. Mit Hilfe dieser Totalitarismusthese versuchen sich die etablierten Kräfte in das Licht zu rücken, in dem sie sich selbst gerne sehen - in der Mitte. So gibt es mit Blick auf die Situation am Ende der Weimarer Republik den geflügelten Satz: "Ist Bonn Weimar?". Gemeint ist damit, daß die vermeintlichen Demokraten zwischen den Extremen "Rechts" und "Links" aufgerieben worden seien, und diese historische Konstellation dazu geführt habe, daß der Faschismus sich aufschwingen konnte. Die Linke bzw. die Kommunistinnen sollen dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Faschisten zur Macht gelangen konnten. Und bezogen auf die Gegenwart bedeutet das nichts anderes, als daß Rechte und Linke - als extremistische Gewalttäter etikettiert - in einen Topf geworfen werden und den Linken letztendlich die Schuld am (erstarkenden) Rechtsradikalismus gegeben werden soll.

Der neurechte Hans-Helmuth Knütter, einer der bekanntesten ideologischen Vorreiter des Anti-Antifaschismus, der in Bonn eine Professur für Politikwissenschaften innehat, Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung ist und sich auch in Publikationen des Bundesinnenministeriums zum Antifaschismus äußert, formuliert die Totalitarismusthese folgendermaßen: "(...) Der einseitige Antifaschismus muß nicht toleriert werden, sondern bekämpft und abgelehnt werden zugunsten eines Antitotalitarismus. Ein Demokrat, der behauptet, er sei nur Antifaschist, aber nicht antitotalitär eingestellt, ist kein Demokrat". ("Antifaschismus als Mittel der Destabilisierung der BRD", 1987).

Die tatsächliche Praxis der "Parteien der Mitte" läßt diese These in einem anderen Licht erscheinen. Unumwunden wird oftmals zugegeben, daß faschistische Parteien die Funktion erfüllen, reaktionäre Forderungen in die gesellschaftliche Diskussion zu tragen, damit sie nach einer gewissen Zeit von den etablierten Parteien aufgegriffen und durchgesetzt werden können. Die Republikaner haben hinsichtlich der Änderung der Asylgesetzgebung (Artikel 16 GG) ihren Dienst als Vorreiter erfüllt. Ihre Position ist von CDU/CSU, SPD und FDP modernisiert und umgesetzt worden. Damit sind die Republikaner zunächst überflüssig gemacht worden. So zitiert die "Frankfurter Rundschau" in ihrer Ausgabe vom 27. September 1994 eine Äußerung von SPD-Bundesgeschäftsführer Günther Verheugen zur bayerischen Landtagswahl: "Die Niederlage der rechtsextremen Republikaner (3,9%) sei das Ergebnis der Asylgesetzgebung des Bundestages; 'damit sei den Republikanern der Resonanzboden entzogen' worden" (FR, 27.9.'94).

Die Umsetzung faschistischer Forderungen durch die Politik der parlamentarischen Demokratie soll propagandistisch durch die

Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus verschleiert werden.

Auch in Veröffentlichungen des Staatsschutzes wird behauptet, daß eine antifaschistische Ideologie "... die instrumentelle Parallelität roter, brauner und schwarzer Diktaturen (...) übertüncht" (Texte zur Inneren Sicherheit, "Bedeutung und Funktion des Antifaschismus", Bundesministerium des Inneren, 1990).

Damit geht der Versuch einher, den Geschichtsrevisionismus - die umfassende Umdeutung der Geschichte - durchzusetzen; die Idee, daß es eine gesellschaftliche Alternative zum kapitalistischen System gibt bzw. geben kann, soll vernichtet werden.

Das Aufräumen mit dem historischen Antifaschismus, das bereits mit dem Historikerstreit begann (1986 eröffnet durch Ernst Nolte), hat zur Folge, daß eine Geschichtsbetrachtung einsetzt, die mit "antifaschistischen Vorhaltungen" ein für allemal Schluß machen will.

Für die angestrebte gewichtige Rolle der BRD in der "neuen Weltordnung" bedarf sie einer Reinigung ihrer weißen Weste von den unschönen braunen Flecken ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit.

Beispielhaft dafür ist der Umgang mit dem 50. Jahrestag des Hitler-Attentats vom 20. Juli 1944. Die "Männer des 20. Juli" können zur Legitimation einer sauberen antifaschistischen Tradition der BRD jenseits des kommunistisch geprägten Antifaschismus, auf den sich die DDR bezog, herhalten. Die Sorge der Offiziere um das Deutsche Vaterland, das der Führer so leichtfertig ins Verderben stürzte, das Ziel, mit dem Hitler-Attentat die Deutsche Vormachtstellung in Europa zu sichern, trifft sich mit den neuerlichen deutschen Hegemonialbestrebungen. Für die Hitler-Attentäter vom 20. Juli war die Triebfeder ihres Handelns nicht die Ablehnung des faschistischen Staates, sondern die Konsequenzen seines Scheiterns. Sie hatten das erklärte Ziel, ein mögliches kommunistisches Deutschland mit Hilfe der West-Alliierten abzuwenden. Die Identifikation mit ihnen läuft deshalb nicht Gefahr, gleichfalls die Inhalte und Parolen des Widerstandes der ArbeiterInnenbewegung zu transportieren. Dementsprechend wurde bei der Verabschiedung der Alliierten aus der BRD den drei West-Alliierten nicht für die Zerschlagung des Nationalsozialismus, sondern für den gemeinsamen Sieg über den Kommunismus gedankt.

Dieses Vorgehen dient, untermauert von der Totalitarismusthese, gleichsam dazu, gegenwärtigen radikal-antifaschistischen Initiativen den Boden zu entziehen, die die historische und aktuelle Interessengemeinschaft von Kapital und Faschismus benennen und die Überwindung des Faschismus nur in der Überwindung der kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Gesellschaftsordnung gewährleistet sehen.

Bereits 1988 brachte es der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann auf den Punkt: "Antifaschismus ist ein politischer Kampfbegriff, den vor allem Kommunisten verwenden" (SZ 18.11.88) - allemal Grund genug, auf breiter Ebene damit aufzuräumen.

Die Interessen von faschistischen Kreisen und staatstragender Politik werden im Anti-Antifaschismus zur einenden Kampagne.

Die anti-antifaschistische Praxis der militanten Faschisten erscheint jedoch im Vergleich zur anti-antifaschistischen Propaganda und Praxis des Staates als geradezu lächerlich.

Warum im Bereich des Antifaschismus von Staatsschutzseite der neue Hauptfeind ausgemacht wird, erklärt sich auch aus der Charakterisierung antifaschistischer Politik, wie sie zum Beispiel Joachim Bloch, Direktor beim Bundesamt für Verfassungsschutz, vornimmt. Er zählt die folgenden Merkmale auf:

- "Antifaschismus als Mittel zur Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland, die in die Nähe des nationalsozialistischen Unrechtsstaates gerückt wird.

- Antifaschismus als Grundlage für kommunistische Bündnispolitik, als Volksfrontkitt.

- Antifaschismus als Element der kommunistischen Machteroberung."

Logisches Resümee für Bloch: "Freiheitliche Demokratie ist keine ‚Antifaschistische Demokratie`" (Texte zur Inneren Sicherheit, "Bedeutung und Funktion des Antifaschismus", Bundesministerium des Inneren 1990).

In der Praxis angewendet dient diese Argumentation dazu, das tägliche Vorgehen gegen AntifaschistInnen auf allen Ebenen zu legitimieren und Repression gegen emanzipatorische Kräfte zu rechtfertigen. Die Äußerung von Generalstaatsanwalt Endler zu den Verfahren gegen die Autonome Antifa(M), "weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft betreiben in irgendeiner Form Politik (...) Es ist unsere Aufgabe, Straftaten zu verfolgen" (Cellesche Zeitung, 9.9.'94), läßt sich schließlich zu der Aussage resümieren: Antifaschismus in Deutschland ist kriminell. Daß die GSA Celle dennoch Politik betreibt, entlarvt sich - abgesehen von dem gegenwärtig herrschenden Interesse - allein durch die Presseerklärung, mit der die GSA die Durchsuchungen begründet. Es heißt darin: "Antifaschismus" sei "nur ein griffiges Mittel zum Zweck, um mit anderen Gruppierungen und Politikern bis hin zu den Grünen, zur SPD und zu den Gewerkschaften bündnisfähig zu werden. Tatsächlich handelt es sich bei der Autonomen Antifa(M)/AA(M) um eine Gruppierung aus dem ‚antiimperialistischen Spektrum` mit dem Ziel, dieses System gewaltsam zu kippen".

Oberstaatsanwalt Pfleiderer äußert gegenüber der FAZ vom 9. August 1994 im selben Tenor, daß die Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kirchenleute, die sich mit dem Lockmittel Antifaschismus einspannen ließen, nichts anderes als nützliche Idioten für die Autonome Antifa (M) seien.

Setzten die Neofaschisten und Konservativen also zunächst mit ihrer ersten einenden Kampagne des Geschichtsrevisionismus, mit der "Auschwitzlüge", einen gesellschaftlichen Diskussionspunkt, der als Ergebnis das Mannheimer Deckert-Urteil forderte, so haben sie mit ihrer zweiten Kampagne - der des Anti-Antifaschismus - voll das Herz des staatstragenden Zeitgeistes getroffen. Mit dem Schwung der sogenannten Wiedervereinigung - seit der endgültig alle Deutschen zu Opfern des Totalitarismus erklärt werden können - soll mit einem Handstreich der Antifaschismus dem Erdboden gleichgemacht werden.

Am Vorgehen gegen den Antifaschismus läßt sich unter anderem der Charakter dieses Systems erkennen, dem an seiner Selbsterhaltung und an der Behauptung seines Gewaltmonopols gelegen ist: Es versucht sich der linken Opposition zu "entledigen", die sich bemüht, in Zeiten der Atomisierung und Orientierungslosigkeit der Linken eine Neukonstituierung in Gang zu setzen, und die sich nicht auf die staatlich vorgegebenen Spielregeln einengen läßt, die vielmehr den Zusammenhang vom Faschismus und Kapital mit gewissem Erfolg in die gesellschaftliche Diskussion trägt.

Die Kriminalisierung

der Autonomen Antifa (M)

als Testballon

Der Versuch, die Autonome Antifa(M) als kriminelle Vereinigung anzuklagen, kann als das Pilotprojekt des Staatsschutzes in seinem Kampf gegen öffentliche politische Arbeit angesehen werden. Es hängt für zukünftige Entwicklungen in der gesamten Linken einiges davon ab, ob es gelingt, diesem Angriff erfolgreich zu widerstehen.

Neben der politischen Signalwirkung der Abschreckung in Bezug auf die Organisierung legal angelegter Opposition, hätte die Durchsetzung der Konstruktionen auch juristische Folgen, die letztlich in einer Wechselwirkung mit der weiteren politischen Praxis stehen.

Juristisch betrachtet bedeutet die Konstruktion der Kriminalisierung mittels des Vorwurfs der kriminellen Vereinigung (§129), der mit Landfriedensbruch (unangemeldete Demonstrationen) und dem damit in Zusammenhang stehenden Schwarzen Block (Uniformierung) begründet wird, daß praktisch jede Gruppe bzw. Organisation, die über einen längeren Zeitraum solche Demonstrationen durchführt, lediglich wegen der Teilnahme an eben den unangemeldeten Demonstrationen mit dem Vorwurf der kriminellen Vereinigung belegt werden kann. Mit der geplanten anstehenden Änderung und der verschärften Anwendung des "Landfriedensbruchs" könnte das eine weitere Einengung (nach der Erklärung der Vermummung, "passiver Bewaffnung" etc. als Straftat im Juni 1989) und tiefgreifende Veränderung der Demonstrationskultur bedeuten. Zumal die Totalüberwachung antifaschistischer Demonstrationen sicherlich nicht abnehmen wird, wäre damit ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit und der Politik auf der Straße ausgehebelt.

Eine neue Repressionswelle?

Die Repression gegen AntifaschistInnen steht im Zusammenhang mit einer allgemeinen Rechtsentwicklung in der BRD. Beispielhaft dafür ist, daß das Jahr der Inneren Sicherheit zu einem Jahr "Angst statt Sicherheit", zum Jahr der Polizei- und Verfassungsschutzskandale geworden ist.

Beispiele dafür gibt es zuhauf, so das Auffliegen des V-Mannes Bernd Schmitt in Solingen, der die Organisierung der Neonazis dort im Auftrag des Verfassungsschutzes erst ermöglichte und die Faschisten zu qualifizierten Schlägern ausbildete, oder der Skandal von Magdeburg, wo die Polizei nach einer Jagd von Faschisten auf AusländerInnen zugunsten der Faschisten eingriff. Die jüngsten Urteile beweisen einmal mehr das funktionale Verhältnis des Staates zu den Nazis, indem sich der Staat über seinen selbst produzierten Skandal ein antifaschistisches Image zu verschaffen versucht.

Der Todesschuß in den Rücken von Halim Dener in Hannover ist die Konsequenz und praktische Ausführung der KurdInnenpolitik der Bundesregierung.

Auch auf legislativer Ebene wird der Rechtstrend vorangetrieben, zum Beispiel durch die Verabschiedung des "Verbrechensbekämpfungsgesetzes" am 21. September 1994 durch den Bundestag. Hier werden die bisher wenigstens formal aufrechterhaltene Trennung von Polizei und Geheimdiensten endgültig aufgehoben und Beschuldigtenrechte im Strafverfahren massiv eingeschränkt. Darin enthalten ist unter anderem auch die Einführung der Kronzeugenregelung für "organisierte Kriminelle", also auch für Verfahren gegen AntifaschistInnen nach §129. Daß selbst das allerdings nicht allen VertreterInnen der "demokratischen Parteien" genügt, machte Innenminister Manfred Kanther noch am Tag der Verabschiedung deutlich, als er unter dem Schlagwort "Offensive 2000" ein neues, repressiveres Verbrechensbekämpfungsgesetz einforderte (FR, 23.9.'94).

Diese unvollständige Aufzählung ist ein Beleg für die zunehmend reaktionäre Entwicklung in der BRD.

Es gibt darüberhinaus Signale des Staates, zum Beispiel die neuerlichen Urteile gegen die politischen Gefangenen oder die Repression gegen KurdInnen, die darauf hindeuten, daß die Verfolgungspraxis nach einigen Jahren der vermeintlichen Liberalisierung in eine Richtung zielt, die vergleichbar ist mit dem Zustand Ende der 70er/ Anfang der 80er Jahre.

Nichtsdestotrotz wäre es übereilt, aufgrund der Verhaftungen der türkischen, kurdischen und deutschen Antifaschistinnen in Berlin, der Verurteilung des Antifaschisten Gunther aus Wiesbaden, der Staatsschutz-Großaktion gegen die Autonome Antifa(M) oder der unzähligen täglichen "Kleinverfahren" gegen radikale AntifaschistInnen von einer neuen Kriminalisierungswelle zu sprechen. Es ist keineswegs eine neue Erscheinung, sondern reiht sich ein in die Geschichte jenes Staates, dessen Verfolgungspraxis gegenüber Oppositionellen auf eine lange Tradition zurückgreifen kann, der in Kontinuität zum "Dritten Reich" steht und

gleichzeitig innen- wie außenpolitisch - für Vorhaben wie Bundeswehreinsätze und einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat der UNO - gezwungen ist, diese zu leugnen.

Zur Diskussion

um politische Organisierung

Es geht seitens des Staates seit Bestehen der BRD darum, zu "beweisen", daß eine legale öffentliche Organisierung von konsequentem Antifaschismus nicht möglich ist. Dies ist Teil der sich immer differenzierter entwickelnden Strategie zur Vernichtung linker Opposition in der BRD mit dem Ziel, erst gar nicht zum Mittel der Kriminalisierung greifen zu müssen, weil dies politisch zum Teil schwer bzw. nicht kalkulierbare Faktoren in sich birgt. Die Androhung der Kriminalisierung hat in der Vergangenheit oftmals ausgereicht, um politische Ansätze vernichten.

Die Autonome Antifa (M) steht seit einigen Jahren für einen politischen Ansatz, der Öffentlichkeits- und Bündnisarbeit in dieser Mediengesellschaft in das Zentrum seiner Politik gestellt hat und sich für ein Konzept der legal angelegten Organisierung stark macht. Ziel ist es seitens der Staatsschutzbehörden, diesen Ansatz antifaschistischer Politik zu zerschlagen und mit der Aktion in Göttingen eine Drohung für all diejenigen Gruppen auszusprechen, die unter einem ähnlichen Konzept politische Ansätze zu entwickeln versuchen.

Würden sich in der jetzigen Situation im politischen Diskurs jene Stimmen erfolgreich zu Wort melden, die ein Politikkonzept wie das oben beschriebene grundsätzlich ablehnen, um beispielsweise zu Organisierungsformen der letzten Jahre zurückzukehren, so hätte der Staatsschutzangriff bereits einen Teil seiner politischen Funktion erreicht.

Bei derartigen Argumentationen wird häufig behauptet, daß das jetzige Vorgehen des Staates gegen die Autonome Antifa(M) ein weiteres Mal den Beweis führe, Konzepte legal angelegter Politik oder Versuche öffentlicher politischer Organisierung (Antifaschistische Aktion/BO) außerhalb bundesdeutscher Parlamente wären nicht möglich, weil sie immer staatlicher Kriminalisierung ausgesetzt seien. Daß militante antiimperialistische Politik immer der Gefahr der Kriminalisierung ausgesetzt sein wird, wurde bereits ausgeführt. Aber darüberhinaus trifft diese Argumentation nicht den Kern der realen Verhältnisse. Denn sie impliziert, kriminalisiert würden ausschließlich Formen politischer Organisierung. Tatsächlich aber wurde die Autonome Antifa(M) ja nicht kriminalisiert, weil sie legal angelegte Politik macht, sondern weil sie versucht, konsequent antifaschistische Politik mit einem bestimmten (legal angelegten) Konzept zu verbreitern. Diese politischen Inhalte, die Akzeptanz für autonome antifaschistische Politik, konnten mittels dieses Konzepts legal angelegter Arbeit in der Region wesentlich vergrößert werden. Und deshalb wird die Autonome Antifa(M) von Staatsseite aus angegriffen.

Das heißt, es werden immer die linken und antifaschistischen Konzepte, Gruppen und Organisationen im besonderen angegriffen, die sich "erfolgversprechend" in Bezug auf die Verankerung fundamentaloppositioneller Positionen entwickeln.

Desweiteren impliziert die obige Position, daß es bereits ausgemachte Sache sei, daß das Konstrukt des Staatsschutzes gegen die Autonome Antifa (M) durchgesetzt werden kann. Der Ausgang der möglichen Prozesse ist jedoch auch davon abhängig, was sich an Solidarität und Öffentlichkeit gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Widerstands weiter entwickelt.

Zum dritten gibt es, wenn Einigkeit darüber besteht, daß die gesellschaftliche Isolation linksradikaler Positionen durchbrochen werden muß, kein Zurück mehr in klandestine autonome Kleingruppen.

Die bisher existierenden Organisationsansätze (z.B. das der Antifaschistischen Aktion/BO, Libertad etc.) dürfen nicht leichtfertig abgetan werden, denn sie bilden einen wichtigen Teil der Fundamente für eine antifaschistische antagonistische Bewegung.

Das LKA hatte der Autonomen Antifa (M) bereits vor zwei Jahren via Presse ausrichten lassen, daß ein öffentliches Auftreten für die Gruppe sofort eine Verhaftung wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach sich ziehen würde.

Die Autonome Antifa (M) ist auf diese Drohung des LKA nicht eingegangen und hat seitdem ein paar Dutzend Veranstaltungen bestritten. Sie hält auch nach den Durchsuchungen an ihrem politischen Kurs fest.

Gegen die Spaltung des antifaschistischen Widerstandes!

Keine Kriminalisierung des autonomen Antifaschismus!

Sofortige Einstellung der Verfahren gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Hoch die antifaschistische Solidarität!

Autonome Antifa (M), Göttingen 2.10.94

17. Israel/Palästina: Massaker gegen Frieden

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:45

25.2.94: Neunundzwanzig Muslime werden von dem Kirjat Arba-Siedler Baruch Goldstein beim Gebet in Hebron (Westbank) erschossen, weitere etwa hundert verletzt.

6.4.94: Durch die Explosion einer Autobombe werden in Afula (Israel) sieben Israeli getötet und 43 verletzt. Hamas beansprucht die Verantwortung für den Anschlag und bezeichnet ihn als Vergeltung für das Massaker in Hebron.

14.4.94: Bei einer Bombenexplosion in Hadera (Israel) werden fünf Israeli getötet und dreißig verletzt. Hamas beansprucht die Verantwortung für den Anschlag mit derselben Begründung wie eine Woche zuvor.

9.10.94: Zwei Palästinenser erschießen im Zentrum Westjerusalems zwei Einwohner der Stadt (eine Israelin und einen Palästinenser) und verwunden weitere 13 Israeli. Ein Hamas-Sprecher erklärt, seine Organisation habe den Anschlag als Vergeltung für die Massaker auf dem Tempelberg vor vier Jahren in Ostjerusalem und in Hebron im Februar dieses Jahres befohlen.

14.10.94: Ein von Palästinensern am 9.10. entführter israelischer Soldat wird während des Befreiungsversuchs durch israelisches Militär (vermutlich) von seinen Entführern erschossen. Der militärische Flügel von Hamas hatte sich zuvor zu der Entführung bekannt und die Freilassung von u.a. 200 Gefangenen gefordert, die zu Gruppierungen gehören, die das Israel-PLO-Abkommen ablehnen.

19.10.94: Bei der Explosion einer Bombe in einem Linienbus während des morgendlichen Berufsverkehrs werden im Zentrum Tel Avivs 22 Israeli getötet und weitere 42 verletzt. Der militärische Flügel von Hamas beansprucht die Verantwortung für den Anschlag.

Steht die Lösung eines (kriegerischen) Konflikts bevor, versuchen häufig beide Seiten, vor der Einstellung der Kämpfe noch einen möglichst großen Landgewinn - im direkten wie im übertragenen Sinne - zu erzielen. Die Gruppierungen beider Seiten, die bei einem Friedensschluß vermeintlich oder tatsächlich das meiste zu verlieren haben, gemeinhin und wenig klärend als "Extremisten" bezeichnet, setzen in der Regel alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ein, um eine ihnen nicht genehme Aufhebung des Konflikts zu verhindern. Dies gilt auch für den Prozeß einer politischen Lösung des israelisch- palästinensischen Konflikts.

Waren es jedoch bis Anfang dieses Jahres vorwiegend rechtsradikale Siedler, die mit blutig verlaufenden Provokationen bis hin zu dem von Baruch Goldstein verübten Massaker in Hebron in den besetzten Gebieten bemüht waren, die beginnende Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern zu zerstören, sind es nun allem Anschein nach vorwiegend militante Islamisten, die mit Terroranschlägen innerhalb Israels den Ausgleich zerschlagen wollen. (In israelischen Pressemeldungen ist durchweg die Rede davon, daß Hamas - Bewegung des islamischen Widerstands - oder ihr militärischer Flügel, die Ess ed-Din al Kassem-Brigaden, die Verantwortung für die Anschläge übernommen hätten; hierauf stützen sich auch die Angaben in der Einleitung dieses Artikels. Ohne den Tatsachengehalt dieser Darstellung generell anzweifeln zu wollen, ist doch darauf hinzuweisen, daß a) sich häufig mehrere verschiedene Gruppierungen zu einem Anschlag "bekennen", b) Hamas ebensowenig insgesamt mit einem Anschlag zu identifizieren ist wie früher "die" PLO, c) Islamisten nicht, wie es in den Medien fast zur Sprachregelung geworden ist, mit "Terroristen" gleichzusetzen sind der allergrößte Teil der dem Islamismus zuzurechnenden Bewegungen in den islamischen Welten agiert gewaltfrei.)

Seit dem Massaker im Grabmal der Propheten in Hebron ist zum einen der israelische Staat, wenn auch noch immer völlig unzureichend, gegenüber der Herausbildung eines neuen "jüdischen Untergrunds" (wie er in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bestand) wachsamer geworden. Zum anderen haben sich nationalistische und rechtsradikale Israeli in Israel selbst wie in den besetzten Gebieten vorwiegend auf gelegentliche Schießereien und häufige Demonstrationen gegen die Politik der Rabin-Regierung beschränkt, die sich in den letzten Monaten - neben Protesten gegen die Anschläge in Israel - zudem vornehmlich gegen eine etwaige Rückgabe der Golanhöhen an Syrien richteten. Die schwersten Anschläge seit dem Massaker in Hebron wurden in Israel ausnahmslos von Kräften verübt, die entweder militanten Islamisten oder anderen Gruppierungen, die das Israel-PLO-Abkommen ablehnen, zuzurechnen sind. (Die fortdauernden Kämpfe

zwischen israelischem Militär und Palästinensern in den besetzten Gebieten sind nicht Gegenstand dieses Artikels.)

Bürgerkrieg

Die israelische Regierung wie die palästinensische Nationalbehörde stehen - je weiter die Entwicklung in Richtung der Etablierung eines Staates Palästina unter PLO-Führung vorangebracht wird um so mehr - vor der Drohung eines von ihren jeweiligen militanten Friedensgegnern entfachten Bürgerkriegs. Einer nur fiktiven Drohung allerdings, soweit es die Israeli angeht, und einer sehr realen, soweit es die Palästinenser betrifft.

Rabin hatte im Wahlkampf 1992 für die Fall seines Siegs einen "Siedlungsstopp" angekündigt, wovon seit seinem Regierungsantritt und bis zum heutigen Tage allerdings wenig zu sehen ist. Dennoch war die neue israelische Regierung sofort (und vermehrt nach der im September 1993 in Washington unterzeichneten Grundsatzerklärung für eine Verständigung zwischen Israel und der PLO) heftigem Protest von Rechtsradikalen aus Siedlerkreisen und Israel ausgesetzt. Ein Likud-Parlamentarier drohte, "50.000 Juden (zu) mobilisieren", wenn israelische Truppen der palästinensischen Polizei Positionen überließen; Rabbiner riefen das Militär mehrfach auf, sich einem etwaigen Befehl zur Evakuierung von Siedlern zu widersetzen; jüngst forderte ein rechtsradikales Parlamentsmitglied, die Regierung mit einem Generalstreik zu stürzen. Ein Bürgerkrieg in Israel oder auch nur eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen nennenswert großen Gruppen der israelischen Gesellschaft ist dennoch nicht wirklich zu befürchten.

Die Siedler und insbesondere ihr "harter Kern" genießen in der israelischen Gesellschaft kein sonderliches Ansehen. Geht es dann noch den Israeli an den Geldbeutel, werden die Siedler abgestraft, wie es sich 1992 durch die Abwahl der Likud-Regierung erwies, die zu Lasten der Lösung innerisraelischer Probleme eine kostenspielige Siedlungspolitik betrieben hatte. Zwar sind Siedlungen und Siedler nach wie vor eines der größten Hindernisse für ein Fortschreiten der israelisch-palästinensischen Verständigung. Aber der "harte Kern" der Siedler ist an sich schon recht klein, und die Anzahl jener Siedler, die bereit wären, sich bewaffnet israelischem Militär entgegenzustellen, dürfte kaum mehr als ein paar Dutzend betragen. Überdies gilt als historische Lehre aus der Diaspora, der Zeit der Schwäche des zersplitterten jüdischen Volks, daß die "Einheit der Nation" als Garantin der Stärke der höchste Wert und unbedingt zu wahren sei. So ist zwar bei der äußerst knappen Mehrheit, mit der die Rabin-Regierung die Geschäfte führt, ein vorzeitiger Regierungswechsel nicht auszuschließen - was jedoch keinen "Bürgerkrieg" in Israel bedeuten würde, sondern eine Wiederaufnahme des offenen Kriegs gegen die Palästinenser.

In der palästinensischen Gesellschaft stellt sich hingegen die Situation sehr anders dar. Nach der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung in Washington waren die Erwartungen der Palästinenser hochgesteckt und der Jubel groß. PLO und Arafat genossen höchste Autorität in den besetzten Gebieten, die jedoch in dem Maße abnahm, wie sich die Verhandlungen mit Israel hinschleppten, die ursprünglich zugesagten Termine für den Rückzug des Militärs nicht eingehalten wurden und statt einer allmählichen Besserung der Lebensverhältnisse (insbesondere im Gazastreifen) sich die Lage noch verschlimmerte. Kaum vereinfacht dargestellt, wachsen Ansehen und Zulauf islamistischer Gruppen wie Hamas in eben dem Maße, in dem sich die PLO als unfähig erweist, zumindest die dringlichsten Nöte im Gazastreifen - Arbeitslosigkeit, Wohnraummangel - zu beseitigen. Anders als die israelischen Siedlerradikalen sind islamistische Gruppierungen wie Hamas in größeren Teilen der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten verankert, und jede Verschlechterung der Lage oder Verschärfung der Repression verschafft ihnen neuen Zulauf.

Weder übersehen noch überschätzt werden darf, daß der größte Teil der Palästinenser in der Westbank und alle im Gazastreifen Muslime sind, wodurch - zumindest unter den derzeitigen Bedingungen fortgesetzten Elends - jenseits politischer Differenzen eine gemeinsame Lebensform und ein relativ gemeinsames Verständnis gegeben sind. Zudem wird der Religion in dieser Region eine viel größere Bedeutung beigemessen als im "aufgeklärten" Westen. Schließlich ist, anders als bei der jüdischen Bevölkerung, in der palästinensischen Gesellschaft der "Brudermord" nicht tabuisiert. Dies zeigte sich nicht zum ersten Mal während des sog. Lagerkriegs im Libanon, dies zeigten bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen islamistischen und nationalen Kräften, dies zeigt nicht zuletzt die hohe Zahl von Morden an vermeintlichen oder tatsächlichen Kollaborateuren. Während der Islam eine relativ gemeinsame Grundlage bildet, birgt die

"Tradition" gewaltsamen Vorgehens innerhalb des eigenen Volkes die Gefahr, daß ein Teil des palästinensischen Volkes - gerade im Gazastreifen - gegen einen anderen blutig zu Felde rückt.

Die Mordanschläge im Innern Israels sollen zum einen die israelische Regierung zum Abbruch der von Hamas und anderen islamistischen Gruppierungen abgelehnten Verhandlungen mit der PLO zwingen, sollen zum anderen den Palästinensern zeigen, daß nicht der, wie es von islamistischer Seite heißt, "Verräter" Arafat für sein Volk kämpft, sondern Hamas. Die religiöse Symbolik, die auch im Zusammenhang von Anschlägen gerne verwendet wird (hat man in den Medien jemals von einem palästinensischen Attentäter gehört der nicht als "letztes Wort", "Allahu Akhbar" - Allah ist groß - gerufen hätte?), läßt den im wesentlichen falschen Eindruck entstehen, daß es sich um "religiösen Fanatismus" handele, um, der Hamas-Charta entsprechend, die "Befreiung ganz Palästinas" (von den Juden). Dies mag zwar auf einen einzelnen Täter zutreffen (wobei immer noch die Frage bleibt, woher dieser "Fanatismus" denn stammt), nicht aber auf die Hamas-Aktivisten insgesamt, die, soweit es den bestimmenden Teil angeht, als Absolventen naturwissenschaftlicher Fakultäten oder technischer Hochschulen keine "Glaubensfanatiker" sind, deren Weltverständnis mit der letzten Sure des Koran endet, oder die der Illusion erlegen wären, tatsächlich einen militärischen Sieg über Israel erringen zu können. Die von militanten Islamisten initiierten, durchgeführten oder beanspruchten Anschläge in Israel sind im wesentlichen Teil eines Machtkampfs gegen die PLO(-Führung), Kampf um den bestimmenden Einfluß in den besetzten und den Autonomie-Gebieten.

Wird der Palästinensischen Nationalbehörde von israelischen Politikern vorgeworfen, nicht ausreichend entschieden gegen Hamas-Militante vorzugehen, ist dies nicht vielmehr als eine Fensterrede und obendrein zynisch. Zynisch, weil es nicht einmal den 12.000 im Gazastreifen stationierten israelischen Soldaten, die über außerordentlich mehr Mittel verfügten als die jetzige palästinensische Polizei, in 27 Jahren der Besetzung gelungen ist, dieses Gebiet vollständig zu kontrollieren. Überdies ist bekannt, daß sich sowohl die Finanziers der Islamisten wie deren wirkliche Führung weder in den besetzten Gebieten noch in Israel befinden. Eine Fensterrede, weil auch israelische Politiker, sofern nicht gänzlich verblendet, wissen, daß eine klare Trennung zwischen den Bewohnern des Gazastreifens, von denen 20-25%, in Krisenzeiten bis zu 40-50%, die Islamisten unterstützen, nicht möglich ist, und daß sich unter den gegebenen Bedingungen militante und gewaltlose Islamisten und ihre Anhänger nicht auseinanderdividieren lassen. Ein wirklich durchschlagendes Vorgehen Arafats gegen die Islamisten würde die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens mit großer Wahrscheinlichkeit in einen Bürgerkrieg stürzen - was auch nicht im wohlerwogenen Interesse Israels wäre.

Verantwortung

Juristisch betrachtet ist die Verantwortung für die Anschläge klar - es sind die Attentäter und ihre etwaigen Hintermänner. Mit der politischen Verantwortung verhält es sich indes nicht so simpel.

Unverkennbar ist der Zusammenhang zwischen islamistischem Einfluß und Anschlägen mit den hinhaltenden Manövern der israelischen Regierung, mit der auch immer wieder eine Machtlosigkeit der Palästinensischen Nationalbehörde demonstriert wird. Die Mitverantwortung der israelischen Politik reicht jedoch noch viel weiter zurück. Die Ursache der heutigen Situation liegt, historisch noch recht kurz gegriffen, in der doppelten Vertreibung von Palästinensern (1949, 1967) und der 27 Jahre währenden Besetzung. Während dieser Besetzung wurden die national orientierten Palästinenser (von denen bereits seit Mitte der siebziger Jahre ein Teil für einen Staat Palästina neben Israel eintrat) mit aller Schärfe verfolgt, die islamis(tis)chen Kräfte aber von den israelischen Regierungen in den siebziger und bis zur Mitte der achtziger Jahre geduldet und gefördert. "Wir helfen islamischen Gruppen", ließ 1986 der seinerzeitige Militärgouverneur des Gazastreifens, General Segev, wissen, "um eine Gegenkraft zu den linken Kräften zu schaffen, die die PLO unterstützen."

Die Muslimbruderschaft, aus der Hamas im Dezember 1987 hervorgegangen ist (eigentlich kann von einer Identität gesprochen werden), konnte in den besetzten Gebieten eine soziale Infrastruktur errichten, Kindergärten, Schulen, Sportclubs, Kliniken und Moscheen bauen und die "Islamische Universität" gründen, die mit etwa 7000 Studenten die größte Hochschule der besetzten Gebiete ist. Finanziert wurden diese Einrichtungen von Saudi-Arabien. Israel habe sich so, folgerte etwas überspitzt ein Nahost-Korrespondent, "den Feind selbst herangezüchtet."

Terror kommt nicht vom Terror und gründet auch nicht ursächlich in religiösen Vorstellungen. Zu Recht betonen israelische Oppositionsgruppen und weitsichtigere Politiker wie etwa der stellvertretende

Außenminister Jossi Beilin, daß es darum gehe, die Lebensbedingungen im Gazastreifen zu verbessern: "Wird das Elend verringert, wird auch die Größe von Hamas verringert." Der Prozeß der Verständigung müsse beschleunigt vorangetrieben und so - im Interesse Israels - auch die PLO gestärkt werden.

Klaus Mellenthin

Quellen:

Neben israelischen, palästinensischen und deutschen Publ. dieses Jahres, die hier nicht im einzelnen aufgeführt werden sollen, wurden direkt herangezogen: Alexander Flores, Die Intifada - ein islamischer Aufstand? In: Gernot Rotter, Hg.: Die Welten des Islam; FR, 25.4.94; The Jerusalem Report, 17.11.94.

Stellungnahmen israelischer Protestgruppen zum Anschlag in Tel Aviv

Die unterzeichnenden israelischen Menschenrechtsorganisationen verurteilen schärfstens die brutalen Angriffe seitens der Hamas gegen die unschuldige israelische Zivilbevölkerung. (...) Es ist das Recht der israelische Regierung, ja ihre Verpflichtung, entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Angriffe zu ergreifen, dies jedoch nur insoweit, als sich diese Maßnahmen mit der Verpflichtung Israels gegenüber seiner Rechtstaatlichkeit vereinbaren lassen und der Wahrung des internationalen Rechts und der verschiedenen Konventionen, die Israel als Mitglied der internationalen Gemeinschaft unterzeichnet hat. Wir fordern die israelische Regierung auf, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die unschuldigen Menschen Schaden zufügen, wie die Zerstörung und Versiegelung von Häusern, Ausgangssperre, unangemessene Behandlung der Familien gesuchter Personen, Schließung von Erziehungseinrichtungen, Begrenzung des freien Verkehrs von medizinischem Versorgungspersonal, Familientrennung (als Ergebnis der Verweigerung des Zutritts nach Ostjerusalem) und der Entzug der Mittel zum Lebensunterhalt. (...) Die Erfahrung hat gezeigt, daß Kollektivbestrafungen und grausame Behandlung von Einzelpersonen nicht zu einer Verringerung der Terrorakte führen, sondern vielmehr wachsende Unterstützung der Täter zur Folge haben. (...)

Defense for Children International, B'tselem, The Public Committee Against Torture in Israel, Hotline for the Defense of the Individual, Israeli-Palestinian Physicians for Human Rights, Workers' Hotline

***

(...) Wir fordern die israelische Regierung auf, mit aller Entschiedenheit gegen die terroristischen Hamas-Banden vorzugehen. Wir verlangen, daß die PLO-Führung alle notwendigen Schritte unternimmt, um die Iz-a-Din al-Qassem-Brigaden in die Flucht zu schlagen. Hamas-Mitglieder müssen entwaffnet, die Anstifter und Ausführenden terroristischer Akte vor Gericht gebracht werden. Die einzige Möglichkeit, den Hamas-Terrorismus auszurotten, besteht in engerer israelisch-palästinensischer Zusammenarbeit. (...)

Schalom Achschaw (Frieden Jetzt)

***

(...) gerade heute und angesichts dieses Blutbades haben wir die Verpflichtung zu sagen: Die einzige Möglichkeit, den Greueltaten ein Ende zu setzen und zu verhindern, daß es noch mehr Opfer gibt, ist der Weg des Friedens - eine Beschleunigung und Vervollständigung des in Gang gesetzten Prozesses, der uns zum Frieden führt - nicht nur mit den arabischen Staaten, sondern auch und in erster Linie mit unseren engsten Nachbarn, den Palästinensern. (...) Die Rechten (...) behaupten, die mörderischen Vorfälle seien das Ergebnis der Vereinbarung von Oslo. Vielmehr trifft das Gegenteil zu: Zögern und fehlende Bereitschaft seitens der Regierung, die in Oslo eingegangenen Verpflichtungen tatsächlich auszuführen, haben diesen andauernden und äußerst gefährlichen Status von Halb-Frieden-Halb-Krieg geschaffen, der zudem die Friedensgegner aller Seiten stärkt und ermuntert. (...)

Gusch Schalom (Friedensblock)

Gekürzt zitiert nach The Jerusalem Times, 28.10.94, und The Other Front, 26.10.94. Übersetzung: P.A.

18. Wahlen in Mozambik. Schlußpunkt erfolgreiche imperialistischer Destabilisierungspolitik

Schlußpunkt erfolgreicher imperialistischer Destabilisierungspolitik

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Mozambik · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:46

Fast eine Million Tote, hunderttausende durch unvorstellbare Gewalttaten traumatisierte Menschen, über vier Millionen Flüchtlinge, wirtschaftliche Verluste von rund 20 Milliarden Dollar, eine unbezahlbare Auslandsverschuldung, ein zu mehr als der Hälfte mit ausländischen Hilfsgeldern finanzierter Staatshaushalt, internationale Hilfe, die mehr als 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, rund zwei Millionen in der Erde versteckte Landminen - das ist der Preis, den Mosambik dafür zahlen mußte, daß es Ende der 70er Jahre ins Kreuzfeuer des Imperialismus geriet. Längst ist das Land hilflos den Direktiven und Maßnahmen der imperialistischen Staaten und ihrer Agenturen ausgeliefert. Auf dem Schutthaufen der Destabilisierung hat sich der Westen ein anderes Mosambik gebaut. Die Ende Oktober stattgefundenen "freien Wahlen" bilden den formalen Abschluß dieses Prozesses.

1975 zog der portugiesische Kolonialismus auch in Mosambik seine Fahne ein. Anders jedoch als in Angola im selben Jahr, wo neben der siegreichen, sozialistisch orientierten Befreiungsbewegung MPLA noch zwei andere, auf lokalen ethnischen Rückhalt bauende, vom Westen unterstützte Organisationen existierten (FNLA und UNITA), gab es in Mosambik nur eine einzige Organisation, die den Sieg beanspruchen konnte: die Frente da Libertacao de Mocambique (Frelimo). Den westlichen Staaten und natürlich dem südafrikanischen Apartheidregime boten sich darum zunächst keine Möglichkeiten, mit Hilfe einheimischer Kräfte in Mosambik eine innere Front zu errichten.

Die neue Regierung war mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. 95 Prozent der Bevölkerung waren Analphabeten, es gab keine mosambikanischen Ärzte, keine Rechtsanwälte, keine Verwaltungsbeamte, keine einheimischen Lokomotivführer. Hinzu traten außenpolitische Erschwernisse: Südafrika sperrte Subventionen, die es dem portugiesischen Kolonialregime gewährt hatte, schränkte die Nutzung des Hafens von Maputo ein und reduzierte die Zahl der mosambikanischen Wanderarbeiter. Zugleich beteiligte sich Mosambik aktiv an der Durchführung der von der UN beschlossenen Handelssanktionen gegen das damalige, von Weißen beherrschte Rhodesien (Zimbabwe) und schloß die rhodesischen Transitrouten zum Indischen Ozean bzw. nach Malawi (Beira-, Limpopo- und Tete-Korridor), was dem Land beträchtliche Einnahmeausfälle bescherte.

Doch damals hatte eine große Aufbruchstimmung das Land erfaßt. Trotz der sehr schlechten Startbedingungen konnte der ökonomische Fall nach nur zwei Jahren zum Stillstand gebracht werden. In den Jahren 1977 bis 1981 war ein jährliches wirtschaftliches Wachstum von rund zwei Prozent zu verzeichnen. Die Frelimo errichtete landesweit ein dichtes Netz von Gesundheitsstationen und Schulen. Große Impfkampagnen hatten bis 1982 95 Prozent der Kinder auf dem Land erreicht.

1977: Volksrepublik Mosambik

1977 wandelte sich die Frelimo auf ihrem dritten Parteikongreß von einer Befreiungsorganisation in eine "marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse" um. Die Verfassung des nunmehr Volksrepublik Mosambik sich nennenden Landes wurde am Vorbild osteuropäischer Staaten ausgerichtet. "Eine Partei, entstanden aus der Befreiungsbewegung gegen den Kolonialismus, hatte die leitende und vordenkende Funktion im neuen Staat. Massenorganisationen, wie die Frauenorganisation oder die Gewerkschaften waren zwar formal unabhängig, wurden aber als Basis für die Parteiarbeit verstanden. Die Interessen des Volkes sollten die Interessen der Partei und der Massenorganisationen sein. Dieses Konzept stimmte in großem Ausmaß mit der Realität der mosambikanischen Gesellschaft überein. Die MosambikanerInnen waren vom portugiesischen Faschismus alle relativ gleich unterdrückt, relativ gleich unausgebildet und blieben ohne nennenswerten Produktionsmittelbesitz. Die Verlierer der Revolution verließen großteils das Land. Die Frelimo war populär, die Gesellschaft war in ihren Entwicklungszielen und Interessen relativ homogen." (1)

Wollte Mosambik die Ebene der provisorischen Produktion auf der Basis von Basis-, Stadtteil- und Dorfgruppen zugunsten einer zielgerichteteren Entwicklung des Landes verlassen, war eine staatszentriertere

wirtschaftliche Organisation unumgänglich. Doch bei diesem qualitativen Sprung unterliefen der Frelimo vermeidbare und unvermeidliche Fehler. Absicht war es, in den Sektoren zu investieren, die schnellstmögliche Produktivitätssteigerung versprachen. Das waren auf dem Land die großen Farmkomplexe, die die Kolonisatoren verlassen hatten. Der Aufbau einer Industrie und die Mechanisierung der Landwirtschaft sollten durch verstärkten Handel mit den Comecon-Ländern ermöglicht werden. Der kleinbäuerliche Sektor hingegen wurde nicht gefördert, jedoch sollte der Wiederaufbau eines Handelssystems den Bauern Anreize geben, ihre Produkte zu vermarkten, ihre Produktion zu steigern und gegen städtisch produzierte Güter einzutauschen. Zudem wurde die zersiedelt lebende Landbevölkerung aufgefordert, in sogenannten Gemeinschaftsdörfern zu leben. "Diese boten die Möglichkeit, ein für die Landbevölkerung erreichbares Bildungs- und Gesundheitssystem, sowie Märkte und Transportwege effizienter aufzubauen." (2)

Diese Konzeption ging nicht auf. Die Landwirtschaft als Basis der allgemeinen Entwicklung fiel zum Teil aus, weil nicht schnell genug Konsumkooperativen aufgebaut wurden, in denen die ländliche Bevölkerung ihren Bedarf an Waren hätte befriedigen können. Dadurch entfiel der Anreiz zur Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Staatsfarmen erzielten auf Grund von Management-Fehlern und fehlenden technischen Know-how statt Überschüssen Defizite und waren zudem stark von Importen abhängig. Das Konzept der Gemeinschaftsdörfer wurde zu schnell und teilweise unter Zwang durchgeführt, so daß viele Bewohner darauf verzichteten, innerhalb der neuen Kooperativen zu produzieren. Schließlich kam auch der Außenhandel mit den RGW-Staaten über 15 Prozent des mosambikanischen Außenhandelsvolumens nicht hinaus. Als 1981 der RGW Mosambiks Aufnahmegesuch ablehnte (nur die DDR stimmte dafür), war dies zugleich ein Signal auch für andere sozialistisch orientierte Staaten Afrikas, daß die Sowjetunion nicht mehr willens oder in der Lage war, nach Kuba und Vietnam weitere ihr ideologisch nahestehende Staaten aus der "Dritten Welt" in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen. (Freilich griff die Sowjetunion ausgerechnet der äthiopischen Militärdiktatur bis Ende der achtziger Jahre mit massiver Militärhilfe unter die Arme.)

Die Renamo -

eine reine Terrororganisation

Unbeantwortet muß die Frage bleiben, inwieweit die Frelimo zu einer wirksamen Korrektur ihrer fehlerhaften Politik in der Lage gewesen wäre. Die Chance dazu wurde ihr nicht mehr gegeben, auch wenn der 4. Parteikongreß 1983 die Fehlerhaftigkeit des zentralistischen Vorgehens im Agrarbereich benannte. Denn mit der Terrororganisation Renamo (Resistencia Nacional Mocambicana) hatten der Imperialismus und der südafrikanische Apartheid-Staat zu diesem Zeitpunkt bereits eine Konterguerilla zur Verfügung, die in ihrer Brutalität und ihrem zielgerichteten Zerstörungswillen wohl alle anderen derartigen Gruppen übertraf.

Dieser spezifische Sachverhalt mag seinen Grund darin gehabt haben, daß die Renamo eine vom Ausland aufgebaute und gesteuerte Organisation war, die innerhalb Mosambiks ohne jeglichen gesellschaftlichen oder ökonomischen Rückhalt operierte und somit zu keiner politisch motivierten Rücksichtnahme genötigt war. Die Renamo war 1975 vom rhodesischen Geheimdienst aus Mitgliedern der Spezialeinheiten der portugiesischen Kolonialarmee, aus heimatlosen Söldnern, vor der Frelimo geflüchteten mosambikanischen Kollaborateuren und einigen Frelimo-Dissidenten geschaffen worden und sollte zum einen die von Mosambik aus operierende zimbabwesche Befreiungsorganisation ZANU bekämpfen. Zum anderen bestand seitens Rhodesiens natürlich das generelle Interesse, Mosambik weitgehend zu schwächen - dasselbe Ziel, das auch Südafrika hatte, dessen Sicherheitsapparat 1980 die Anleitung der Renamo von Rhodesien übernahm.

Die hinter der Renamo stehenden Apartheid-Strategen und die internationale Contra-Connection (3) legten es im Falle Mosambiks nicht darauf an, durch einen militärischen Eroberungskampf die Regierung in die Defensive zu bringen und gegebenenfalls zu stürzen. Vielmehr sollte das Land vollständig zerrüttet und seine Menschen derartig demoralisiert werden, um auf diese Weise ein Modell antikolonialer schwarzer Befreiung vollständig zu diskreditieren und die Frelimo-Regierung zum willfährigen Handlanger zu degradieren. Die Mittel dazu waren folgende:

- Systematische Zerstörung von Transportrouten und Hafenanlagen sowie der Überlandleitung des Cabora Bassa-Staudamms. Ständige Angriffe auf Transporte und Züge legten schließlich fast den gesamten Straßen- und Zugverkehr lahm, so daß ganze Regionen nur noch auf dem Luftweg erreichbar waren.

- Angriffe auf Staatsfarmen und Kooperativen sowie Projekte ausländischer Hilfe.

- Zerstörung der seit der Befreiung geschaffenen Infrastruktur wie Läden, Gesundheitsposten, Schulen, Gemeinschaftsdörfer und gezielte Ermordung von Parteikadern, Lehrerinnen und Lehrern, Gesundheitspersonal, Milizionären.

- Nackter Terror gegen die Zivilbevölkerung. 1988 (als sich gegen Ende der Ära Reagan in der US-Administration die Auffassung durchzusetzen begann, im südlichen Afrika die Phase der Kriege niederer Intensität durch Verhandlungen zu ersetzen) wurde vom State Department ein Bericht veröffentlicht (Gersony Report), in dem es heißt: "Die Renamo richtet systematisch und koordiniert Gewalt gegen Zivilisten, inklusive Erschießen, Exekutionen mit Messern, Äxten und Bajonetten, Verbrennen bei lebendigem Leibe, Erschlagen, Ersticken, Verhungernlassen und Ertränken." Der Bericht schätzte ein, daß die Renamo bis zu diesem Zeitpunkt mindestens 100.000 Menschen ermordet hatte. Einem Bericht der Menschenrechtsorganisation "African Watch" aus dem Jahr 1992 zufolge gehörten das Abschneiden von Ohren, Nasen, Lippen und Geschlechtsteilen zur alltäglichen Praxis dieser Terrororganisation.

Ein weiteres furchtbares Kapitel in der Agenda der von Renamo verübten Verbrechen stellte die sexuelle Ausbeutung und Mißhandlung von verschleppten Mädchen und Frauen dar.

Eine an Menschenverachtung kaum zu überbietende Grausamkeit war die Zwangsrekrutierung von Kindern ab acht Jahren, die von der Renamo zu Mördern gepreßt wurden. Um diese Kinder und Jugendliche gefügig zu machen, wurden sie von Renamo nicht nur ausgehungert, unter Drogen gesetzt, geschlagen oder mit dem Leben bedroht. Oftmals wurden sie von den Renamo-Schlächtern dazu gezwungen, ihre eigenen Eltern oder Verwandten zu töten, ehe sie verschleppt wurden. Die auf diese Weise zerbrochenen Menschen waren in ganz besonderer Weise zu jeglichen Grausamkeiten fähig: "Von einigen der schlimmsten Massaker wird berichtet, daß ganze Armeen von Zehn- bis Vierzehnjährigen Dörfer überfielen und in Raserei alles niedermetzelten, was sie vorfanden." (4) Schätzungen gingen davon aus, daß rund die Hälfte der Renamo-Kämpfer Kinder und Jugendliche waren.

Außenpolitischer Kurswechsel

Gegen das terroristische Vorgehen der Renamo gab es in dem gut 800.000 Quadratkilometer großen, mit weniger als 15 Millionen Einwohnern aber nur dünn besiedelten Land keine entscheidenden militärischen Mittel. Zwar gelangen der mosambikanischen Armee einige wirksame Gegenschläge (so die Eroberung des Hauptquartiers der Renamo im Jahr 1985 und erneut 1989), zwar sicherten bis zu 25.000 zimbabwesche Soldaten den Beira-Korridor (mit der Bahnlinie von der zimbabweschen Hauptstadt Harare zum mosambikanischen Pazifikhafen Beira) und im Norden Mosambiks hielten Truppen aus Tansania einige Gebiete von der Renamo frei. Doch das änderte nichts an der Tatsache, daß die Renamo - von Südafrika kontinuierlich unterstützt - außer in den eben genannten Bereichen sowie in und um die Hauptstadt Maputo in allen Teilen Mosambiks präsent war und größere Gebiete in der Mitte des Landes geschlossen von ihr beherrscht wurden.

Durch einen zunächst außenpolitischen Kurswechsel versuchte die Frelimo-Regierung, der im Innern des Landes nicht zu begegnenden Renamo, aber auch der durch den landesweiten Terror hervorgerufenen schweren ökonomischen Problemen Herr zu werden. Im August 1982 akzeptierte Mosambik in einem Vertrag mit der BRD die sogenannte Berlin-Klausel und gab kurz darauf bekannt, sich an den Verhandlungen zum Lomé-III-Abkommen (ein Vertragswerk, daß die Handelsbeziehungen zwischen der EG und afrikanischen Staaten regelt) zu beteiligen. Ende 1982 wurde der Dialog mit den USA aufgenommen, mit der Folge, daß während der Dürre des Jahres 1984 (rund 100.000 mosambikanische Hungertote) die USA zum wichtigsten Getreidelieferanten des Landes avancierten. Und schließlich schloß Mosambik mit Südafrika (das 1981 einen Vorort Maputos unter dem Vorwand bombardiert hatte, daß sich dort ein ANC-Lager befände) im März 1984 den Nicht-Angriffs-Vertrag von Nkomati, der in seiner Substanz eine Anti-Subversions-Vereinbarung darstellte. Dieser Vertrag führte zum einen zur Ausweisung von 900 ANC-Kadern aus Mosambik; politisch genauso wichtig für die südafrikanischen Rassisten war aber, durch den Vertrag von einem der "Frontstaaten" als legitimer Verhandlungspartner aufgewertet worden zu sein. (Diesen politischen Erfolg konnten die Rassisten gegenüber anderen Frontstaaten nicht mehr wiederholen.) Im Gegenzug wäre Südafrika verpflichtet gewesen, die Unterstützung für die Renamo einzustellen. Das Gegenteil war allerdings der Fall: Bei der Eroberung des Renamo-Hauptquartiers 1985 erbeutete Dokumente belegten die vollständige Unterstützung der

Terrororganisation durch Militärkreise und Geheimdienste Südafrikas. Der südafrikanische Außenminister R. Botha gab daraufhin die Verletzung des Abkommens von Nkomati durch sein Land zu. (taz, 20.9.85)

Die außenpolitischen Neuorientierung mußte über kurz oder lang auch wirtschaftspolitische Konsequenzen haben, auch wenn die Frelimo sich bemühte, nicht mit fliegenden Fahnen zur anderen Seite überzulaufen. Der 4. Frelimo-Kongreß im April 1983 beließ es programmatisch bei Planwirtschaft und Sozialismus, führte zudem das Bekenntnis zum "proletarischen Internationalismus" in das Statut ein. Doch wirtschaftspolitisch beschloß der Parteitag eine Stärkung landwirtschaftlicher Familienbetriebe (was freilich folgenlos blieb, weil die Transportwege von der Renamo unbrauchbar gemacht waren), die Aktivierung des privaten Sektors in Handel und Industrie sowie eine Dezentralisierung der politischen Verantwortung durch Stärkung provinzieller und lokaler Organe. 1984 wurde ein Investitionsgesetz verabschiedet, das westliche Investitionen im Land begünstigte, und im selben Jahr trat Mosambik IWF und Weltbank bei. Eine Umschuldung der Auslandsschulden von damals 1,8 Mrd. Dollar war der vorläufige "Lohn".

Innere Zersetzung

Nunmehr setzte für Mosambik, so wertet es der schon zitierte Baiculescu, die zweite Phase der außengesteuerten Destabilisierung ein. Während "Teil 1" unvermindert anhielt und der Renamo-Terror Mitte der 80er Jahre seine größten Ausmaße annahm (und Südafrika 1986 die 60.000 mosambikanischen Wanderarbeiter auswies, was Mosambik weitere Einnahmeausfälle brachte), begann mit der wirtschaftlichen Hinwendung zu den imperialistischen Staaten die Zersetzung der mosambikanischen Gesellschaft von innen heraus. Denn der von der Renamo geführte Krieg brachte der Bevölkerung zwar großes Leid, konnte jedoch die politische Autorität der Frelimo und ihr Ansehen in der mosambikanischen Gesellschaft nicht untergraben.

Das änderte sich, als die Regierung 1987 ein Strukturanpassungsprogramm verkündete (PRE, Progama de Reabilitacao Económico), das ihr der IWF zwar nicht geschrieben hatte, das aber den IWF-Forderungen weitgehend entsprach. Mosambik erhielt daraufhin erstmals einen IWF-Kredit von 37,3 Mill. Dollar. (Die Auslandsverschuldung des Landes hatte freilich zu diesem Zeitpunkt bereits die Höhe von 3,5 Mrd. Dollar erreicht.) Mit dem PRE wurden die Preise liberalisiert und die Staatsausgaben im sozialen Bereich gesenkt. Die Freigabe der Preise für Nahrungsmittel kam allerdings nicht der mosambikanischen Landbevölkerung zugute, denn die konnte auf Grund des Renamo-Terrors nicht ausreichend anbauen oder war von den Städten abgeschnitten. Statt dessen wurde eine neu entstehende Schicht von (Schwarz-)händlern begünstigt, die sich daraufhin rasch zum Teil einer neuen Bourgeoisie entwickelte. Mit der nun erlaubten Bildung von Kapital, auch mit dem ersten Eindringen von ausländischen Investitionen und durch Reprivatisierungen war zugleich die Basis gelegt, politische Entscheidungsträger aus der Frelimo zu korrumpieren. Der Bericht des Frelimo-ZK an den 6. Kongreß 1991 hält dies fest: "Einige benutzten ihre Macht oder gesellschaftliche Stellung, um sich fremdes Eigentum für die Lösung ihrer persönlichen Probleme anzueignen. All das, was wie ein normaler Wunsch erscheint, wie etwa der, eine Wohnung zu haben, ein Transportmittel, ein Stück Land oder ein Produktionsmittel, um die Zukunft zu sichern, wurde nicht immer auf legale Weise erreicht." (5)

Und mit der aus der Not geborenen Anlehnung an die westlichen Staaten trug immer stärker ein weiterer Faktor zur Auflösung funktionierender gesellschaftlicher Strukturen bei: die Verteilung von Hilfsgütern durch ausländische Hilfsorganisationen (von Baiculescu als die dritte Phase der Destabilisierung bezeichnet). "Statt die relativ gut organisierten mosambikanischen staatlichen Katastrophenhilfsstellen zu unterstützen, bauten sie eigene Parallelstrukturen auf, und bestanden darauf, die Hilfsgüter nach eigenen Kriterien und durch eigene Leute zu verteilen (...) US-amerikanische Hilfskonzerne haben sich darauf spezialisiert, Hilfe einzusetzen, um soziale Klassen zu bilden." (6) Mit Organisations- und Informationsnetzen, die größer als die der Regierung sind, unterlaufen diese Hilfskonzerne die Souveränität der Regierung. Sie entscheiden, wo eine Schule gebaut, eine Straße angelegt oder ein Gesundheitsposten errichtet wird. Mosambik wurde schnell zu einem Musterbeispiel für einen extern geförderten und korrumpierten "Versorgungsstaat": "Durch das Verteilungssystem der internationalen Nahrungsmittelhilfe werden nämlich durchschnittlich lediglich 25 Prozent des verfügbaren Getreides (...) an die Bevölkerung weitergegeben, während der Rest zum doppelten Preis auf den Parallelmarkt gelangt. 10 Prozent der Nahrungsmittelhilfe werden schon im Hafen oder auf dem Weg zu den großen Lagern und para-staatlichen Betrieben ‚abgezweigt` und kommen tausenden von Militärs, Sicherheitspersonen und den bei Hafen- und Eisenbahnbehörden Beschäftigten zugute. Weitere 15 Prozent werden von Einzelhändlern, die in das Verteilungssystem einbezogen sind, auf die Parallelmärkte umgeleitet, und weitere ca. 50 Prozent direkt von den großen para-staatlichen Betrieben. Im Ergebnis werden, so wird

geschätzt, auf diese Weise und auf Kosten der Bevölkerung jährlich persönliche und kommerzielle Vermögenswerte in Höhe von 100 Millionen US-Dollar geschaffen, die der traditionellen kommerziellen Schicht und der ‚neuen Bourgeoisie` des Staats- und Parteiapparats zugute kommen." (7)

1990 wurde die Wiederzulassung von Privatschulen beschlossen. Das zog weitere Einbrüche im staatlichen Erziehungssystem nach sich, da die völlig unterbezahlten Lehrer (auf Grund der Einsparungen im Bildungssektor sank der Anteil der laufenden Ausgaben für Erziehung - Gehälter, Schulbücher - am Staatshaushalt von 17,6 Prozent im Jahr 1986 auf 8,7 Prozent 1990) nun in den Privatschulbereich abwanderten. Das gleiche Schicksal widerfuhr auch dem einstmals vorbildlichen Gesundheitssektor: Ende 1991 beschloß das Parlament ein Gesetz, daß privatbetriebene Gesundheitsdienste und Krankenhäuser ermöglichte. Der IWF verbot dem Staat, zerschossene Hospitäler wieder aufzubauen. Dies durften nur die Geber, die dies nach eigenen Gutdünken und an der mosambikanischen Regieung vorbei entschieden. Der britische Journalist Joseph Hanlon kommt in seinem Buch "Who calls the shots" zu dem Schluß: "Das mosambikanische Gesundheitssystem war das bestorganisierte Ministerium des Landes. Es hätte alle Aufgaben selber wahrnehmen können. Ich würde behaupten, die Zerstörung der sozialen medizinischen Versorgung war ein Ziel der Hilfegeber. Sie wollten das alte Missionsgesundheitssystem wiederherstellen als Teil der Rekolonialisierung." (8)

Liberalisierung und Privatisierung blieben nicht ohne Widerstand. Anfang 1990 kam es zu einer regelrechten Streikwelle mit zum Teil wochenlangen Ausständen. In allen größeren Städten des Landes befanden sich größere Gruppen von Arbeitern im Ausstand. Hinzu traten Beschäftigte der Eisenbahnen, des Gesundheitswesens sowie Lehrerinnen und Lehrer. Drei Wochen lang streikten z.B. die 2000 Beschäftigten der Textilfabrik Texlom in Motala (bei Maputo) für eine wirksame Erhöhung ihrer Löhne - ohne Erfolg. Der schlichte Hintergrund: "Dreimal im Jahr kommt eine IWF-Delegation nach Maputo, verhandelt dort drei Wochen mit der Regierung und überreicht ihr dann die wirtschaftlichen Vorgaben für die nächsten vier Monate. Darin werden die Ausgaben jedes Ministeriums und die währungspolitischen Maßnahmen genau festgehalten. Von den Streiks, zu denen es immer öfter kommt, wollten die IWF-Vertreter nichts hören, erklärt ein Teilnehmer dieser Verhandlungen. ‚Wenn wir aus irgendeinem Grund die Streiks erwähnen müssen, werden sie still. Dann fragen sie uns, ob wir mit der Arbeit fortfahren können.` " (taz, 23.4.92)

Im Juni 1991 gab es einen angeblichen Putschversuch, der zur Festnahme einiger hochrangiger oder prominenter ziviler und militärischer Frelimo-Mitglieder führte, die eher auf dem linken Flügel der Partei zu finden waren. Ein dreiviertel Jahr später kam es in dieser Angelegenheit zu einem Prozeß gegen den früheren Generalstabschef der Streitkräfte, Sebastiao Mabote, in dem dieser freigesprochen wurde, als die Zeugen der Anklage ihre bisherigen Aussagen mit der Begründung widerriefen, daß diese ihnen aufgezwungen worden seien. Mabote, der 1989 seine Mitgliedschaft im Frelimo-Politbüro verlor, erklärte, daß man sich nicht getroffen habe, um einen Putsch zu planen, sondern um zu überlegen, wie Korruption und Inkompetenz in der Armee sowie der Drogen- und Waffenhandel gestoppt werden könnten. Dabei nannte er eine ganze Reihe von Beispielen. Mabote wurde freigesprochen. (9)

Veränderung

des politischen Systems

Ab 1989 begann die Frelimo, die Transformation Mosambiks in ein vom Imperialismus abhängiges Land durch die Veränderung des politischen Systems zu komplettieren. Die Weichenstellung dafür war der 5. Kongreß der Frelimo im Juli 1989, der den "Marxismus-Leninismus" aus dem Programm entfernte und statt dessen den "demokratischen Sozialismus" an seine Stelle setzte. Zugleich öffnete sie ihre Reihen für Bevölkerungsgruppen, denen zuvor die Mitgliedschaft verwehrt gewesen war (Anhänger von Religionen, Kapitalbesitzer). Dem Politbüro blieb es vorbehalten, sich eine Woche nach dem Parteitag für die Einführung eines Mehrparteiensystems auszusprechen, was wiederum zwei Monate später durch das mosambikanische Parlament beschlossen wurde.

Die daraufhin erarbeitete und am 30.11.1990 in Kraft gesetzte Verfassung "wirkt wie die Kopie einer westeuropäischen Verfassung eines bürgerlichen Staates". (10) Einziger Unterschied: Zunächst hatte der Entwurf der Verfassung vorgesehen, auch privaten Landbesitz zuzulassen. Nach heftigem Widerstand wurde

dies zurückgenommen und festgelegt, daß der Staat weiterhin die Nutzungsrechte vergibt, allerdings, wie seit 1987 üblich, auch an Großbauern und private Konzerne.

Wohl kaum Zufall ist es gewesen, daß parallel zur Veränderung des politischen Systems auch eine Veränderung im Verhältnis zwischen Regierung und Renamo bemerkbar wurde. Und gleichzeitig wurde der Renamo von ihren bisherigen Unterstützern signalisiert, daß angesichts der erfolgreichen Beseitigung der sozialistischen Entwicklungsoption die Zeiten der militärischen Konfrontation dem Ende entgegen zu gehen hätten. Im März 1989 hatte die britische Premierministerin Thatcher in Malawi (einem Unterstützerstaat der Renamo) die westlichen Länder aufgefordert, die Renamo nicht mehr zu unterstützen, da es sich bei deren Kampf um eine terroristische Kampagne handele, bei der es schreckliche Greueltaten gegen Zehntausende von Zivilisten gegeben habe. (Tagesspiegel, 2.4.1989). Bei einem Besuch in Mosambik unmittelbar vor dem 5. Parteikongreß erklärte Südafrikas Staatspräsident de Klerk, nach seiner Auffassung sollte die Renamo "die Gewalt beenden und in die positive und friedliche Entwicklung" des Landes einbezogen werden. (Tagesspiegel, 21.7.89) Die mosambikanische Regierung ihrerseits hatte im Juni 1989 einigen ausländischen Botschaften mitgeteilt, daß sie Gespräche mit der Renamo aufnehmen wolle. Und die Renamo ließ nun Anfang Juli 1989 erstmals verlauten, daß sie zu Gesprächen grundsätzlich bereit sei und legte einen Monat später sogar einen eigenen "Friedensplan" vor.

Das Friedensabkommen

von Rom

Noch 1988 hatte Mosambiks Staatspräsident, der Frelimo-Vorsitzende Chissano, moralisch völlig zu Recht erklärt, daß es niemals Verhandlungen mit den Renamo-Banditen geben werde. Nun trafen sich am 8. Juli 1990 erstmals Delegationen von Frelimo und Renamo in Rom, um über ein mögliches Ende der Kämpfe zu verhandeln. Zwei Jahre kam bei diesen Gesprächen in elf Verhandlungsrunden nichts zustande, außer daß die Renamo sich im Gegenzug zum Abzug der zimbabweschen Truppen zu einem Waffenstillstand im Beira- und im Limpopo-Korridor bereiterklärte. Das gab ihr freilich nur die Handhabe, ihre von dort abgezogenen Soldaten nun in anderen Teilen des Landes einzusetzen und ihre Massaker unverändert fortzusetzen. Die Renamo dürfte zum einen noch auf den Zusammenbruch der Regierung gehofft haben. Ihre zweite Option war, ihre unmittelbare Beteiligung an der Regierung zu erreichen, und damit einer Vereinbarung über die Durchführung freier Wahlen auszuweichen. Die hatte sie zwar jahrelang auf Geheiß ihrer imperialistischen Auftraggeber gefordert; nun aber ging sie zu Recht davon aus, daß sie diese nur verlieren könne.

Am 4. Oktober 1992 wurde schließlich ein Friedensabkommen zwischen der Frelimo und der Renamo abgeschlossen. Dieses sah unter anderem einen sofortigen Waffenstillstand vor, den die Renamo nach kurzen "Anlaufschwierigkeiten" tatsächlich bis heute eingehalten hat. Für das letztendliche Einlenken der Terror-Organisation können wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Zwar mangelte es ihr keinesfalls an Waffen (die konnte sie in so großer Anzahl von den Regierungstruppen erbeuten, daß sie einen Teil davon an die südafrikanische Inkatha verschob), aber die Renamo bekam zunehmende Schwierigkeiten, ihre Soldateska mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Dies spitzte sich für die Renamo in den Dürrejahren 1991 und 1992 soweit zu, daß ein Teil ihrer Truppen zu desertieren begann. Zugleich flüchtete die Bevölkerung vor dem Hunger aus den von der Renamo kontrollierten Zonen. Das war natürlich auch eine Folge davon, daß die Renamo sich durch die Zerstörungspolitik, die sie in einem Großteil der von ihr heimgesuchten Gebiete betrieb, buchstäblich selbst das Wasser abgegraben hatte: Die von ihr beherrschten Menschen und das Land gaben in dieser zugespitzten klimatischen Situation nicht mehr genug her. Und generell galt natürlich, daß der Krieg der Renamo für die westlichen Auftraggeber seine Funktion verloren hatte und zum Störfaktor für die von kapitalistischen Firmen und Plantagenbetreibern anvisierten Geschäfte geworden war, die nach der politischen und wirtschaftlichen Neuausrichtung Mosambiks wieder möglich geworden waren.

Neben dem schon erwähnten Waffenstillstand sah das Abkommen von Rom folgendes vor:

- Entwaffnung von Armee und Renamo-Banden und Aufbau einer neuen Armee von 30.000 Mann, je zur Hälfte aus der bisherigen mosambikanischen Armee und den Rebellen-Truppen gebildet.

- Demobilisierung und gesellschaftliche Reintegration der übrigen Soldaten, was konkret die Auszahlung von sechs Monaten Sold, Kleidung sowie eine Freifahrt zu einem beliebigen Ort innerhalb des Landes bedeutete.

- Überwachung von Polizei und Geheimdienst durch gemeinsame Kommissionen, in denen neben je sechs Regierungs- und Renamo-Vertretern noch neun weitere "erfahrene" Bürger sitzen, die nach Konsultation mit dem Staatspräsidenten ernannt werden.

- Bildung von sechs weiteren Kommissionen, darunter solche, die die staatliche Verwaltung betreffen.

- Rückführung und Reintegration der 1,6 Millionen äußeren und der bis zu drei Millionen inneren Flüchtlinge.

- Durchführung von Wahlen im Rahmen der Mehrparteienverfassung. Zeitpunkt der Wahlen sollte ursprünglich Oktober 1993 sein.

- Überwachung der Vertragsvereinbarungen durch die UNO.

- Unterstützung des Friedensprozesses durch die internationale "Gebergemeinschaft".

Es war absehbar, daß der vorgesehene Zeitplan (Wahlen im Oktober 1993) nur bei äußerst gutem Willen der gegnerischen Parteien hätte eingehalten werden können. Doch dafür waren und sind die Gegensätze zu groß. So weigerte sich die Renamo zunächst, die von ihr kontrollierten Gebiete zugänglich zu machen und öffnete sie dann zunächst auch nur ausländischen Hilfsorganisationen bzw. der UNO. Regierungsvertretern war bisher der Zutritt nicht möglich. Allerdings ließ die Renamo 1994 die Wählerregistrierungs- und Wahlbeobachtergruppen in ihre Gebiete.

Stoff für etliche Verhandlungsrunden der auch nach der Unterzeichnung des Abkommens in Rom fortgesetzten Gespräche bildete die (Wahlkampf-)Finanzierung der Parteien. Die Regierung erklärte sich zwar bereit, die neu entstandenen Parteien zu unterstützen, war aber nicht dazu zu bewegen, auch Gelder für die Renamo bereitzustellen. Hier sprang die UNO ein: Sie stellte der Renamo sechs Mill. Dollar für die "Umwandlung in eine politische Partei" zur Verfügung. Außerdem erhielt die Renamo weitere Zuwendungen von ihren alten westlichen Freunden: So stellte ihr die BRD 1993 eine Mill. Mark für den Aufbau eines Rundfunksenders bei Maputo zur Verfügung.

Probleme eigener Art gab es bei der Demobilisierung der Armee und der Renamo-Banden. Die Regierung hatte zunächst für ihre Armee einen Gesamtbestand von 76.000 Mann angegeben, dann aber nur 64.130 bei der UNO registrieren lassen. Die Renamo erhob darauf den Vorwurf, die Regierung hielte rund 12.000 Soldaten verborgen. Tatsächlich aber handelt es sich bei diesen verschwundenen Soldaten wahrscheinlich um "Phantom-Soldaten", die niemals existierten, die aber von korrupten Generalen in den Büchern geführt worden waren, um den von der Regierung bereitgestellten Sold in die eigene Tasche zu leiten. Doch auch die Renamo, die 22.637 Bewaffnete angegeben hatte, hat schließlich nicht die volle Zahl ihrer Marodeure demobilisieren lassen. Auch hier wird vermutet, daß es sich wahrscheinlich nicht um größere, noch versteckt gehaltene Verbände handelt. Wahrscheinlicher ist, daß es sich bei den Verschwundenen um (nach einer UN-Berechnung) 2174 "Kinder-Soldaten" handelt, deren Existenz von der Renamo niemals zugegeben wurde. (New Era, Namibia, 7.7.94. Nach einem Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums hat die Renamo noch 1992 Kinder in ihre Reihen gezwungen; NZZ, 7.3.93)

Probleme (ausnahmsweise erfreulicher Art) traten auch bei der Aufstellung der neuen gemeinsamen Armee auf. Zunächst waren Anfang des Jahres 540 in Zimbabwe von britischem Militär ausgebildete zukünftige Instrukteure der neu zu bildenden Armee (je zur Hälfte von Regierungsarmee und Renamo) nach Mosambik zurückgekehrt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die neue Armee ihre angestrebte Stärke von 30.000 Mann nicht erreichen kann, weil sich weder bei Renamo noch bisheriger Armee genug Interessenten für eine Übernahme fanden. "Africa Confidential" schätzt, daß die Stärke der neuen Armee kaum mehr als 12.000 Mann sein werde, nachdem sich Anfang September von zu diesem Zeitpunkt 52.108 demobilisierten Soldaten der Regierung und 18.227 demobilisierten Renamo-Soldaten nur insgesamt 7.774 Mann (davon 3.478 aus der Renamo) in die neue Armee hatten aufnehmen lassen. (AC, 23.9.94) Die allgemeine Kriegsmüdigkeit des Landes kommt in diesen Zahlen sicher ebenso zum Ausdruck wie die Tatsache, daß beide Seiten einen Großteil ihrer Soldaten in der Vergangenheit zwangsrekrutiert hatten.

Für den (unwahrscheinlichen) Fall, daß Renamo ebenso wie die UNITA in Angola vor zwei Jahren wieder zu den Waffen greifen sollte (immerhin hat die Renamo nicht ihr militärisches Kommunikationsnetz offengelegt) wird sich die Frelimo-Regierung im Ernstfall weniger auf die neue Armee als vielmehr auf eine spezielle Polizeieinheit, die "Forca de Intervencao Rapida", verlassen müssen.

Entwicklung wie in Angola unwahrscheinlich

Die Renamo hat seit der Unterzeichnung des Abkommens von Rom beharrlich die Bildung einer Regierung der "nationalen Einheit" vor, spätestens aber nach den Wahlen gefordert, wahrscheinlich in der Annahme, daß ihre Aussichten auf einen Wahlsieg gering sind. Unterstützung erhielt die Renamo für diese Forderung aus der US-Regierung, als Renamo-Chef Dhlakama im Juni dieses Jahres in den USA weilte, außerdem von Großbritannien und Portugal. Mosambiks Präsident Chissano erklärte öffentlich, daß er in dieser Frage von ausländischen Regierungen unter Druck gesetzt worden sei.

Bis zum Wahltermin und darüber hinaus bis jetzt hat sich Chissano jedenfalls geweigert, eine derartige Zusage abzugeben. Sachlich kann er das gegenüber Mosambiks ausländischen Finanziers gut begründen: Die Renamo verfügt weder über Verwaltungserfahrung (in den von ihr beherrschten Gebieten war sie nicht ansatzweise in der Lage, eine gesellschaftliche Infrastruktur herzustellen) noch über ein konsistenteres politisches Programm, aus dem ersichtlich würde, wie und mit welchen Zielen sie Mosambik zu regieren gedenkt.

Vielleicht wollen die imperialistischen Staaten mit ihrer Aufforderung, die Renamo an der Regierung zu beteiligen, aber nur sichergehen, daß Mosambik nicht zu einem zweiten Angola wird. Mehrere Gründe sprechen dagegen, daß eine Entwicklung ähnlich der in Angola eintreten wird. Anders als die UNITA, die wirksame Unterstützung aus dem benachbarten Zaire erhält, gibt es für die Renamo nach politischen Kurswechseln in Südafrika und Malawi weder ein Nachbarland, das sie als Operationsbasis nutzen könnte, noch sonst irgendwelche nennenswerten ausländischen Kräfte, die sie noch unterstützen. Anders als die UNITA verfügt die Renamo, ungeachtet der zahlreichen Wählerstimmen, die sie bei den Wahlen erhalten hat, über keine gesellschaftlichen Basisstrukturen, in denen sie verwurzelt wäre. Damit im Zusammenhang steht vielleicht auch die Tatsache, daß nicht nur die mosambikanische Armee mit zahlreichen Fällen von Fahnenflucht und Meuterei konfrontiert war, sondern daß derartige Vorfälle in den letzten Monaten auch bei der Renamo bekannt geworden sind. Anders als die UNITA, die die Diamantenminen im Nordosten Angolas kontrolliert, kann sich Renamo auch nicht selber finanzieren. Und schließlich dürfte die Renamo-Führungsclique angesichts der schwierigen äußeren Umstände für ihre Organisation ein halbwegs angenehmes Leben als Repräsentanz der größten Oppositionspartei in Maputo einer Rückkehr in Urwald und Savanne vorziehen.

Nach uns bislang vorliegenden Informationen hat bei den Ende Oktober stattgefundenen Parlamentswahlen nach Teilauszählungen die Frelimo gut 52 Prozent der Stimmen erhalten, die Renamo rund 30 Prozent. Auf die anderen 14 zur Wahl zugelassenen Parteien, die sich offenbar durchweg antisozialistisch zu profilieren trachteten, wären damit 15 bis 20 Prozent der Stimmen entfallen. Bei den gleichzeitig stattgefundenen Präsidentschaftswahlen (12 Kandidaten) erhielt Chissano nach diesen vorläufigen Ergebnissen 63, Dhlakama 26 Prozent. Die UNO-Wahlbeobachter deklarierten die Wahl als ordnungsgemäß abgelaufen, gleichwohl will Renamo wegen "massiven Betrugs" das Ergebnis in der von ihr bislang beherrschten Zentralprovinz Inhambane nicht anerkennen. (SZ, 9.11.94) Sollte diese Meldung zutreffend sein, könnte dies als Hinweis interpretiert werden, daß Renamo das südafrikanische "Inkatha-Modell" anstrebt: Durch nachträgliche Verfälschung des Wahlergebnisses zur regierenden Kraft wenigstens in einer Provinz (von insgesamt zehn) zu werden.

Der sich abzeichnende relativ hohe Stimmenanteil für die in den letzten Jahren neugegründeten kleinen Parteien dürfte die hohe Unzufriedenheit mit der regierenden Frelimo widerspiegeln. Dies trifft sicher noch stärker auf die Wählerinnen und Wähler zu, die Renamo gewählt haben. Diese Menschen haben vielleicht nie den Renamo-Terror erleben müssen. Möglicherweise macht sich aber auch bemerkbar, daß Renamo sich in den letzten Jahren verstärkt um die traditionellen Häuptlinge bemühte und deren stärkere Einbeziehung in die administrativen Entscheidungen forderte. Für Frelimo jedenfalls dürften die Probleme auch nach ihrer Bestätigung durch Wahlen nicht kleiner werden. Mosambik ist mehr denn je von den westlichen Staaten abhängig, und die Frelimo-Regierung ist notgedrungen oder auch freiwillig deren Erfüllungsgehilfe. Galten Anfang der 80er Jahre nur 15 Prozent der Bevölkerung als arm, so sind es inzwischen über 70 Prozent. Deren legitime Vertreterin ist Frelimo schon längst nicht mehr.

J., Westberlin, 11.11.94

Anmerkungen:

1) Michael Baiculescu, Mehr Parteien + Weniger Demokratie = Frieden? "Demokratie" als Teil westlicher Destabilisierung in Mosambik, in: Michael Baiculescu, Joachim Becker (Hg.), Kap der kleinen Hoffnung. Das Südliche Afrika nach der Apartheid, Wien (promedia) 1993, S. 101

2) ebd., S.148

3) Zum Beispiel hatte die Renamo in der BRD eine ständige Niederlassung - neben der in Portugal die einzige in Europa. Der Kieler Professor Werner Kaltefleiter organisierte 1983 eine Deutschland-Reise von Renamo-Chef Dhlakama, die diesen in die Konrad-Adenauer-Stiftung, und die Hanns-Seidel-Stiftung der CSU sowie zu einem Treffen mit Franz-Josef Strauß führte. Es gibt Vermutungen, daß Mitarbeiter der BND-Außenstelle in Pretoria dem südafrikanischen Geheimdienst bei der Unterstützung der Renamo halfen. Siehe FR, 4.10.94

4) Baiculescu, S. 97

5) informationsdienst südliches afrika (isa) 6/91

6) Baiculescu, S. 98f

7) WFD-Querbrief 3/92 (WFD = Weltfriedensdienst)

8) zit. nach isa, 6/92

9) isa 5/92

10) isa 1/91

19. "Innerirakische Fluchtalternative" Kurdistan?

Zur Situation von Flüchtlingen in Irakisch-Kurdistan

Autor: Thomas Uwer, WADI · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:05

Das Problem der geflohenen und deportierten Familien in Irakisch-Kurdistan hat sich in den letzten zwei Jahren als schier unlösbar für die kurdische Regierung herausgestellt. Noch immer lebt ein großer Teil der während der Dorfzerstörungskampagnen Saddams deportierten Familien in den künstlich geschaffenen Sammelstädten; die Flüchtlinge aus Kirkuk, der kurdischen Region, die noch immer unter der Kontrolle der Regierung in Bagdad steht, haben keine Chance, in näherer Zukunft in ihre Städte und Dörfer zurückkehren zu können. An ihnen laufen alle Aufbau- und Rücksiedlungsprojekte internationaler NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) vorbei. Seit dem Bürgerkrieg (1) gibt es in Irakisch-Kurdistan zudem eine neue Gruppe von Flüchtlingen: Familien, die wegen der innerkurdischen Kämpfe nicht mehr in ihren Flüchtlingslagern bleiben konnten.

Bazian ist eine Sammelstadt im Süden Suleymanyas. Viele der unter Aufsicht von Saddams Truppen aufgebauten Häuser stehen nicht mehr; wenn eine Familie in ihr Dorf zurückkehrt, wird das alte Haus zerstört. Baumaterial ist immer noch rar in Kurdistan, aber vor allem wollen die Hilfsorganisationen damit vermeiden, daß die Flüchtlinge wieder zurückkehren. In den Lücken und auf den freien Plätzen, die durch den Abriß der Häuser entstanden, haben neue Flüchtlingsfamilien ihre "prefabs" errichtet. Prefabs sind fertigproduzierte Gips-Blech-Hütten des UNHCR (2), konstruiert für eine kurze notdürftige Unterkunft; ohne Boden - im Sommer zu heiß, im Winter zu kalt. Diese Familien sind zumeist Kirkukis, d.h. Flüchtlinge aus der noch immer von Saddam kontrollierten Region. Sie kamen aus Shanadery hierher, einem Flüchtlingscamp zwischen Suleymanya und Hallabja. Zweieinhalb bis drei Jahre haben sie dort in ihren prefabs gelebt und auf bessere Zeiten gehofft. Der Bürgerkrieg hat auch diese Hoffnung zerstört: Shanadery wurde im Verlauf der Kämpfe mehrfach heftig unter Beschuß genommen, die Wasserversorgung zerstört. Viele der dort lebenden Familien (ca. 20.000 Menschen) sind vor den Kämpfen geflohen und leben jetzt überall dort, wo sie ihre prefabs aufbauen konnten. Mittlerweile wird auch offiziell geplant, diese Flüchtlinge und solche aus anderen umkämpften Lagern nach Bazian umzusiedeln. Die Familien, die schon dort sind, haben dem Programm vorgegriffen. "Wo sollen wir hingehen?" fragt eine der Frauen, "in den Städten finden wir keinen Platz oder werden vertrieben."

Wenn man die UN-Beschreibung eines prefabs ernst nimmt, darf man die Hütten von Bazian nicht mehr so nennen. Bürgerkriegsbombardement und Flucht haben den wackligen Gestellen all das genommen, was eine Behausung ausmacht. Die Wände sind geplatzt, fast überall fehlen die Dächer. Wo sie nicht fehlten, wurden sie gestohlen: Mit einem LKW einer korrupten Verwaltungsstelle, die durch die permanent sich verschlechternde Lage immer häufiger werden, wurden an zwei Tagen fast alle gelagerten Dächer und viele andere Teile abtransportiert. Als die Frauen am dritten Tag den LKW mit Steinen bewarfen und angriffen, hörte der Diebstahl auf. Zu spät - alle brauchbaren Teile waren schon verschwunden.

Hier draußen, außerhalb des Zentrums Suleymanyas, gibt es für die Familien kaum eine Möglichkeit, einen Broterwerb zu finden. Arbeit gibt es zwar auch in der Stadt nicht, aber der Handel mit Zigaretten, Schnürsenkeln oder Feuerzeuggas hält viele Menschen dort am Leben. Das ist hier nicht möglich. Die Frauen produzieren Wollschwämme; was dabei herauskommt ist gerade genug zum Überleben. Die Menschen sind dazu verdammt, auf die Hilfe zu warten, die einfach nicht kommen will.

Die Hilfsorganisationen sind mit der neuen Situation in vielen Camps und Sammelstädten völlig überlastet, den meisten geht zudem das Geld aus. Das Gros der Projektmittel, mit denen die NGOs in Irakisch-Kurdistan arbeiten, stammt noch von 1991, als die Bilder irakischer Kurden in der Grenzregion zur Türkei und dem Iran die Empörung der Weltöffentlichkeit erregten, und große Summen privater Spenden und staatlicher Gelder flossen. Mit diesen Geldern hat die englische Organisation "Save The Children" sich zwei Jahre lang um die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschen in Shanadery gekümmert; kurz vor Beginn des Bürgerkriegs wurden gerade Kanalisation und sanitäre Anlagen fertiggestellt. Für die neuen Flüchtlinge aus Shanadery aber fehlt nun das Geld.

"Wir haben versucht herauszufinden, wieviele der neuen Familien in Bazian aus Shanadery stammen, aber diese Umfragen bringen mittlerweile keine Informationen mehr". Untersuchungen, die für die Hilfsorganisationen als Grundlage ihrer Arbeit unabdingbar sind, sind kaum mehr durchführbar. Die Flüchtlinge, denen das Notwendigste fehlt, beantworten jede gestellte Frage mit ja, in der Hoffnung, wenigstens eine minimale Hilfe zu bekommen. Die mangelnde Unterstützung durch die Regierungen westlicher Länder und das Ausbleiben von Spendengeldern zwingen die internationalen NGOs mehr denn je, sich auf die Unterstützung spezifischer Gesellschafts- bzw. Flüchtlingsgruppen zu beschränken. Die neue Situation nach dem Bürgerkrieg macht diese Arbeit fast unmöglich; Flüchtlinge aus allen Teilen Kurdistans sind über viele verschiedene Städte und Lager verteilt. Die Untersuchungen der vergangenen zwei Jahre sind damit größtenteils zunichte gemacht.

Im Zentrum Suleymanyas steht - gegenüber eines Denkmals, das eine Friedenstaube auf einer blauen Erdkugel zeigt - das ehemals beste Hotel des Nordirak. Um das Denkmal stehen jetzt PUK-Peshmerga und leiten den Verkehr, in dem Hotel kaum zwanzig Meter weiter leben schätzungsweise über 1200 Flüchtlinge, hauptsächlich aus der Region Kirkuk.

Während der Intifaza 1991 ist das Hotel vollständig ausgebrannt, Fensterscheiben, die damals nicht geplatzt sind, wurden demontiert und auf dem Markt verkauft. Die Flüchtlinge, die in diesem "Hotel" leben haben immerhin die Möglichkeit, als Straßenhändler wenige Dinar zu verdienen; für die meisten reicht aber auch dies nicht zum Leben. Familien leben in ehemaligen Hotelzimmern - schwarz vom Feuer, ohne Fenster, mit notdürftig selbst gelegtem Strom - von den dreimonatlichen Rationen des "World Food Program" (3). Immer wieder stürzen Kinder aus den bis zum Boden reichenden glaslosen Fenstern der ehemaligen Luxusherberge. Die meisten von ihnen sind auch jetzt, im Sommer, noch krank. Mangelernährung und fehlende medizinische Versorgung behindern die Heilung der Krankheiten, die noch aus dem Winter stammen.

Für die meisten der Bewohner wird es vorerst keine Rückkehr in ihre Städte und Dörfer geben. Viele würden trotz Saddam Hussein nach Kirkuk zurück, aber niemand weiß wohin - ihre Häuser, ganze Wohnviertel wurden von irakischen Truppen zerstört. Auch heute noch laufen Zwangsumsiedlungen von Kurden in diesem Gebiet. Die meisten Organisationen haben Probleme, diese Familien zu unterstützen, da die meisten Projekte auf Rücksiedlung und Wiedereingliederung von Flüchtlingen abzielen. Flüchtlingscamps wie dieses ehemalige Hotel gelten als Übergangslösung, deren Strukturen nicht zusätzlich gestärkt werden sollen.

In Suleymanya gibt es ganze Viertel, in denen Flüchtlinge ihre Baracken aufgestellt haben. Um der steigenden Zahl von Straßenhändlern entgegenzuwirken, will man sie nun außerhalb der Stadt, in Bazian, ansiedeln. Wovon die Flüchtlinge dort leben sollen, ist niemandem so recht klar. Eines der Viertel wurde schon mit Planierraupen dem Erdboden gleichgemacht.

In Shaklawa, nahe der Hauptstadt Arbil, leben eine Reihe arabischer Familien, die vor dem Regime Saddam Husseins in den befreiten Norden geflohen sind. Viele von ihnen stammen aus dem Südirak, wo die Republikanischen Garden seit nunmehr drei Jahren die Aufständischen bekämpfen und die Bevölkerung tyrannisieren. Dort ist die Versorgungslage schlechter als in Kurdistan. Eine Frau erzählt, daß ihre Familie sogar von den wenigen Lebensmittelrationen ausgeschlossen wurde. Heute arbeitet ihr Mann für den INC (Iraqi National Congress), die selbst ernannte Oppositionsregierung des Irak, die ihr Hauptquartier in Kurdistan hat. Nicht alle Familien aber finden ein Einkommen bei dieser Organisation. Da die Projekte der NGOs meist an die Arbeit mit kurdischen Familien gebunden sind, fallen die arabischen Flüchtlinge komplett durch das Netz der internationalen Hilfe. Viele von ihnen sind schon seit Jahren auf der Flucht.

Eine Frau aus Bagdad erzählt, daß sie den Irak verlassen mußte, nachdem ihr Mann 1979 aus politischen Gründen verhaftet wurde. Mit ihren Kindern lebte sie zwölf Jahre in iranischen Flüchtlingscamps: "Wir wurden wirklich schlecht behandelt, und ich mußte jeden Tag kämpfen, damit meine Kinder überhaupt zur Schule gehen konnten." Doch auch im befreiten Nordirak findet sie keine Perspektive. Wenn sie nach Unterstützung fragte, wurde sie meist schon vom erstbesten Angestellten einer Organisation abgewimmelt. "Was müssen wir noch anstellen, damit endlich jemand auf uns aufmerksam wird?"

Das Problem der Flüchtlinge ist entscheidend für die befreite kurdische Region des Nordirak, und umgekehrt hängt ihre Zukunft von der wirtschaftlichen und politischen Situation Irakisch-Kurdistans ab. Wieviele Flüchtlinge insgesamt in dieser Region leben, läßt sich nicht ermitteln. Auch aus den kurdischen Regionen der

Türkei und des Iran fliehen immer mehr Menschen nach Kurdistan/Irak. Letzten Endes sind die meisten Menschen durch die Anfal-Kampagne (4) und durch Umsiedlung aus ihren Orten vertrieben worden oder geflohen. Solange die gesamte Region nur die Aufgabe eines riesigen Flüchtlingslagers übernimmt und die freigewählte Regierung keinerlei politische und wirtschaftliche Unterstützung erfährt, gibt es für diese Menschen keine Perspektive. Die Destabilisierung der Region durch Nichtanerkennung und die mangelnde Unterstützung aus dem Ausland führen zu einer permanenten Verschlechterung der Lebenssituation. Deshalb versuchen immer mehr irakische Kurden, die es sich leisten können, ins Ausland zu fliehen; die Grenzen nach Europa aber sind dicht. Diese Versuche sind teuer und enden meist in der Türkei, wo alle Ersparnisse der Familie schnell aufgebraucht sind. Mittlerweile ist auch die türkische Grenze geschlossen. So enden die meisten dieser Versuche wieder in Kurdistan, der "innerirakischen Fluchtalternative".

Thomas Uwer (WADI)

Anmerkungen:

1) Im Mai war es zu heftigen Kämpfen zwischen den beiden konkurrierenden Parteien PUK (Patriotische Union Kurdistans) und KDP (Demokratische Partei Kurdistans) gekommen. In die Kämpfe mischte sich auch die Islamische Partei ein.

2) Die prefabs stammen zwar teilweise von der UN-Flüchtlingsorganisation. Da es sich aber nicht um eine grenzüberschreitende Flucht handelt, ist das UNHCR für die Flüchtlinge in Kurdistan nicht verantwortlich.

3) Organisation der Vereinten Nationen

4) Die Anfal-Kampagne 1988 war der Höhepunkt der Dorfzerstörungen. Mehr als 4.000 Dörfer wurden im Irak zerstört. Im Laufe dieser Kampagne wurde auch die kurdische Stadt Hallabja mit Giftgas bombardiert.

20. "Die Hilfsorganisationen sind Zeugen." Interview mit Mohammed Tofik, Minister für humanitäre Angelegenheiten in Irak.-Kurdistan

Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:03

Mohammed Tofik ist Minister für Humanitäre Angelegenheiten in Irakisch-Kurdistan. Das Interview wurde im September von Oliver Marc Piecha, Mitarbeiter von WADI, in Suleymanya geführt.

Frage: Wie ist die neue Situation an der irakisch-türkischen Grenze?

Mohammed Tofik: Anfang September hat die Türkei die Grenze wieder offiziell für Lastwagen geöffnet, die Lebensmittel nach Mosul in das von Saddam Hussein kontrollierte Gebiet bringen und mit Benzin zurückkehren. Gleichzeitig ist die Grenze für Ausländer geschlossen worden. Das betrifft Journalisten, Delegationen, aber auch die Mitarbeiter der Hilfsorganisationen. Die Lage ist aber konfus, es sind schon Leute zurückgehalten worden, andere sind durchgekommen. Wir wissen noch nicht, ob das auf eine Blockade abzielt, oder ob die Türkei den Zugang nur kontrollieren und beschränken will.

Was sind die Hintergründe dieser Maßnahme?

Nun, sie sagen, die Ausländer würden nicht der kurdischen Bevölkerung helfen, sondern der PKK. Der eigentliche Grund ist die Bedeutung der Ausländer für Irakisch-Kurdistan. Diese Maßnahme ist nicht gegen die Hilfsorganisationen gerichtet, sie trifft die Bevölkerung hier. Die Hilfsorganisationen unterstützen uns beim Wiederaufbau, bei der Stabilisierung der Lage; die Ausländer können berichten, was in der Region passiert. Deshalb beschränkt die Türkei den Zugang in den Nordirak. Die türkische Grenze ist unsere Lebensader, unser Zugang zur Außenwelt. Davon sollen wir abgeschnitten werden.

Die Außenminister des Irans, der Türkei und Syriens haben wieder, zuletzt im August, gemeinsam die territoriale Einheit des Irak betont. Gibt es einen Zusammenhang?

Am Ende ihrer Treffen müssen sie irgendetwas sagen, und darauf können sie sich einigen. Wer ist denn gegen die territoriale Einheit des Irak? Wir auch nicht. Die Kurden haben nie gefordert, den Irak aufzuteilen. Nachdem sich die irakische Verwaltung im Oktober 1991 aus eigenem Beschluß zurückgezogen hatte, mußten wir das Vakuum ausfüllen. Also haben wir eine Wahl durchgeführt und eine Verwaltung eingesetzt. Solange die Lage so bleibt wie jetzt, werden wir die Region auch weiterhin selbst verwalten. Wenn wir Saddam Hussein zurückkehren ließen, kämen mit der Verwaltung auch Armee und Geheimdienste zurück. Das ist natürlich absolut inakzeptabel für uns.

Gibt es die Möglichkeit einer Verhandlungslösung?

Wir haben Verhandlungen nie abgelehnt. Als der türkische Vizeaußenminister uns im Juni aufgefordert hat, mit Saddam zu verhandeln, weil das die einzige Lösung des Problems sei, haben wir geantwortet, daß die UN-Resolution 688 den Rahmen für eine Verhandlungslösung bilden muß. Dort wird die Achtung der Menschenrechte, ihre Kontrolle durch internationale Institutionen und die Einstellung aller Repressionen gegen die Kurden und andere Bevölkerungsgruppen gefordert. All das würde natürlich das Regime in Bagdad zusammenbrechen lassen. Deshalb haben sie die Resolution 688 auch noch nicht erfüllt. Wir Kurden müssen aber darauf bestehen. Man sollte uns fragen, ob wir uns sicher fühlen.

Die kurdische Regierung ist aber international nicht anerkannt.

Wir sind auch kein Staat, der international anerkannt werden könnte. Wir sind eine regionale Regierung. International behandelt man die kurdische Verwaltung als eine Tatsache, wir sind eben de facto für 3,5 Millionen Menschen verantwortlich. Wir haben nie nach diplomatischer Anerkennung gefragt, weil wir kein souveräner kurdischer Staat werden wollten.

Während des innerkurdischen Konfliktes in diesem Sommer sind eine Reihe internationaler Hilfsorganisationen abgezogen. Hat das nicht Konsequenzen?

Ja, zwei große Organisationen haben Kurdistan verlassen, der ASB und Caritas. Aber ich glaube, der Konflikt war ein Vorwand. Die Entscheidung zu gehen ist nicht wegen der Lage in Kurdistan gefallen. Andere Organisationen halten die Sicherheitslage immer noch für ausreichend. Das ist wichtig. Es kommen auch neue Organisationen, sie sind zwar vergleichsweise klein, aber ihre Präsenz ist wichtig. Politisch ist das wesentlich für uns. Sie sind die Zeugen, für das, was in dieser Region geschieht.

1988, als die irakische Regierung ihre Giftgasangriffe durchführte, waren keine Ausländer anwesend, um darüber zu berichten. Zuerst hat uns niemand geglaubt. Ich selbst war zu dieser Zeit Pressesprecher der PUK (Patriotische Union Kurdistans) und bin damals nach Europa gekommen. Es war unglaublich; hier in Kurdistan sind die Leute an Giftgas gestorben, und dort hat man uns nicht geglaubt. Deswegen ist die Anwesenheit der Hilfsorganisationen so wichtig; dieser Aspekt ist fast wichtiger als die Hilfsprojekte selbst. Der Wiederaufbau Kurdistans ist eine zu gewaltige Aufgabe, als daß sie von Hilfsorganisationen bewältigt werden könnte. Daran haben wir nie geglaubt. Allein 4.500 Dörfer waren ja zerstört.

Der innerkurdische Konflikt der letzten Monate hat erneut die Schwäche der Regierung gezeigt. Sind die Parteien nicht die eigentlichen Ansprechpartner in Kurdistan?

Es stimmt, dieser Konflikt hat viel Schaden für uns angerichtet. Wir haben genau das getan, was unsere Feinde von uns wollten, daß wir es tun. Nur sie haben davon profitiert. Und natürlich wäre es besser, wenn die Hilfsorganisationen nicht nur mit den Parteien, sondern mit der Regierung zusammenarbeiten würden, aber man kann die Parteien nicht ignorieren. Es ist ein Problem, wir verschweigen es nicht. Die Parteien sorgen für die Sicherheit, sie garantieren law and order, weil sie viele Milizen haben. Das ist keine gesunde Situation. Ich würde es auch begrüßen, wenn diese Milizen zugunsten einer öffentlichen Polizei aufgelöst würden, aber dieser Prozeß braucht Zeit. Wir haben nur drei Jahre Erfahrung, drei schwierige Jahre. Wir sollten diesen Zustand ändern, doch das geht nicht über Nacht. Auf Provinzebene arbeiten die Organisationen auch alle mit der Verwaltung zusammen, allerdings nicht zentral, über Erbil. Unsere Politik ist es, nicht in die Projekte einzugreifen. Wir geben den internationalen Organisationen Freiraum, jeder Zwang wäre kontraproduktiv. Auch wenn manche Projekte nicht erfolgversprechend sind. Na gut, sie tun ihr Bestes.

Die meisten Organisationen konzentrieren sich immer noch auf den ländlichen Wiederaufbau?

Ja, aber die Städte brauchen jetzt mehr Hilfe als die ländlichen Regionen. Die Bauern können sich selbst ernähren, landwirtschaftliche Produkte sind teuer, wenn man sie einkaufen muß. Die Angestellten, Beamten, Lehrer, Ärzte, also alle mit begrenztem Einkommen ohne zusätzlichen Verdienst, brauchen Unterstützung. Ihnen geht es ökonomisch am schlechtesten. Das gilt auch für die Collective Towns, die Lager, in die Saddam Hussein die Landbevölkerung umgesiedelt hat. 1991/92 haben wir noch gehofft, daß wir sie mit Hilfe der NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen; Anm. ak) auflösen können, doch wir haben es mit einer härteren Realität zu tun. Diese Lager sind zum Teil vor 15 Jahren gegründet worden und haben mittlerweile ein Eigenleben. Man kann nicht plötzlich die Mentalität der Leute ändern. Das sind vielleicht keine Bauern mehr, sie sind an das städtische Leben gewöhnt. Dann sind die Familien gewachsen, etwa jeder fünfte aus diesen Lagern geht zurück aufs Land.

Welche Rolle spielt die BRD für Irakisch-Kurdistan?

In der Vergangenheit, und wir hoffen, daß das so bleibt, hat sich Deutschland durchaus positiv zu uns verhalten. Die deutschen Organisationen waren aktiv und hatten relativ große Finanzmittel für ihre Arbeit hier zur Verfügung. Aber seit kurzem haben wir das Gefühl, daß sie nicht ermutigt werden, sich hier weiter zu engagieren. Sondern im Gegenteil, sich zurückzuziehen. Der andere Punkt ist, daß wir von deutschen Parlamentariern gehört haben, die in Bagdad Saddam Hussein besucht haben. Ich meine Hans Stercken, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages. So etwas hat auf die Lage hier sicher sehr negativen Einfluß.

21. "Strategische Dörfer" in Kurdistan geplant

Eine Woche im Oktober

Autor: Ein Genosse der anti-rep-Kommission · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:27

Die türkische Regierung hat angekündigt, in den kurdischen Gebieten im Südosten des Landes sogenannte "Sammelhöfe" (TOC) anlegen zu wollen. Modell dafür sei das israelische Kibbuz-System. Den einzelnen Haushalten sollen Landstücke zugewiesen werden. Ministerpräsidentin Tansu Ciller, die den Plan präsentierte, sprach von einer Landwirtschaftsreform, durch die die geringen Betriebsgrößen erhöht, die Versorgung verbessert und Zugang zu moderner Technologie geschaffen werden solle. Weiter wirbt die Regierung mit staatlicher Unterstützung, die für 30 Jahre gewährt werden soll.

Einer Regierungsquelle zufolge sollen Hunderte von derartigen strategischen Dörfern geschaffen werden, mit einer Bevölkerung von jeweils rund tausend Personen. Der Hintergrund der plötzlichen Landreformbestrebungen ist klar: Die kleinen und schwer zugänglichen Dörfer in den kurdischen Bergen sind für das türkische Militär kaum zu kontrollieren. Sie sollen deshalb ausgelöscht werden. "Wenn ein Dorf von der PKK überfallen wird, ist es für die die türkischen Sicherheitskräfte schwer festzustellen, ob die Dorfbewohner Unterstützer der PKK sind. Weiter ist kaum zu sagen, ob sie schuldig oder unschuldig sind", erklärte der türkische Staatsminister Necmettin Cevheri in einer öffentlichen Stellungnahme. "Deshalb ist im Südosten die Konzentration der ländlichen kurdischen Bevölkerung aus Sicherheitsgründen notwendig." (nach IPS, 2.11.)

Vermutungen, das TOC-Projekt stehe im Zusammenhang mit den Zwangsevakuierungen kurdischer Dörfer, hat die türkische Regierung dennoch empört zurückgewiesen. Sie versucht das Projekt als Ansatz zur längst überfälligen Landreform (48,5 % der in der Region Landwirtschaft Treibenden besitzen nach amtlichen Angaben weniger als 5 Hektar) und als Entwicklungsprojekt für den "Südosten" zu verkaufen.

Die Einsperrung von kurdischen Bauern in rigide kontrollierte Siedlungen hat de facto bereits im Juni dieses Jahres begonnen. Damals wurden 1500 Menschen aus verstreut liegenden Dörfern in die Gegend von Beytüssebap in der Provinz Hakkari gebracht. Von amnesty international wurde diese Aktion sofort scharf angegriffen. Die türkische Regierung setzte sie daraufhin zeitweilig aus, nur um im letzten Monat ihre Wiederaufnahme bekanntzu-geben. Die amnesty-Berichte strafen die Behauptungen von der Freiwilligkeit der neuen Siedlungspolitik Lügen: "Dorfbewohner, die fliehen wollten, nachdem ihre Häuser zerstört worden waren, (sind) in von Sicherheitskräften kontrollierten Gebieten ohne Fluchtmöglichkeit festgehalten worden. Diese Gebiete waren zwar nicht mit Stacheldraht eingezäunt, und die Menschen wurden auch nicht in Gebäuden gefangengehalten, aber sie wurden jedesmal mit Gewalt zurückgehalten, wenn sie die Gebiete verlassen wollten." (ai-EUR 44/74/94)

Das Konzept strategischer Dörfer ist nicht neu: Entwickelt wurde es von den USA im Vietnamkrieg. Durch Konzentration der Bevölkerung in befestigten "Wehrdörfern", die nach dem Kriterium ihrer totalen militärischen Kontrollierbarkeit angelegt waren, sollte es den Kontakt der Befreiungsstreitkräfte zur Bevölkerung abschneiden. Flankiert wurde die Einrichtung von strategischen Dörfern damals durch Flächenbombardements mit Napalm und agent orange, durch die Wälder und Dörfer verbrannt und unbewohnbar gemacht wurden, so daß den Menschen nichts übrig bleiben sollte, als in die "Schutzzonen" der US-Streitkräfte zu fliehen.

Zeitlich und geographisch näher liegt die Erfahrung der Kurden im Irak: Auch dort hatte Saddam Hussein die Bäuerinnen und Bauern in "moderne Städte" umsiedeln wollen. Zum größten Teil aber wurden sie in bewachte Lager gezwungen. Unter Einsatz von Bomben und Giftgas wurden 4000 Dörfer und mehrere Städte dem Erdboden gleichgemacht, ca. 100.000 Menschen starben bei Massenerschießungen.

In der Türkei bleibt seit dem Sommer kein Tag ohne Meldung über neue Dörfer, die zerstört, und Wälder, die abgebrannt wurden. Innenminister Nahit Mentese räumte kürzlich ein, daß in den letzten drei Jahren 1690 kurdische Dörfer evakuiert wurden, über die Hälfte davon in den letzten fünf Monaten. Die Zahl der vertriebenen Menschen wird auf 2,5 Millionen geschätzt. Städte wie Istanbul sind durch die Fluchtwelle zu kurdischen Siedlungsschwerpunkten geworden.

Das ist die Realität des TOC-Projektes: Schießend, bombend und brennend sucht die türkische Armee das ländliche Kurdistan zu entvölkern. Kurdischen Bäuerinnen und Bauern soll keine Alternative bleiben als die Zwangssiedlung in zugewiesenen Arealen unter totaler staatlicher Kontrolle.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Der Artikel stützt sich weitgehend auf einen von InterPress Third World News Agency verbreiteten Artikel von Nadire Mater vom 2.11. sowie auf einen WoZ-Artikel von Jan Keetman.

Staatsterror gegen die Landbevölkerung

Eine Woche im Oktober

8. Oktober

Das Dorf Gözderesi in Diyarbakir-Silvan wurde um 3 Uhr morgens von Panzern umzingelt. Die Militärs durchsuchten alle Häuser, verprügelten die Bewohner und nahmen den Taxifahrer Ercan Eraslan fest.

In Dersim wurden die Wälder auf dem Düzgünbaba-Berg und zwischen den Dörfern Kil und Iresi in Nazimiye aus der Luft bombardiert. Sie brannten zwei Tage lang.

In der Gegend von Dersim-Hozat wurden ebenfalls zwei Tage lang bis zum 10. Oktober die Wälder aus der Luft bombardiert.

In Elazig-Karakoçan wurde der Berg Eleyagmur von den Staatskräften mit Benzin in Brand gesteckt.

9. Oktober

Das Dorf Ç ambulak und die Alm Karaçali in Dersim-Ovacik sowie die zum Dorf Ç at gehörigen Almen Kavak, Mergan und Müdürük wurden von den Staatskräften angezündet.

Das Dorf Rehina in Siirt-Eruh wurde von Soldaten und "Dorfschützern" überfallen. Alle Bewohner einschließlich der Kinder wurden auf dem Dorfplatz zusammengetrieben und verprügelt. Viele Bewohner erlitten schwere Verletzungen und Brüche an Armen und Beinen.

Das Dorf Zoxpa (Beydogan) in Elazig-Palu wurde von einem Spezialteam überfallen. Die Bewohner wurden zur "freiwilligen" Räumung aufgefordert. Weil sie sich weigerten, wurden die Häuser willkürlich beschossen. Die 13-jährige Nursen Bulut wurde durch Schüsse ermordet, ihr Vater vorübergehend festgenommen. Die Spezialteams folterten ihn, weil sie wollten, daß er aussagt, seine Tochter sei von der PKK erschossen worden.

10. Oktober

Die bereits am 4. Oktober überfallenen Dörfer Berik (Bükamdi), Muhyan (Yaykabasi), Haberci, Üçocak, Geyik (Basçavus), Narvis (Yogunbilek), Birçik (Karakas), Vüskuya (Ç evreçik) in Elazig-Aricak wurden erneut von den Staatskräften überfallen. Den Bewohnern wurde eine Woche Frist zur "freiwilligen" Räumung der Dörfer gegeben. Einige Familien verließen nach dem erneuten Überfall ihr Dorf.

Das Dorf Tamer in Dersim-Hozat wurde von den Staatskräften überfallen. Sie drohten den Bewohnern mit Bombardierung, wenn sie ihr Dorf nicht "freiwillig" räumen, und verschleppten den Hirten Hakan Dilsiz mit seiner Herde. Anschließend wurden auf der Alm Ç aytas vier Menschen festgenommen.

Die 28-jährige Zaide Kaya aus dem Dorf Tanzut (Ikigöl) in Bingöl wurde mit ihrem achtjährigem Kind zusammen festgenommen. Zwei Verwandte, die das Kind abholen wollten, wurden ebenfalls einen Tag lang festgenommen, bevor sie mit dem Kind freigelassen wurden. Die Frau blieb weiter in Polizeihaft.

Der Müller Ali Karaca aus dem Dorf Xiram (Ibimahmut) in Dersim-Mazgirt wurde von der Gendarmerie unter dem Vorwurf, er habe die PKK unterstützt, festgenommen und vor das Dorf geschleppt. Dort wurde er bis zur Bewußtlosigkeit grausam gefoltert. Bauern brachten Ali Karaca in ein Krankenhaus. Er starb am 13. Oktober an seinen schweren Verletzungen.

11. Oktober

Die Staatskräfte brannten die Häuser in den schon vorher gewaltsam entvölkerten Dörfern Karaca und Bulanik in Dersim-Hozat nieder und bombardierten die umliegenden Waldgebiete.

Das 20-Häuser-Dorf Baskili (Kisintili) in Mardin-Dargeçit wurde gegen 14 Uhr von Staatskräften überfallen. Sie brannten alle Häuser mitsamt dem Hausrat nieder, weil die Bewohner sich weigerten, "Dorfschützer"-Dienste zu leisten.

Das Dorf Girselat in Diyarbakir-Hazro wurde von Staatskräften angezündet.

12. Oktober

Die bereits entvölkerten Dörfer und Almen Derik (Sarisaltik), Agveren (Akören) und Köytasi in Dersim Hozat und Ç akmalki, Sumasigi und Seycemallar in Dersim-Ovacik wurden von den Staatskräften völlig niedergebrannt.

Die Dörfer Heftrang, Açma, Dodo und Kanesibe in Agri wurden von den Staatskräften überfallen. 70 Bauern und Bäuerinnen wurden festgenommen und an einen geheimen Ort verschleppt, wo sie eine Woche lang festgehalten wurden. Nach ihrer Freilassung berichteten sie von schweren Folterungen.

Die Dörfer Ç ale und Alimilo in Agri-Dogubeyazit wurden von Staatskräften überfallen. Sie zogen die Frauen unter dem Vorwand einer "Durchsuchung" in der Öffentlichkeit nackt aus. Frauen, die sich dagegen wehrten, wurden mit Gewalt ausgezogen und durch das ganze Dorf gezogen. Sie zündeten mehrere Häuser an und warfen Bauern ins Feuer. 17 Bauern und Bäuerinnen, die teilweise Brandverletzungen oder andere Verletzungen hatten, wurden festgenommen und an einen unbekannten Ort verschleppt.

Das Dorf Bilganajeri (Asagidalveren) in Agri-Diyadin wurde von "Dorfschützern" überfallen. Sie verbrannten das Heu und nahmen zwei Jugendliche fest. Die Jugendlichen wurden dann der Gendarmerie in Diyadin übergeben, wo die beiden schwer gefoltert werden.

14. Oktober

Das Dorf Tile (Tatli) in Siirt-Kurtalan wurde von der Gendarmerie überfallen. Die Soldaten verbrannten 10 Tonnen Tabak und drohten, das ganze Dorf anzuzünden, wenn die Bewohner nicht "freiwillig" gehen.

Die Bewohner der Dörfer Ç akberi (Güneykoyak), Pozwenk (Yenisögüt), Gewink (Ç emberlitas), Nevikan (Aslical) und Tilek (Yoguncam) in Dersim-Ovacik wurden von den Staatskräften bedroht und aufgefordert, innerhalb von drei Tagen die Dörfer "freiwillig" zu räumen. Die Häuser von schon vorher vertriebenen Familien wurden von den Staatskräften niedergebrannt.

Die Bewohner der Dörfer Türkaner und Lalantaner in Dersim-Hozat, die von Staatskräften angezündet worden waren, wurden von Militärs auf dem Dorfplatz zusammengetrieben. Die Soldaten wollten, daß die Bauern vor einer Videokamera sagen, ihre Dörfer seien von der PKK angezündet worden. Die Bauern ließen sich jedoch nicht dazu zwingen, sondern sagten "Ihr wart es, die alles angezündet haben."

Quelle: Özgür Ülke vom 12. bis 23. Oktober

aus: Kurdistan Rundbrief, 4.11.94.

22. "Man sollte uns fragen, ob wir uns sicher fühlen" Zur Diskussion um das Embargo gegen den Irak

Zur Diskussion um die eventuelle Aufhebung des Embargos gegen den Irak

Autor: Thomas Uwer, WADI · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:02

Die Diskussion um eine Aufhebung des Embargos gegen den Irak stiftet mal wieder eine Verwirrung, die mittlerweile üblich ist, wenn es um das von Saddam Hussein regierte Land geht. Jene, die sich gegenüber der Forderung von Solidaritätsgruppen und Hilfsorganisationen, das Embargo zumindest für den kurdischen, befreiten Teil des Iraks aufzuheben, immer taub gestellt haben, fordern neuerdings selbst eine Aufhebung. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Hans Stercken (CDU), zum Beispiel, der mit einer Bundestagsdelegation erst vor zwei Monaten von einem Besuch bei Saddam Hussein zurückkehrte und zufrieden feststellte, "er habe den Eindruck, der Irak habe aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt", avanciert seit der letzten Provokation am Golf zum Anwalt der irakischen Zivilbevölkerung, in deren Interesse er die Aufhebung des Embargos fordert. Die kann das Embargo, im Gegensatz zu Saddam Hussein, wirklich nicht mehr länger überstehen. Schon seit mehr als drei Jahren sterben im Irak Menschen an Unterernährung, mangelnder medizinischer Versorgung und Armutskrankheiten wie Typhus oder Cholera. Für jene, die immer schon eine Aufhebung des Embargos forderten, die schon wenige Monate nach der Operation "desert storm" feststellen mußten, daß Embargo und Krieg die Zivilbevölkerung treffen (1), nicht aber Saddam Hussein und seine Geheimdienste, wird die Gefahr einer gleichzeitigen Anerkennung Saddam Husseins mit der Aufhebung des Embargos nun zum Alptraum.

Daß es weder dem russischen Außenministerium, noch der französischen Regierung und erst recht nicht Hans Stercken, die sich alle für eine Aufhebung des Embargos stark machen, um das Leiden der irakischen Zivilbevölkerung geht, ist keine großartige Erkenntnis. Jahrelang haben sie den irakischen Diktator mit Waffen und militärischem Know-how versorgt, mit dem Giftgas, mit dem er im Norden des Iraks seinen massenhaften Mord an der kurdischen Bevölkerung beging. Deshalb verwundert es auch nicht, daß keine dieser Regierungen ein Interesse zeigte, den befreiten kurdischen Norden des Iraks zu unterstützen; weder politisch noch finanziell. In Folge einer rapiden Verarmung der Bevölkerung und einer innenpolitischen Zerrüttung, deren Ursachen vor allem im UN-Embargo zu suchen sind, war es hier im Sommer zu einem heftigen Bürgerkrieg zwischen den beiden größten Parteien gekommen. Das Embargo destabilisiert die gesamte Region und macht die Bevölkerung abhängig von der Hilfe internationaler Organisationen. Denen wird jedoch schon seit längerem der Geldhahn zugedreht. Sollte Saddam Hussein mit der Aufhebung der UN-Sanktionen international anerkannt werden, wäre die befreite kurdische Region wieder einmal am Ende angelangt. Was der kurdischen Bevölkerung in diesem Fall bevorsteht, hat sich gezeigt, als das irakische Militär unter den Augen der "alliierten Schutztruppen" kurdische Städte mit Napalm und Giftgas bombardierte und wahllos die Flüchtlingsströme in Richtung Grenze von Hubschraubern aus beschoß.

Trotz der angeblich so großen Sorgen um das Wohlergehen der irakischen Zivilbevölkerung wurden die langen Schlangen von asylsuchenden Irakern, die man noch 1992 vor der deutschen Botschaft in Amman/Jordanien beobachten konnte, abgewiesen. Was ist mit den schätzungsweise über 400.000 Flüchtlingen aus dem Südirak, die unter schlechtesten Bedingungen in Camps auf der iranischen Seite leben?

Was soll man also fordern? Die Aufhebung des Embargos, mit der Konsequenz, daß Saddam Hussein wieder international anerkannt weiter mordet? Die Beibehaltung des Embargos, das den gesamten Irak in eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe gestürzt hat?

Es gibt wenig Hoffnung für den Irak. Ein irakischer Kurde, auf der Flucht vor den Truppen Saddam Husseins, brachte das Dilemma gegenüber der in diesem Frühjahr ermordeten Journalistin Lissy Schmidt auf den Punkt: "Wie sollen wir das bewerten, daß die Staaten, die Saddam Hussein die Waffen gegeben haben, jetzt über humanitäre Hilfe reden? (...) Unser Drama ist kein Schicksal, sondern das Produkt politischer Machtverhältnisse. "

Thomas Uwer (WADI)

Anmerkung:

1) IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs) berichteten schon Ende 1991 ausführlich über Unterernährung sowie Cholera- und Typhusepidemien infolge von Krieg und Embargo.

23. Woher die Zapatisten kommen. Elf Jahre EZLN, elf Monate Revolution in Chiapas - und nun?

Autor: Juan Chicoy, Tuxtla Gutièrrez/Chiapas · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:47

Die traditionelle Sozialstruktur der chiapanekischen Gesellschaft wurde im Kern weder durch die mexikanische Revolution 1910-1920 noch die darauf folgenden Reformen wesentlich geändert. Zwei tiefe Spaltungen kennzeichnen sie bis auf den heutigen Tag: Die Spaltung entlang der Landfrage (Latifundium - Minifundium) und die Spaltung entlang der "Rassen"-Frage, genauer: die rassistische, nationale Unterdrückung der Indígena-Völker.

Die Politik der neoliberalen Wirtschaftsreform, die 1982-88 unter Präsident de la Madrid eingeleitet und unter Salinas 1988-94 verschärft wurde, hat diese Widersprüche nur noch weiter vertieft. Zunächst wurde der größte Teil der kleinen Agrarproduzenten der Region hart vom 1989 einsetzenden Preisverfall des Kaffees auf dem Weltmarkt getroffen. Die von Salinas vorangetriebene "Entstaatlichung" des "Mexikanischen Kaffee-Instituts" Inmecafé, einer Regierungsbehörde, die Schlüsselfunktionen bei der Vermarktung sowie Garantierung fester Produzentenpreise innehatte, die Auflösung der staatlichen "Gesellschaft für den Lebensunterhalt des Volkes" Conasupo, die staatliche Subventionen und günstige Kredite für Produzenten von Grundnahrungsmitteln (Mais und Bohnen) organisiert hatte, wie auch der Verfall der Viehpreise verschlechterte die ökonomische Situation der Campesinos zusehends. 1992 änderte die Regierung Salinas den Artikel 27 der mexikanischen Verfassung, der den traditionellen Gemeinbesitz der Dorfgemeinden, die ejidos, staatlich gestützt hatte. Durch die Verfassungsänderung wurde das Ejidoland käuflich und verkäuflich gemacht, was bei der hohen Verschuldung der meisten Dorfgemeinden nichts anderes als Zwangsverkauf ihrer Subsistenzgrundlage bedeutete. In Chiapas wurde die salinistische Konterreform "von den Großgrundbesitzern als grünes Licht aufgefaßt, ihre seit jeher gängigen Praktiken noch zu verschärfen: Weiße Garden, Vertreibung von Campesinos von besetzten Ländereien, offene und direkte Repression." (1)

Es gab in dieser Situation verschiedene Versuche, den Campesino- und Indígena-Widerstand zu organisieren. Als bedeutendste Organisation für die Region, die heute als Konfliktzone bekannt ist (die Altos von Chiapas östlich von Ocosingo, Altamirano und Las Margaritas, einschließlich der Selva Lacondona) ist die Ende der 80er Jahre gegründete ARIC-Union de Uniones zu nennen. Diese Organisation erreichte bedeutende Erfolge bei der Legalisierung von Landbesetzungen und in Verhandlungen mit der Regierung über die Bereitstellung von staatlichen Ressourcen für die Produzenten der Region. Eine Reihe ähnlicher Campesino- und Indígena-Organisationen formierte sich während dieser Periode in anderen Teilen Chiapas' und in anderen Bundesstaaten vor allem des Südens und Südostens Mexikos als Versuch einer Antwort auf die neoliberale Politik der Regierung.

Aber diese Bewegungen, bei aller Militanz, Radikalität und Stärke ihrer sozialen Basis und Legitimität ihrer Forderungen, waren doch rein defensive, partikulare Bewegungen. Das neoliberale Projekt bedeutet im Agrarsektor nichts anderes als ein gigantisches "Bauernlegen", eine Vertreibung der Kleinproduzenten zugunsten der Konzentration des Landbesitzes als Voraussetzung für eine exportorientierte "moderne Landwirtschaft". Diese Organisationen waren in der Lage, den Vormarsch dieses Projektes zeitweise, teilweise zu verlangsamen und regional die schlimmsten sozialen Folgen abzuschwächen. Eine politische Alternative ergab sich daraus nicht.

Die Zapatistische Nationale Befreiungsarmee (EZLN) formierte sich ab Ende 1983 in denselben Maya-Gemeinschaften, die die Operationsbasis für die ARIC-UdU bildeten. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden Organisationen war dabei nicht einmal der militärische Aspekt. Das Projekt der EZLN zielte auf eine Alternative "des Allgemeinen", eine totale Alternative zur Herrschaft der Finanzoligarchie und des Systems der Staatspartei. Die ARIC-UdU dagegen war gefangen im engen Schema des Ökonomismus einiger ihrer Initiatoren und Führer, einer Strategie, die sich strikt auf den Aufbau "ökonomischer Campesino-Organisationen" beschränkte, die sich "nicht an der Politik die Hände schmutzig machen" sollten. (2) Offenbar war gerade die politische Perspektive der EZLN, die diesen engen Horizont sprengte, "eines der entscheidenden Elemente, das ihnen am meisten Attraktivität verliehen hat" (3).

Bisher sind wenig genaue Informationen über die Entwicklungsphasen der EZLN bekannt. Es scheint gesichert, daß ihre Formierung im November 1983 mit der Installierung eines Guerillafocus in der Selva Lacandona einsetzt. Wir nehmen an, daß die politisch-militärischen Ideen dieser Kerngruppe im Wesentlichen den klassischen Leitlinien des "Foquismus", der guevaristischen Konzeption, folgten. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Organisation war jedoch gerade der Bruch mit dieser Konzeption. Wir wissen nicht, ob er einer bewußten Entscheidung oder eher der geographischen Abgelegenheit und sozialen Marginalisierung des Operationsgebiets geschuldet war. Jedenfalls verwickelte sich der "Focus" nicht in aufreibende Gefechte mit der Bundesarmee. Wahrscheinlich noch geleitet von der klassischen Idee des "Aufbaus der Armee" unter der ortsansässigen Bevölkerung, "indigenisierte" sich mit der Zeit nicht nur die Gruppe selbst, sondern der Charakter des bewaffneten Projekts. Die sozialen, kulturellen Funktionen des Organismus EZLN innerhalb der Maya-Gemeinschaft bekamen ein wachsendes Gewicht gegenüber den rein militärischen Aspekten. So berichteten z.B. zapatistische Compañeras von der Perspektive, durch einen Eintritt in die Organisation ihre traditionell untergeordnete Stellung in der Dorfgemeinschaft überwinden zu können. Mit den Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung, im Funktionieren der Organisation, dürfte sich auch die ursprüngliche militärisch-politische Konzeption gründlich gewandelt haben.

Es ist anzunehmen, daß nicht vor 1989, mit dem Einsetzen des Preisverfalls des Kaffees, gewiß aber ab Anfang der 90er Jahre mit der zunehmend offensichtlicher werdenden Hilflosigkeit des Ökonomismus der ARIC-UdU angesichts der Krise, die Bedingung für ein rasches Wachstum der EZLN und ihre definitive Verankerung im Milieu gegeben waren.

Während dieses Formierungsprozesses dürften die Entwicklung der programmatischen Ideen der EZLN wesentlich beeinflußt haben:

- Die Entstehung des Movimento Urbano Popular nach dem Erdbeben in MexicoCity 1985, Ausgangspunkt für eine im eigentlichen Sinne "Bürgerbewegung" für Demokratie und gekennzeichnet durch einen hohen Grad an Selbstorganisation;

- die neue Studentenbewegung, die zwischen 1986 und 87 aufkam;

- der Kampf gegen das System der Staatspartei, angeführt durch den Cardenismus in den Wahlen von 1988;

- der Fall der Berliner Mauer und Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" 1989 und danach;

- sowie die pessimistische Bilanz der zentralamerikanischen Guerilla. (4)

Bewegungskrieg

Die EZLN begann ihre öffentliche Aktivität mit Aktionen, mit denen klassische Guerillaorganisationen normalerweise aufhörten. Am 1. Januar 1994 besetzte sie vier Munizipalhauptstädte in Chiapas: Altamirano, Las Magaritas, Ocosingo und San Cristóbal de las Casas. Letztere drei sind Städte mit über 100.000 Einwohnern, d.h. es gibt dort bedeutende reguläre Polizeieinheiten, außerdem in las Margaritas, das sich in Grenznähe zu Guatemala befindet, eine permanente Militärpräsenz. Mehrere Tage lang griffen zapatistische Kräfte die 12 km vor San Cristóbal gelegene Militärkasernen Rancho Nuevo an, vermutlich vor allem, um dort Truppen der Bundesarmee zu binden. Diese Aktionen, die normalerweise einen längeren Prozeß der Akkumulation militärischer Erfahrung voraussetzen müßten, lassen zumindest einige Schlußfolgerungen auf die Organisation der EZLN zu. Offensichtlich handelt es sich um eine Organisation, die einige tausend Campesinos in einer revolutionären Armee organisiert hat. Ihre logistischen Fähigkeiten sind beeindruckend. Die Tatsache, daß es möglich war, eine solche Armee im Geheimen aufzubauen, sagt einiges über ihren Rückhalt in der Bevölkerung der Region aus.

Obwohl sich in der "Ersten Deklaration aus der Selva Lacadona", Dezember 1993, veröffentlicht am 1. Januar 1994, eine Formulierung vom "Vorrücken auf die Hauptstadt des Landes" findet, (5) hat die Militärkonzeption der EZLN nichts mit Maos Idee vom verlängerten Volkskrieg und der Einkreisung der Städte vom Lande her zu tun. In der Strategie der EZLN ist der Krieg ein Element der Politik unter vielen. Als Salinas zwölf Tage lang ein Fünftel der mexikanischen Streitkräfte gegen die Aufständischen warf und dann aufgrund massiver Mobilisierungen einen Waffenstillstand eingehen mußte, hatte die EZLN militärisch lediglich ohne größere Verluste überlebt, politisch aber einen gewaltigen Sieg errungen. Die zentrale strategische Idee der EZLN, ein "kühnes und neuartiges Schema des ‚militärischen Krieges` innerhalb des Rahmens eines Prozesses von

Veränderungen, in dem die Waffen ‚nicht das Kommando haben`, sondern nur die Funktion, die friedliche soziale Mobilisierung ‚auszulösen`, das politische Erwachen ‚der Übrigen` voranzubringen, den politischen Bruch eines Regimes beschleunigen zu helfen, das sich schon mitten in der Zielsetzung befindet und eine ernsthafte Bedrohung für alle darstellt" (6), schien zu funktionieren. Die EZLN stellte von Anfang an klar, daß es nicht ihr Ziel ist, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Ihre Offensive, weit davon entfernt, eine unmittelbare und kurzfristige politische Alternative auf nationaler Ebene einzuleiten, ging in ihrer Bedeutung dennoch weit über den Rahmen einer regionalen Sozialrebellion hinaus. Vergleichbar der "Feldartillerie ..., die im Kriege den Weg in die feindliche Verteidigungslinie öffnet, und zwar eine ausreichende Öffnung schafft, damit die eigenen Truppen einbrechen und ... zumindest einen bedeutenden Erfolg in strategischer Richtung erreichen" (17), hat der Vorstoß der EZLN Bedingungen geschaffen, die der unabhängigen Formierung und Selbstorganisation der sozialen Sektoren, insbesondere den Campesino und Indígena-Organisationen, aber auch den unabhängigen gewerkschaftlichen Ansätzen, der Entfaltung von Subkulturen des Widerstands und der Chance ihrer Verdichtung zu einem neuen revolutionären Projekt Vorschub leisten können.

Stellungskrieg

Der gesamte nach dem Waffenstillstand einsetzende Dialogprozeß zwischen EZLN und Bundesregierung ist nichts anderes als der Versuch der EZLN, eine landesweite Bewegung für den Bruch mit der Staatspartei und ein neues Projekt der Nation ins Leben zu rufen. Die Hauptanstrengungen der Regierung richteten sich deshalb darauf, den Dialog auf regionale ökonomische und soziale Fragen zu begrenzen, über nationale Themen ausdrücklich nicht zu diskutieren und die EZLN damit auf ein partikulares Phänomen zu reduzieren.

Die von der Regierung angebotenen sozialen und ökonomischen Zugeständnisse wurden nach einer gründlichen Beratung in den Dorfgemeinschaften der aufständischen Zone von 97,88% der Bevölkerung abgelehnt. Gleichzeitig sprachen sich 96,74% "für den Widerstand und eine Initiative für einen neuen nationalen Dialog mit allen ehrenhaften und unabhängigen Kräften" (8) aus. Diese Entscheidung ist nur verständlich im Rahmen der strategischen Konzeption der EZLN, nicht Avantgarde, sondern Initiator einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung zu sein, die sich den Raum erobert, ihr Projekt einer gesellschaftlichen Alternative im Dialog der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte in Opposition zum herrschenden Block zu formulieren.

Nachdem der Verhandlungsprozeß mit der regierenden PRI an seine Grenzen gestoßen war, wandte sich die EZLN mit der "Zweiten Deklaration aus der Selva Lacandona" an die Öffentlichkeit Mexikos. Mit diesem Dokument präsentierte die EZLN die Idee einer Volksfront der unabhängigen sozialen Bewegungen und politischen Organisationen der Zivilgesellschaft gegen das System der Staatspartei und die "Vaterlandsverkäufer" der Finanzoligarchie. Der Vorschlag stieß auf breite Resonanz in den von der PRI-Bürokratie aus jeder realen politischen Partizipation ausgeschlossenen Sektoren der mexikanischen Gesellschaft. Die erste Versammlung der neugeborenen Bewegung, der "Demokratischen Nationalkonvention" (CND), fand vom 6./8. August unter Beteiligung von mehr als 6.000 Delegierten verschiedenster Organisationen im zapatistischen Gebiet, in Aguascalientes, Chiapas, statt. Wir haben in dieser Zeitung (ak 369) ausführlich über dieses Ereignis berichtet. Das Problem der Konventionsbewegung war jedoch und ist bis heute, daß es sich um eine Bewegung handelt, die erst im Begriff ist, ihre Ziele, ihr revolutionäres gesellschaftliches Projekt zu formulieren. Dies kann allerdings bei der Verschiedenheit ihrer Elemente auch nicht anders sein. Zudem setzt sich die junge Bewegung zum Teil aus recht angejahrten Bruchstücken der alten Linken (Kommunisten) und alten neuen Linken (Maoisten, Trotzkisten) zusammen. Dennoch, trotz vieler sektiererischer Ausrutscher, die durch einige dieser Tendenzen immer wieder hineingetragen werden, ist es im großen und ganzen erstaunlich, in welch demokratischer Weise sich die CND bemüht, eine Synthese zu finden.

Diese erste Versammlung der CND fand zwei Wochen vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 21. August statt. Der EZLN mußte klar sein, daß die CND kurzfristig keine Alternative im Sinne einer "revolutionären Regierung" bilden konnte. Das unmittelbare Ziel auf der zentralen politischen Ebene war in ihrer Konzeption eine PRD-Regierung, genauer: ein Wahlsieg Cuauhtémoc Cárdenas', der angesichts der Mobilisierungskraft, die die PRD-Kampagne nach dem Aufstand der Zapatisten gewonnen hatte, für wahrscheinlich gehalten wurde. Diese Strategie wurde nie explizit formuliert, weil für die CND als gerade im Entstehen begriffene Sammlungsbewegung einer unabhängigen politischen und sozialen Linken angesichts der bereits "etablierten" Linkspartei PRD das Problem existierte, ihre Autonomie zu betonen. Aber nur im

Rahmen dieser skizzierten Strategie macht es Sinn, daß als wichtigste kurzfristige Aufgabe der CND die Verhinderung eines Wahlbetruges und die "Verteidigung des Votums" definiert wurde. Ein Wahlsieg Cárdenas' sollte zur Bildung einer Übergangsregierung, einer Regierung des demokratischen Übergangs, führen und einen Raum für die Entfaltung einer sozialen Gegenmacht schaffen, deren integrierendes Moment die CND sein würde.

Wieder allein?

"Infolge der Krise organisieren sich die angreifenden Truppen keineswegs sofort in Zeit und Raum, und sind auch nicht von Kampfgeist erfüllt; andererseits werden die Angegriffenen nicht demoralisiert und verlassen auch nicht die Verteidigungslinie, selbst wenn sie in Trümmern liegt, und sie verlieren keineswegs das Vertrauen in die eigenen Kraft und in die eigene Zukunft." (9)

Es kam alles anders. Die PRI behauptete sich mit nahezu absoluter Mehrheit und die PRD landete mit 17% weit abgeschlagen noch hinter der klerikalkonservativen PAN. Auch wenn wir die verschiedenen Formen von Wahlbetrug durch die Staatspartei in Rechnung stellen - wir haben den Wahlprozeß ausführlich in ak 370 analysiert - besteht doch kein Zweifel daran, daß sich eine gesellschaftliche Mehrheit gegen das Projekt eines gesellschaftlichen Wandels im Sinne der Linken ausgesprochen hat.

Damit ist die EZLN im wesentlichen zurückgeworfen auf die Probleme einer regionalen politisch-militärischen Kraft, konfrontiert mit einem Gegner, der die materiellen Ressourcen und den mehr oder weniger immer noch stabilen Rückhalt eines ganzen Landes für sich verbuchen kann. Dazu kommt das Problem der ungleichen Rhythmen der politischen Entwicklung in den verschiedenen Landesteilen. In Chiapas, wo gleichzeitig Gouverneurswahlen stattfanden, gilt es als sicher, daß der linke PRD-Kandidat, radikale Konventionist, Journalist und Anwalt Amado Avendaño die Wahlen gewonnen hat, die PRI ihn jedoch durch einen "kriminellen Wahlbetrug" (internationale Wahlbeobachter von "Global Exchange") um seinen legitimen Sieg gebracht hat.

Chiapas war der einzige Bundesstaat, in dem der von PRD und CND für den Fall eines Wahlbetruges anvisierte "zivile Widerstand" tatsächlich zu einer Destabilisierung der Herrschaft geführt hat. Dabei verknüpft sich die Frage der Forderung nach der Anerkennung von Avendaños Wahlsieg untrennbar mit der Landfrage.

Seit den Wahlen rollt eine Woge von Landbesetzungen, Straßenblockaden und anderen Widerstandsaktionen über den Staat im Südosten Mexikos. Auf der zweiten Versammlung der CND vom 5.7. November in der chiapanekischen Hauptstadt Tuxla Cutiérrez, kündigte Avendaño an: "Am 8. Dezember (dem Tag der Regierungsübergabe in Chiapas - J.Ch.) werden wir den Regierungspalast von Chiapas einnehmen, koste es, was es wolle. Die Staatspartei hat uns keine andere Wahl gelassen."

In Chiapas existiert heute eine vorrevolutionäre Situation. Es kann aber logischerweise genauso gut eine vorkonterrevolutionäre Situation sein. Luis Hernández, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Coordinadora Nacional de Organizaciones Cafetaleras, spricht von einem "Prozeß der Klassenartikulation in zwei definierten Blöcken" (10). Die ultrarechten Großgrundbesitzer und ihr Fußvolk, kleinere Rancheros, verfolgen zur Zeit hauptsächlich die Strategie, Druck auf die Zentralregierung auszuüben, endlich mit harter Hand gegen die Radikalen durchzugreifen, die ihre Ländereien besetzt halten. Gleichzeitig organisieren sie forciert eigene Milizen, Todesschwadrone, sogenannte "Weiße Garden", und es kommt immer wieder zu gewaltsamen Räumungen besetzter Fincas und Attentaten auf Militante der Linken und Campesinogewerkschaften. Es ist ein historisches Paradoxon: Die Angst vor einer "El Salvadorisierung" Mexikos hat am 21. August viele potentielle Sympathisanten der Linken davon abgehalten, für Cárdenas zu stimmen. Aber die Situation, die der Wahlausgang hinterläßt, macht eine derartige Perspektive - zumindest für Chiapas - nur wahrscheinlicher.

Bis jetzt bewegt sich der Konflikt noch unterhalb der Schwelle eines Bürgerkrieges. Die intelligenteren Führer der Großgrundbesitzer, wie Jorge Constantino Kanter, wissen nur zu gut, daß ihnen eine militärische Konfrontation mit EZLN und den (wahrscheinlich doch nicht nur mit Knüppeln und Macheten bewaffneten) Campesino und Indígena-Organisationen ohne die Rückendeckung der Bundesarmee das Genick brechen könnte. Aber man darf nicht vergessen, daß es sich bei diesen Leuten zum größten Teil um eine alteingesessene, seit jeher privilegierte, rassistisch bornierte Klasse und Kaste mit einem engen kulturellen Horizont handelt, die bis vor ein paar Jahrzehnten "ihren Indios" wegen einer gestohlenen Tortilla noch eigenhändig die Ohren abschnitten. In einer verzweifelten Situation, angesichts einer handlungsunfähigen

Bundesregierung könnten diese Leute zu den irrationalsten Entscheidungen fähig sein. Ein langer Krieg auf niedrigem Niveau zwischen Rechts und Links, Todesschwadronen und bewaffneten Campesinoverbänden, ohne die Perspektive des Sieges der einen über die andere Seite, ein "Ausbrennen des Konflikts", in dem die Bundesarmee schließlich die Rolle des Retters vor dem Chaos übernimmt, ist nicht auszuschließen und wäre das katastrophalste aller denkbaren Szenarien.

Juan Chicoy,

Tuxtla Gutiérrez/Chiapas, 8.11.94

Anmerkungen:

1) García de León, Insurrección Civil en Chiapas, La Guillotina, No. 29, México 1994

2) Julio Moguel, ¿Quiénas son los zapatistas?, in: Viento del Sur, No. 2, México, Juli 1994, S. 34

3) Adolfo Gilly, Die Alternative zur Finanzoligarchie, ak 371

4) Juli Moguel, op.cit., S. 29

5) EZLN, Declaración de la Selva Lacandona, in: Tupamaros, Montevideo, Nr. 91, 19.1.94

6) Julio Moguel, op.cit., S. 29

7) Antonio Gramsci, Zu Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1986, S. 268f.

8) Julio Moguel, op.cit., S. 33

9) Antonio Gramsci, op.cit., S. 271

10) Luis Hernández, Chiapas - las tensiones crecen con rapidez, in Guillotina, No. 29, S. 21

24. "Kein Sprung ins Leere." Interview mit Schafik Handal (FMNL-PCS)

Interview mit Schafik Handal (FMLN-PCS), Koordinator der FMLN und Generalssekretär der "Kommunistischen Partei El Salvadors" (PCS)

Autor: Albert Sterr, aus · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:13

Interview mit Schafik Handal (FMLN-PCS), Koordinator der FMLN und

Generalssekretär der "Kommunistischen Partei El Salvadors" (PCS)

Schafik Jorge Handal, Sohn palästinensischer Einwanderer, schloß sich 1950 als Zwanzigjähriger der Studentenbewegung an und trat in die illegale Kommunistische Partei ein. Er mußte mehrfach ins Exil fliehen. 1969 wurde er zum KP-Chef gewählt und gehörte der FMLN-Generalkommandantur seit ihrer Gründung im Oktober 1980 an. Seit zwei Jahren bekleidet er die Funktion des "Koordinators der FMLN", das höchste Parteiamt, das in der ehemaligen Guerillabewegung vergeben wird. Er gilt als wichtige Integrationsfigur. Als er die Geduld verlor und Joaquín Villalobos nach wiederholten Attacken auf FMLN-Mitglieder die "rote Karte" zeigte, kündigte dieser an, die FMLN verlassen zu wollen.

Sowohl Ihre Partei als auch Sie persönlich setzten bis vor kurzem darauf, die FMLN zusammenzuhalten. Warum zögerten Sie, die wiederholten Attacken, denen die FMLN von Seiten Joaquín Villalobos ausgesetzt war, deutlicher zurückzuweisen?

Ich habe in der Tat große Anstrengungen unternommen, um die Einheit der FMLN zu erhalten. Das Friedensabkommen von Chapultepec, das die Demokratisierung unseres Landes vorsieht, bot dafür die inhaltliche Grundlage. Meiner Ansicht nach steht die FMLN gegenüber der Bevölkerungsmehrheit in der Pflicht, unabhängig davon, ob es innerhalb der FMLN diese oder jene politischen und ideologischen Differenzen gibt. Dies war jedoch nicht länger durchzuhalten, weil unser Freund Joaquín Villalobos auf eine Art und Weise in den Angriff ging, die mit einer Debatte nichts mehr zu tun hatte ...

... sondern?

Er brachte falsche Anschuldigungen vor. Er warf dem Rest der FMLN vor, daß wir im Geheimen die Besetzung des Parlaments organisiert hätten. Das ist von vorne bis hinten gelogen. Er hat sich das alles ausgedacht, um seinem Ziel, die FMLN aufzulösen, näherzukommen. Auf diese Weise will er einen Spielraum für eine eigene Partei schaffen. An diesem Punkt sagte ich öffentlich, daß angesichts der Methoden, die Villalobos benutzt, er für mich kein vertrauenswürdiger Bündnispartner mehr ist. Denn in einem Bündnis gilt es zwei wesentliche Dinge zu beachten: zum Einen, daß man sich in politischen Vorhaben einig ist und zum Anderen, daß ein Minimum an Loyalität und Vertrauenswürdigkeit vorhanden sind. Da die zweite Bedingung nicht mehr erfüllt war, bat ich ihn öffentlich und auch im persönlichen Gespräch, daß er die FMLN verlassen solle. Danach wurde er wegen Verleumdung inhaftiert, weil er den Großgrundbesitzer Orlando der Sola beschuldigte, die Todesschwadronen unterstützt zu haben. Selbstverständlich haben wir uns in dieser Sache sofort mit Villalobos solidarisiert und seine Freilassung gefordert.

Allerspätestens nach dem Eklat am 1. Mai war doch für alle Beobachter sonnenklar, daß es in der FMLN zwei ganz unterschiedliche Konzeptionen gibt. Haben Sie, von heute aus gesehen, den Fehler begangen, Herr Handal, daß Sie nicht schon vor Monaten deutlich Position bezogen haben?

Nein, ich glaube nicht. Wahrscheinlich mußte zuerst einmal unser gemeinsames Projekt geschwächt werden. Denn es stimmt ja nicht, daß es einen konzeptionellen Streit gäbe. Bisher wurde über Konzeptionen und Projekte noch nicht einmal geredet. Wir wissen nicht, ob es zwei, drei oder mehr gibt. Wir müssen uns zunächst einmal an das Konkrete halten, den Friedensvertrag. Hier gibt es Vereinbarungen, die zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden müssen. Wir gingen davon aus, daß auch Villalobos und seine Leute diese Verpflichtung haben und sie deshalb erfüllen müssen. Denn die FMLN jetzt zu zerreißen würde bedeuten, daß den vom Friedensvertrag ausgehenden Veränderungen der Boden unter den Füßen weggezogen würde. Die Dreiheit von Regierung, FMLN und UNO-Generalsekretär, die für die Verträge von Chapultepec einsteht, hat nach wie vor ihre Gültigkeit.

Ist das ursprüngliche Bündnis, das 1980 die FMLN gründete, damit unwiderruflich kaputt?

Der mögliche Rückzug von Joaquín Villalobos und seinen Freunden ist nicht gleichzusetzen mit dem Ausscheiden des ERP. Denn ein Teil des ERP, der von Villalobos aus dem ERP hinausgeschmissen wurde, gründete die "Demokratische Tendenz" (TD) und tritt für dieselben Ziele ein wie wir. Deshalb kann man nicht davon sprechen, daß das, was die FMLN historisch war, zerstört oder verstümmelt sei. Es stimmt nicht, daß die fünfte Mitgliedsorganisation austritt, es handelt sich nur um Teile davon.

Sie haben die FMLN als "Partei von Parteien" charakterisiert. Gegenwärtig ist in der FMLN einiges in Bewegung geraten. Wollen Sie das Schema "Partei der Parteien" beibehalten oder braucht die FMLN neue interne Strukturen?

Wir sprechen uns dafür aus, die FMLN so weiterzuentwickeln, daß sie einen höheren Grad an Kohäsion aufweist. Dies hieße, die "Partei von Parteien" hinter uns zu lassen. Aber dazu ist ein Prozeß erforderlich, der uns ermöglicht, die Distanz, die zwischen den Parteien lange Jahre existierte, hinter uns zu lassen. Man sollte nicht vergessen, daß die PRTC als jüngste FMLN-Mitgliedspartei ihr zwanzigjähriges Bestehen feiert. Es handelt sich um feste Organisationen mit ausgeprägten Parteistrukturen, einer eigenen Psychologie und mit Eigeninteressen. Es geht um mehr als unterschiedliche Ansichten. Das sind Realitäten, die nicht einfach von heute auf morgen per Dekret abgeschafft werden können. Das wäre wie ein Sprung ins Leere. Wir brauchen, darüber sind sich fast alle in der FMLN einig, eine Übergangsphase. Ansonsten würden wir uns Dauerkonflikte aufhalsen.

Mir fällt auf, daß die wunden Punkte in der FMLN immer von denen in die Diskussion geworfen wurden, die jetzt die Partei verlassen. Woran liegt das, Herr Handal?

In diesen Fragen hat Joaquín Villalobos die Vorreiterrolle inne.

Aber warum fing immer er damit an?

Diese Frage müssen Sie ihm stellen.

Warum packten nicht auch einmal Sie die Kontroversen auf den Tisch, Herr Handal? Warum hielten Sie die Widersprüche so lange unter der Decke?

Weil wir im Gegensatz zu Villalobos kein Interesse daran haben, zu streiten. Es ist logisch, daß er immer anfängt.

Warum?

Die FMLN ist die wichtigste politische Kraft der Linken. Es ist nur schwer vorstellbar, daß es einen Spielraum für eine andere linke Kraft gäbe, wenn nicht zuvor die FMLN zerstört oder aufgelöst ist. Aus diesem Grund übernimmt er in diesen Konflikten die Initiative.

Steht für den FMLN-Parteitag schon ein Datum fest?

Der 11. Dezember. Wenn er verschoben werden sollte, so findet er spätestens am 18. Dezember statt.

Wird daraus eine FMLN hervorgehen, welche die Friedensverträge garantieren kann?

Bei diesem Parteitag geht es um die innere Verfassung der FMLN. Die Statuten werden reformiert und die zukünftigen demokratischen Regeln werden festgelegt. Was das Friedensabkommen betrifft, so erfüllt die FMLN weiterhin ihre Funktion als Garantin der Demokratisierung. Ich möchte nur darauf verweisen, daß Regierung und FMLN am 4. Oktober in einem feierlichen Akt eine Vereinbarung unterzeichneten, die vorsieht, daß bis zum 30. April des kommenden Jahres die noch offenen Punkte verwirklicht werden sollen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Albert Sterr am 2. November 1994 für die in Zürich erscheinende "WoZ"

25. Die Befreiungsbewegung FMLN gespalten. Schwächung und Neuorientierung der ehemaligen Guerillabewegung

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:12

Farabundo Martí (FMLN) hat sich gespalten. Die tiefen Risse, die wir in mehreren ak-Artikeln analysierten (1), werden nun auch von den Handelnden selbst als unüberbrückbar angesehen. Indessen ist noch offen, wie es mit der sich als sozialdemokratisch verstehenden FMLN-Minderheit und der sozialistischen FMLN-Mehrheit weitergeht. Unter dem Strich geht die salvadorianische Linke deutlich geschwächt aus den Auseinandersetzungen hervor.

Die sozialdemokratische Minderheit kündigte am 10. Oktober ihren Ausstieg aus der FMLN an. Die FMLN-Mitgliedsorganisation ERP hatte in einer Abstimmung hinter verschlossenen Türen eine Erklärung verabschiedet, die von der rechten Tageszeitung "Prensa Gráfica" mit den Worten "Jetzt gibt es keine FMLN mehr", zitiert wurde. Weiter heißt es, daß "alle Mechanismen der FMLN für uns ihre Gültigkeit verlieren". Die 110 ERP-Delegierten stellten sich hinter die Parteiführung und erklärten die FMLN für eine historische Angelegenheit; sie beauftragten ihre Parteiführung, "die Auflösung der FMLN" in die Wege zu leiten.

Dieses Kommuniqué markiert einen zweiten qualitativen Einschnitt in der Geschichte der im Oktober 1980 als Dachverband von fünf Guerillabewegungen gegründeten und im Dezember 1992 als legale Partei eingeschriebenen FMLN. Den ersten Bruch organisierten die Parlamentarier aus derselben FMLN-Strömung am 1. Mai. Sieben FMLN-Abgeordnete stimmten bei ihrem ersten Auftritt im Parlament in Personalfragen mit der ultrarechten ARENA und weigerten sich, die Beschlüsse der FMLN-Gremien einzuhalten.

Spaltung der FMLN-Parlamentsfraktion

Die faktische Spaltung der FMLN-Parlamentsfraktion, die sich vom ersten Tag an im Abstimmungsverhalten äußerte, prägte die Debatte seit dem 1. Mai. Der Dissens in der FMLN-Parlamentsfraktion findet seine Entsprechung in unterschiedlichen Ansätzen innerhalb der FMLN-Mitgliedschaft. Von den 21 FMLN-Abgeordneten sind sieben Mitglieder von ERP und RN. Sie stimmten in Personal- und Sachfragen mehrfach mit der Regierungspartei ARENA. Insofern ist ihr Verhalten am ersten Parlamentstag, als sie mit ARENA ein taktisches Bündnis eingingen, nicht als bedauerlicher Ausrutscher sondern als programmatische Geste zu bewerten. Die 14köpfige FMLN-Mehrheit (die Abgeordneten von FPL, PCS, PRTC und der RN-Mann Eugenio Chicas) fungiert im Parlament als linke Opposition. Das Abstimmungsverhalten der sieben Abgeordneten der FMLN-Minderheit war wiederholt Anlaß für schwere gegenseitige Anwürfe. Die von den Linken bestimmten Parteigremien sprachen ihnen das Recht ab, sich im Namen der FMLN zu äußern. Diese erklärten im Gegenzug die FMLN-Mehrheit für "noch nicht demokratisch" und empfahlen denjenigen, die mit ihrem Kurs unzufrieden sind, doch wieder "in die Berge zu gehen." Daß dies Futter für bürgerliche und rechte Leitartikler bot, muß nicht eigens hervorgehoben werden.

In den Folgemonaten wurde die Debatte von allen Beteiligten scheinbar versachlicht. Dies war jedoch keine Annäherung, sondern vielmehr fehlten sowohl der maßgeblichen Kraft des linken Flügels, den "Volksbefreiungskräften" (FPL), als auch derjenigen der sozialdemokratischen Minderheit, dem ERP, die Bündnispartner, um die Spaltung zu vollziehen. Die "Kommunistische Partei" (PCS) und insbesondere ihr Vorsitzender Schafik Handal optierten nämlich weiter dafür, die FMLN zusammenzuhalten. Die kleine "Kommunistische Partei" war seit jeher an einer Konstellation interessiert, in der sich die beiden mitgliederstarken FPL und ERP möglichst gegenseitig in Schach hielten. 60% aller FMLN-Mitglieder sollen den FPL angehören. Auf dieses labile Gleichgewicht ist es zurückzuführen, daß der angekündigte FMLN-Kongreß mehrfach verschoben wurde. Schließlich fand Ende August ein Parteitag statt, der jedoch nicht zur Klärung der Streitfragen beitrug.

Der Anlaß

Die abgedeckelten Widersprüche brachen Ende September in voller Schärfe auf. Mehrere hundert ehemalige Soldaten und Paramilitärs besetzten das Parlament und nahmen drei Dutzend Abgeordnete aller Fraktionen

als Geiseln. Sie verlangten, daß Armee und andere Sicherheitskräfte ihren sozialen Pflichten nachkommen sollten und sich um sie, die in deren Reihen gedient und im Krieg ihre Haut zu Markte getragen hätten, mit Programmen bei der sozialen Wiedereingliederung unterstützen sollten. Die Besetzung dauerte vom Montag, den 26. September, bis zum Mittwoch, den 28. September. Sie hatte zur Folge, daß vor dem Parlament ein gewaltiges Aufgebot an Repressionskräften aufmarschierte. Die Stürmung des Parlaments wurde angedroht, womit ein Blutbad in Kauf genommen wurde. Die im Umgang mit Kriegswaffen erprobten Besetzer machten klar, daß sie sich nicht einfach massakrieren lassen würden, sondern daß sie auch Abgeordnete, die sich in ihrer Hand befanden, mit in den Tod nehmen würden. Die Regierung stimmte schließlich den geforderten Gesprächen zu, die ein friedliches Ende der Aktion ermöglichten.

Joaquín Villalobos, der Kopf der sozialdemokratischen FMLN-Minderheit, trat an die Presse und behauptete, ohne Beweise bieten zu können, die Besetzung sei ein "Komplott von Ultrarechten und Ultralinken" gewesen. Er nannte explizit die "Volksbefreiungskräfte" (FPL) sowie die PRTC und beschuldigte sie, die ehemaligen Soldaten zum Zwecke der "Destabilisierung des Landes" instrumentalisiert zu haben. In ihren ersten öffentlichen Reaktionen versuchte die FMLN-Linke den Streit herunterzuspielen, um "unpassende Konflikte zu vermeiden", wie es in einer Stellungnahme der Kommunistischen Partei hieß. Aber Joaquín Villalobos legte nach, indem er diese Behauptungen im Rahmen einer Pressekonferenz mehrfach wiederholte. Die mit geringen Ausnahmen in rechter Hand befindlichen Massenmedien hatten ihre Sensation. Die Linke sah sich zu Reaktionen gezwungen. Die "Volksbefreiungskräfte" (FPL) distanzierten sich in einer Stellungnahme, die am Tag darauf in Form einer bezahlten Anzeige erschien, "im neuen Kontext von Frieden und politischer Öffnung" von "der Geiselnahme und von bewaffneten Aktionen als politische Methode". Sie wiesen darauf hin, daß die versehrten FMLN-Kämpfer eine eigene, friedliche Mobilisierung durchgeführt hätten und daß sich die FPL-Parlamentarier darauf beschränken würden, ein friedliches Ende der Geiselnahme zu fördern. An Villalobos gerichtet heißt es, daß sich die FPL zu dessen Vorwürfen nicht äußerten, weil sich dieser in einen "niederträchtigen und gemeinen Opportunisten verwandelt hat, der in Funktion seiner politischen Ziele systematisch lügt und deshalb jeglicher Glaubwürdigkeit entbehrt".

Drei Tage nach dieser Erklärung äußerten sich Schafik Handal und die KP-Führung. Sie revidierten ihren bisherigen Kurs der "Einheit über alles" und forderten Joaquín Villalobos und seine Gefolgsleute zum Verlassen der FMLN auf. In ihrer Stellungnahme heißt es: "Herr Villalobos beschuldigte Personen und FMLN-Mitgliedsorganisationen für die Krise, die alle betraf, verantwortlich zu sein, anstatt dazu beizutragen, die Krise zu lösen. Dieser Haltung, der jegliche Ethik fehlt, ist schädlich; sie bringt seine Entschlossenheit zum Ausdruck, der FMLN zu schaden, koste es was es wolle. So soll ein Spielraum für sein eigenes politisches Projekt geschaffen werden. Die Grenzen der politischen und ideologischen Debatte wurden in Richtung Spiegelfechterei und übler Nachrede überschritten." Abschließend fordern sie Villalobos auf, die FMLN zu verlassen. "Es ist unsere Pflicht, Joaquín Villalobos und Fermán Cienfuegos sowie diejenigen, die ihren Positionen folgen, aufzufordern, die Trennung von der FMLN zu vollziehen." Damit waren Schafik Handal und die Kommunistische Partei auf den Kurs der FPL eingeschwenkt, die seit längerem darauf gedrängt hatten, schärfer auf die Vorwürfe von Villalobos und den Seinen zu reagieren.

In der Folgezeit äußerten sich eine Reihe mittlerer Kader beider Strömungen jeweils im Sinne ihrer Parteiführung. So wurde die Spaltung der FMLN auf der publizistischen Ebene vorbereitet. Mit der eingangs zitierten ERP-Erklärung wurde sie formal bestätigt.

Ist die FMLN-Minderheit überhaupt sozialdemokratisch?

Wie sind die beiden Strömungen einzuschätzen? Sehen wir uns zunächst die FMLN-Minderheit genauer an, die sich von der FMLN abspaltet: Im Gegensatz zu vielen Stellungnahmen von FMLN-Linken und zu Einschätzungen in Solidaritätsgruppen, möchte ich betonen, daß es mir durchaus zutreffend scheint, die FMLN-Minderheit mit dem Etikett "sozialdemokratisch" zu versehen. Abgesehen davon, daß sich die führenden Köpfe dieser Tendenz selbst so deklarieren und entsprechende internationale Kontakte zur "Sozialistischen Internationale" (SI), der bundesdeutschen SPD und ihrer "Friedrich-Ebert-Stiftung" (FES) oder skandinavischen und spanischen Sozialdemokraten unterhalten, steht die FMLN-Minderheit in Theorie und Praxis für eine Politik, die sich meiner Ansicht nach als "sozialdemokratisch" charakterisieren läßt.

Was die theoretische Fundierung betrifft, scheint es mir sinnvoll, sich an Joaquín Villalobos Buch vom Oktober 1992 zu halten, weil dort die Anschauungen des maßgeblichsten Vertreters dieses Flügels prägnant dargestellt

sind. (2) Er übernahm, wenn auch nicht allzu fundiert ausgearbeitet, wesentliche Elemente sozialdemokratischen Politikverständnisses: Die programmatische Absage an Systemveränderung, die Akzeptanz des kapitalistischen Systems sowie der staatlichen Institutionen und Spielregeln. Ob das, was Villalobos aufgeschrieben hat, in sich besonders logisch, demokratisch, sozial oder gar durchführbar ist, und wenn ja, welche Folgen das für die Bevölkerungsmehrheit in El Salvador hätte, steht zunächst einmal auf einem anderen Blatt. Bei der Lektüre seiner Anschauungen komme ich jedenfalls zu dem Schluß, daß es sich um eine rechts-sozialdemokratische Politikvariante handelt. Ähnliches ist auch bei anderen lateinamerikanischen Parteien anzutreffen, die Mitglied der "Sozialistischen Internationale" sind; beispielsweise bei der langjährigen Regierungspartei Costa Ricas, die "Partei der Nationalen Befreiung" (PLN). Was die Praxis betritt, sieht es ähnlich aus. In den entscheidenden Momenten (Wahrheitskommission, Säuberung der Armee sowie des Obersten Gerichtshofes etc.) wandte sich die FMLN-Minderheit gegen die Linke und suchte das Bündnis mit Mitte- und Rechtsparteien. Aus meiner Sicht ist dieses "Umfallen genau dann, wenn es aus Sicht der Linken darauf ankäme, standfest zu bleiben" ein entscheidendes Moment sozialdemokratischer Praxis. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, daß viele, die sich heute in El Salvador unter diesen Schild versammeln, nicht wissen, was damit überhaupt gemeint ist. Dazu kommt, daß vielfach populistische An- und Absichten beigemengt werden.

Die sozialdemokratische Minderheit hat mehrere Pluspunkte auf ihrer Seite: Sie kann auf einflußreiche und finanzstarke Gönner sowohl im Land selbst als auch auf internationaler Ebene zählen. Sie tut sich natürlich wesentlich leichter als die sozialistische Linke, ihr ideologisch gewendetes Blatt auf den Tisch zu legen und offensiv dafür zu werben. Daß sich mit sozialdemokratischen Unverbindlichkeiten auf dem internationalen politischen Markt eher Geschäfte machen lassen als mit sozialistischen oder revolutionären Ansätzen, ist eine Binsenweisheit. Die FMLN-Minderheit hat auch eine Reihe starker Führungspersönlichkeiten, die offenbar gewillt sind, ihren Kurs durchzuziehen. Ihre Schwächen: Sie ist eine zahlenmäßig eher kleine Abspaltung der FMLN. Es ist kaum möglich, in kurzer Zeit eine attraktive sozialdemokratische Partei aufzubauen. Die drei Organisationen ERP, RN und MNR, die daran Interesse haben, sind in sich zerstritten, haben viele Mitglieder verloren und verfügen nur über geringe Basisarbeit. Außerdem haben sich einige ihrer exponierten Persönlichkeiten durch ihr Verhalten in den letzten Monaten viele Sympathien verscherzt.

Wie steht es um die FMLN-Mehrheit?

Inhaltlich und praktisch, jedoch nicht mehr organisatorisch, steht die FMLN-Mehrheit für das, was bislang die Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" verkörperte. Die Stärken der FMLN-Mehrheit liegen in ihrer breiten Basisverankerung sowie in ihrer Bereitschaft, mit vielfältigen Mitteln für die Verwirklichung der Friedensverträge sowie für eine "Demokratische Revolution" in El Salvador einzutreten. Trotz aller Probleme können sie in der Bevölkerung auf breite Unterstützung und Sympathien zählen. Die FMLN-Mehrheit verfügt über eine ganze Reihe weithin angesehener Führungspersonen.

Sie weist jedoch auch einige gravierende Schwächen auf. Es ist stets Joaquín Villalobos, der bestimmt, wann und wie über welches Thema gestritten wird. Diese Schwäche hat viel damit zu tun, daß es innerhalb der drei Organisationen, welche die FMLN-Mehrheit im wesentlichen bilden, unterschiedliche Ansichten darüber gibt, wie die Zukunft der FMLN aussehen soll. Die "Demokratische Tendenz" (TD), eine Gruppe ehemaliger ERP-Leute sowie ein Flügel des "Nationalen Widerstands" (RN) stehen ebenfalls auf Seiten der FMLN-Mehrheit. Wie sie in die Strukturen der FMLN integriert werden, ist jedoch noch ungeklärt. In den bisherigen Leitungsgremien sind sie noch nicht angemessen repräsentiert.

Es wird zumindest Monate dauern, bis sich herauskristallisieren wird, in welcher Richtung sich die FMLN weiterentwickelt. Ein Partei-Kongreß, der für Mitte Dezember geplant ist, wird darüber erste Aufschlüsse geben. Bis dahin wird sie den Spaltungsvorgang durchzustehen haben, wobei sich schon abzeichnet, daß die FMLN-Mehrheit weder bereit ist, den Namen FMLN aufzugeben noch bereit ist, die FMLN zum jetzigen Zeitpunkt aufzulösen, wie dies von der sich abspaltenden Minderheit gefordert wird. Die FMLN-Mehrheit zieht sich mit guten Gründen auf den Standpunkt zurück, daß die FMLN zumindest solange weiter bestehen bleiben sollte, bis die Friedensverträge, die sie neben der Regierung mitunterzeichnet hat, endgültig umgesetzt sind.

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

1) Frühere ak-Artikel zu den politischen Differenzen in der FMLN:

* ak 354 (5.5.1993), Die Herausbildung von zwei Strömungen in der FMLN, S. 26-29

* ak 355 (9.6.1993), Politische Differenzen in der FMLN, S. 28-29

* ak 357 (25.8.1993), FMLN einigt sich in der Präsidentschaftsfrage, S. 28-29

* ak 367 (8.6.1994), Die Krise der FMLN, S. 17

2) Unter dem Titel "Vom Volkskrieg zum Volkskapitalismus - Die strategische Neuorientierung des ERP" wurde dieses Buch in ak 354 (5.5.1993, S. 27 - 28) besprochen.

26. "Die FMLN ist ausgebrannt." Interview mit Joaquín Villalobos (FLMN-ERP)

Interview mit Joaquín Villalobos (FMLN - ERP), Führer der sozialdemokratischen FMLN-Minderheit und Generalsekretär des ehemaligen "Revolutionären Volksheeres" (ERP)

Autor: Albert Sterr, aus · Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:14

Joaquín Villalobos kommt aus der christdemokratischen Jugend und stieß zu Beginn der siebziger Jahre zu Guerillagruppen, die später das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) bildeten. Seit Mitte der siebziger Jahre ist er Chef des ERP, das sich nach Abschluß der Friedensverträge in "Erneuerter Ausdruck des Volkes" (ERP) umbenannte. Villalobos gehörte der fünfköpfigen Generalkommandantur der FMLN an und galt zeitweilig als ihr einflußreichstes Mitglied. Das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) war neben den "Volksbefreiungskräften" (FPL) die mitgliederstärkste und militärisch schlagkräftigste Organisation innerhalb der FMLN.

Mit dem Buch "Eine Revolution in der Linken. Für eine demokratische Revolution" legte Villalobos im Oktober 1992 ein Bekenntnis zur Sozialdemokratisierung der ehemaligen Guerillabewegung ab. Seither vertiefen sich die Differenzen zwischen dem vom ERP geführten gemäßigten Flügel und einer sozialistischen Tendenz, der die "Volksbefreiungskräfte" (FPL), die Kommunistische Partei (PCS) sowie die kleine PRTC zuzurechnen sind.

Unser Gesprächspartner ist die umstrittenste Person innerhalb der FMLN. Vor kurzem qualifizierte er seine langjährigen Bundesgenossen von den FPL als "Ultralinke" ab und machte sie zusammen mit "Ultrarechten" für die aktuelle Krise des Landes verantwortlich. Dies war der Anlaß für die endgültige Spaltung der Befreiungsbewegung "Farabundo Martí".

Wie würden Sie die unterschiedlichen Tendenzen kennzeichnen, die es derzeit in der FMLN gibt?

Zunächst möchte ich hervorheben, daß es in der FMLN seit jeher unterschiedliche Positionen gab. Der gegenwärtige Richtungsstreit ist nichts Neues. Es stimmt einfach nicht, daß es in der FMLN jemals eine monolithische Einheit gegeben hat. Gegenwärtig gibt es drei Strömungen: Eine traditionelle und orthodoxe Tendenz, zu der vor allem die Kommunistische Partei (PCS) zählt. Sie war eng an die internationale kommunistische Bewegung angebunden und lehnte ursprünglich den bewaffneten Kampf ab. Die zweite Strömung gehört zu einem Typ fundamentalistisch orientierter Aufstandsbewegungen, die in mehreren Ländern Lateinamerikas anzutreffen sind. Dazu gehören die Guerillas in Kolumbien, Peru und zum Teil diejenigen aus Guatemala. In El Salvador wird diese Tendenz vor allem von den "Volksbefreiungskräften" (FPL) repräsentiert. Die dritte Strömung ist enger mit den Bedingungen des Landes verwurzelt. Sie hat keine orthodoxen Wurzeln. Vielmehr entwickelte sie ihre theoretischen Ansichten in Auseinandersetzung mit der Realität El Salvadors. Die Widersprüche zwischen diesen drei Tendenzen blieben die ganzen Kriegsjahre hindurch bestehen. Am Ende des Krieges wurden die Grenzen neu abgesteckt und Entscheidungen getroffen, die mit der neuen Situation in unserem Land und mit der weltweit veränderten Lage für die Linke zu tun hatten. Die Kräfte, die am meisten in unserem Land verwurzelt waren, definierten sich als sozialdemokratisch. Die anderen verhalten sich zwiespältig. Ich würde nicht sagen, daß sie im traditionellen Sinne durch und durch als Marxisten-Leninisten zu bezeichnen sind. Aber sie scheuen davor zurück, ihre orthodoxen Wurzeln völlig zu kappen. Sie bleiben eine traditionelle Linke, nehmen systemfeindliche Positionen ein und benutzen eine Sprache der Gewalt.

Wir befinden uns in einer neuen historischen Etappe, in der vorher zweitrangige Widersprüche in den Vordergrund getreten sind. Das Ende des Krieges, die abnehmende Polarisierung und die Öffnung neuer Spielräume führen zur Neugruppierung aller politischen Kräfte unseres Landes. Nur am Rande: Auch in der Christdemokratie und der ARENA geht es hoch her!

Ihre These, daß die FMLN im Grunde schon immer zerstritten gewesen sei, scheint mir nicht ganz so selbstverständlich, wie Sie das jetzt hinstellen. Die FMLN ist in den vergangen zehn, zwölf Jahren zumindest in der Öffentlichkeit sehr geschlossen aufgetreten. Daß gravierende Widersprüche existieren, wurde nicht bekannt, beziehungsweise immer wieder dementiert und zwar von allen.

Wenn wir uns nach dem Motto "Wie war es wirklich?" die geschichtlichen Details anschauen wollten, würden wir zu sehr ins Romanhafte abgleiten. Ich will vier Punkte nennen, über die es wichtige interne Diskussionen gab. Es ging um die Frage der Einheit, ja oder nein zum bewaffneten Kampf, um Volksaufstand oder verlängerten Volkskrieg und das Für und Wider von Verhandlungen. Wir hatten einen starken Feind gegen uns, den es zu besiegen galt. Weil dies Priorität hatte, rückten die Widersprüche in den Hintergrund. Sowohl wir, das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) als auch der "Nationale Widerstand" (RN) definierten uns 1979 beziehungsweise 1981 in Richtung Sozialdemokratie. Wir schlugen sogar, wenn auch informell, bei einem Treffen der "Sozialistischen Internationale" (SI), das 1981 in Panamá stattfand, die Möglichkeit vor, Mitglied der "Sozialistischen Internationale" zu werden. Das hat uns innerhalb der Befreiungsbewegung hinterher ziemlich viele Probleme eingebracht.

Aber offensichtlich sind Sie alle mit den Differenzen anders umgegangen als heute!

Uns flogen schließlich die Kugeln um die Ohren! Wir mußten den Kopf einziehen und kämpfen. Wenn wir uns damit beschäftigt hätten zu diskutieren, hätten wir den Krieg verloren. Aus diesem Grund brauchten wir den Zusammenhalt. Heute gibt es einen Spielraum, um zu diskutieren und sogar um uns zu spalten. Ähnliches passiert in Nicaragua. Dort steigt im Grunde die ehemalige "Gruppe der Zwölf", welche den Sandinisten ein für breite Kreise annehmbares Gesicht gab, aus. Das bedeutet, daß es innerhalb des Sandinismus einen orthodoxen und fundamentalistischen Teil gibt, der zu den Mitgliedern dieser Gruppe immer nur ein taktisches Verhältnis hatte.

Ihre Partei, das ERP, und auch Sie persönlich forderten bis vor kurzem, daß die Mitgliedsparteien der FMLN sich auf einer neuen Grundlage annähern sollten. Sie sprachen davon, daß ein "neuer Pakt" besiegelt werden müsse. Warum haben Sie diese Forderung aufgegeben und Mitte Oktober beschlossen, aus der FMLN auszusteigen?

Mit einer Partei vom Typ der FMLN kann man meiner Meinung nach keine Wahlen gewinnen. Die Erfahrungen in anderen Ländern Lateinamerikas, ich denke beispielsweise an die Sandinisten, weisen in dieselbe Richtung. Die Arbeiterpartei Brasiliens, die für traditionelle Linke, Marxisten-Leninisten und nicht-sozialdemokratische Linke als Hoffnungsträgerin galt, hat die Wahlen ebenfalls verloren. Was unser Land betrifft, war die FMLN im Krieg effektiv, und die einzige Möglichkeit, daß sie auch an den Urnen hätte erfolgreich sein können, hätte darin bestanden, daß sie sich tiefgreifend verändert. Weil das innerhalb des FMLN-Apparats nicht durchzusetzen war und wir in der Minderheit blieben, halten wir es für äußert schwierig, die FMLN zu erneuern. Deshalb treten wir dafür ein, die FMLN aufzulösen und neue Verbände zu schaffen, welche die verschiedenen Typen linker Politik repräsentieren. Je schneller es dazu kommt, desto besser. Die FMLN hat keinerlei Chance bei kommenden Wahlen besser abzuschneiden, als im vergangenen März. Die FMLN würde im Zeitraum von drei weiteren Wahlperioden absterben oder als vernachlässigenswerte Größe übrigbleiben. Nur im Falle tiefgreifender Veränderungen gäbe es eine andere Chance. Aber dafür wurden bereits zu viele schwere Fehler begangen. Die FMLN ist ausgebrannt.

Sie trugen aber Ihre Forderung nach einem "neuen Pakt" noch Monate nach der Wahlniederlage gegen ARENA vor. Wann und an welchem Punkt setzen Sie den Bruch an?

Unser Vorschlag, daß sich die FMLN in Form von Tendenzen neu organisiert, wurde zurückgewiesen. Dazu kam, daß sich die "Volksbefreiungskräfte" (FPL) strikt weigerten, uns im Parlament Ämter zuzugestehen, um die FMLN als Ganzes zu vertreten. Schließlich ist die Besetzung des Parlaments zu nennen. Die FPL unterstützten die ehemaligen Nationalgardisten und Finanzpolizisten dabei, daß sie unsere Abgeordneten als Geiseln nehmen konnten. Dies war eine systemfeindliche Handlung, die wir nicht akzeptierten. Außerdem bedeutete diese Art der Druckausübung, daß bestimmte moralische Prinzipien verletzt wurden. Denn ihre Abgeordneten verließen das Parlament. Man wußte nicht, was die Ex-Soldaten mit unseren Abgeordneten anstellen würden. Diese Aktionen finden in der Bevölkerung keinerlei Unterstützung. Nicht nur, daß sie nichts bringen, sie rufen sogar noch Gegenreaktionen hervor, die fatale Konsequenzen haben können.

Soweit ich informiert bin, distanzierten sich die "Volksbefreiungskräfte" ganz eindeutig von der Parlamentsbesetzung. Auch Schafik Handal, der ja von Ihnen mit dieser Aktion nicht in Verbindung gebracht wurde, dementierte ebenfalls vehement, daß FMLN-Mitglieder für die Geiselnahme der Ex-Soldaten verantwortlich seien.

Es ist sehr einfach zu sagen, daß man nichts damit zu tun hat. Aber das "Permanente Komitee für den Frieden" (CPDN), eine offene Einrichtung, die von den FPL kontrolliert wird, unterstützte die Besetzer in dem Moment logistisch, in dem die Schlagkraft ihrer Aktion abnahm. In den nächsten Tagen kamen Massenorganisationen der FPL, ebenfalls um die Besetzung zu unterstützen. Nur dadurch, daß wir dies in der Öffentlichkeit zum Thema machten, hörte die Hilfe auf.

Das "Permanente Komitee für den Frieden" (CPDN) begründet die Tatsache, daß sie etwas zu Essen und Trinken brachten, ganz anders. Es habe sich um eine humanitäre Aktion gehandelt, die unkontrollierbare Situation und blutige Verzweiflungstaten verhindern sollte.

Sie hatten einen Plan, die Besetzer zu unterstützen. Dieser wurde aber widerrufen und man setzte die Geschichte von der humanitären Geste in die Welt. Man darf auch nicht vergessen, daß wir in der FMLN an internen Diskussionen teilgenommen haben, in denen diese Art von Aktionen diskutiert wurde. Zusammen mit dem "Nationalen Widerstand" (RN) lehnten wir derartige Maßnahmen, die das System in die Ecke treiben und für alle große Probleme nach sich ziehen können, kategorisch ab. Dazu kommt, daß die FPL zunächst auch leugneten, daß ihnen das Waffendepot in Santa Rosa/Nicaragua gehörte. Später gaben sie zu, daß es eine Lüge war. Unser Verhalten war stets anders. Wenn wir etwas gesagt oder getan haben, sind wir auch dazu gestanden.

Nicht nur die FPL hatten die UNO bezüglich geheimer Waffendepots angelogen. Ihre Organisation hatte ähnlich viele Waffen versteckt, wie sich wenig später herausstellte. Aber lassen wir das und kommen auf unser Thema zurück. Die FMLN ist gespalten. Warum geben Sie sich damit nicht zufrieden und fordern statt dessen deren Auflösung?

Die Befreiungsfront wurde von allen gemeinsam aufgebaut. Das ERP und auch der "Nationale Widerstand" (RN) hatten daran beträchtlichen Anteil. Die FMLN hat sich einen bedeutenden Platz in der Geschichte unseres Landes erobert. Wir möchten nicht, daß sie als Vier-Prozent-Partei auf dem geschichtlichen Müllhaufen landet.

Was passiert, wenn die FMLN-Mehrheit der Auflösung nicht zustimmt und argumentiert, eine derartige Entscheidung sei Sache der Mitgliedschaft und könne nur auf einem Kongreß gefällt werden?

Dann würden wir vor der obersten Wahlbehörde juristisch dagegen vorgehen. Die Statuten besagen, daß sie von fünf Parteien gegründet wurde, und wenn davon einer sagt, jetzt ist Schluß, dann geht es auch nicht mehr weiter. Es stimmt ja nicht, daß die Basis entscheiden würde. Die FMLN hat keine besonders ausgeprägten formellen Strukturen. Vielmehr stellt sich ähnlich wie in Nicaragua die Frage: Wer ist denn überhaupt die Basis? Zählt auch die Unterstützung aus dem Ausland etc.

Die Jesuiten schrieben, daß Sie einen anderen Grund hätten, die Auflösung der FMLN zu fordern. Es liegt auf der Hand, daß es für Sie wesentlich schwieriger wäre eine neue Partei aufzubauen, wenn diese gegen die FMLN konkurrieren müßte. Wollen Sie in Wirklichkeit einen Mitspieler aus dem Spielfeld kicken, Herr Villalobos?

Nein, ganz im Gegenteil. Die FMLN steht in gewisser Weise für die extreme Linke. Sie ist auf dem absteigenden Ast. Uns geht es auch nicht darum, eine neue linke Partei zu gründen, die sich in dem Kreis bewegt, der bisher der Linken zuzurechnen war. Das hätte keine Aussichten. Wir brauchen eine Linke, die darüber hinausgeht. Das ist der einzige Weg, um ARENA zu besiegen. Die Jesuiten betrachten diese Angelegenheit sehr oberflächlich. Seit dem Tod Ellacurías haben die Jesuiten viel von ihren analytischen Fähigkeiten verloren und sind auch etwas in Richtung Fundamentalismus abgerutscht.

Wer kann die Einhaltung der Friedensverträge garantieren, wenn die FMLN aufgelöst ist?

Dieses Argument wird von einigen Teilen der FMLN und der Jesuiten-Universität (UCA) als Ausrede benutzt, um den Fortbestand der FMLN als Wahlpartei zu retten. FPL und ein Teil der UCA unterhalten enge Beziehungen. Außerdem ist der Vertrag von Chapultepec an seine Grenzen gestoßen. Unser Land braucht heute Vorschläge, die darüber hinausweisen. Das betrifft nicht nur Regierung und FMLN sondern alle Parteien. Es geht um grundlegende Dinge wie eine Steuerreform, die Bekämpfung des Drogenhandels, die Säuberung der Justiz etc. Diese Probleme können nur mit Hilfe eines nationalen Pakts bewältigt werden. Die

Friedensverträge werden nicht in Frage gestellt. Aber ihr praktisches Ergebnis, die Wiedereingliederung der demobilisierten Kriegsteilnehmer, ist spätestens Mitte nächsten Jahres abgeschlossen.

Zu Ihrer politischen Zukunft. Wie soll die Trennung von der FMLN vonstatten gehen?

In der nächsten Zeit sind Vereinbarungen über die Auflösung der FMLN nötig. Wir entscheiden in der jeweiligen Phase und machen deshalb keine langfristigen Vorhersagen. Aber es wird zu einer grundlegenden Neugruppierung der politischen Kräfte kommen. Wir haben keinerlei Absicht, in einer Meisterschaft revolutionärer Organisationen mitzumischen. Das wäre absurd. Statt dessen wird sich das ERP dafür stark machen, eine Mitte-Links-Partei zu formieren, die ARENA bei Wahlen Paroli bieten kann. Uns geht es nicht darum, Posten zu besetzen oder Joaquín Villalobos zum Präsidentschaftskandidaten zu küren. Wir wollen vielmehr die nachdenklichen Teile der Mittelschichten dazu ermuntern, eine derartige Partei zu gründen und sich mit Leuten zu verbünden, die vielleicht noch nie Politik gemacht haben.

Es zeichnet sich ab, daß ihre Organisation, der "Nationale Widerstand" und die kleine sozialdemokratische MNR Teile dieser neuen Partei sein könnten. Denken Sie darüberhinaus auch an einen Teil der Christdemokratie, zum Beispiel die Leute um Abraham Rodríguez?

Die Entscheidungen werden im entsprechenden Moment gefällt, so daß ich jetzt dazu noch nicht Stellung nehmen kann. Aber meiner Meinung nach wird die politische Landschaft El Salvadors von je einer großen Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Partei sowie von einer kleinen rechts- und linksextremen Partei geprägt sein.

Wie ist es um die Basis Ihrer Partei bestellt? Haben Sie keine Angst davor, daß sie sich angesichts Ihrer Abstimmungsbündnisse mit ARENA auf und davonmacht?

Unsere Haupteigenschaften sind Kühnheit und die Bereitschaft, Wagnisse einzugehen. Das hat unser ganzes Leben geprägt. In der Politik und im militärischen Bereich haben wir uns nie gescheut, uns in Gefahr zu begeben. Unsere Leute wurden nicht an der Lomonosov-Universität oder in Havanna ausgebildet. Orthodoxie ist nicht unsere Sache. Unsere Leute sind risikobereit, Abenteuer machen ihnen Spaß.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Albert Sterr am 2. November 1994 für die in Zürich erscheinende "WOZ"

27. "Gottesstaat" Iran unter Druck

Autor: Bernh. · Rubrik: Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:34

Im Iran bröckelt es in der Betondecke der "Islamischen Republik". Wegen sinkender Ölpreise schwindet die Fähigkeit des Regimes, soziale Widersprüche abzumildern. Auch außenpolitisch ist mit zunehmend schwächerer Finanzkraft seine Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Aufgrund iranischer Zahlungsunfähigkeit und hoher Verschuldung bei deutschen Konzernen ist der Handel mit der BRD um gut die Hälfte zurückgegangen und vom Handel mit den USA überholt worden. Deren Position war aufgrund ihrer Verbundenheit mit dem Schah nach der Errichtung der islamischen Herrschaft unter Ayatollah Khomenei anfänglich erheblich geschwächt worden - zugunsten Japans und Westdeutschlands.

Im Iran der "Islamischen Republik" besteht eine Art Doppelherrschaft von Klerus und Militär, die bereits angelegt wurde, als die monarchische Herrschaft des Schah 1979 zerbrach. Obwohl nach außen hin Gegner, verhandelten damals die Militärs - die Stütze des kaiserlichen Regimes - und die schiitische Geistlichkeit hinter den Kulissen über eine möglichst bruchlose Übernahme der Macht. Während der revolutionären Unruhen drohte die Gefahr einer "Zersetzung" der Armee durch Meutereien und Desertionen.

Wegbereiter des Machtübergangs vom alten Regime auf die religiösen Führer war das Weiße Haus in Washington, das während der ganzen Umsturzperiode nie den Kontakt zu den höchsten militärischen Kommandostellen im Iran abreißen ließ. Anfang Februar 1979 - der Schah war bereits im Exil, und der von ihm eingesetzte Premierminister Schahpur Bakhtiar stand einer äußerst schwachen Regierung vor - gelang es den Unterhändlern von US-Präsident Jimmy Carter, die Generäle davon zu überzeugen, daß eine religiöse Macht - gepaart mit nationalistischem Eifer - die beste Absicherung gegen den "sowjetischen Einfluß" sei. Damit waren die während des Umsturzes erstarkende linke Bewegung und die Selbstverwaltung der Arbeiterräte in den Betrieben gemeint.

Kaum saßen Militärs und Religiöse an einem Tisch, kam es am 9. Februar 1979 in Teheran zu militanten Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Aufständischen und pro-revolutionären Soldaten, die Waffen an das Volk auf der Straße verteilten, auf der einen Seite und Resten der kaiserlichen Garden auf der anderen Seite. Daraufhin wurde in größter Eile auf einer Geheimversammlung zwischen Vertretern des religiösen "Volkstribunen" Ayatollah Khomenei und den Militärs die Übergabe der politischen Macht an die Geistlichkeit vereinbart.

Diese Allianz herrscht bis heute im "Gottesstaat" Iran. Zwar dominiert der schiitische Klerus nach außen hin die islamische Republik total, doch würden die Religiösen nicht einmal kurzfristig an der Macht überleben, könnten sie sich nicht auf die Bajonette der Armee stützen. Zwar existiert noch heute eine mobilisierbare Basis der Gottesstaats-Anhänger, die sich sozial in erster Linie aus einer Art Subproletariat zusammensetzt: Einwanderer, die vom Land in die überbordenden Städte kommen und oft in Elendsvierteln am Rand der Großstädte leben, und proletarisierte Bauern. Diese Schichten sind stark religiös geprägt und verdanken - da sie in ihrer sozialen Lage kaum etwas zu verlieren haben - der religiösen Diktatur ihren relativen Aufstieg: Das Regime schickt sie als gewalttätige Stoßtrupps in den Banden der "Hizbollah" ("Partei Gottes") auf die Straßen oder steckt sie in die Uniformen paramilitärischer Truppen wie der "Revolutionswächter" (Pasdaran).

Diktatur ohne Massenbasis

Dennoch ist in der gesamten Gesellschaft, selbst innerhalb dieser subproletarischen Schichten, die Zustimmung zur Diktatur auf breiter Linie zusammengebrochen. Bereits Ende 1980, nach anderthalb Jahren, befanden sich unter den Bedingungen weitverbreiteter Desillusionierung über die gesellschaftlichen Perspektiven der "Islamischen Republik", in deren Namen dereinst soziale Gerechtigkeit und Freiheit versprochen worden waren, die Kleriker "lab-e dare", "am Rand des Tales". Der im September 1980 beginnende Iran-Irak-Krieg war daher ein Segen für die Diktatur, die die Gelegenheit beim Schopf packte und für eine tiefgreifende "Säuberung" und Vernichtung der oppositionellen Elemente nutzte - wie übrigens spiegelbildlich auch das Saddam-Hussein-Regime auf der anderen Seite der Grenze. Schon damals begann sich die Herrschaft der grausamen alten Männer unter dem Imam Khomenei überwiegend auf die Macht der Waffen zu stützen.

Nach wenigen Jahren war für den größten Teil der IranerInnen offenkundig, daß dieses "göttliche" Regime außer Verboten und ideologischen Maßregelungen keinerlei positive Perspektiven zu bieten hatte. Mitunter nahm die totalitäre Reglementierung aller Lebensbereiche skurrile Züge an. Nicht nur, daß alle Frauen unter den Tschador gezwungen wurden und Alkoholgenuß mit Peitschenhieben bestraft wird. Auch das Schachspiel, das im Iran traditionell einen hohen Stellenwert einnimmt, wurde als "gottlose Gedankenverschwendung" verboten. Erst 1989 brachte einer seiner Berater dem Ayatollah Khomenei bei, daß es sich bei Schach nicht um ein (vom Islam verbotenes) Glücksspiel handele - daraufhin wurde das Schachspiel wieder zugelassen.

Doch die totale Erfassung der Gesellschaft war nicht nur skurril, sondern auch lebensgefährlich für jede gegnerische Regung. So wurden die EinwohnerInnen Teherans aufgerufen, auf die Dächer ihrer Häuser zu steigen und dort zu beten. Dabei wurden sie mit riesigen Kameras gefilmt, und die Aufnahmen wurden systematisch nach MitbewohnerInnen durchgesehen, die den Aufruf nicht befolgt hatten. Deren Bilder wiederum wurden abgeglichen mit Fotos von oppositionellen Demonstrationen und Protestaktionen.

Die islamische Kulturrevolution ist indes gescheitert. Real stattgefunden hat vielmehr eine beinahe schizophrene Aufspaltung des Verhaltens: in der Öffentlichkeit einerseits und in den eigenen vier Wänden andererseits. Obgleich das hochgefährlich ist, lassen sich überall Alkohol und Drogen auftreiben. Die Opiumsucht ist weit verbreitet - einer der prominentesten Opiumkonsumenten ist der Sohn des verstorbenen "Revolutionsführers", Ahmad Khomenei. Obwohl immer wieder Razzien nach "westlich-dekadenten" Videos stattfinden, sind diese weit verbreitet - größter Popularität erfreuen sich etwa bundesdeutsche Musikvideos aus den 80er Jahren mit den Sängerinnen Nena und Sandra.

Den Militärs, deren Uniform im Straßenbild präsent sind, und der Bourgeoisie ist die Absetzbewegung von den ideologischen Grundlagen der "Islamischen Republik" auch bewußt. Bereits in den 80er Jahren gab es einen Flügel der Öl- und Schwerindustrie, dessen Sprachrohr die Zeitung "Abrar" war und der mit der "türkischen Lösung" einer Militärdiktatur ohne Religiöse sympathisierte. In den letzten Monaten gibt es eine Tendenz zum Rückzug des Klerus aus der Politik. Innerhalb der untereinander vielfach gespaltenen Geistlichkeit plädiert eine Strömung für die Beschränkung auf theologische Aufgaben. Im Februar dieses Jahres wurden 76 politische Organisationen und Berufsverbände zugelassen, natürlich nur solche, die die Herrschaft des Klerus nicht in Frage stellen; 400 hatten sich beworben. Seit rund zwei Jahren erscheint auch eine recht unideologische, äußerst populäre Zeitung des Bürgermeisters von Teheran, "Ham-Schari" (Mitbürger), die sich mit sozialen und ökologischen Problemen befaßt - natürlich auch ohne wirkliche Kritik am Regime.

Gleichzeitig muß die Gesellschaft aber auch immer neue Kampagnen und Verbote über sich ergehen lassen, etwa jüngst gegen die Satellitenantennen, mit denen in vielen Häusern westliche Programme empfangen werden. In der jüngsten Krise nun veröffentlichten alte Generäle einen Offenen Brief an das klerikale Oberhaupt Khameini (nicht zu verwechseln mit dem verstorbenen Khomenei!) mit der Warnung, die nationale Sicherheit sei bedroht. Zwischen den Zeilen stand auch deutlich zu lesen, daß weder Armee noch Polizei zur Niederschlagung von Unruhen bereit seien. Daraufhin publizierte auch der General im Ruhestand Azizallah Amir-Rahimi ein öffentliches Schreiben, worin er über die Geistlichkeit schrieb: "Ein Land sollte nicht von jenen regiert werden, die am schlechtesten qualifiziert sind." Der 69jährige forderte eine "Regierung der nationalen Rettung" und eine "Aussöhnung mit den USA" - ein Wink in Richtung Militärregierung. Amir-Rahimi wurde vorübergehend festgenommen, doch wieder freigelassen.

Protest und Nationalismus

Ein spürbarer Erdstoß war das Wagnis von 134 Intellektuellen, Schriftstellern, Professoren und Filmregisseuren, einen an die Machthaber adressierten Offenen Brief zu publizieren - mit der Forderung nach sofortiger und vollständiger Aufhebung der Zensur und der Ankündigung, eine unabhängigige Gewerkschaft gründen zu wollen. Auslöser dieser Mut erfordernden Aktion war die Verhaftung des bekannten und äußerst populären Schriftstellers Said Sirdjani, der unter dem Verwand "unmoralischen Lebenswandels" (Homosexualität, Alkohol, Drogen) seit April 1994 in Haft gehalten wird und angeblich gestanden haben soll, CIA-Agent zu sein; damit droht ihm der Tod.

Sirdjani, dessen Bücher zu (inoffiziellen) Bestsellern avanciert sind, stellt in seinen Werken zwei Pole gegeneinander: die Religion und die Nation. In seinem Buch "Das Gesicht der beiden Frauen" stellt er der Leila, Verkörperung des arabisch-muslimischen Elements, die Schirin als Inkarnation des persisch-nationalen

Elements gegenüber. Sirdjani appelliert an die weitverbreitete Abneigung gegen den Islam als Werk der "barbarischen Araber", die im 8. Jahrhundert den Iran unterwarfen und zwangsislamisierten. Vermutlich auch deswegen ist Sirdjani so populär und damit gefährlich für das Regime. Für viele, die sich enttäuscht von der Religion abwenden, könnte sich der Nationalismus als Alternative anbieten - nun, da alle demokratischen und linken Ansätze organisatorisch im Keim abgetötet worden sind. Das Schah-Regime, das im Rückblick von vielen IranerInnen in rosigen Farben ausgemalt wird, hatte ein Nationalbewußtsein auf Grundlage der "2500jährigen Hochkultur" zu wecken versucht, das vom Islam losgelöst war und auf dem "Ariertum" basierte. (Iran, der Name des alten Persiens seit 1935, kommt von Ariana - "Land der Arier".)

Zwar gibt es immer noch fortschrittliche soziale Ideen und Sehnsüchte, die durch eine anfänglich gelungene Revolution geweckt worden waren. Aber viele sind resigniert angesichts des politischen Ausgangs der Nach-Revolutions-Zeit. Da jeder organisierte fortschrittliche Ansatz in 15 Jahren des Terrors abgetötet wurde, könnte sich der Nationalismus in absehbarer Zukunft als massenwirksamer Treibsatz erweisen.

Dies jedoch müßte im Vielvölkerstaat Iran eine Katastrophe herbeiführen. Auch auf Seiten der Minderheitenvölker, etwa der türkischsprachigen (ein Drittel der Bevölkerung), wächst der Nationalismus als vermeintlich einzige verbliebene Alternative - bei den Kurden hingegen ist noch politische Organisierung vorhanden. 1992 ertönten auf der 1. Mai-Demonstration in Täbriz, die gegen das Regime durchgesetzt werden konnte, auch Parolen wie "Es lebe Groß-Aserbaidschan!" Eine solche Auflösung des Vielvölkerstaates zusammen mit der Krise der islamistisch geführten Zentralmacht könnte jedoch zu einem Blutbad von balkanischen Ausmaßen führen.

Bernh.

28. Bougainville: Kämpfe gehen weiter. Friedensabkommen kam nicht zustande

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:32

Als wir in diesem Frühjahr über die Lage auf der Pazifikinsel Bougainville berichteten, zitierten wir den damaligen Regierungschef Papua-Neuguineas (PNG), Paias Wingti, der angekündigt hatte, daß seine Streitkräfte "bald" in Panguna, dem Hauptquartier der Guerillabewegung Bougainville Revolutionary Army (BRA) und Standort der riesigen Panguna-Kupfermine, sein würden - und wir hatten uns skeptisch über die Realisierungsmöglichkeiten dieser Ankündigung geäußert (siehe ak 365 vom 13.4.94, Bougainville: Guerilla vor dem Ende?). Nun hat Wingti recht behalten: Mitte August gelang es den papuanischen Regierungstruppen (Papua New Guinea Defence Forces - PNGDF), Panguna von der BRA zurückzuerobern.(1) Die Kämpfer der BRA zogen sich in die umliegenden Berge zurück, nicht ohne vorher die Bergwerksgebäude niederzubrennen. Die Einnahme Pangunas stellte für die Regierungsseite zweifellos einen bedeutenden militärischen und politischen Erfolg dar. Mit Panguna wurde die letzte größere von der BRA gehaltene Ortschaft, in der die Guerilla seit Kriegsbeginn ihr Hauptquartier hatte, eingenommen und mit ihr die dort gelegenen Mine - jenes Objekt, das wesentlicher Grund für den Ausbruch des Krieges war.(2)

Allerdings hatte Wingti mit seiner Äußerung auch die Annahme verbunden, daß die Eroberung Pangunas gleichbedeutend mit der Zerschlagung der BRA, der siegreichen Beendigung des Krieges und der Wiederinbetriebnahme der Mine sein würde. Dies aber ist nicht der Fall. Auch nach der Vertreibung aus Panguna ist die BRA noch existent und handlungsfähig; an eine Wiedereröffnung der Mine kann solange nicht gedacht werden wie die Guerilla in der Lage ist, von den umliegenden Bergen aus nahezu jederzeit den Minenbetrieb zu sabotieren. Und es scheint ausgeschlossen, daß es den Regierungstruppen gelingen könnte, die Guerilla in dem unzugänglichen Gelände tatsächlich militärisch endgültig zu besiegen.

Erfolgreiche Verhandlungen

Das schien auch die neue papuanische Regierung - Wingti verlor Ende August sein Amt, der Oppositionspolitiker Sir Julius Chan wurde am 30.8. neuer Premierminister - einzusehen, die deshalb nach der Eroberung Pangunas, also aus einer Position relativer militärischer Stärke heraus, der BRA Friedensverhandlungen anbot.(3) Die Führung der BRA ging auf dieses Angebot ein, allerdings nicht ohne daß es zuvor zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der BRA über den künftigen Kurs gekommen war. Diese Auseinandersetzungen waren sogar soweit gegangen, daß eine BRA-Kommandoeinheit das Büro der BRA-Auslandsvertretung auf den benachbarten Salomonen, von dem aus die Aufständischen in den letzten Jahren ihre Kontakte zur Außenwelt organisiert hatten, verwüstete und erklärte, daß diese Vertretung nicht mehr autorisiert sei, im Namen der BRA zu sprechen.(4) Der verhandlungsbereite Flügel der BRA setzte sich jedoch in den internen Auseinandersetzungen durch, und so begannen am 27.8. in Honiara, der Hauptstadt der Salomonen, Gespräche zwischen offiziellen Regierungsvertretern Papua-Neuguineas und dem militärischen Führer der BRA, Sam Kauona, über die Aufnahme von Friedensverhandlungen und die Einstellung der Kämpfe. Diese Gespräche verliefen so erfolgreich, daß am 3.9. Premierminister Chan und BRA-Führer Kauona das "Honiara Commitment to Peace on Bougainville" unterzeichneten.(5) Diese Vereinbarung sah unter anderem vor:

- Verbleib der Truppen beider Seiten in ihren aktuellen Stellungen bis zum Inkrafttreten eines Waffenstillstands

- die Entsendung einer internationalen südpazifischen Friedenstruppe nach Bougainville, die den Waffenstillstand überwachen und die Sicherheit der Teilnehmer von Friedensverhandlungen gewährleisten sollte

- die sofortige Aufhebung der über die BRA-kontrollierten Inselteile verhängten Wirtschaftsblockade

- schließlich die Einberufung einer Friedenskonferenz auf und für Bougainville spätestens bis zum 10.10.94. Themen der Friedenskonferenz sollten eine Amnestie für die Guerilla-Kämpfer, Versöhnung, Kompensationen und Wiederaufbau sowie der künftige politische Status von Bougainville sein.(6)

Am Rande der Gespräche in Honiara machte die BRA-Führung deutlich, daß sie bei den Friedensverhandlungen allerdings nicht über eine mögliche Wiederinbetriebnahme der Mine zu sprechen

wünsche. (Sam Kauona: "Diese Mine hat uns soviel Leid gebracht, wir können darüber einfach nicht sprechen."(7)) Ob dieser Standpunkt aber zu einem entscheidenden Hindernis für den Erfolg der Friedensverhandlungen geworden wäre, ist fraglich: Die australische Bergwerksgesellschaft "Conzinc Riotinto of Australia (CRA) scheint es mit der sofortigen Wiedereröffnung der Mine jedenfalls nicht eilig zu haben. CRA-Vertreter wiesen wiederholt darauf hin, daß das Monate dauern und 450 Mio. US-Dollar kosten würde. Und der Regierung Papua-Neuguineas geht es mittlerweile mehr ums Prinzip als um die Panguna-Mine speziell: Sie will dem ausländischen Kapital beweisen, daß Investitionen in Papua-Neuguinea "sicher" sind, daß die Regierung in der Lage ist, den multinationalen Konzernen die Kapitalverwertung zu garantieren, indem sie auch abgelegene Gebiete des Staatsterritoriums zu kontrollieren und eine widerspenstige Bevölkerung notfalls mit repressiven Methoden erfolgreich niederzuhalten vermag. Um diesen Nachweis geht es zuerst auf Bougainville, denn als Einnahmequelle sind in den letzten Jahren andere Minen an die Stelle von Panguna getreten (Ok Tedi, Porgera, Mt. Kare und andere), so daß eine Wiederinbetriebnahme Pangunas im Hinblick auf die Staatsfinanzen zwar wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig erscheint.

Abmachungen

nicht eingehalten

Das Übereinkommen von Honiara wurde allgemein als "historischer Durchbruch" zum Frieden gefeiert - sowohl in Papua-Neuguinea und auf Bougainville als auch in Australien und in der internationalen Öffentlichkeit. Zunächst entwickelten sich die Dinge auch planmäßig: am 8.9. trat der Waffenstillstand in Kraft, am 12.9. billigte das papuanische Kabinett die Vereinbarung von Honiara, am 14.9. unterzeichneten Chan und der australische Premier Keating ein Abkommen über die australische Unterstützung der internationalen Friedenstruppe (Australien sollte die Truppe finanzieren, ausbilden und logistisch unterstützen).(8) Daraufhin wurden in Australien 400 Soldaten aus Fiji, Vanuatu und Tonga zusammengezogen und von australischen Militärs auf ihre Aufgabe als internationale Friedenstruppe vorbereitet. Anfang Oktober traf diese Truppe auf Bougainville ein, die Friedensverhandlungen sollten am 10. Oktober beginnen. Doch dazu kam es nicht mehr. Die BRA-Führung erschien nicht zu den angesetzten Verhandlungsterminen in Arawa, der Inselhauptstadt. Sie warf der Gegenseite vor, sich nicht an die in Honiara vereinbarten Abmachungen gehalten zu haben und begründete ihr Nichterscheinen ferner mit der Befürchtung, daß bei den Friedensverhandlungen nicht für ihre Sicherheit gesorgt werden könne. In der Tat hatten die Regierungstruppen die Zeit des Waffenstillstands genutzt, um ihre Positionen in und um Panguna herum auszubauen. Ferner hatten die PNGDF entgegen den Waffenstillstandsvereinbarungen die Region um den Verhandlungsort Arawa nicht geräumt. Diese Verstöße gegen das Honiara-Abkommen geschahen trotz Anwesenheit der internationalen Friedenstruppe; ob ohne deren Wissen oder gar mit deren Billigung, ist unklar. Die BRA-Führung jedenfalls warf der Gegenseite sogar vor, unter dem Deckmantel der "Friedenstruppe" australisches Material, Waffen und Munition zur Unterstützung der Regierungstruppen auf die Insel geschafft zu haben.(9) Überhaupt habe Australien, das lediglich logistische Unterstützung für die Friedenstruppe leisten sollte, zu großen Einfluß in der Friedenstruppe, die abmachungswidrig von einem australischen General geführt wurde.(10)

In ihrem Verdacht, die Friedensverhandlungen seien eine Finte, um der Führung der BRA habhaft werden zu können, wurde die Guerilla bestärkt durch die Tatsache, daß der lokale BRA-Kommandant der Arawa-Region, der sich am 19.10. zum Verhandlungsort begeben hatte, um den Abzug der Regierungstruppen aus Arawa zu fordern, nur knapp mit dem Leben davonkam: sein Wagen wurde von Regierungssoldaten beschossen, er wurde verwundet und mußte sich in wilder Flucht davonmachen.(1)

BRA in der Defensive

Zur Zeit sieht es so aus, als wenn ein weiterer Versuch, den Krieg auf Bougainville auf dem Verhandlungswege zu beenden, gescheitert ist. Die Kampfhandlungen wurden wieder aufgenommen, die Blockade der Insel verschärft, die Friedenstruppen haben die Insel Ende Oktober wieder verlassen - obgleich BRA und Zivilbevölkerung ihr Bleiben gefordert hatten. Ein langwieriger zäher Kleinkrieg ist zu erwarten, in den sich neben den Regierungstruppen auf der einen und der BRA auf der anderen Seite zusehends weitere unkontrollierbare Kräfte einschalten: lokale "Selbstverteidigungskräfte" von gegen die BRA eingestellten Clans, die auf eigene Rechnung, aber teilweise mit Unterstützung der PNGDF die BRA verfolgen, aber auch selbsternannte "unabhängige BRA"-Einheiten, die nicht mehr von der BRA-Führung kontrolliert werden (Anhänger des Kargo-Kults sollen hierbei eine nicht unerhebliche Rolle spielen). Der Krieg scheint sich

weitgehend verselbständigt zu haben. Die politischen Ziele treten zusehends in den Hintergrund, und es wird immer zweifelhafter, ob und wie die verfeindeten Seiten diese militärisch durchsetzen könnten. Die BRA-Führung ist von ihrem politischen Ziel einer unabhängigen "Republik Bougainville" weiter entfernt als je zuvor, der Rückzug aus Panguna hat ihre militärische Schwäche offenbart, sie ist militärisch eindeutig in der Defensive. Daß sie noch die Bevölkerungsmehrheit auf ihrer Seite hat, ist ebenfalls mehr als fraglich, augenscheinlich hat sie die Sympathien größerer Bevölkerungsteile verloren, weil sie nicht fähig war, in ihrem Einflußbereich "Ruhe und Ordnung" zu gewährleisten und Bündnisse mit dubiosen Elementen wie den erwähnten Kargo-Kult-Anhängern eingegangen ist. Sie erscheint vielen Bewohnern der Insel allenfalls noch als das kleinere Übel im Vergleich zu den Regierungstruppen, die sich nach wie vor wie Besatzer aufführen. Die Vereinbarung von Honiara war seitens der politischen Köpfe der BRA sicher ein Versuch, aus der Sackgasse herauszukommen. Wenn man sich die für die Friedensverhandlungen vereinbarte Agenda anschaut, so zeigt sich, daß eigentlich alle Themen, die der BRA wichtig sind, verhandelt werden sollten. Und auch die Aufstellung der internationalen Friedenstruppe war zunächst ein Erfolg für die BRA: Sie hatte stets eine solche Truppe gefordert, während die papuanische Regierung eine solche Internationalisierung der Bougainville-Krise immer abgelehnt hatte, weil es sich um eine "innere Angelegenheit" Papua-Neuguineas handele. Daß es zu den Friedensverhandlungen nicht gekommen ist, muß daher für die BRA-Führung enttäuschend sein. Die Wiederaufnahme der Kämpfe ist daher vor allem als Ausdruck von Ausweglosigkeit zu werten. Zugleich weiß die BRA allerdings auch, daß sie selbst in einem Zustand militärischer Schwäche wie gegenwärtig immer noch in der Lage ist, die Wiederinbetriebnahme der Panguna-Mine zu verhindern und den Regierungstruppen weiterhin einen Kleinkrieg im Dschungel zu liefern. Die Guerilla kann also auf Zeit spielen und hoffen, daß sich die Bedingungen perspektivisch wieder verbessern, zumal sie unter den Clans in der unmittelbaren Umgebung der Mine nach wie vor ausreichend Unterstützung findet.

Die Motive auf der Gegenseite einzuschätzen ist schwierig. Daß die Regierung Chan die Friedensverhandlungen tatsächlich als "Falle" für die BRA-Führung benutzen wollte, ist möglich, aber doch schwer vorstellbar. Immerhin hätte Chan mit der Beendigung des Krieges auf Bougainville durch Abschluß eines Friedensvertrags gleich zu Beginn seiner Amtszeit einen großen politischen Erfolg feiern können - der "staatsmännischer" und damit politisch vorzeigbarer und mit Sicherheit auch dauerhafter - gewesen wäre als die Festsetzung oder gar Ermordung der BRA-Führung. Angesichts der militärischen Schwäche der BRA hätte er nicht befürchten müssen, der Gegenseite in den Verhandlungen allzu große Zugeständnisse machen zu müssen. Insbesondere hätte er Bougainville in den Staatsverband von Papua-Neuguinea "heimholen" können, die Sezessionsdrohung wäre vom Tisch gewesen, denn auch der BRA-Führung war klar, daß sie auf der Friedenskonferenz nicht die staatliche Unabhängigkeit Bougainvilles hätte erhandeln können, es wäre lediglich um den Grad der Autonomie der Insel innerhalb PNG's gegangen. Daß es zu den Verhandlungen gleichwohl nicht kam, kann daran gelegen haben, daß die politische Führung auf Regierungsseite einmal mehr nicht in der Lage war, ihren militärischen Apparat zu kontrollieren, und daß die "Falken" im Militär bewußt den Friedensprozeß sabotiert haben. Einige Indizien sprechen für diese Vermutung: der Feuerüberfall auf den lokalen BRA-Kommandeur, die Nichteinhaltung der Waffenstillstandsregelungen. Die Militärführung will nach wie vor eine endgültige militärische Lösung. Also wird der Krieg weitergehen - jedenfalls solange die australische Regierung die PNGDF weiter finanziert und ausrüstet. Zwar hat die australische Seite in letzter Zeit mehrfach deutlich gemacht, daß sie eine militärische Lösung nicht für möglich hält,(12) weswegen sie auch den Friedensprozeß vehement begrüßt und unterstützt hat. Ebenso hat sich auch CRA, die australische Bergwerksgesellschaft, die die Panguna-Mine betrieb, geäußert.(13) Aber noch hält sich Australien offensichtlich auch andere Optionen offen. Denn andernfalls hätte sie den papuanischen Militärs die Unterstützung entziehen müssen und auch können. Das aber ist (noch?) nicht passiert.

Vo

Anmerkungen:

1) Siehe Far Eastern Economic Review, 8.9.94

2) Zur Erinnerung: Die von einem australischen Bergbauunternehmen betriebene Panguna -Kupfermine war in den 70er und 80er Jahren eine der größten Tagebauminen der Welt und die wichtigste Einnahmequelle des Staates Papua-Neuguinea. Der Betrieb der Mine verursachte verheerende ökologische Schäden auf Bougainville. Die Weigerung der papuanischen Zentralregierung und des australischen Bergwerkkonzerns, etwas gegen die ökologischen Zerstörungen zu unternehmen und die lokale Bevölkerung an den Gewinnen

der Mine zu beteiligen, führten 1988 schließlich zu Sabotageaktionen gegen die Mine, die ihre Stillegung bewirkten. Seit Anfang 1989 führten BRA und papuanische Regierungstruppen dann einen erbitterten Krieg um die Wiedereröffnung der Mine. Vgl. zu diesen Hintergründen des Krieges auf Bougainville ausdrücklich ak 361 vom 15.12.93)

3) Far Eastern Economic Review, 15.9.94

4) pazifik aktuell, August 1994

5) Jane's Defence Weekly, 10.9.94

6) Vgl. ECSIEP Bulletin, Vol. 2, No. 5, August/September 1994, sowie Pacific Research, Vol. 7, No. 3, August 1994

7) ebd.

8) Jane's Defence Weekly, 24.9.94

9) Neue Zürcher Zeitung, 19.10.94

10) Frankfurter Rundschau, 24.10.94

11) Ebd.

12) Diese Erkenntnis brachte eine Delegation australischer Parlamentarier, die im April Bougainville bereiste, mit nach Hause; s. Pacific Research, Vol. 7, No. 2, May 1994 sowie Islands Business Pacific, May 1994

13) Far Eastern Economic Review, 8.9.94

29. Haiti - Die andere Invasion

Wende in der US-Politik?

Autor: Ein Genosse der anti-rep- Kommission · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; USA; Haiti · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:38

Am 19. September landeten US-Soldaten an der Küste Haitis mit dem erklärten Ziel, den 1991 durch einen Militärputsch gestürzten "Volkspräsidenten" Jean-Bertrand Aristide, wieder ins Amt zu bringen. Für den Kommentator der "Frankfurter Rundschau" steht diese Aktion für "die Wende", für einen "historischen Einschnitt" in der US-Politik. "Alle, die hier wieder - in altlinkem Reflex - eine böswillige und dauerhafte US-Intervention zum Schutz der herrschenden Eliten oder zur Durchsetzung der ökonomischen Interessen der USA befürchteten, haben die Qualität dieser Invasion auf Haiti nicht verstanden." Tatsächlich - und das sei das Neue - seien die USA als "Beschützer der Demokratie" aufgetreten. (FR 20.10.; ähnliche Töne waren auch in der taz zu vernehmen)

Der Einmarsch der US-Truppen löste bei vielen HaitianerInnen Jubel aus. Sie hoffen auf ein Ende der blutigen Unterdrückung durch das Militärregime und seine "zivilen" Todesschwadrone. Sie hoffen auch auf das Ende der nackten Not. Die sozialen Bedingungen in Haiti sind geprägt von verbreiteter Unterernährung. Das UN-Embargo führte zu drastisch gestiegenen Lebensmittelpreisen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 80 %. Über die Hälfte aller haitianischen Kinder im Vorschulalter leiden unter Nahrungsmangel. Mit 54 Jahren ist die durchschnittliche Lebenserwartung die geringste auf dem gesamten amerikanischen Kontinent.

Das Wirtschaftsprogramm, welches die Aristide-Regierung aus dem Exil mitgebracht hat, ist kaum geeignet, das Elend zu lindern und in "würdige Armut" zu verwandeln, wie das Aristide in seiner Regierungserklärung versprochen hat. Dieses am 26.8. in Paris von Weltbank, IWF, Interamerikanischer Entwicklungsbank und haitianischer Exil-Regierung präsentierte wirtschaftliche "Wiederaufbauprogramm" trägt ganz die Handschrift seines Autors Leslie Delatour, der früher für die Weltbank arbeitete. Es sieht unter anderem die Reduzierung der öffentlichen Verwaltung vor, bei der die Hälfte der 45.000 Beschäftigten ihren Job verlieren sollen, sowie eine Privatisierung "unrentabler" Staatsbetriebe und öffentlicher Dienste. Die ohnehin völlig unzureichende Sozialversorgung soll weiter zusammengestrichen werden. Zölle und andere Importrestriktionen sollen abgebaut, Einschränkungen für Auslandskapital großteils oder ganz aufgehoben werden. "Es liest sich wie ein solides Strukturanpassungsprogramm von der Universität Chicago oder der Weltbank", befand der frühere US-Botschafter Preeg. (Newsweek, 3.10.94) Aristide wurde dieses Programm aufgezwungen, ohne daß er sich auch nur mit seinen ehemaligen Ministern beraten konnte.

Weltbankprogramm

oder Mindestlöhne?

Eine der ersten wirtschaftlichen Maßnahmen der Aristide-Regierung, die drastische Erhöhung der Benzinpreise (mehr als doppelt so hoch gegenüber dem Vor-Embargo-Niveau), liegt voll auf der Linie des "amerikanischen Plans". Berichten zufolge regiert Aristide umgeben von amerikanischen Beratern, abgeschottet durch Sicherheitskräfte, ohne Kontakte zu den politischen Basisinitiativen und zur Bevölkerung, die ihn 1990 mit mehr als Zweidrittelmehrheit in sein Amt wählte. Bei der Zusammenstellung seines Kabinetts folgte er dem "Drängen" seiner US-Berater "auf pragmatische Personalentscheidungen unter Einschluß der kleinen haitianischen Wirtschaftselite". (FAZ, 31.10.94) Es wird sich zeigen, ob Aristide vollends zur "Marionette der Amerikaner" geworden ist, wie der "Spiegel" mutmaßt, oder ob er die "Unberechenbarkeit" bewahrt, die ihm die CIA seinerzeit attestierte.

Der Befreiungstheologe Aristide war während seiner Regierungszeit keineswegs als Revolutionär aufgetreten. Er hatte den Reichen kein Härchen gekrümmt und keine ihrer Fabriken verstaatlicht. Doch seine Ankündigung von Steuerreformen hatte die schmale Oberschicht verärgert, die auf Einkommen und Vermögen bis dahin praktisch keine Steuern zu zahlen hatte. Und dann wollte er den seit 1983 auf einen Dollar (pro Tag wohlgemerkt!) festgeschriebenen Mindestlohn auf 50 Cent/Stunde anheben. Das hätte die von US-Firmen beherrschte haitianische Montageindustrie getroffen, in der bis zu 160.000 Menschen zu unschlagbar günstigen Bedingungen ausgebeutet werden. "Lohnsysteme", warnte damals die US-"Entwicklungshilfe"organisation AID, "sollten kein Forum für Sozialprogramme sein". Auch die

Ankündigung von temporären Preiskontrollen für Lebensmittel, um eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, sowie Überlegungen zur Einführung einer Rentenversorgung lösten in der Washingtoner AID-Zentrale Unmut aus: Die neue Regierung habe "Entscheidungen getroffen, die in hohem Maße für das wirtschaftliche Wachstum schädlich gewesen seien". (zit. nach ila 173, März 94)

Militärputsch à la CIA

Aristide stand mit seinen Reformplänen nicht allein. Er war Kandidat der "Lavalas" gewesen, eines Bündnisses von christlichen Basisinitiativen, Studentengruppen, Bauernorganisationen, Gewerkschaften und Teilen der Bourgeoisie, die der hemmungslosen "Kleptokratie" der herrschenden fünf Familien überdrüssig waren. Als politische Massenbewegung hatte Lavalas eine gewaltige gesellschaftliche Dynamik entfaltet, die nicht nur zu dem überwältigenden Wahlsieg Aristides führte, sondern die auch von der korrupten Oberschicht und von den USA als ernsthafte Bedrohung empfunden wurde.

Die Folgen sind bekannt: Nach kaum siebenmonatiger Regierungszeit Aristides putschte am 30.9.1991 das Militär unter Armeechef Raoul Cédras. Weniger bekannt ist, daß sich der lokale CIA-Chef Donald Terry während des Putsches im Hauptquartier der Streitkräfte aufhielt. Ebenfalls zugegen war der CIA-Agent Patrik Collins. Die Angaben darüber stammen aus einem Interview der US-Zeitschrift "The Nation" (7.10.94) mit Emmanuel Constant, dem Chef der "Fortschrittspartei" FRAPH. Constant stand schon seit 1987 auf der Gehaltsliste der CIA. Auf Treffen zwischen Collins und Constant wurde 1991 die Gründung der FRAPH beschlossen, um ein Gegengewicht zur Lavalas-Bewegung zu bilden. Sie rekrutierte zahlreiche "tontons macoutes" aus der Terrortruppe des verflossenen Diktators Duvalier. "Newsweek" (17.10.94) bestätigt die Rolle Constants als CIA-Agent. (Sie habe im Frühjahr dieses Jahres wegen größerer Drogendeals Constants' ein Ende gefunden - was man glauben kann oder nicht.) "Aus Geheimdienstquellen" wisse man weiter, daß auch der berüchtigte Polizeichef Michel François von der CIA bezahlt worden sei; sein Bruder Evans habe über Jahre auf deren Gehaltsliste gestanden.

Beim und unmittelbar nach dem Militärputsch auf Haiti wurden 3.000 Lavalas-Aktivisten und Anhänger Aristides ermordet. Wo nicht Militär und Polizei selbst die Morde verübten, waren es "zivile" Killerkommandos, die "attachés". Sie wurden zumeist von der FRAPH gestellt, ausgebildet wurden sie durch Polizei und Armee, die Anführer waren häufig Offiziere. Durch die attachés errichtete die Oligarchie eine Terrorherrschaft in den Dörfern und Stadtvierteln, der in den letzten drei Jahren weitere 2.000 Menschen zum Opfer fielen. Zum Arsenal der attachés gehörten neben Entführungen auch systematische Vergewaltigungen von Lavals-Anhängerinnen.

In den fünf Monaten vor der US-Intervention erreichte dieser Terror einen neuen Höhepunkt. Ein US-Offizier für psychologische Kriegsführung berichtete, daß mit Hilfe eingeschleuster Agenten und "demonstrativer Mordanschläge" das haitianische Militär "die Zivilgesellschaft und die Sozialstrukturen, die dazu dienen könnten, einen Aufstand vorzubereiten, weitgehend zerstört hat". (zit. nach WoZ, 7.10.)

"Ehrenvoller Rückzug"

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß den USA nicht nur ein "ehrenvoller Rückzug" der Militärjunta am Herzen lag, sondern mehr noch die Verabschiedung einer Amnestie für die begangenen Verbrechen. Die diversen schmutzigen Deals, die den Militärs ihre Abdankung versüßen sollen, umfassen unter anderem die Freigabe von 79 Mio. Dollar, die die Offiziersriege auf US-Konten deponiert hat. Die US-Botschaft hat drei Villen von Cédras angemietet, wofür sie monatlich 3.000-5.000 Dollar an ihn zahlt. Die größte politische Sprengkraft birgt jedoch die Amnestieregelung. Das haitianische Parlament hat sich hier nicht völlig dem US-Diktat unterworfen. Die Amnestie gilt für den Putsch, aber nicht automatisch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die danach begangen wurden. Trotz der Versöhnungsappelle der Regierung fordert die Volksbewegung energisch die Bestrafung der Schuldigen für den jahrelangen Terror.

Dagegen nehmen US-Truppen immer wieder bekannte Mörder und Folterer in Schutz. Anfang September hatte einer der Chefstrategen des Pentagon bei der Vorbereitung der Haiti-Mission in einem Hintergrundgespräch von gemeinsamen Patrouillien von US-Truppen und haitianischer Rumpf-Armee gesprochen. Gemeinsam werde man die "Ordnung aufrechterhalten", "wenn irgendwer von den Hügeln einen Aufstand anfangen will". Zu den potentiellen Aufständischen zählte er "Aristide-Anhänger im Geiste von Lavals". (nach: The Nation, 3.10.)

Dieser Ankündigung entspricht vielfach die heutige Praxis: In Port Goave etwa traten U.S. Special Forces Seite an Seite mit dem lokalen Armeechef auf, der ein bekannter Mörder und Organisator der örtlichen FRAPH ist. Sie trieben gewaltsam eine tausendköpfige Demonstration auseinander, die die Entwaffnung und Entlassung eines anderen Armeeoffiziers forderte, der auch nach der Landung der Amerikaner mehrfach Zwischenfälle provoziert hatte.

Die USA zeigen sich entschlossen, eine Zerschlagung der verhaßten Machtstrukturen durch die Bevölkerung und die Basisbewegung zu verhindern. Schon vor der Invasion erklärte ein Geheimdienstoffizier im Hinblick auf Massendemonstrationen: "Ganz einfach. Ihr laßt es nicht zu. Es wird nichts derartiges geben, solange Ihr dort seid." (The Nation) Die Marine-Eingreiftruppe, die auf Haiti vorrückte, soll ihre schweren Waffen gegen Aufruhrbekämpfungsmittel, darunter Schilde, Gasmasken und schwere Knüppel, vertauscht haben. (nach: The Nation)

Vor allem außerhalb der Hauptstadt kommt es immer wieder zu blutigen Überfällen von attachés, die ihre ungebrochene Macht demonstrieren. Selbst UN-Vertreter haben mittlerweile dagegen protestiert, daß die US-Truppen keine ernsthaften Anstrengungen unternehmen, die paramilitärischen Gruppen zu entwaffnen.

Ein Zugeständnis an die Forderung nach Gerechtigkeit in der Bevölkerung war eine Anfang Oktober pressewirksam in Szene gesetzte Razzia im Hauptquartier der FRAPH, bei der 20 attachés verhaftet wurden (sie wurden wenig später wieder freigelassen) und sich einige Polizisten, die den US-Truppen im Wege gestanden hatten, plötzlich gefesselt am Erdboden wiederfanden. Es gab ein Gespräch zwischen FRAPH-Chef Constant und dem US-Oberkommandierenden für Haiti, bei dem der Amerikaner drohte, man werde Constant "wie einen Hund jagen", wenn er nicht seine Tonart ändere. Kurz darauf gab Constant eine von der US-Botschaft ausgerichtete Pressekonferenz, bei der er Gewalt verurteilte und versicherte, die Rückkehr Aristides zu unterstützen. Für die Zukunft versprach er "konstruktive Opposition". Damit war sein Soll an demokratischen Gesten erfüllt, er blieb im weiteren völlig unbehelligt. Aktivisten aus den Volksorganisationen, die vielerorts einzelne attachés festgesetzt und den US-Truppen zur Bestrafung übergeben hatten, mußten immer wieder die Erfahrung machen, daß die Festgenommenen umgehend an die mit den attachés unter einer Decke steckende haitianische Polizei überstellt wurden.

Wer kontrolliert

die neuen Sicherheitskräfte?

Noch nicht entschieden ist der Streit, ob Haiti künftig eine Armee braucht und welche Aufgaben sie haben wird. Aristide will die 7.500-Mann-Truppe auf 1.500 Mann reduzieren und mit sozialen Diensten, der Verbesserung der Infrastruktur und der Wiederaufforstung des Landes betrauen. Vertreter der Basisinitiativen und demokratische Kräfte aus dem Ausland fordern die völlige Auflösung. Die USA dagegen bestehen auf der Beibehaltung der Streitkräfte, da sonst "ein Vakuum entstehen würde, das US-Truppen zu füllen hätten". Washington besteht auf der Kontrolle darüber, welche Offiziere aus der Armee ausgestoßen werden und welche bleiben, wer zum neuen Armeechef gewählt und wie die Truppen ausgebildet werden. Nach Schätzungen eines US-Offiziers werden sie zu mindestens einem Drittel aus "alten" Armeemitgliedern bestehen. Das Kommando soll eine Gruppe von fünf von den USA ausgesuchten Offizieren führen. Darunter der Putschbeteiligte Jean-Claude Duperval, der noch von Cédras als Chef eines "Interims-Oberkommandos" eingesetzt worden war, sowie Brigadegeneral Bernadin Poisson, ebenfalls Putschteilnehmer.

Ebenso heftig bestehen die USA auf dem exklusiven Recht zur Aufstellung und Ausbildung der neuen Polizeitruppe. Sie soll 7.000-10.000 Mann umfassen. Die Polizeiausbilder sollen ein Programm des "International Criminal Investigations Training and Assistence Program" (ICITAP) durchlaufen. ICITAP wurde 1986 vom FBI gegründet, um "die Entwicklung von jungen Demokratien in der westlichen Hemisphäre zu stärken". Bestückt mit FBI-Agenten, Geheimdienstlern, Agenten der Drogenbehörde und Polizeioffizieren war die Institution in vielen lateinamerikanischen Ländern aktiv, insbesondere in Panama, Guatemala und El Salvador. Sowohl aus Guatemala wie auch aus El Salvador wurden Menschenrechtsverletzungen der so ausgebildeten Polizeitruppen bekannt.

Unterdessen haben die USA mit der Aufstellung der neuen Polizeitruppe begonnen. Derzeit werden an einer eigens eingerichteten Polizeiakademie jede Woche 375 Polizeioffiziere ausgebildet. Die haitianische Regierung will Kanada und Frankreich an der Polizeiausbildung beteiligen, aber die ICITAP-Beamten bestehen

darauf, daß dies eine amerikanische Angelegenheit sei. Es gibt zu diesem Streit ein Vorspiel vor dem Putsch: Damals hatte Aristide Schweizer Polizisten eingeladen, um seine Palastwache schulen zu lassen. Die Amerikaner widersprachen vehement - und unterstützten wenige Wochen später den Putsch der von ihnen ausgebildeten Offiziersriege.

Die zweite Invasion

Der Wiederaufbau eines verläßlichen US-hörigen Repressionsapparats ist nur die eine Seite der amerikanischen Haiti-Politik. "In der Tat dürfte dem friedlichen Einmarsch der US-Marines nun eine Armada von Entwicklungshilfe-Experten, von Agraringenieuren und Weltbank-Profis folgen, die mit Hilfe von rund einer Milliarde Dollar in den nächsten fünf Jahren dem Land auf die Beine helfen sollen." (FR, 12.10.)

Ein zentrale Rolle nimmt dabei die "Entwicklungshilfe"-Agentur US-AID ein. Die zahlreichen Hilfsprogramme und -projekte werden direkt von ihr koordiniert, meist ohne die haitianische Regierung auch nur zu konsultieren. Bereits jetzt sind 25.000 HaitianerInnen mit Hilfe von US-AID beschäftigt. In den nächsten Jahren soll diese Zahl auf 150.000 bis 200.000 steigen. Hunderte von Millionen Dollar fließen in den privaten Sektor, aber auch an von AID ausgewählte "Nichtregierungsorganisationen", an lokale "Führungspersönlichkeiten" und Politiker. Damit erkauft sich die Organisation gewaltigen Einfluß auf die Entwicklung der politischen Landschaft, bis hin zu Gründung von politischen Bewegungen und Parteien.

Auf haitianischer Seite spielt die US-dominierte PIRED (Programme Integre pour le Reinforcement de la Démocratie) eine Schlüsselrolle. Im Rahmen eines Ein-Million-Dollar-Programms empfahl und promotete sie bereits im Frühjahr "verantwortliche Elemente innerhalb der Volksbewegung" und "gemäßigte duvalieristische Fraktionen".

PIRED hat auch ein amerikanisches Asylverfahrensprogramm gefördert, bei dem mindestens 60.000 Basisaktivisten ausgiebig interviewt wurden. Zweifellos ist die Rekrutierung von rund tausend haitianischen Hilfspolizisten im Flüchtlingslager von Guantanamo ein Ergebnis dieser Befragungen. Die US-Regierung konnte darüber hinaus aufgrund der Interviews eine detaillierte Datenbank über die demokratische Bewegung in Haiti aufbauen. Im Auftrag des Atlantic Command des Pentagon erstellte eine private Consulting-Firma ein Computermodell der haitianischen Gesellschaft, das Voraussagen über "die Auswirkungen sozialer, politischer und ökonomischer Maßnahmen auf verschiedene gesellschaftliche Sektoren" ermöglichen soll.

Ganz unbeleckt von komplizierten Computersimulationen und in wenigen Sätzen umreißt Major Louis Kerinsan auf wen sich die USA im Lande stützen wird. Kerinsan, ein geborener Haitianer, der in den USA aufgewachsen ist, arbeitete von 1989 bis 1991 in Port-au-Prince für den US-Militärgeheimdienst (DIA) und plant nun Maßnahmen zum "retraining" der haitianischen Polizei: "Letztlich werden wir es mit denselben Leuten wie zuvor zu tun haben, mit den fünf Familien, die das Land beherrschen, mit dem Militär, mit der Bourgeoisie. Es sind genau die Leute, die heute die bösen Buben sein sollen, aber im Grunde, das ist doch klar, wird man letztlich wieder mit ihnen verhandeln müssen. Denn sie sprechen unsere Sprache, sie verstehen unser System, sie wurden in unserem Land erzogen. Da kommen eben die Typen aus den Slums von Cité Soleil nicht in Frage." (zit. nach WoZ, 7.10.)

"Low Intensity Democracy"

... so beschreiben Kritiker treffend das amerikanische Politikmodell für Länder wie Haiti. Ein völlig unter US-Kontrolle stehender Machtapparat, der seine terroristischen Exponenten zügelt, ohne sie wirklich auszustoßen, ein Bündnis mit der "Wirtschaftselite" auf Grundlage neoliberaler Wirtschaftsprogramme und der Versuch, mit breit gestreuten Hilfsgeldern politische Führer und Parteien, aber ebenso auch Basisinitiativen und Volksbewegungen nach Belieben zu manipulieren, kennzeichnen diese Variante globaler "Stabilitätspolitik".

Es sind keine einfachen Bedingungen unter denen sich "die Typen aus der Cité Soleil", die Reste der Lavalas-Bewegung, heute reorganisieren. "Lavalas steht weiterhin für eine Unzahl kleiner lokaler und regionaler Organisationen verstreut über ganz Haiti und die Dominikanische Republik. Und Lavalas steht heute noch für 300.000 aktive, vor allem jüngere Frauen und Männer, die nach dem Putsch in den Untergrund gehen mußten, und die darauf warten, ihre Arbeit wieder aufzunehmen." So vergleichsweise optimistisch der Koordinator des schweizerischen Haiti-Solifonds, der dafür plädiert, den kleinen Freiraum, den Aristides

Rückkehr geschaffen hat, optimal zu nutzen. (WoZ 28.10.) Dagegen geht ein wichtiger Teil der haitianischen Linken, der sich über das "Haitean Information Bureau" und die in New York erscheinende Wochenzeitung "Haiti Progrès" artikuliert, von einer tiefen Spaltung der Lavalas-Bewegung aus: Deren Analysen nach paktiert die traditionelle Bourgeoisie, die Aristide seinerzeit mit an die Macht brachte, heute mit den USA. Der Volkssektor dagegen lehnt die US-Intervention ab. Er fordert weiterhin radikale wirtschaftliche Veränderungen und soziale Gerechtigkeit.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Der Artikel stützt sich neben der Tagespresse vor allem auf das Haiti Info des Haitean Information Bureau (hib@igc.apc.org), auf einen dort wiedergegebenen Artikel aus Covert Action sowie auf weitere Quellen aus dem internationalen Computernetz APC. "The Nation" wurde, wo nicht anders angegeben, zitiert nach der in APC verbreiteten Oktoberausgabe von PeaceWorks.

Die permanente Invasion

Ein Debattenbeitrag von Mario Benedetti

Die nordamerikanischen Präsidenten scheinen unter einem speziellen Berufstick zu leiden: Sobald Umfragen darauf hindeuten, daß ihre Popularität sinkt, scheint die naheliegendste Lösung eine Invasion zu sein. Zu nennen wären Honduras (1903) oder Nicaragua (zwischen 1855 und 1976 gab es fünf US-Invasionen), die Dominikanische Republik (1965), Grenada (1983) oder Panama (1989). Ganz zu schweigen von weiter entfernt gelegenen Zielen: Korea, Libanon, Vietnam, der Persische Golf, Somalia etc. Auf die "permanente Revolution" der alten Marxisten haben diese wilden Kapitalisten seit dem vergangenen Jahrhundert mit der "permanenten Invasion" geantwortet.

Nun hat der UNO-Sicherheitsrat mit leichtem Zähneknirschen die Clinton-Regierung für eine Invasion in Haiti authorisiert. Dies wäre nicht das erste Mal. Bereits 1915 fielen die einschlägig berühmten marines in dem Land ein unter dem Vorwand, die haitianische Regierung habe "einige Verpflichtungen nicht eingehalten". Sie blieben fast 20 Jahre und zogen erst 1934 ab. Nach der Amtszeit von Lescot, Estime und Magliore, drei pünktlich vom haitianischen Militär gestürzten Präsidenten, setzten die Vereinigten Staaten "Papa Doc" Francois Duvalier ein und unterstützten ihn bis zu seinem Tode 1971. Sein Sohn Baby Doc erbte die Präsidentschaft, bis er 1985 durch einen weiteren Militärputsch gestürzt wurde. Unter den Regierungen der beiden Duvaliers herrschte eine grausame Repression. Es wird davon ausgegangen, daß allein unter der Regierung von Baby Doc mehr als 40.000 Personen ermordet wurden. Die Vereinigten Staaten wußten aus guter Quelle, wie auf Haiti mit ihrer tatkräftigen Unterstützung die Menschenrechte verletzt wurden.

Mißratener Zögling der USA

Raul Cédras, der gegenwärtige Diktator, der den demokratisch gewählten Priester Jean-Bertrand Aristide durch einen Putsch stürzte, ist lediglich der letzte in der bisherigen Reihe von haitianischen Tyrannen. Man weiß nicht genau, warum ausgerechnet er den Vereinigten Staaten so mißfällt, wo sie doch in der Vergangenheit mit den Duvaliers so gut auskamen. Dem nicht genug, darf man nicht vergessen, daß Cédras, wie alle Diktator-Lehrlinge Lateinamerikas, auf einer nordamerikanischen Militärakademie ausgebildet wurde.

Die Geschichte Haitis ist wirklich dramatisch: Der revolutionäre Kampf begann 1791 mit einem Sklaven, dem berühmten Toussaint l`Ouverture. Die Unabhängigkeitserklärung am 28. November 1803 machte Haiti zum ersten entkolonisierten Land Lateinamerikas. Aus dieser historischen und politischen Avantgarderolle stieg es zu dem heute ärmsten Land Lateinamerikas und einem der am stärksten geplünderten der Welt ab.

Angesichts des politischen Imageverlustes, den jede ihrer Interventionen in anderen Ländern nach sich zieht, haben die Nordamerikaner beschlossen, sich für jeden ihrer internationalen Angriffe Partner zu suchen. Die Idealformel ist, daß die Vereinten Nationen sie mit dieser oder jener Strafaktion beauftragen, wie sie es beispielsweise beim Golfkrieg erreichten. Aufgrund ihres Insistierens wurden sie schließlich von einigen französischen und englischen Flugzeugen begleitet.

Diplomatische Winkelzüge

Rony Lescouflair, ein haitianischer Dichter, der 1967 durch die Polizei Duvaliers ermordet wurde, schrieb dieses kurze Gedicht: "Dreimal krähte der Hahn; / Petrus war kein Verräter: / er wurde Diplomat."

Mit Hilfe eines umfassenden und nachdrücklichen diplomatischen Manövers wollen die USA auch jetzt bei der Invasion in Haiti Begleitung haben. Die Formel ist einfach: Wenn einige Länder zu kleinmütig sind, um Truppen, Schiffe und Flugzeuge zu entsenden, sollen sie zumindest applaudieren.

Bei den Regierenden in Lateinamerika kam, wie üblich, der einzige enthusiastische Applaus von Präsident Menem. Bei allen anderen, ob sie jetzt der Rechten, der Mitte oder der Linken angehören, erzeugte die bloße Idee, eine nordamerikanische Invasion zu authorisieren, allergische Reaktionen.

Nach wie vor mögen einige Arglose oder Einfältige sich fragen, warum das US-State Department nicht die Unterstützung des UNO-Sicherheitsrates erbat, um während der Pinochet-Diktatur in Chile zu intervenieren, oder während der Videla-Zeit in Argentinien, oder während der Goyo Alvarez-Zeit in Uruguay, oder während der Stroessner-Zeit in Paraguay etc. Könnte es daran liegen, daß es sich hier um "befreundete Diktaturen" handelte, wie es Präsident Reagan ausdrückte? Wäre es möglich, daß das Regime Cédras' zufällig eine "feindliche Diktatur" ist? Oder existiert vielleicht ein Motiv, welches nicht öffentlich genannt wird, wie zum Beispiel, daß die geplante Invasion dem ständigen Zustrom haitianischer Flüchtlinge an die Küsten Nordamerikas ein Ende bereiten würde?

Niemand hat das Züchtigungsmittel vergessen, das 1990 gegenüber Panama angewandt wurde, die sogenannte "Operation Gerechte Sache". Um einen General gefangenzunehmen, der ihnen lästig fiel - er war CIA-Agent gewesen und hatte später mehrfach die Seiten gewechselt - nahmen sie in Kauf, 2.000 unschuldige Zivilisten zu töten und nebenbei einige Viertel der Hauptstadt Panamas in Trümmerhaufen zu verwandeln. Damals schrieb ich, daß Panama sich in die abstoßendste Militäraktion dieses Jahrhunderts verwandelt habe. Man müßte hinzufügen: in die heuchlerischste. Erst 1994 geben einige Medien im Hinblick auf die angekündigte Invasion in Haiti zu, daß mehr als 2.000 Todesopfer auf das Konto der "Operation Gerechte Sache" gingen. 1990 dagegen, als das Massaker sich ereignete, war ein Großteil der Medien zu schwerfällig, so viele Leichen zu erwähnen.

Sicherlich ist der Diktator Raoul Cédras nicht vorzeigbar, fügt sich doch sein repressives Regime perfekt in die niederträchtigsten Traditionen der Duvalier-Dynastie ein. Trotzdem scheint eine Invasion auf keinen Fall die adäquateste Lösung zu sein, auch wenn Aristide in den saubersten Wahlen in der Geschichte Haitis gewählt wurde.

Marionetten pflastern den Weg

Der Schlüssel zu dieser Verwirrung liegt wahrscheinlich darin, daß das dichte Interventions-Curriculum der Vereinigten Staaten weder den Ländern der Dritten Welt allgemein noch speziell denen Lateinamerikas das geringste Vertrauen einflößt. Niemand vergißt, daß die USA nach jeder ihrer zahlreichen Invasionen in dem Moment, wo sie einen Rückzug für opportun hielten, eine Marionettenregierung hinterließen: Somoza in Nicaragua, Balaguer (immer noch unverwüstlich) in der Dominikanischen Republik, "Quissling" Endara in Panamá - eine Gestalt, deren Ernennung zum Präsidenten beschämenderweise in einer nordamerikanischen Militärstation stattfand. Nach jeder Invasion blieb das jeweilige Land in einem schlimmeren Zustand als vorher zurück, tiefer in seiner Armut versunken, seiner Würde beraubt, in seiner Souveränität verletzt, überbrodelnd vor Groll.

Auch muß bedacht werden, daß es einen zusätzlichen, nicht zu verachtenden Vorteil gibt, welchen sich die Vereinigten Staaten verschaffen, wenn es ihnen gelingt, untergeordnete Verbündete oder Helfershelfer für ihre Militäraktionen zu finden. Wenn sie ohne Alliierte ein Land ihres Hinterhofes angreifen - beispielsweise Grenada oder Panama, entfallen die hohen Ausgaben für diese Operation notwendigerweise auf die Posten im US-Haushalt, die für Invasionen, Blockaden und andere Lappalien vorgesehen sind. Heute dagegen, wo es niemand geringeres als der Weltsicherheitsrat ist, der die Vereinigten Staaten mit der Bestrafung der haitianischen Diktatur beauftragt, handelt es sich um eine kollektive Verantwortung, und der militärische Exekutor muß nur für 25 Prozent der anfallenden Kosten aufkommen.

Daher handelt es sich für die Vereinigten Staaten um ein rundes Geschäft: Sie führen die geplanten Invasionen durch und kommen billig dabei weg. Zum ersten Mal versucht - und erreicht - es der Imperialismus in solch offener Form, daß seine militärischen Aktionen von den direkt oder indirekt untergeordneten Ländern finanziert werden. Vor einigen Jahren gab es den Spruch, daß die Organisation Amerikanischer Staaten so

etwas wäre wie das Ministerium der nordamerikanischen Kolonien. Seit kurzem ist die UNO auf dem Weg, sich in das US-Verteidigungsministerium zu verwandeln.

Folgt die Herde der Stimme des Herrn?

Gibt es nach alldem keine andere Möglichkeit als die Kanonenbootpolitik, um die weltweiten Konflikte zu lösen? Die Imaginationskraft der Regierenden ist gefragt, um den Dialog als Instrument des Friedens zu nutzen. Während ich diese Zeilen schreibe (in der ersten Augusthälfte, Anm. d. Red.), erreicht mich die Nachricht, daß der haitianische Diktator eingewilligt hat, eine Verhandlungskonferenz zu empfangen, an der Delegierte von fünf lateinamerikanischen Ländern beteiligt sind. Hoffen wir, daß daraus eine anständige Lösung erwächst.

Auf jeden Fall hat das so konfliktträchtige haitianische Problem einen wichtigen Schritt provoziert: Die lateinamerikanischen Länder - zumindest diejenigen, die über eine historische Erinnerung verfügen - sind dabei zu lernen, Nein zu sagen angesichts des Druckes von "the master`s voice". Halleluja.

August 1994

aus: Lateinamerikanachrichten 243/244 von Sept./Okt. Übersetzung: Bettina Bremme.

Das Trauma der US-Interventionen

Die lateinamerikanischen Staaten im Zwiespalt

Die am 31. Juli vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution Nr. 940, die eine Intervention auf Haiti autorisiert, hat im lateinamerikanischen Kontext für Aufruhr und Verwirrung gesorgt. Das mit 12 von 14 Stimmen gebilligte Vorhaben - Brasilien und China enthielten sich - sieht die Entsendung einer "multinationalen Eingreiftruppe unter einem Kommando" vor, nämlich dem der Vereinigten Staaten.

Schon im Vorfeld des umstrittenen Beschlusses hatte es von Seiten lateinamerikanischer Staaten Kritik an den Plänen der USA gehagelt, freilich ohne Aussicht darauf, die Mitglieder des Sicherheitsrates für eine Entscheidung gegen die Intervention zu bewegen. Der uruguayische UN-Botschafter Píriz erklärte, sein Land werde keinerlei militärischen Eingriff unterstützen. Die Krise auf der Karibikinsel stelle mitnichten eine Gefahr für Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene dar. Zuerst müßten alle denkbaren nicht-militärischen Mittel ausgeschöpft werden, um die Diktatur zu beenden. Ähnliche Argumente waren von venezolanischer, peruanischer und kubanischer Seite zu hören. Am schärfsten ließ sich Mexikos Diplomatie in Anspielung auf die Geschichte US-amerikanischer Invasionen auf dem Kontinent vernehmen: Die Militärinterventionen, so der mexikanische UN-Botschafter Flores Olea, seien für die Bevölkerung der betroffenen Länder traumatisch und demoralisierend gewesen und hätten die sozialen und politischen Strukturen der Staaten tief beschädigt. Trotz enormen Kostenaufwands sei oft das eigentliche Ziel nicht erreicht worden.

Druck von den USA

Die Enthaltung Brasiliens scheint darüber hinaus eher das Ergebnis diplomatischen Druckes seitens der USA als ein Ausdruck der Gleichgültigkeit gewesen zu sein: Auch der brasilianische Botschafter in New York sprach sich unzweideutig gegen militärische Aktionen aus, von einer Beteiligung daran ganz zu schweigen. Die prekären Zustände auf der Insel seien deren "innere Angelegenheit".

Aus dem Rahmen des lateinamerikanischen Protests fiel Argentinien: Schon im Rahmen einer Zusammenkunft der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Belem kurz zuvor war das Votum zugunsten einer Militäraktion - auf Anordnung der UNO - ausgefallen. Nun erklärte der argentinische UN-Repräsentant, ganz im Sinne von Präsident Menem, sein Land werde sich an der Aufstellung der multinationalen Eingreiftruppe beteiligen und sich somit der sogenannten "Gruppe der Freunde Haitis" anschließen, der die USA, Kanada und Frankreich angehören. Das führte zu Irritationen im eigenen Kabinett und natürlich von der Opposition: Vom Verteidigungsminister war zu hören, es werde nur an logistische Unterstützung gedacht, im Parlament forderte man eine Rechtfertigung. So war es nicht allzu verwunderlich, daß drei Tage später von Menem zu hören war, es gebe eine Beteiligung nur zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt der Invasion und auch nur mit vorausgehender Genehmigung des Kongresses.

Neben Argentinien haben sich auch einige Karibikstaaten, wie Barbados, Jamaika und Grenada, positiv zum Einmarsch in Haiti geäußert. Inzwischen nehmen sie allerdings auch eine gemäßigtere Position ein und bieten einen Einsatz ihrer Streitkräfte zu einem späteren Zeitpunkt an, wenn - wie gehofft wird - die gewaltsamen Auseinandersetzungen vorbei sind, und es darum geht, die UNO-Mission zur "Wiederherstellung stabiler Strukturen", z.B. bei der Ausbildung neuer Polizeieinheiten, zu unterstützen. (1)

Zu denken geben inoffiziell getroffene Aussagen US-amerikanischer Diplomaten, es gebe seitens der lateinamerikanischen Regierungen eine stillschweigende Mehrheit für die Invasionspläne: Die Ablehnung sei meist aus Gründen politischer Rücksichtnahme auf weitverbreitete US- beziehungsweise interventionsfeindliche Tendenzen erfolgt. In der Tat war in der abschließenden Erklärung der OAS-Konferenz nicht mehr die Rede von einer anzustrebenden ausschließlich friedlichen Lösung des Konfliktes.

Eine ungewohnte Konfliktkonstellation

Die wahre Einstellung vieler Staaten zur Invasion in das Nachbarland bleibt also unklar. Sicherlich ist die Solidarität mit dem französischsprachigen, in kultureller Hinsicht vom iberoamerikanischen Umfeld sehr verschiedenen Staat, nicht so eindeutig wie in anderen, vorausgegangen Fällen. Auch lassen sich im Falle Haitis nur schwerlich die gleichen imperialistischen und Hegemonialinteressen der USA ausmachen, wie dies bei den Invasionen Grenadas oder Panamas der Fall war. Schließlich sprechen sich in den Vereinigten Staaten gerade konservative Kräfte gegen die Interventionspläne aus. Ob die Konsequenz, die Präsident Clinton in seiner Haiti-Politik an den Tag legen will, bei seinen Landsleuten Bewunderung ob außenpolitischer Stärke oder aber Skepsis hervorrufen wird, bleibt ebenso abzuwarten: Neuesten Meinungsumfragen zufolge ist eine Mehrheit dafür, sich auf der Insel, mit der in den USA eher Voodoo und Aids als ökonomische Interessen assoziiert werden, nicht "die Finger schmutzig zu machen".

Claudius Prößer

aus: Lateinamerikanachrichten 243/244 von Sept./Okt. 1994

Anmerkung:

1) Mittlerweile sind einige hundert Soldaten aus den Karibikstaaten Antigua und Barbuda, Barbados, Bahamas, Belize, Guayana, Jamaika sowie Trinidad und Tobago als multinationales Feigenblatt in Haiti im Einsatz. (Anm. d. Red.)

30. "Religionsübergreifende Bündnisse sind möglich." Ein Gespräch mit SprecherInnen von Sinn Féin

Autor: M., mb., Berlin · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:15

Die politische Situation im Norden Irlands schien lange Jahre festgefahren. Plötzlich ist sie in Bewegung gekommen: Die IRA hat am 31. August dieses Jahres einen vollständigen Waffenstillstand proklamiert, dem sich wenige Wochen später die loyalistischen Paramilitärs der "Ulster Volunteer Force" (UVF) und der "Ulster Defence Association" (UDA) anschlossen. Die Regierung in London zeigt sich, im Gegensatz zur irischen Regierung, zögernd und ohne klares politisches Konzept.

Die jetzt anstehenden Friedensverhandlungen werden, anders als bei den bisherigen Bemühungen, den nordirischen Konflikt zu befrieden, unter Einschluß von Sinn Féin geführt werden. Der Einleitung dieses Prozesses gingen langjährige diskrete Gespräche von Sinn Féin-Präsident Gerry Adams und seinem Stellvertreter Martin McGuiness mit der zweiten katholischen Partei Nordirlands, der "Social Democratic and Labour Party" (SDLP) und im Geheimen auch mit der konservativen Regierung des Vereinigten Königreiches voraus.

Nicht zufällig steht die dritte Konfliktpartei im nordirischen Bürgerkrieg, die protestantischen Unionisten, abseits der politisch-diplomatischen Kontakte zur Vorbereitung des jetzigen Friedensprozesses. Ihnen wird seit Jahren ein eklatanter Mangel an politischem und intellektuellem Format nachgesagt. "Den Unionisten fehlt es an einer visionären und charismatischen politischen Figur, die - wie de Klerk in Südafrika - auch über eine ausreichende Hausmacht und persönliche Autorität in seiner community verfügt." Diese eher pessimistische Ansicht hinsichtlich eines für die Chancen des Friedens im Norden Irlands nicht zu unterschätzenden Punkt vertraten unsere GesprächspartnerInnen in einer unserem Gespräch vorangegangenen Pressekonferenz.

Joan O'Connor, Sinn Féin-Präsidentin in der Republik Irland, stellvertretende Vorsitzende der gesamt-irischen Sinn Féin-Partei und Vorsitzende des Frauen-Ressorts von Sinn Féin sowie ihr Parteifreund, der ehemalige politische Gefangene und Abgeordnete im Parlament der nord-irischen Stadt Derry, Cathal Crumley, bereisten Ende Oktober die Bundesrepublik. Wir führten dieses Gespräch am 20.10.1994 in Berlin.

M., mb., Berlin

ak: Sinn Féin stellt in verschiedenen nordirischen Kommunalparlamenten eine Reihe von Abgeordneten. Ihr seid dort gezwungen, "Realpolitik" zu betreiben. Geschah dies bisher entlang der "sektiererischen" oder auch schon einmal jenseits dieser traditionellen Trennungslinien?

Joan O'Connor: Nun, wir stellen in den Six Counties (Anm. ak: Six counties - Grafschaften - nennt Sinn Féin das Gebiet von Nordirland) insgesamt 58 Councillors. Im Stadtparlament von Derry haben wir eine nationalistische Mehrheit aus Sinn Féin und der SDLP. Im Council von Belfast stellt Sinn Féin die größte nationalistische Fraktion.

Die alltägliche Arbeit in einem der Councils in den Six Counties ist die gleiche, wie in jedem anderem Kommunalparlament auch: zum überwiegenden Teil beschäftigten wir uns da mit Wohnungsfragen, Bildungspolitik und der Arbeitslosigkeit. Sinn Féin hat immer "Realpolitik" gemacht. Denn wenn wir nicht ständig die sozio-ökonomischen Themen ("bread and bottle-issues") im Interesse unserer Wählerschaft ansprechen würden, könnten wir diese community auch nicht repräsentieren. Dabei gehen wir von Sinn Féin davon aus, daß soziale und wirtschaftliche Probleme die sektiererischen Grenzen überschreiten. Und wir können in den Councils - wie in den letzten 25 Jahren - von uns aus den Schritt über die sektiererischen Grenzen hinaus versuchen. So haben wir immer wieder Vorlagen der "Social Democratic and Labour Party" (SDLP), der konservativen "Ulster Unionist Party" (UUP), ja selbst der radikalsten unionistischen Partei der "Democratic Unionist Party" (DUP) unterstützt, wenn wir meinten, dies sei zum Vorteil - nicht nur für unsere WählerInnen - sondern für die gesamte Bevölkerung in den Six Counties. Aber diese Politik beruht nicht auf Gegenseitigkeit. Sowohl die Unionisten wie auch zum Teil die SDLP - obwohl sich dies ein wenig geändert hat - haben jeden unserer kommunalpolitischen Vorschläge allein aus dem Grund zurückgewiesen, weil er von Sinn Féin stammte.

Trifft dies auch auf Derry City Council zu, wo die katholischen-nationalistischen Parteien die Mehrheit der Abgeordneten stellen?

Nun, da ist es anders. Hier gibt es gewisse Allianzen mit der SDLP, da es hier nicht die negative Variante der sektiererischen Politik gibt, daß nämlich gegen Vorschläge, die von Sinn Féin kommen, automatisch ein Veto eingelegt wird. In Derry haben wir die Möglichkeit, mit Hilfe der nationalistischen Mehrheitsverhältnisse etwas zu bewegen - eine Chance, die uns in keinem anderen Council in den Six Counties offensteht.

Ein Ergebnis hoffentlich erfolgreicher Friedensverhandlungen wird Eure verstärkte Einbindung in die Verwaltung zunächst der Six und - so ist zu hoffen - später aller 32 irischen Counties sein. Meint Ihr, daß Eure Erfahrungen in der Stadtratsarbeit hierfür eine sinnvolle Vorbereitung waren?

Hierauf kann ich mit Ja und Nein antworten. Zunächst lernen Councillors die politische Alltagsarbeit kennen, wie Politik gemacht wird, wie mensch seine community, seine WählerInnen repräsentiert. Jedoch streben wir unsere Einbeziehung in eine veränderte Administration an. Wir wollen eine neues Regierungssystem. Wir sind nicht an den gescheiterten Modellen bisheriger lokaler Regierungen interessiert, und dies trifft sowohl auf die Six wie auch die 26 Counties zu. Dort ist alles, sowohl die Haushaltspolitik wie auch die Möglichkeit an Haushaltsmittel heranzukommen, stark zentralisiert. So haben wir auf der lokalen Ebene kaum eine Möglichkeit, wesentliche Veränderungen zu gestalten.

Das waren natürlich nützliche Erfahrungen, aber wir reden über Veränderungen hinsichtlich dessen, wie die Regierung arbeitet. Wir wollen Schritte gegen die Übermacht der politischen Parteien und Verbesserungen für die benachteiligten Bevölkerungsteile, die unter ihrem sozialen und wirtschaftlichen Ausschluß natürlich besonders leiden.

Frauenpolitik von Sinn Féin

Joan, Du arbeitest im "Women's Department" von Sinn Féin, das bereits 1971 gegründet worden ist. Sinn Féin gibt sich große Mühe, eine fortschrittliche Frauenpolitik zu entwickeln. So wurde Anfang der 80er Jahre ein wegweisendes "women's policy document" beschlossen, das Punkte wie die Legalisierung von Verhütungsmitteln und die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft und natürlich auch in Sinn Féin festschreibt. Darüber hinaus praktiziert Deine Partei auch eine sogenannte "positive Diskriminierung" von Frauen.

Dennoch, in der Frage der Abtreibung kommt Sinn Féin nicht über die Forderung nach einem sehr eingeschränkten Indikations-Modell hinaus, das weit hinter der ohnehin schon rigiden Abtreibungspolitik in der BRD zurückbleibt. Vor dem Hintergrund des politischen Kontextes in der Republik Irland mag die Sinn Féin-Politik fortschrittlich erscheinen. Doch für deutsche Frauen, die die vollständige Legalisierung der Abtreibung fordern, stellt sich die Frage, ob das "women's department" von Sinn Féin innerhalb der Partei nicht einen über die bestehende Beschlußlage hinausgegehende Forderung aufstellen sollte, die zumindest die Regelung der sozialen Indikation beinhalten würde?

Zunächst, verglichen mit den anderen irischen Parteien vertreten wir in der Abtreibungsfrage die fortschrittlichste Position: Wir treten für das Recht auf Information und Ausreisemöglichkeit im Falle einer ungewollten Schwangerschaft ein. Wir fordern die Möglichkeit einer legalen Abtreibung in bestimmten Fällen, und dies nicht nur aus medizinischen Gründen (wenn z.B. das Leben oder die Gesundheit der Mutter gefährdet ist).

Hinsichtlich der Änderung der Sinn Féin Politik in der Abtreibungsfrage müßt Ihr Euch vergegenwärtigen, daß die Situation in Irland nicht mit der in Deutschland vergleichbar ist: In Irland haben wir es mit zwei religiös-fundamentalistischen Staaten zu tun: in den 26 Counties mit einem katholischen, und in den Six Counties mit einem presbyterianischen Fundamentalismus.

Jede politische Veränderung in Irland hinsichtlich der Abtreibung wird langsam sein. Es gab Bewegung, und es gab Veränderungen. Und das hat etwas mit verbesserter Bildung und einer zunehmenden Anerkennung der Realität zu tun, daß nämlich jährlich mindestens 4.000 Frauen aus den 26 Counties und 2.000 bis 2.500 Frauen aus den Six Counties nach Großbritannien reisen, um dort eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß wir aufhören müssen, unser Abtreibungsproblem zu exportieren.

Wir gehen davon aus, daß das Thema der Abtreibung in Irland ein Tabu war. Erst 1992 nach dem X-Case gab es erstmals eine breite gesellschaftliche Debatte um die Abtreibung in Irland. Eine offene Diskussion über dieses Thema hatte es bis dahin in Irland nicht gegeben. (Anm. ak: Im "X-Case" ging es um ein Verfahren vor dem irischen Supreme Court, wo verhandelt wurde, ob ein vergewaltigtes 14jähriges Mädchen die Erlaubnis erhält, nach Großbritannien zu reisen, um dort die Schwangerschaft abzubrechen. Die Ausreise war ihr zunächst versperrt worden. Sie sollte zum Austragen der Schwangerschaft gezwungen werden. Letztlich erreichte das vergewaltigte Mädchen aber die Ausreise und konnte den Abbruch vornehmen lassen.)

Ich bin dagegen, daß Sinn Féin ihre Position ändert, ohne daß die Mitglieder ihre Einstellung geändert haben. So hat Sinn Féin vor zwei Jahren beschlossen zu überlegen, ob der sogenannte "right-to-choose"-Ansatz übernommen werden sollte. Damit wurde in Sinn Féin ein Debatten- und Lernprozeß in Gang gesetzt, der aber noch nicht abgeschlossen ist.

Jede Diskussion um Abtreibung in Irland muß vor dem Hintergrund eines konservativ-religiösen Staates gesehen werden. Der Prozeß einer gesellschaftlichen Debatte wird langsam vonstatten gegen. Für mich ist es das wichtigste, daß diese Diskussion in der Gesellschaft überhaupt begonnen hat.

Frauenpolitik wird in der Republik Irland hauptsächlich über Kampagnen weiterentwickelt: Sei es nun für die Legalisierung von Verhütungsmitteln, für das Recht auf Abtreibung oder sei es das für das kommende Jahr geplante Referendum für das Recht auf Scheidung. Wie verhält sich Sinn Féin dazu, daß Frauenpolitik hauptsächlich außerhalb von Parteien organisiert wird? Mit wem arbeitet Ihr zusammen? Und wie reagiert Ihr, wenn versucht wird, Euch auszugrenzen?

Jeder der Kampagnen, von denen Ihr gesprochen habt, wurde zum größten Teil von anti-imperialistischen Frauengruppen getragen. Diese Gruppen stimmten darin überein, daß die Rechte von Frauen nur in einem vereinigtem Irland erreicht werden könnten.

Sinn Féin war in all diesen Bewegungen aktiv und unterstützte die Forderungen z.B. für ein progressives Votum bei dem Abtreibungs-Volksentscheid 1992.

Wer sind diese "antiimperialistischen Frauengruppen"?

Das sind Gruppen, die nicht von politischen Parteien gegründet wurden oder an diese angegliedert sind und die gegen den britischen Imperialismus kämpfen.

Es kam ein paarmal vor, daß bestimmte Gruppen sich gegen das Engagement von Sinn Féin in frauenpolitischen Kampagnen gewandt haben. Dies betraf im wesentlichen die vom Staat finanzierten Frauengruppen, die es immer wieder abgelehnt haben, sich mit uns über frauenpolitische Themen zusammenzusetzen.

Die anderen Frauengruppen reagierten auf derartige Ausgrenzungsversuche mit dem Hinweis, daß jede politische Gruppe das Recht habe, sich gleichberechtigt für die Ziele dieser Kampagnen einzusetzen, ob es sich nun um Gewerkschaften, Fianna Fail, Finn Geil, auch unionistische Parteien oder eben Sinn Féin handelt.

Wurden Frauengruppen ohne ausdrücklichen antiimperialistischen Ansatz tatsächlich miteinbezogen?

Für das Referendum 1992 zur Abtreibung wurde das Konzept eines sehr breiten Bündnisses gewählt. Getragen wurde es zwar von einem Kern antiimperialistischer Frauengruppen. Doch haben sich in verschiedenen Stadien der Kampagnen Frauen aus allen politischen und religiösen Richtungen daran beteiligt. Versuchen, Sinn Féin auszugrenzen, wurde widerstanden, schließlich hatten alle Frauen ein Interesse daran, das Referendum zu gewinnen.

Was meinst Du mit dem von Dir angedeuteten Zusammenhang zwischen der Befreiung der Frau und nationaler Befreiung?

Ich glaube, daß eingeschränkte rechtliche und verfassungsmäßige Verbesserungen für Frauen in den 26 und noch eingeschränkter in den Six Counties möglich sind. Letztlich werden diese Veränderungen aber minimal bleiben. Ihr müßt bedenken, daß - wie ich oben schon sagte - die Teilung Irlands zwei konservativ-religiöse Staaten hervorbrachte. Die Kirchen haben die sozio-ökonomische Gesetzgebung in beiden Staaten beeinflußt.

Wir werden keine Fortschritte im Leben von Frauen erzielen in einem Staat, der wesentlich von kirchlichem Denken regiert, ja diktiert wird.

Wir glauben, daß beide Kämpfe, sowohl der für die Befreiung der Frau und der um nationale Befreiung, Hand in Hand gehen. Denn wenn wir von einem neuen Irland sprechen, dann meinen wir, daß Frauen in allen Diskussionen, die den Friedensprozeß begleiten werden, ihre Forderungen vorbringen müssen. Wir wollen eine neue Verfassung und einen entsprechend verankerten Grundrechtekatalog ("Bill of Rights"), die für alle Bürgerinnen und Bürger Irlands gleichermaßen gelten und die beide ausdrücklich die Rechte der Frauen garantieren müssen.

Verhandlungsforderungen

Am 31. August erklärte die IRA die "vollständige Einstellung ihrer militärischen Aktivitäten". Unsere erste Frage hierzu betrifft die politischen Gefangenen, die unseres Wissens insbesondere von Sinn Féin-Frauen unterstützt wurden. Welche Rolle spielen die politischen Gefangenen in diesem Prozeß? Wie wurden sie in die Entscheidungsfindung der republikanischen Bewegung eingebunden?

Die politischen Geiseln haben bei der Entscheidungsfindung von Sinn Féin über die Entwicklung des Friedensprozesses einen gleichberechtigten Part gespielt. Dies betraf alle unsere politischen Gefangenen in Irland, Europa und den USA. Die Debatten und Entwicklung neuer Gedanken innerhalb der republikanischen Bewegung wurden ja zu einem beträchtlichem Maße von den politischen Gefangenen angestoßen. Dies war ein Ergebnis der Diskussionen, die dort im Rahmen von Bildungs- und Politisierungsprozessen innerhalb der Gefängnisse fortlaufend geführt wurden. Alle Entscheidungen über unsere Strategie bei den Friedensverhandlungen sind in Konsultation mit all unseren Mitgliedern getroffen worden, was unsere politischen Gefangenen miteinschließt.

Mit welchen Forderungen geht die republikanische Bewegung in diesen Verhandlungsprozeß?

Wir meinen, um beim Thema zu bleiben, daß die politischen Geiseln überhaupt nicht im Knast sein dürften. Sie sitzen dort wegen des politischen Konflikts. Andernfalls wären sie nicht inhaftiert. Sie müssen unbedingt freigelassen werden.

Wir fordern zusätzlich eine Gesetzesänderung für die sofortige Repatriierung der politischen Gefangenen. Wir fordern Dublin auf, endlich die entsprechende UN-Konvention über den Transfer und die Rückführung von Gefangenen zu unterzeichnen.

Daneben wollen wir unbedingt einen Prozeß der Demilitarisierung. Wir haben einen IRA- und einen loyalistischen Waffenstillstand, aber gleichzeitig wird die militärische Besatzung in den Six Counties fortgesetzt. Nach wie vor gibt es Razzien, Festnahmen und Belästigungen. Und immer noch rückt die britische Armee in die katholischen Wohnviertel ein, um die dortige Bevölkerung zu gewaltsamen Aktionen zu provozieren.

Wir haben die Öffnung der Grenzübergänge gefordert, ebenso den Abbau der militärischen Beobachtungstürme und Checkpoints in den Städten. Jegliche militärische Präsenz der Briten soll aus den nationalistischen Vierteln verschwinden, sie sollen sich in ihre Kasernen zurückziehen: Niemand dort will und braucht sie.

Die Forderung nach dem Rückzug der britischen Armee ist nicht Teil oder Ergebnis von Verhandlungen. Darüber gibt es keinen Kompromiß. Wir suchen keine Zugeständnisse. Dieser Forderung muß unverzüglich und vollständig entsprochen werden - denn die britischen Soldaten hätten niemals auf unserem Boden stationiert werden dürfen.

Habt Ihr als kurzfristige Forderung auch die Umstrukturierung der "Sicherheitskräfte" in Eurem Katalog?

Die vollständig diskreditierten Polizeikräfte in den Six Counties sind für die nationalistische Bevölkerung absolut inakzeptabel. Unter keinen Umständen wäre einer Übernahme der RUC oder ähnlich strukturierter Polizeieinheiten zuzustimmen. Wir wollen bessere Polizeikräfte, eine Polizei, die von der gesamten irischen Bevölkerung eingesetzt wird.

Verschiedene Vorschläge zur politischen Reform in Nordirland wurden vorgelegt (so die Bildung eines "Northern Ireland Select Commitees" im britischen Unterhaus bis hin zu Neu-Aufteilung der Wahlkreise). Sind diese Vorschläge ausreichend? Was haltet Ihr darüber hinaus von der Idee eines Referendums in den Six Counties über deren Verbleib im britischen Staat?

Die erstgenannten Vorschläge gehen nicht nur nicht weit genug, sie sind schlicht inakzeptabel. Die Idee eines "Select Commitees" wurde von der UUP entwickelt, um John Major an der Regierung zu halten. Dies wäre eine weitere Form der unionistischen Kontrolle und Bigotterie. Vorschläge, die Wahlkreise zu verändern, hatten stets das Ziel, katholisch-nationalistische Mehrheiten z.B. bei den Wahlen zu Westminster zu verhindern. Beide Vorschläge laufen also auf eine Zementierung des Status Quo in den Six Counties hinaus.

Zu dem erwähntem Referendum in den Six Counties: Wir haben einen derartigen Volksentscheid immer und unter allen Umständen entschieden abgelehnt. Britische Politik in Irland, die darauf abzielte, in den Six Counties eine "interne Regelung" durchzusetzen, ist die ganzen Jahre immer wieder gescheitert. Jede Art eines Referendums in den Six Counties wäre eine weiterer Versuch der "internen Regelung", eine weitere Form künstlicher unionistischer Mehrheiten mit dem Ergebnis eines unionistischen Vetos.

Wir gehen davon aus, daß es das Recht des gesamten irischen Volkes ist, selbst und ohne ausländische Einflußnahme darüber zu entscheiden, wie es zukünftig regiert werden will. Dies kann nur im Rahmen einer gesamt-irischen Regelung erreicht werden. Wir würden ein Referendum allein in den Six Counties niemals akzeptieren. In einer derartigen Situation gäbe es keine politischen Entwicklungen, keinen Friedensvertrag und kein Ende des Konflikts in den Six Counties.

Seit 1990 ist aus dem britischen Nordirlandministerium zu hören, Großbritannien habe keine strategischen oder wirtschaftlichen Interessen in Nordirland mehr. Hat sich die britische Nordirlandpolitik tatsächlich in diesem Sinne geändert?

Die britische Politik in Irland hat sich seit der Teilung der Insel in keiner Weise geändert. Großbritannien stützt seither eine künstliche unionistische "Mehrheit" in den Six Counties. Aus Sicht der nationalistischen community hat sich an deren Status - als BürgerInnen zweiter Klasse - nichts geändert. Vor allem hat man sich in London nicht dazu entschließen können, den Unionisten das Veto über die Entwicklung der Six Counties zu nehmen, um so neue Entwicklungen und politische Bündnisse erst möglich zu machen. Damit verbaut London nach wie vor den Weg zur Beendigung des Konflikts.

Kann mensch auf der anderen Seite nicht eine zunehmende Ambivalenz in dem Verhältnis zwischen der britischen Regierung und den nordirischen Unionisten feststellen? Auf der einen Seite war die konservative Regierung in London auf die Stimmen der UUP-Abgeordneten angewiesen, um die Maastricht-Verträge gegen den rechtskonservativen Widerstand in den eigenen Reihen durchzusetzen. Auf der anderen Seite hat John Major, als Höhepunkt schwelender Konflikte, den Vorsitzenden der radikal-unionistischen DUP und protestantischen Prediger, Ian Paisley, erst jüngst aus seinem Amtssitz rausgeworfen.

Die konservative Regierung steht unter Druck. Auf der einen Seite ist da der rechte Flügel der Tories, der ausdrücklich für die Unionisten Partei ergreift. Auf der anderen Seite - Ihr habt das schon erwähnt - war John Major bei der Abstimmung über die Maastricht-Verträge auf die Stimmen der UUP-Abgeordneten angewiesen. Die UUP hat somit die Tory-Regierung bis zu einem gewissen Grad an der Macht gehalten und kann dementsprechende Forderungen zur weiteren Unterstützung unionistischer Forderungen stellen.

Aber auch die Situation der UUP ist einigermaßen widersprüchlich: an der lokalen Basis der UUP werden laut Forderungen nach Arbeitsplätzen und besserem Wohnraum gestellt. Dagegen stützt die Spitze der UUP eine konservative Regierung in London, die verantwortlich ist für eben diese Arbeitslosigkeit und den Wohnraummangel. Dieses Verhältnis gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen UUP und der britischen Regierung hat sich in keiner Weise geändert.

Du beziehst Dich hiermit aber nur auf die UUP, nicht aber auf die DUP?

Korrekt.

Rückschläge

für Sinn Féin möglich

Seit Jahren war offenkundig, daß die IRA militärisch nicht zu besiegen ist. Daß es dennoch so lange gedauert hat, bis Friedensverhandlungen aufgenommen werden konnten, lag unseres Erachtens nicht zuletzt an der Politik der SDLP, die in dieser Sache keine ernsthaften Versuche unternahm und z.B. früher stets die Einbeziehung Sinn Féins in einen nordirischen Friedensprozeß abgelehnt hatte. Wie ist die offenkundige Veränderung in der SDLP-Politik zu erklären?

Cathal Crumley: Die SDLP ist Sinn Féin und der republikanischen Bewegung immer in dem Sinne entgegengetreten, daß diese, würde man sie nur lang genug ignorieren, verschwänden. Aber 25 Jahre des Kampfes haben die SDLP dazu gezwungen, die nicht zu leugnende Tatsache der Existenz der republikanischen Bewegung und Sinn Féins als Fakt des politischen Lebens in den Six Counties anzuerkennen.

John Hume hat 25 Jahre lang mit den Unionisten verhandelt, hat alles mitgemacht und mußte sich dennoch immer nur mit den vom Tisch fallenden Krümeln begnügen. Ich glaube, dieses ewige No, No, No von Seiten der Unionisten hat John Hume persönlich fertig gemacht - und letztlich auch seine Partei. Dies hat sie vermutlich zu der Erkenntnis gebracht, daß man so mit den unionistischen Parteien keine Politik machen kann. So mußte die SDLP eine neue Antwort auf die Frage des katholischen Nationalismus finden.

Dies führte zu einer Reihe von Treffen zwischen Sinn Féin und der SDLP, die bis in das Jahr 1987 zurückreichen. Dabei gab es Unterbrechungen und Wiederaufnahmen der Gespräche. Schließlich mündeten diese Gespräche aber in dem was als Hume-Adams-Gespräche oder "The Ireland's Peace Initiative" bekannt wurde.

Ist diese Entwicklung auf eine strategische Entscheidung der SDLP oder nur auf das persönliche Engagement ihres Vorsitzenden John Hume zurückzuführen?

Die SDLP ist im Gegensatz zu Sinn Féin eine eher traditionelle Partei, deren Entwicklung im wesentlichen von der Parteispitze aus gelenkt wird. So gesehen gab es zu Beginn der Hume-Adams-Gespräche sicher eine Lücke an Information und Konsultation zwischen Basis und Führung der SDLP.

Gibt es innerhalb der republikanischen Bewegung Differenzen über die derzeitige Verhandlungslinie? Wie ist es zu bewerten, daß die "Irish National Liberation Army" (INLA) bisher dem Waffenstillstand der IRA nicht beigetreten ist?

Der Verweis der britischen Regierung, daß die INLA noch keinen Waffenstillstand erklärt hat, ist nur einer der von London immer wieder irgendwo aus dem Hut gezauberten "Gründe" für das Hinauszögern des Friedensprozesses. Ich spreche nun wirklich nicht für die INLA, aber ich vermute, daß sie durchaus dabei sind, sich untereinander zu beraten. Ich glaube zudem, daß INLA unsere Überlegungen durchaus nachvollziehen kann - unabhängig davon, ob sie damit übereinstimmt oder nicht. Schließlich ist festzuhalten, daß die INLA seit der Bekanntgabe des IRA-Waffenstillstandes in keinerlei militärische Aktivitäten verwickelt gewesen ist. Ich halte dies für beachtenswert.

Aber es könnte doch Probleme hervorrufen, wenn ein Teil der republikanischen Bewegung sich nicht an dem Friedensprozeß beteiligen würde. Im Nahen Osten ist ja zu sehen, vor welchen Problemen Yassir Arafat steht. Ähnlich wie die republikanische Bewegung Irlands hat auch er Verantwortung für den dortigen Friedensprozeß übernommen. Heute ist er jedoch u.a. damit konfrontiert, den Teil des palästinensischen Widerstands zu bekämpfen, der seine Verhandlungslinie ablehnt. Im Gegenzug wird Arafat als "repressive Marionette Israels" denunziert.

Wir wissen sehr gut, daß dieser Prozeß außerordentlich schwierig sein wird. Ich sehe es aber als ein sehr viel naheliegenderes Problem an, daß die britische Regierung sich derzeit noch weigert, in einen umfassenden Dialog einzutreten und mit der Demilitarisierung ernst zu machen. Bleibt es dabei, würde dies unausweichlich Probleme schaffen. Unsere führenden Politiker haben immer wieder gesagt: Solange die Kernprobleme, die diesen gewaltsamen Konflikt begründet haben, seitens der britischen Regierung nicht in naher Zukunft und ernsthaft angegangen werden, könnten sich einige Leute zu einer anderen Art des Kampfes verpflichtet fühlen als dem, der seit dem 31. August geführt wird.

Nicht nur dieser Prozeß, auch wir werden mit Sicherheit Rückschläge erleiden. Und das ist eine potentielle Schwierigkeit. Und eine Quelle, aus der diese Schwierigkeiten gespeist oder angeheizt werden könnten, wäre

britische Unversöhnlichkeit. Schauen wir auf die Schwierigkeiten der letzten Wochen, dann können wir ganz klar die britische Regierung dafür verantwortlich machen. Den entscheidenden Schritt hat die IRA mit ihrem Waffenstillstand gemacht, dem sich loyalistische Paramilitärs angeschlossen haben. Nun liegt es allein an der britischen Regierung.

Sinn Féin Präsident Gerry Adams hat sich anläßlich der Bekanntgabe des IRA-Waffenstillstandes an die "protestantischen Brüder und Schwestern" gewandt und die protestantische Arbeiterklasse als "seine Leute" bezeichnet. Ähnlich sprach Garry McMichael, Sohn eines liquidierten ehemaligen UDA-Chefs, von der "Einheit der Arbeiterklasse", die es jetzt zu schaffen gelte. Eröffnen sich angesichts des Waffenstillstandes für Euch Möglichkeiten, traditionelle "sektiererische" Spaltungslinien durch soziale Klassenwidersprüche "interkonfessionell" zu überwinden?

Nun, für uns war der Protestantismus nie das Problem. Von daher ist es nicht schwer, von protestantischen Brüdern und Schwestern zu sprechen.

Auch auf Seiten der loyalistischen Paramilitärs beobachten wir einen zunehmenden Realismus. Ihr müßt Euch erinnern, daß sie ebenfalls eine jahrelange Kampferfahrung haben und wir nicht zuletzt dieselben Gefängniszellen geteilt und unsere Toten begraben haben.

Zudem erkennen meines Erachtens die loyalistischen Paramilitärs die soziale Dimension einer einheitlichen Arbeiterklasse. Die großen unionistischen Parteien haben bislang wie in einer Nußschale Politik gemacht. Sie haben sich nie mit Klassenfragen wie zum Beispiel der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Diese Probleme beschäftigen aber die Leute der (protestantischen) Shankill Road in Belfast oder anderer Wohnbezirke der loyalistischen Arbeiterklasse.

Zynisch gefragt: Ist der derzeitige Friedensprozeß somit letztlich nicht auch ein Ergebnis des "Thatcherism": Auf der einen Seite gnadenlose militärische Bekämpfung des Aufstands in den Six Counties. Auf der anderen Seite eine Wirtschaftspolitik, die als "Klassenkampf von oben" zu einer dramatischen Verarmung auch in den Six Counties geführt hat und so die Arbeiter und Arbeiterinnen beider communities zusammenführte?

Ja, das hat seinen Teil dazu beigetragen. Was uns von den Unionisten unterschied war, daß es ihnen besser ging, weil sie privilegiert waren. Dies betraf stets vor allem die oberen Schichten des Unionismus, weniger die einfachen Leute von der Shankill Road. Die hatten stets mehr gemein mit denen von der (katholischen) Falls Road. Beide waren betroffen von Arbeitslosigkeit und schlechten Wohnverhältnissen. Das Absurde dieses Konflikts war, daß den arbeitslosen unionistischen Männern und Frauen weisgemacht werden konnte, daß sie etwas Besseres seien als ihre katholischen Brüder und Schwestern. Das war zwar Unsinn. Aber sie haben es übernommen und wirklich daran gegelaubt. Zusätzlich war es aber auch so, daß sie es tatsächlich wesentlich einfacher als ein Katholik hatten, eine Arbeit zu finden. Ihre Erfahrung schien also ihre Vorstellung zu bestätigen.

Gerry Adams hat schon in den späten 70ern gesagt, daß es in einem wiedervereinigten Irland zu einer Neuaufteilung des politischen Spektrums kommen muß und wird, einer vereinten linken Kraft, die den Rechten gegenübertritt. Die Möglichkeit eines religionsübergreifenden Bündnisses ist da.

Joan und Cathal, vielen Dank.

31. Bioethik: Erlaubt ist, was dem Markte dient

von Erika Feyerabend / Genarchiv Essen

Autor: Erika Feyerabend, Genarchiv Essen · Rubrik: Gentechnologie · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:31

Nachdem im Frühjahr diesen Jahres der Entwurf einer Bioethik-Konvention veröffentlicht und von der "Internationalen Initiative gegen die Bioethik-Konvention" schärfstens kritisiert worden war, mehrten sich die ablehnenden Stimmen. Kirchliche Verbände, Abgeordnete der Grünen und der SPD, Fachschaften und Berufsverbände, politische Initiativen und JournalistInnen meldeten ihre Bedenken an. Einhellig kritisiert wurde der Paragraph 6, der die Forschung an und die Entnahme regenerativen Gewebes bei behinderten, kranken und alten Menschen, die als nicht entscheidungsfähig gelten, erlaubt und zwar ohne deren Zustimmung, oder ihrer Angehörigen und ohne eine therapeutische Zielsetzung. Auch die pauschale Freigabe der Forschung an Embryonen bis zum 14. Tag und die Weitergabe genetischer Testdaten stand im Kreuzfeuer der Kritik.

Vor dem Hintergrund dieser öffentlichen Debatte konnte der SPD-Bundestagsabgeordnete und Leiter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Robert Antretter, das Prozedere der Ratifizierung blockieren. Kurz zuvor war sein Antrag im Bundestag an der Mehrheit von Union und FDP gescheitert. Robert Antretter hatte lediglich erbeten, daß sich das deutsche Parlament mit der Bioethik-Konvention befassen solle, bevor die Bundesregierung den Vertragstext unterzeichnet.

Die Verhandlungen gehen weiter. Eine "Korrektur", so wird von bundesdeutschen Delegierten behauptet, solle nun am Entwurf vorgenommen werden. In anderen Ländern ist jedoch kaum eine gesellschaftlich hörbare Kritik laut geworden. Lediglich in der Schweiz haben die technologiekritischen Organisationen "Baseler Appell gegen Gentechnologie" und "Nogerete" mit einer Pressekonferenz und einem "Manifest zum Schutz der Menschenwürde" gegen dieses Regelwerk protestiert. Es bleibt also abzuwarten, ob die in Aussicht gestellte "Korrektur" überhaupt vorgenommen werden wird.

Die weitreichendere Frage, die sich stellt, ist jedoch: Sollten wir mit einer korrigierten Fassung des Textes einverstanden sein? Ist die Bioethik-Konvention reformierbar, gibt es eine "bessere" Bioethik?

Bioethik

Der Historiker Ivan Illich schrieb einmal zur Bioethik: "Seit 1970 hat die Bioethik sich epidemisch ausgebreitet, und zwar dadurch, daß sie in einem ethikleeren Kontext den Anschein erweckt, es gehe hier um ethische Fragen. Dieser Kontext ist entstanden durch die Medizinisierung, die von der Empfängnis bis zur Weiterverwertung der Organe reicht. Mit diesem neuen Operationsfeld hat die Medizin aufgehört, den Blick auf die Leiden der Kranken zu richten. Objekt der Fürsorge ist das sogenannte ‚Leben` geworden."

Schon der Begriff "Bioethik" unterstreicht den hier angesprochenen Entstehungszusammenhang. Falls nicht einfach eine Marketingfirma beauftragt wurde, die auf die guten Verkaufsergebnisse von sogenannten Bio-Produkten zurückgegriffen hat, handelt es sich bei diesem Wortgetüm wohl um die sprachliche Verschmelzung von Biologie und Ethik, oder von Bios - Leben - und Ethik.

Selbst wenn hier also weiter gedacht wurde als der übliche Konsumgütermarkt reicht, Biologie und "Leben" haben mit Ethik nichts zu tun. Ganz im Gegenteil, Molekularbiologie, Genetik und naturwissenschaftliche Medizin haben unsere Leiblichkeit, die nur selbst erfahren, aber niemals technisch ermittelt werden kann, zum Verschwinden gebracht. Das sogenannte "Leben", um dessen Beginn und Ende sich die bioethischen Redner wie es scheint bemühen - jedenfalls was deren naturwissenschaftliche Definitionen angeht - meint etwas ganz anderes als lebendige und sterbliche Menschen.

Für die Molekularbiologie geht es um die technisch reproduzierbare und handhabbare Ansammlung von Molekülen; für die Humangenetik um eine Aneinanderreihung lesbar geltender Gene; für die Transplantationsmedizin um ein Ensemble verteilbarer "vitaler Gesundheitsressourcen"; für die Immunologie um ein wandelndes Immunsystem. Um einen "fötalen Behälter" - so die Überschrift eines Aufsatzes in der Zeitung "bioethics" handelt es sich nach gusto der Pränataldiagnostiker und Fötalgewebsverpflanzer, wenn sie sich anschicken, Frauen als inwendige Plantagen für ihren Handlungsbedarf zu begreifen. In dem Gremium, das die Konvention erdachte und formulierte, konnte man sich im übrigen nicht mehr darauf einigen, wie der

Begriff "Mensch" zu definieren ist, das solle den nationalen Gesetzen überlassen bleiben - also dem Konsens einer nationalen Expertokratie.

Homo materia

Die Zeit des homo creator - jedenfalls für uns - ist vorbei. Wir sind zum homo materia umgedeutet worden. Keine guten Aussichten für die Mehrheit der real existierenden Menschen.

In diesem Kontext kann die Bioethik als Vermittlungsagentur oder als "Dienstleistungs"agentur betrachtet werden:

- um die reibungslose Überführung des homo materia in die Forschungseinrichtungen selbstverständlich erscheinen zu lassen;

- um die Verteilung des gewonnen Materials oder Rohstoffs nach allgemein gültigen Kriterien zu ermöglichen;

- um die Versagung von Hilfsangeboten mittels "objektiver" Regeln zu begründen;

- um die neuen Optionen "Pflegen oder Töten", "Körper gegen Geld" öffentlich im Sinne einer Lösung individueller und sozialer Situationen verhandelbar zu machen.

Die Bioethik ist ein Scharnier, sie wirkt im Innern der Institutionen. Krankenhäuser und Forschungsstätten sind mit ihren neuen Handlungsräumen - dem Produktivmachen des Todes in der Transplantationsmedizin, den ermittelbaren Lebens"qualitäten" und den daran gekoppelten Existenzberechtigungen in der Humangenetik - auf allgemein anerkannte Kriterien im Sinne von Entscheidungsorientierungen angewiesen.

Sie wirkt in der Gesellschaft und macht die Frage nach dem ärztlichen Tötungsrecht zu einem Verhandlungsgegenstand, dessen Für und Wider diskutierbar und "rational" erwägbar wird.

Nicht zuletzt wirkt sie auf unsere Köpfe. Auch wir sollen reden und Güter abwägen. Wir sollen "rational" begründen, ob Leidensvermeidung nicht erste Menschenpflicht ist. Wir sollen erwägen - so Hubert Markl in der Zeit -, ob wir nicht "aufrecht über die Klinge springen" statt unter Verbrauch wertvoller Gesundheitsressourcen langsam aus dem Leben scheiden wollen. Mit dem auf Computersimulation basierenden Planspiel "Ist Solidarität unter rationalen Egoisten möglich" will uns der Philosoph Rainer Hegselmann die "Güterabwägung" beibringen. Wir können durch "Helfen den Nutzwert H und durch Nichthelfen den Nutzwert W erreichen". Wir sollen lernen, " zu erwartende Solidaritätsgewinne und Sollidaritätskosten" abzuwägen.

Zum Nachdenken bringen will uns Prof. Sass, der nach dem Willen von Frau Anke Brunn (Ministerin für Wissenschaft und Forschung in NRW) in der Bioethik Arbeitsgruppe NRW Politikberatung betreibt: "Die Unterentwicklung der ethischen Risikokompetenz durch die paternalistischen und wohlfahrtsstaatlichen Risikoliquidationen für den Einzelnen haben insgesamt zu einer ethisch bedenklichen Flucht in einen technischen Aktivismus geführt, der bedenklich ist, der die Güterabwägungskompetenz weiter verkümmern läßt ... Mangelnde Gesundheitsrisikomündigkeit und allgemeine Verantwortungslosigkeit führen zu moralisch unerträglichen öffentlichen Gesundheitssystemen, die zulassen, daß die Vorteile von Krankheitsrisiken privat akkumuliert werden, während die Lasten solidarisch getragen werden." (H. M. Sass, "Methoden der Güterabwägung in der Postmoderne")

Die bioethisch fabrizierten Entscheidungskorridore sind eindeutig: Abbau öffentlicher Leistungen und Hilfen einerseits, Ausbau von Hochleistungsforschung andererseits. Die Pointe dieser beschriebenen diskursiven Einbindung: Solidarität, Hilfe und Gerechtigkeit müssen begründet werden, nicht der Verstoß gegen diese Prinzipien.

Auch der Konventionstext, der uns als "Schutz der Rechte und Würde der Menschen bei der Anwendung von Biologie und Medizin" angeboten wird, enthält von der ersten bis zur letzten Zeile das bioethische Argumentationsmuster, in das wir hineingearbeitet werden sollen.

Forschung ist gut

In der Erläuterung zur Konvention heißt es: "Im Kern sind diese Bemühungen (also die Konvention) das Ergebnis von ... Sorge über die ambivalente Natur vieler ... Fortschritte. Die Wissenschaft und die hinter ihr

stehende Praxis hat ehrenwerte Ziele, die sie auch oft erreicht. Die Naturwissenschaft hat eine helle und eine dunkle Seite, je nach dem, wie sie gebraucht wird."

Um die sogenannte helle Seite zu fördern, bedarf es Ethikkommissionen, Gesetze und internationaler Abkommen, wie das vorliegende. Wissenschaft ist immer gut, Gefahren liegen ausschließlich in der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse, nicht aber in der Erkenntnis selbst. Damit hat die bioethische Gemeinde sich selbst legitimiert. Sie ist erste und kompetenteste Anbieterin von Anwendungskriterien.

Die Geschichte z.B. der Genetik ist jedoch voll von Beweisen, daß der eugenische Verbesserungs- und Aussonderungswille Bestandteil des Theoriegebäudes der Genetik ist - und nicht etwa ein vermeidbarer historischer "Anwendungsfehler". "Die Kontrolle der menschlichen Evolution durch den Menschen selbst" war programmatisch für die Genetiker der ersten Stunde, und auch die modernen Tatsachenproduzenten aus dem Bereich der Humangenetik folgen ganz dieser Logik. Sinn und Zweck der gesamten humangenetischen Forschung und pränatalen Diagnostik ist die Identifizierung vermeindlicher Erbkrankheiten, zu denen mittlerweile auch Allergien, Herz-Kreislauf-Erkrankungen gehören sollen. Seit einiger Zeit ist auch das Verhalten - ohne Scham - wieder zum Forschungsgegenstand avanciert. Die "Weitergabe an die folgenden Generationen", so der späterhin sprachlich bereinigte Antragstext für das europäische Genomanalyseprojekt, soll verhindert werden. Unser "Fortpflanzungsverhalten" soll "genetisch verantwortlich" werden.

Die Korrekturen am Menschen in Form gentherapeutischer Menschenversuche sind nur folgerichtig, die schon in Vorbereitung befindliche Debatte um die Korrektur ganzer Generationen mittels Keimbahnmanipulation im Sinne dieser Logik nur "vernünftig".

Bioethisches Krisenmanagement sichert Forschungsfreiheit

"Ein großer Teil der heutigen Errungenschaften der zukünftigen Fortschritte beruht auf Gentechnik", so der erläuternde Text zur Konvention. Und weiter: "Mit der fortschreitenden Entschlüsselung des Genoms vervielfältigen sich Möglichkeiten zum Eingriff und zur Manipulation. Heute ist nicht nur das Individuum oder die Gesellschaft in Gefahr, sondern die menschliche Spezies als solche. Die Bioethik-Konvention errichtet dagegen Schutzwälle."

Das ist harter Tobak. Nicht nur du und ich sind in Gefahr, und möglicherweise das gesellschaftliche Gefüge, was ja noch vorstellbar und beurteilbar wäre. Nein, es ist die ganze Spezies. Wer nun denkt, daß dieser undenkbaren Gefahr Einhalt geboten werden soll, der irrt sich. Denn weiter können wir dem Erläuterungstext der Konvention entnehmen, daß "die Probleme, um deren Lösung die Bioethik-Konvention sich bemüht, uns auch für die Zukunft erhalten bleiben (werden) und dann vielleicht noch viel drängender sein als heute." Das Krisenmanagement wird also scheitern, ist meine schlichte Folgerung.

Sollte nun Jemand überlegen, ob nicht der Genomanalyse Einhalt geboten werden soll, so wird man gleich eines besseren belehrt: "Würde man versuchen, sie (also die Probleme) dadurch zu lösen, daß man den wissenschaftlichen Fortschritt behindert, so käme das einer Mißachtung des Rechtes des Menschen auf Wissen und seiner Freiheit zur Erweiterung seines Horizontes gleich."

Das ist die hohe Kunst bioethischer Güterabwägung. Selbst bei drohendem Niedergang der Spezies, selbst bei drohendem Verlust der Menschenwürde im Sinne seiner Unverletzlichkeit und Unveräußerbarkeit des Leibes, muß die "Forschungsfreiheit" siegen. Ob die "Erweiterung des Horizontes" nicht eher eine Verengung auf den schmalen Horizont der molekularen Ebene ist, und die hier angesprochenen Fortschritte nicht eine immense Wissensvernichtung in den Bereichen Biologie und Medizin bedeuten, das wären wirklich spannende Fragen, die es zu diskutieren lohnt. Die Bioethik-Konvention aber läßt uns mit dem Niedergang der Menschheit zurück, gegen die sie "Schutzwälle" aufzubauen behauptet, die nach eigenen Aussagen nicht halten werden.

"Informierte Zustimmung"

Völlig aussichtslos sollen wir den gefahrenbergenden Unternehmungen moderner Wissenschaft nicht gegenüberstehen. Wir werden beruhigt, denn wir werden gefragt. Dreh- und Angelpunkt bioethischer Argumentation ist die "informierte Zustimmung."

"Die Biomedizin hat ein demokratisches Gesicht: Sie geht als Anbieterin von Leistungen auf den Markt. Objektiv kommt sie daher als Problemlösungs"angebot", subjektiv als Entscheidungs"angebot". Es gelingt ihr,

lauter scheinbar freie/freiwillige Schritte so hintereinanderzuschalten, daß "vernunftnotwendige" Entscheidungen dabei herauskommen. Unter dem Strich verbindet sie ein Maximum von Zwangsläufigkeit mit einem Maximum an "Freiheit"." (Petra Gehring) Die "Zustimmung" wird fabriziert. Rein sprachlich kommt eine "informierte Ablehnung" gar nicht vor, auch im Konventionstext nicht.

Wir, als PatientInnen, haben keine Beschreibungskompetenz. Nur die Medizin, das Gerät, die Wissenschaft können beschreiben. Wahl"freiheit" erhalten wir dann, wenn wir zwischen von Experten formulierten Alternativen zu entscheiden haben. Man empfiehlt dann rationale Abwägung von Vor- und Nachteilen, die gute Kaufentscheidung, die bioethische Güterabwägung.

Wir entscheiden, nicht die Biomedizin. Sie wendet nur an und arbeitet auf Bestellung.

Die Moderatoren dieser Zustimmungsfabrikation sind die Bioethiker, die uns die richtige Güterabwägung und Risikomündigkeit beibringen. "Ihr Endziel", so Petra Gehring, "lerne nicht nur ‚vernünftig` sondern sozialverträglich zu entscheiden. Entscheide ‚frei`, wann du zu teuer wirst, spende ‚freiwillig` Körperstücke."

Sollten wir noch irgendwelche Restbestände "intuitiver Plausibilitäten" (Prof. Honnefelder) haben, so werden wir in den Bereich von Irrationalität und Angst verwiesen. Dann brauchen wir bioethische Aufklärung.

Der umstrittene §6, der die Beforschung von Menschen ohne "informierte Zustimmung" ermöglicht, ist eine konsequente Schlußfolgerung dieser Zustimmungsfabrikation. Für Menschen, die nicht "rational" abwägen und zustimmen können, entscheidet die Institution. Sie spricht für jene, die nicht vernünftig sind, vernünftig.

Erlaubt ist, was dem Markte dient.

Von jeglicher Kritik verschont blieb bislang der §ll der Konvention, in dem das "Verbot des finanziellen Vorteils" festgeschrieben wird. "Organe oder Gewebe sollten nicht gehandelt werden ... Technische Maßnahmen jedoch, (Probeentnahmen, Tests, Lagerung ... Transport) die im Zusammenhang mit diesen Substanzen erforderlich sind, können eine angemessene finanzielle Entschädigung begründen."

Wenn Gewebe Teil eines medizinischen Mittels ist, dann kann es auch verkauft werden. Was hier lediglich verhindert wird, ist der "finanzielle Vorteil" des sogenannten Spenders. Wir sollen nicht UnternehmerIn in eigener Körpersache werden. Die medizinischen Institutionen sind und sollen die einzig Berechtigten sein, die an unseren Körperstücken und Geweben verdienen - durch Be- und Verarbeitung, Lagerung und Patentierung. Auf europäischer Ebene wird derzeit die ökonomisch zentrale Frage der Patentierung diskutiert und wohl im Sinne der Forschung und Pharmaindustrie entschieden werden.

Es nimmt bei diesen Inhalten nicht Wunder, daß einer der wichtigsten Initiatoren der Konvention, der Spanier Palacios, nach eigenen Aussagen jahrelang und ständig mit der European Science Foundation, einer Lobbyorganisation der Forschungseinrichtungen, verhandelte.

Neben dem "Forschungsfortschritt" wird auch die bioethische Vertragskunst ausgebaut. Die Unesco möchte, anläßlich des 50. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte 1998 eine weltweite Bioethik-Konvention verabschieden.

Internationale Agenturen und weltweit agierende Handlungsreisende in Sachen "Menschenwürde" scheuen anscheinend kein Geld und keine Mühe, uns weis machen zu wollen, daß es auch im Zeitalter von Humangenetik, computersimulierter Geburt, Organhandel und Sterbehilfe um "Würde" und "Ethik" nicht schlecht bestellt ist.

Dieser Versuch kann scheitern, wenn wir die Einbindungsangebote von Biomedizin und Bioethik "entschlüsseln" - und nicht die DNA. Wenn wir hinter den Heilungshoffnungen und Leidverminderungsangeboten noch erkennen können, daß hier die vollständige Auslieferung an einen neu entstandenen Körpermarkt und eine naturwissenschaftliche Expertokratie vor- und nachbereitet wird.

32. Auf dem Weg zur Standortbrigade. Nachbetrachtung zum politische Leitantrag des ÖTV-Gewerkschaftstages

Nachbetrachtung zum Politischen Leitantrag des ÖTV-Gewerkschaftstages

Autor: Gerald Kemski · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:04

Die Gewerkschaften des DGB suchen nach Gesellschaftsanalyse und Standpunkten in dieser Gesellschaft. Kennzeichnend dabei ist, daß diese Diskussion stärker noch als früher weitestgehend unter Ausschluß der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit stattfindet. Auf DGB-Bundesebene treffen sich "Expertenforen", z.B. zur Bildungspolitik. Auch in manchen Einzelgewerkschaften treten zentrale Zirkel zusammen und produzieren Papiere.

Auf dem DGB-Bundeskongreß 1996 in Dresden soll ein neues Grundsatzprogramm beschlossen werden. Da über den Diskussionsstand nur wenig nach außen dringt, erscheint es sinnvoll, das zu betrachten, was in jüngster Zeit im Gewerkschaftsbereich an Positionsbestimmungen beschlossen worden ist.

Dabei nimmt der politische Leitantrag A 01 des außerordentlichen Gewerkschaftstages vom 19. bis 21. September 1994 in Bremen aus zwei Gründen eine wichtige Rolle ein. Erstens, weil die ÖTV als zweitgrößte DGB-Gewerkschaft wichtigen Einfluß auf die Positionierung des DGB als Ganzes nimmt. Zweitens, weil die Kräfte um den geschäftsführenden Hauptvorstand (gHV) herum ganz entschieden durchgesetzt haben, daß dieser Antrag als "politische Linie" und nicht nur als "Arbeitsmaterial" zur Diskussion für die Mitglieder beschlossen wurde.

Hier fand eine deutliche Standortkorrektur statt, ohne daß dies in einem größeren Maße durch Diskussionen in breiten Teilen der Mitgliedschaft vorbereitet war. Dies ist als deutliche Herausforderung an die Gewerkschaftslinke zu verstehen, diese Diskussion einzufordern und voranzutreiben!

Keine sozialen Risiken mehr?

Der beschlossene Antrag enthält aus meiner Sicht auch richtige Passagen, stellt aber im wesentlichen eine "Beschönigung des real existierenden Kapitalismus" dar, wie ein Delegierter es formulierte. Außerdem fanden wichtige Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften stehen, gar keine Aufnahme.

In dem Antrag heißt es u.a.: "Die Gewerkschaften haben sozialstaatliche Prinzipien durchgesetzt, die heute Verfassungsrang genießen, und so dazu beigetragen, daß für breite Schichten der Bevölkerung die Angst vor Not und Armut durch existentielle Lebensrisiken geschwunden ist." Das ist nicht 1974 sondern im September 1994 mit Mehrheit beschlossen worden - vor dem Hintergrund einer verfestigten Massenarbeitslosigkeit und mindestens seit 1982 politisch betriebenen Sozialabbau! Im ersten Entwurf zu diesem Antrag hieß es richtiger, daß wir es zu tun haben "mit dem Wiedererstarken eines Kapitalismus, der ungeniert sozialstaatliche Fesseln abstreift."

Warum wird nicht gesagt: Nahezu alles, was es in Deutschland an sozialen Standards gibt, ist vor allem durch gewerkschaftliche Kämpfe erzwungen worden, einiges wurde auch wegen der Systemkonkurrenz zur DDR zugestanden? Aber diese Standards sind nicht erst seit dem Fall der Mauer bedroht. Spätestens mit dem Beginn der Kohl-Regierung 1982 (eigentlich auch schon unter Helmut Schmidt) und verstärkt seit dem Ende der Systemkonkurrenz setzen die wirtschaftlich und politisch Mächtigen in der BRD auf Sozial- und Demokratieabbau.

Schwammige Positionen

Die eigene Positionsbestimmung bleibt schwammig: "Während für Generationen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern die klassenlose Gesellschaft oder die Verwirklichung des freiheitlichen Sozialismus verbindende Utopien waren, ist es heute schwieriger, Ideale und Zielvorstellungen zu bestimmen, die gemeinsam tragfähig sind."

Gewiß gibt es nicht wenige Mitglieder, denen Utopien egal sind und die Gewerkschaften als reine Serviceeinrichtungen betrachten. Für verantwortliche FunktionärInnen aber kann das als Positionsbestimmung nicht ausreichen. Ein Gesellschaftssystem, das Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Umweltzerstörung produziert, muß doch von GewerkschafterInnen in Frage gestellt werden; über den Kapitalismus hinausgehende Visionen dürfen nicht ausgeschlossen werden.

Der Verzicht auf solche Utopien zieht letztlich auch eine Schwächung des Faktors "Gewerkschaften als Gegenmacht" im bestehenden System nach sich. Aber auch das scheint ja in den Führungsetagen einiger Gewerkschaften gewollt zu sein.

Es muß bedenklich stimmen, wenn Monika Wulf-Mathies formuliert: "Während es im 19. und 20. Jahrhundert vor allem um die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit ging, haben wir heute weit mehr zu berücksichtigen..." (Protokoll vom 19.9.94, Seite 20) Wer wollte bestreiten, daß wir heute mehr Widersprüche und Konflikte zu beachten haben als zu Beginn dieses Jahrhunderts oder auch nur vor zehn Jahren? Aber den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit als einen vergangenen anzusehen, ist meines Erachtens nicht nur verhängnisvoll, es läßt sich aus der gesellschaftlichen Realität der Bundesrepubik heraus auch nicht begründen.

Dieser Realität würde es viel eher entsprechen zu formulieren: Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit besteht fort. Ständig ist die Kapitalseite national wie auch international dabei, ihre Profitlogik gegen die abhängig Beschäftigten durchzusetzen. Dabei findet nicht nur eine massive Umverteilung von unten nach oben statt. Bereits errungene gewerkschaftliche Rechte werden in Frage gestellt. Auch dies ist eine internationale Erscheinung. Dabei hat die Gesellschaft national wie international neue Widersprüche hervorgebracht, so daß nicht alles, was es an gesellschaftlichen Erscheinungen und Problemen gibt, aus dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit abgeleitet werden kann. Auch stellen sich die Interessen der abhängig Beschäftigten vielschichtiger dar als noch vor einigen Jahren.

Nichts mehr zu verteilen?

Bestenfalls widersprüchlich ist der beschlossene Leitantrag auch in der Frage, wie gewerkschaftliche Positionen durchgesetzt werden können. Es heißt dort u.a.: "Geringer werdende Verteilungsspielräume erfordern eine Stärkung der Konflikt- und Durchsetzungsfähigkeit, um eine gewisse Verschiebung der Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verhindern"; und ein wenig später: "Trotzdem stößt eine vorwiegend auf quantitative Ziele ausgerichtete Politik an

ihre Grenzen."

Auch hier stellt sich sogleich die Frage: Wo leben wir eigentlich? Hat nicht selbst nach dem Urteil bürgerlicher Wissenschaftler eine Verschiebung zu Lasten der abhängig Beschäftigten und sozial Schwachen bereits stattgefunden? Wie soll aber etwas verhindert werden, das bereits stattgefunden hat? Daß es so gekommen ist, hat natürlich mit der Schwäche der Gewerkschaften zu tun, nicht damit, daß es nichts mehr zu verteilen gäbe. Darum wäre es auch falsch, auf materielle Forderungen zu verzichten. Eher gibt es einen Nachholbedarf. Die eigentliche Frage lautet: Wie können wir dafür Durchsetzungskraft entwickeln? Geld ist vorhanden, auch im Organisationsbereich der ÖTV.

Nehmen wir die großen Transportkonzerne: Thyssen-Haniel, Hapag-Lloyd, Hamburg-Süd, Kühne & Nagel usw. Will irgendjemand behaupten, dort wäre kein Geld vorhanden, um die Ansprüche der ArbeitnehmerInnen zu befriedigen?

Und im Öffentlichen Dienst? Die öffentliche Finanznot in vielen Bereichen ist bewußt politisch herbeigeführt worden. Die politisch Verantwortlichen haben öffentliche Einnahmen oftmals selber unmöglich gemacht. Welche Bereiche werden als erste ausgegliedert, welche "privatisiert"? Doch diejenigen, die am gewinnträchtigsten sind. Es ließen sich weitere Beispiele nennen. Und bei einer so zum Teil bewußt herbeigeführten "öffentlichen Armut" sollen die öffentlich Beschäftigten noch bescheidener sein als bisher schon? Manch eineR wird sich dann die Frage stellen: Wozu dann in der Gewerkschaft sein?"

Standortkommando

oder Gewerkschaft?

Sind wir ein soziales Standortkommando oder eine Gewerkschaft? Diese Frage muß man sich stellen, wenn man folgenden Absatz des beschlossenen Antrages liest: "Wir müssen unsere Gestaltungsfähigkeit weiter ausbauen und mit Vorschlägen zur sozialen Flankierung des Strukturwandels Alternativen entwickeln, die die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland mit sozialem und ökologischen Fortschritt verbinden."

Nicht nur daß der Begriff "Wirtschaftsstandort Deutschland" von den Unternehmerverbänden sowie der CDU/FDP-Regierung erfunden wurde und von diesen besetzt ist. Nach wie vor steht hinter diesem Begriff die Profitlogik, die da lautet: "Die Arbeitskosten (und damit die Löhne) in Deutschland sind zu hoch." Welchen Grund gibt es für Gewerkschaften, sich darauf einzulassen? Soll eine weitere Reallohnsenkung "sozial flankiert" werden?

Nebenbei kann man sich mit einem derart klaren Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Deutschland auch verbale Bekenntnisse zur notwendigen Kooperation der Gewerkschaften auf internationaler Ebene schenken. Was also hat ein solcher Passus in der politischen Grundposition einer Gewerkschaft zu suchen?

Faschismus

gleich 40 Jahre DDR?

Mehr als fragwürdig ist der übernächste Absatz des Leitantrags: "Daß wir uns als Deutsche mit allen Phasen unserer Geschichte, mit Faschismus wie Totalitarismus weiterhin bewußt und kritisch auseinandersetzen, bleibt wichtig für die Gesellschaft. Nur so kann es gelingen, die Grundwerte der Verfassung gemeinsam mit Leben zu erfüllen." Das geht sogar hinter Pfarrer Eppelmann zurück. Selbst der CDA-Vorsitzende hatte - bei all seiner Gegnerschaft zur DDR - zwischen dem deutschen Faschismus und der DDR, eine Differenzierung vorgenommen.

Niemand will den FDGB der DDR als basisdemokratische Einrichtung ausgeben und behaupten, dieser hätte seinerzeit tatsächlich Konflikte im Interesse der Mitglieder ausgetragen. Aber die Gleichsetzung von deutschem Faschismus und 40 Jahren DDR unter dem Begriff "Totalitarismus" ist eine Verniedlichung des Faschismus dar. Mehr noch, diese Gleichsetzung stellt auch einen Bruch mit den antifaschistischen Traditionen der DGB-Gewerkschaften nach 1945 dar, die sich in allen bisherigen Grundsatzprogrammen des DGB seit 1949 wiederfinden. Das darf einfach nicht so stehenbleiben!

Ökologie gut für den Standort

Auch die Ökologie fehlt natürlich nicht in diesem Antrag, wenn sie denn dem Hauptziel untergeordnet ist. Wir lesen: "Wirksame und nachhaltige Schritte zum ökologischen Umbau können auch dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern."

Es stellt sich die Frage, was denn mit den lebensnotwendigen ökologischen Maßnahmen für kommende Generationen ist, wenn diese nicht der kurzfristigen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dienen.

Herausforderung

für die Gewerkschaftslinke

Letztlich darf nicht unter den Tisch gekehrt werden, daß auch einige Bereiche der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die eine Herausforderung für die Gewerkschaften darstellen, gar nicht angesprochen werden.

Ich nehme nur ein Beispiel heraus. Die Rolle der elektronischen Medien, deren Konzentration und Auswirkung auf das Massenbewußtsein, das auch das Bewußtsein vieler Mitglieder ist. Wie verhalten sich die Gewerkschaften zu diesen Prozessen politisch? Geben sie dieses Feld vertrauensvoll an Herrn Scharping ab? Wie wollen die Gewerkschaften selber künftig Bewußtsein vermitteln ? Regierungssender wie SAT 1 lassen nur erahnen, daß Entwicklungen wie in Italien gar nicht so weit weg sind.

Alles in allem ist dieser beschlossene Antrag in der gesellschaftlichen Analyse lückenhaft, enthält neben richtigen Passagen aber auch deutliche Beschönigungen der deutschen Realität und vor allem Passagen, die deutlich den Weg nacht rechts weisen. Offensichtlich sollen nicht nur Utopien, sondern auch Gegenmachtpositionen zur Disposition gestellt werden.

Die Gewerkschaftslinke, die in diesen Diskussionsprozeß bisher noch nicht sichtbar eingegriffen hat, muß sich Fragen lassen ob sie gewillt und in der Lage ist, bis zum DGB-Kongreß 1996 und dem nächsten ordentlichen ÖTV-Kongreß dieser programmatischen Rechtsentwicklung etwas entgegenzusetzen. Es ist höchste Zeit.

Gerald Kemski (Teilnehmer des ÖTV-Gewerkschaftstages)

33. Lesetip: Geschichtsunterricht. Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges

Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:33

"Erinnerungsarbeit gegen den Trend", nennt der Bremer Jurist Rolf Gössner den Inhalt seines notwendigen neuen Buches. Es handelt von einer der größten Schamlosigkeiten der Alt-BRD: Zwischen 150.000 und 200.000 Ermittlungsverfahren fanden in den ersten beiden Jahrzehnten ihrer Existenz gegen "Kommunisten" und deren "Sympathisanten" statt, etwa jedes zwanzigste endete mit einer Verurteilung. Bei vielen der Verurteilten handelte es sich um Verfolgte des Naziregimes.

Zwei Beispiele: Elfriede Kautz hatte in den 50er Jahren (billige) Ferienreisen für Kinder in die DDR, die damals hierzulande noch SBZ hieß, organisiert. Urteil 1961: 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust wegen "landesverräterischer Beziehungen".

Kurt Baumgarte trat öffentlich für eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR ein. Urteil 1966: 2 Jahre Gefängnis und in der Folge Aberkennung der Rentenansprüche als ehemaliger NS-Verfolgter. Vorwurf: "Rädelsführerschaft in Tateinheit mit Geheimbündelei in verfassungsfeindlicher Absicht". Beide haben bis heute keine Rehabilitierung erfahren. Gössners Buch hat das Anliegen, hier Unterstützung zu leisten.

Kalter Krieg - das hieß vor allem Aufrüstung und Kommunistenhetze. Rechtsanwalt Heinrich Hannover, damals Verteidiger in einigen der von Gössner beschriebenen Verfahren, schreibt im Vorwort: "Und oft genug waren es Richter, deren erster Treueschwur dem Führer Adolf Hitler gegolten hatte. Sie brauchten als Waffenträger des Kalten Krieges nur geringfügig umlernen. Den Feind kannten sie schon. Garanten deutscher antikommunistischer Tradition, die unangefochten bis an ihr Lebensende Gehälter und Pensionen verzehren konnten, die sie im Dienste zweier Staatsgewalten verdient hatten, die auf jeden Fall ein gemeinsames Credo hatten. Der Feind steht links!". Hannover nennt in diesem Zusammenhang den Paragraphen 6 des Bundesentschädigungsgesetzes "eine der schäbigsten Gesetzesvorschriften, die man sich in Bonn ausgedacht hat".

Gerade an diesem Punkt will Gössners Buch einhaken: Denn all diese Leute, die damals verurteilt wurden, haben sogar ihre Rentensprüche, die ihnen als "Wiedergutmachung" für die Zeit in NS-Haft zugestanden wurden, verloren. Gössner: "Die Opfer waren in erster Linie Kommunisten und Kommunistinnen, die in den 50er und 60er Jahren eine andere Entwicklung Westdeutschlands, Gesamtdeutschlands anstrebten. Sie setzten auf Antifaschismus, auf konsequente Entnazifizierung und Entmilitarisierung, auf Sozialisierung der Schwerindustrie sowie auf Wiedervereinigung unter sozialistischen Vorzeichen." Das ist ihnen schlecht bekommen, soweit man ihrer habhaft werden konnte. Besonders hervorgetan haben sich in jener Zeit das Landgericht Lüneburg (es bestand zu 90 Prozent aus ehemaligen NSDAP-Mitgliedern) und das dort ansässige Sonderdezernat "Politische Strafsachen", dessen erster Staatsanwalt berühmt-berüchtigter Ankläger am NS-Sondergericht Kattowitz gewesen war.

Die BRD zu Zeiten des Kalten Krieges: Die "Kommunistenprozesse" regten nicht besonders viele Leute auf - die Stimmung in der BRD war offen DDR-feindlich, und die alltägliche Hetze fiel kaum jemandem auf. Vorherrschende Meinung war, die US-Politik und Wiederaufrüstung einschließlich atomarer Waffen zu begrüßen - und wehe, wer nicht mitmachte! Während der "Kuba-Krise" wurden die Schulkinder zum Fähnchenschwenken zu den US-Stützpunkten gekarrt, wir übten auch "Atomkrieg" (Schultasche übern Kopf und auf den Boden legen sollte angeblich vor atomaren Strahlen schützen), und die Hausfrauen wurden verpflichtet, sich an der "Aktion Eichhörnchen" zu beteiligen (eine Woche Kriegs-Notvorrat sollte in jedem Haushalt angeschafft werden). Der Kalte Krieg schien nicht selten recht heiß zu sein, und die Ängste der Bevölkerung wurden sorgsam gegen "die Russen" gelenkt, von denen angeblich jegliche Gefahr ausging. Es erforderte durchaus Mut, sich dagegenzustellen. Und die, dies getan haben, verdienen auch heute noch unsere Solidarität. Gössner: "Man muß weder (Alt-)Kommunist sein noch übermäßige Sympathien für altvordere kommunistische Politik hegen, um das Unrecht, das an Kommunisten und ihren Bündnispartnern in der Bundesrepublik begangen wurde, auch Unrecht zu nennen."

Seit 1988 fordert die in Essen ansässige "Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges" ein Umdenken. Knapp 6.000 UnterzeichnerInnen fand eine Erklärung, in der neben der endlichen Aufhebung des KPD-Verbots und der in den 70er Jahren ausgesprochenen Berufsverbote die Amnestierung sämtlicher damaligen politischen Urteile gefordert wird. Im August 1994 trat die bundesweite "Initiativgruppe" mit einem Appell von 50 Betroffenen an die Öffentlichkeit, die zwischen 1949 und 1968 zusammen zu fast 100 Jahren Gefängnis oder Zuchthaus verurteilt worden waren. Einzig die PDS/LL hat darauf öffentlich reagiert und will einen dementsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen.

In Gössners Buch wird akribisch zusammengetragen, was der "Unrechtsstaat" BRD in diesem Zusammenhang am Stecken hat. Es versucht die - meiner Meinung nach etwas gewagte und sehr rechtsstaatliche - These zu vermitteln: Da es nun heute ein "1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz" gebe, könne man dem entsprechend auch ein dem Sinne nach "Adenauer-Unrechts- gesetz" mit nachfolgenden Entschädigungen fordern. Das ist gut gemeint und juristisch vielleicht sogar sinnvoll. Aber auch Gössner selbst ist davon anscheinend nicht hundertprozentig überzeugt. Mit der ihm eigenen Vorsicht fragt er immerhin: "Die Frage ist und bleibt, wie geht eine sich freiheitlich und demokratisch verstehende Gesellschaft und ein rechtsstaatlich verfaßter Staat mit politischen Gegnern um? (...) Muß insoweit womöglich von der Fiktion eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaats gesprochen werden?"

Katja Leyrer

Rolf Gössner: Die vergessenen Opfer des kalten Kriegs. Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West. Konkret Literatur Verlag. 224 Seiten 32,00 DM

Informationen: Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges, Essen , Tel. 0201/22 51 47

Veranstaltung mit Rolf Gössner: 25. 11. 1994, 19.30 Uhr, Heinrich-Heine Buchhandlung, Schlüterstr. 1, Hamburg. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Juristen.

Kalter Krieg: Einige ausgewählte Daten

1949: Gründung der NATO, der BRD und der DDR;

1950: Beginn des Koreakrieges; McCarthy wird Vorsitzender des Senatsausschusses für "unamerikanische Umtriebe" in den USA; die DDR erkennt die Oder-Neiße-Grenze - im Gegensatz zu Bonn, Washington und London - an;

1951: Der Bundesgrenzschutz (BGS) wird gegründet - "gegen zersetzende Infiltration aus dem Osten";

1952: Von den USA wird die erste H-Bombe gezündet; in der BRD kommt es zu antimilitaristischen Massendemonstrationen; in Essen wird dabei der siebzehnjährige Philipp Müller von der Polizei erschossen; Gründung der BILD-Zeitung in der BRD;

1953: Tod Stalins; 17. Juni in der DDR; absolute Mehrheit für CDU/CSU bei den BRD-Wahlen im September; Hinrichtung von Julius und Ethel Rosenberg in den USA (Vorwurf: Atom-Spionage für Sowjetunion);

1954: Die USA beschließen die Militärstrategie der "massiven Vergeltung": jeder Angriff auf einen Staat der NATO soll mit einem atomaren Gegenschlag beantwortet werden; die BRD verändert das Grundgesetz mit einem Wehrergänzungsgesetz, das 1955 zur Gründung der Bundeswehr und 1956 zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht führt; noch im gleichen Jahr tritt die BRD der NATO bei;

1955: Gründung des Warschauer Paktes als Gegengewicht zur NATO; Österreich wird souverän; im Saarland findet eine Volksabstimmung statt, die das Land 1957 zum 10. Bundesland der BRD macht;

1956: Die Nationale Volksarmee der DDR wird gegründet; am 17. August erklärt das Bundesverfassungsgericht nach mehr als vier Jahren Ermittlungstätigkeit das Verbot der KPD; noch am gleichen Tag werden 33 Funktionäre der Partei festgenommen, die Parteibüros geschlossen und die Vermögen und Betriebe beschlagnahmt; im Oktober kommt es zur "Suez-Kanal-Krise" und zum Ungarn-Aufstand; in Großbritannien geht das erste AKW ans Netz;

1957: Offizielle Gründung des Bundesnachrichtendienstes (BND); erster Präsident ist der ehemalige NS-Generalleutnant "Fremde Heere Ost", Reinhard Gehlen ("Organisation Gehlen" ab 1945); Gründung der

EWG; am 7. März wird der kritische "Arbeitsausschuß Kampf dem Atomtod" gegründet; eine geplante und von den Landtagen Hamburg und Bremen bereits beschlossene Volksbefragung wird 1958 vom Bundesverfassungsgericht verboten;

1958: Gründung der NASA in den USA; erster "Ostermarsch" in Großbritannien; im März beschließt der Bundestag die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen; am 19. April kommt es zu antimilitaristischen Massenkundgebungen in BRD; im BRD-Haushalt 1958/59 nimmt der "Verteidigungsetat" 10 von 36, 8 Milliarden ein;

1959: Die SPD distanziert sich im Godesberger Programm vom Marxismus und legt ein Bekenntnis zur Landesverteidigung und der freien Marktwirtschaft ab; Fidel Castro übernimmt nach dreijährigem Guerillakampf das Amt des Ministerpräsidenten in Kuba;

1960: Ein US-Spionage-Flugzeug wird über der Sowjetunion abgeschossen - die 2. geplante Gipfelkonferenz der vier Siegermächte nach dem 2. Weltkrieg findet nicht statt; 17 afrikanische Staaten werden offiziell unabhängig (10 gibt es schon); Kennedy wird US-Präsident;

1961: Patrice Lumumba wird ermordet (Kongo); am 17. April scheitert eine US-Invasion in Kuba; bis 1962 kommt es wegen der beabsichtigten Stationierung von sowjetischen Raketen zur "Kuba-Krise"; am 13. August Bau der Berliner Mauer; im September proklamiert ein Friedensappell der blockfreien Staaten unter Führung von Jugoslawien, Indien und Ägypten u.a. die Abschaffung des Kolonialismus; in der BRD verliert die CDU/CSU ihre absolute Regierungsmehrheit;

1962: Erste internationale Abrüstungskonferenz in Genf, die USA wehren sich gegen atomwaffenfreie Zonen in Europa; im Oktober durchsucht Polizei die Redaktionsräume des "Spiegel" in Hamburg - unter Verdacht des Landesverrats wird u.a. Augstein festgenommen;

1963: Die Organisation der unabhängigen afrikanischen Staaten (OAU) wird gegründet; in der BRD tritt Adenauer zurück;

1964: Beginn der US-Bombardements in Nordvietnam; Nelson Mandela wird zu lebenslänglicher Haft verurteilt;

1965: US-Invasion in die Domikanische Republik; die "Johnson-Doktrin" gegen die Ausbreitung des Kommunismus begründent eine neue Lateinamerikapolitik der USA.

Quellen:

Helmut Wolfgang Kahn: Der Kalte Krieg. Band 1. Pahl-Rugenstein, Köln 1986; Schlüsseldaten des 20. Jahrhunderts. Harenberg-Lexikon-Verlag, Dortmund 1994

34. Der bundesdeutsche Extremismus der Mitte. Begriffserklärung und aktuelle Erscheinungsformen

Begriffsklärung und aktuelle Erscheinungsformen - von Micha Brumlik

Autor: Micha Brumlik · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechte, Neue; Republikaner; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:01

Der folgende Artikel ist die vom Autor gekürzte und für analyse & kritik bearbeitete Fassung eines am 19. September in Nürnberg gehaltenen Vortrags. Auf einer vom Antifaschistischen Bündnis organisierten Diskussionsveranstaltung sprach Brumlik zum Thema "Neonazistische Mobilisierungen - rechter Straßenterror - Extremismus der Mitte". Micha Brumlik ist Pädagogik-Professor an der Universität Heidelberg und u.a. Autor der taz und der Frankfurter Rundschau.

Der Begriff "Extremismus der Mitte" ist zunächst ein Begriff aus einer bürgerlichen Faschismustheorie. Seymour Martin Lipset, ein US-amerikanischer Soziologe, versuchte in den 50er Jahren, sich einen Reim darauf zu machen, wie es in unterschiedlichen Ländern Europas in den 20er, 30er und 40er Jahren zu faschistischen Bewegungen kommen konnte: Mussolini in Italien, Franco in Spanien, Hitler in Deutschland, Dollfuß in Österreich usw. Diese Bewegungen waren in der Perspektive von Lipset keineswegs miteinander identisch.

S.M. Lipset:

"Extremismus der Mitte"

Lipset behauptet, daß bestimmten sozialen Lagen bestimmte Theorien oder Ideologien ideal entsprechen. Der Arbeiterschaft und den Besitzlosen entspricht in idealer Weise der Sozialismus, den grundbesitzenden Reichen und Aristokraten eine bestimmte Form des Konservativismus oder der Reaktion. Den Liberalen, den Unternehmern, den freien Berufen entspricht in idealer Weise der Liberalismus, also die parlamentarische Demokratie. Lipset stellt sich vor, daß diesen drei Formen politischer Ideologie jeweils eine verschärfte, extremistische Variante entspricht. Das heißt, dem Sozialismus würde als Extremismus etwa die Theorie der Bolschewiki entsprechen, dem agrarischen Konservativismus dagegen der Faschismus in Spanien - ein Bündnis von Thron und Altar, gestützt durch eine Militärdiktatur. Dem Liberalismus entspricht nach Lipset die faschistische Ideologie, die sich insbesondere in Deutschland als Nationalsozialismus herausgebildet hat.

Die extremistische Variante der politischen Ideologien besteht für Lipset in erster Linie darin, daß die bürgerlichen Freiheitsrechte in diktatorischer Form aufgehoben werden. Interessant an dieser Theorie ist, daß behauptet wird, daß ausgerechnet die Liberalen und Unternehmer, die freien Berufe und der Mittelstand, daß ausgerechnet die Mitte der Gesellschaft eine bestimmte Neigung zu ihrem eigenen Extremismus, dem Faschismus und Nationalsozialismus, besitzt.

Einen Beleg für diese Theorie findet man z.B. in der Geschichte des Landes Bayern. Im Rückblick auf die Weimarer Republik zeigt sich, daß insbesondere in den protestantischen Gebieten, also Nürnberg, Erlangen und Fürth, die Nationalsozialisten vergleichsweise stärker waren als in den klerikalfaschistischen Gebieten, wo in der Weimarer Republik etwa die Bayerische Volkspartei dominierte. In der Lipsetschen Perspektive wären die protestantischen, eher städtischen Gebiete Bayerns, in denen die Nationalsozialisten von Anfang an große Erfolge hatten, typische Beispiele für das, was er als "Extremismus der Mitte" bezeichnen würde.

Das rechte Potential der BRD

Man muß strikt unterscheiden zwischen dem rechten Potential und dem Wahl- bzw. Parteibeitrittsverhalten des rechten Potentials. Aus der Geschichte der bundesdeutschen Wahlforschung ergibt sich, daß dieses Potential in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in den Jahren 1945 bis 1948, zwischen 30 und 40% der Bevölkerung betrug. Seitdem hat es kontinuierlich abgenommen. Meiner Meinung nach haben wir heute ein rechtsextremistisches Potential - also überzeugte Rassisten, Nationalisten, Sexisten und Antisemiten - von ungefähr 20%. Und wie allgemein bekannt ist, hat dieses rechtsextremistische Wählerpotential keineswegs immer rechts gewählt.

Der Aufstieg der Republikaner

Seit etwa acht Jahren haben die Republikaner und die Deutsche Volksunion Auftrieb, der hoffentlich baldigst beendet ist. Die Republikaner waren zunächst einmal die Ausgeburt einer Krise innerhalb der CSU. Man erinnert sich, daß die Republikaner Mitte der 80er Jahre aus dem inneren Widerstand einiger christlich-sozialer Fundamentalisten dagegen entstanden sind, daß Franz-Josef Strauß dafür sorgte, daß die damals existierende DDR einen Milliardenkredit vom Bund bekam.

Ihren ersten Wahlsieg errangen die Republikaner 1989 bei den Senatswahlen in Berlin, und zwar nach einem ausgesprochen rassistischen, extrem türkenfeindlichen Wahlkampf. Anlaß der Unruhe, in der die Republikaner ihren Wahlkampf gewinnen konnten, war eine bestimmte Knappheit auf dem Wohnungsmarkt in Berlin, und zwar im Bereich von Sozialwohnungen. Es ist wichtig festzuhalten, daß diese Knappheit nicht ein Ergebnis des Zuzugs türkischer Arbeitsimmigranten etwa nach Kreuzberg oder ins Märkische Viertel war, sondern das Ergebnis einer durch den Grundgesetzartikel 116 (Staatsangehörigkeit der BRD als Blutrecht) nahegelegten privilegierten Behandlung sogenannter volksdeutscher Aussiedler, um die man damals verstärkt warb.

Die Wählerinnen und Wähler der Republikaner - das ist mittlerweile jedenfalls für Berlin einigermaßen klar - sind nicht das, was man als Wähler der Mitte im Sinne von Lipset bezeichnen kann. Das waren eindeutig Angehörige ärmerer Unterschichten, teils angelernte Arbeiter, zum Teil, vermute ich, berentete und früh in den Ruhestand geschickte Facharbeiter. Dieses Problem war nicht nur das Problem der klassischen rechten Parteien, sondern wurde zunehmend auch zum Problem der SPD. Die nächsten Wahlen - vor allem in sozialdemokratischen Stadtstaaten wie Bremen und Hamburg (1991) - zeigten, daß es dort bestimmte Randbereiche der Arbeiterschaft waren, die sich von der SPD nicht mehr vertreten fühlten, und die deswegen Republikaner wählten. Ein Hintergrund war auch die Werftenkrise in Norddeutschland.

Es ist nötig zu betonen, daß der damalige Bürgermeister von Bremen, Wedemeier, glaubte, die Anfälligkeit dieser Schichten für die rechtsextremistischen Parteien dadurch vermindern zu können, daß er selbst das Thema "Asylanten" aufnahm und sich weigerte, die vom Bund über die Quotenregelung zugeteilten Asylbewerber unterzubringen. Die Folge war, daß der Bremer Wahlkampf 1991 von einem einzigen Thema überschattet wurde: Asylbewerber. Dies verschaffte den rechten Parteien, in diesem Fall der DVU, einen ganz besonderen Wahlsieg. Ähnliches gilt auch für die folgenden Landtagswahlen, z.B. in Baden-Württemberg 1992. Die CDU versuchte dort auf Teufel komm raus, die Rechten niederzukonkurrieren, indem sie mit dem Asylthema auf ihren Plakaten warb. Das Ergebnis war erwartungsgemäß: Die Republikaner kamen mit mehr als 10% der Stimmen in den Stuttgarter Landtag.

Einen gewissen Bruch in der Entwicklung der Republikaner bedeutete die Bundestagswahl nach der Vereinigung 1990. Die Republikaner konnten hier keinen Boden gewinnen. Das nationalistische Thema wurde ihnen in gewisser Weise weggenommen. Mittlerweile sind sie - z.T. aufgrund innerer Querelen, wie mir scheint; die konservativen Parteien werden sagen, weil das Asylthema gelöst worden sei - weg vom Fenster.

Neu-rechte Intellektuelle

im Aufwind

Analog zum Aufstieg der Republikaner ereignete sich etwas, was ich als die Nationalisierung des politischen Diskurses bezeichne. Während es von 1968 bis etwa 1985 linke Themen waren - Emanzipation, Partizipation, Gleichberechtigung, mehr Demokratie wagen, Friedensbewegung, Ökologie, Frauenbewegung -, die die öffentliche Diskussion bestimmten, bahnte sich mit dem Jahr 1985, mit dem Historikerstreit, etwas anderes an, nämlich die Rehabilitierung eines Denkens in Begriffen des Nationalen. Der Historikerstreit gipfelte in der ungeheuerlichen These von Ernst Nolte, daß die Juden in gewisser Weise selbst an ihrer Vernichtung schuld waren. Im Kern dieses Streits stand jedoch die viel weitergehende These, daß der Nationalsozialismus - grob gesagt - nichts anderes gewesen sei als eine schlechte Kopie des Bolschewismus. Es ging also darum, dem nationalsozialistischen Aufbruch der Deutschen ab 1933 ein halbwegs gutes Gewissen zu verschaffen und damit das zentrale Programm der heutigen Neuen Rechten zu untermauern, nämlich: Das rechte Projekt, den deutschen Nationalismus von seiner Diffamierung durch den Nationalsozialismus und den Judenmord zu befreien.

Dazu paßte es dann, daß auf einer etwas gehobeneren Ebene, popularisiert durch die allseits bekannte Zeitschrift Der Spiegel, eine Reihe namhafter Intellektueller und Publizisten sich für ein neues Denken in Begriffen des Nationalen stark machten.

Hier muß man jedoch stark unterscheiden. Am wenigsten gehört noch Hans Magnus Enzensberger zu diesen rechten Intellektuellen. Er vertritt in mehreren Essays eine sehr pessimistische Weltsicht und sagt, daß es angesichts dieser von Bürgerkriegen zerrissenen Welt vernünftig und menschlich sei, daß wir uns zunächst einmal auf die eigenen Probleme besinnen.

Martin Walser - der bundesrepublikanische Schriftsteller - glaubte irgendwann einmal zu erkennen, daß es nötig sei, zu etwas wie einer nationalen Normalität zu kommen. Er vertritt die These, daß es normal und wichtig für Menschen sei, sich ihrer Nationalität nicht schämen zu müssen. Jemand wie Walser würde eine Ursache des Rechtsextremismus darin sehen, daß das nationale Thema in der BRD viel zu lange vernachlässigt worden ist. Er hat das auch in einigen Essays im Spiegel und anderswo begründet.

Die wichtigste Gestalt: Der bedeutende Dramatiker und Dichter Botho Strauß mit seinem ebenfalls im Spiegel veröffentlichten "anschwellenden Bocksgesang". Strauß deklariert sich ausdrücklich als Rechter. Ein Rechter ist für ihn ein wahrer Nonkonformist, der nicht bereit ist, sich dem Nullmedium des Fernsehens und seinem Informationsbrei zu überlassen. Dieser Nonkonformismus nimmt die Kräfte der Herkunft, des Mythos ernst. Strauß hält uns vor, nicht mehr begreifen zu wollen, warum im Kaukasus oder in Jugoslawien Menschen einander töten, nämlich um ihre Sprache und ihre Herkunft zu verteidigen.

Die erwähnten Schriftsteller grenzen sich natürlich ausdrücklich von den rechtsradikalen Mordbrennern ab.

Dann gibt es noch eine weitere Rechte, eine regierungstreue, "außenpolitische" Rechte. Dazu gehören vor allem Professoren der Politikwissenschaft, etwa der Berliner Arnulf Baring, ein ehemaliger Sozialliberaler, etwa der Bonner Hans Peter Schwarz, der eine große Biographie über Adenauer geschrieben hat, etwa der Erlanger Historiker Gregor Schölben. Das sind Leute, die selbstverständlich weder was mit den Skinheads zu tun haben noch unbedingt ideologische Nationalisten sind, sondern scheinbar nüchtern machtpolitisch sagen: Die Deutschen müssen sich ihrer Machtvergessenheit entledigen; sie müssen sich klar werden, daß sie die ökonomische und militärische Zentralmacht in Europa sind und dementsprechend selbstbewußt eine militärisch gestützte Außenpolitik zumindest ins Auge fassen. Diese Leute sind jeweils überzeugte Anhänger der sogenannten Westbindung und der NATO.

Anders argumentieren die Neuen Rechten um Rainer Zitelmann und Karl Heinz Weißmann, um die Beilage der Welt, die "Geistige Welt", um die Wochenzeitschrift Junge Freiheit, um die Zeitschrift Criticon. Es ist ein schwieriges Thema, weil man bei der Debatte um diese Neue Rechte nie genau weiß, wie sehr man sie nicht am Ende emporredet. Besonders viele Leute sind das nicht, besonders hoch sind die Auflagen auch nicht. Sie gewinnen jedoch tatsächlich mehr Einfluß in bestimmten Zirkeln. Der Weißmann ist etwa nach Tutzing in die Evangelische Akademie eingeladen worden, durfte auch mal in der FAZ schreiben. Das sind Leute, die die Westbindung ausdrücklich ablehnen, die "national-neutralistisch" argumentieren. Damit treffen sie sich fatalerweise mit einer Gestalt, die aus den neuen sozialen Bewegungen kommt, mit Alfred Mechtersheimer, der in der Friedensbewegung sehr bedeutend war, der sich heute als Nationalpazifist bezeichnet und behauptet, daß der Pazifismus nur dann wirklich funktioniert, wenn man Nationalist ist. Dann sorgt man sich nämlich nur um die eigene Gesellschaft und behelligt andere nicht. Ende September 1994 erschien im Ullstein-Verlag ein Sammelband namens "Die selbstbewußte Nation", mit Beiträgen von Brigitte Seebacher-Brandt, von Zitelmann, einigen Welt-Redakteuren, Botho Strauß und eben auch Alfred Mechtersheimer. Diese "national-neutralistische" Neue Rechte orientiert sich an der Ideologie der "konservativen Revolution" der 20er Jahre. Auch diese Rechten wollen mit den Skinheads, mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun haben, wollen eine demokratische Rechte sein. Aber sie betonen ausdrücklich, nicht die Mitte zu sein.

Dieses geistige Klima macht sich spätestens seit 1989 immer breiter. Vor diesem Hintergrund wurde der politische "Extremismus der Mitte" wirkungsmächtig. Dazu drei Beispiele, die mit der Neuen Rechten nichts zu tun haben und alleine die Mitte betreffen, und das heißt vor allem: Die CDU/CSU, die SPD und die FDP.

Beispiel 1: Geschichtspolitik der Normalisierung

Helmut Kohl sorgte für die relative Rehabilitierung der Waffen-SS in Bitburg 1985. Die offizielle Geschichtspolitik der Normalisierung zeigte sich aber auch bei der Einweihung der Neuen Wache in Berlin. Da war es Kohl wichtig, daß aller Opfer des Zweiten Weltkrieges gedacht wird, also sowohl der Menschen, die in den KZs vergast wurden, als auch der Opfer des alliierten Bombenkrieges. Zu letzteren würde dann auch der

Vorsitzende des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, der durch eine alliierte Fliegerbombe getötet wurde, gehören.

Beispiel 2: Die Asyldebatte

Im Herbst 1991 verschickte der damalige Generalsekretär der CDU, der heutige Verteidigungsminister Volker Rühe, ein Rundschreiben an sämtliche Abgeordneten der CDU/CSU, also auch an kommunale Abgeordnete, versehen mit einem vorgedruckten Fragenkatalog. Es wurde in etwa gefragt: Wie viele Asylbewerber befinden sich in Ihrer Gemeinde, wie sind sie untergebracht, wieviel kostet das, mit wie vielen weiteren ist zu rechnen. Das Konrad-Adenauer-Haus der CDU setzte also damals dieses Thema bewußt auf die politische Tagesordnung und warf damit vielleicht auch in Gemeinden, in denen die dort untergebrachten Asylbewerber mehr oder wenig willig akzeptiert wurden, ein soziales Problem auf. Ich glaube im übrigen, daß es in einigen Kommunen tatsächlich ein Unterbringungsproblem gab. Ich glaube aber nicht, daß dieses Unterbringungsproblem, das technisch allemal lösbar gewesen wäre, es erlaubte, diese Thematik so an die große Glocke zu hängen, wie das die CDU im trauten Verbunde mit den Medien tat. Hier muß man wieder den Spiegel nennen und leider auch das deutsche Fernsehen. Jeden Monat flimmerten Zahlen über den Bildschirm: Es sind in diesem Monat soundso viele Asylbewerber gekommen. Die Bilder waren immer die gleichen: Unendliche Menschenschlangen, die sich vor einem Amt drängen. Asylbewerber wurden immer als Leute gezeigt, die in der BRD ankommen und nach etwas drängen, aber niemals als Menschen, die geflohen sind, aus Kurdistan, aus Rumänien, aus Jugoslawien.

Kurz darauf ereignete sich der erste Pogrom von Hoyerswerda. Und dieser Pogrom führte dann in einer merkwürdigen Spirale der Diskussion dazu, daß das Asylbewerberthema auf der Tagesordnung der politischen Debatte stand und der CDU, die sich damals wegen der sich abzeichnenden Schwierigkeiten im deutschen Vereinigungsprozeß in einem bundesweiten Stimmungstief befand, ein Thema an die Hand gegeben war, mit dem sie die SPD vor sich hertreiben konnte. Es war ein Trauerspiel. Die SPD wollte sich erst darauf nicht einlassen. Dann gab es im Herbst 1992 - damals war Björn Engholm Vorsitzender der SPD - das Treffen von Petersberg, von niemandem ordnungsgemäß einberufen. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, der CDU in Fragen des Asyls nachzugeben und sich zu einer Grundgesetzänderung bereitzufinden.

Nun muß man fairerweise sagen: Gleichzeitig brachen die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen aus. Und hier stimmt das Wort Pogrom wirklich, wenn man die Pogrome gegen die Juden in Rußland und Rumänien Anfang des Jahrhunderts zum Vergleich nimmt.

Welche Rolle spielten die Politiker? Wir wissen erstens, daß bekannt war, daß - aus welchen Gründen auch immer - die Bevölkerung in Rostock-Lichtenhagen keine Asylbewerber mehr wollte. Wir wissen zweitens, daß die Polizei damals - jedenfalls die Führung - stundenweise, als die Pogrome ausgebrochen waren, schlichtweg abgetaucht war. Wir wissen drittens, daß der damalige, mittlerweile zurückgetretene und gefeuerte Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer, ganz am Anfang zu den ungeheuerlichen Geschehnissen befragt, Verständnis für die Täter äußerte. Wir wissen viertens, daß es zu einem Zeitpunkt, als die Polizei schon da war, zu merkwürdigen Verhandlungen zwischen der Polizei und den Tätern kam. Und wir wissen fünftens, daß die Feuerwehr, die helfen wollte, deswegen nicht helfen konnte und durfte. Wir wissen sechstens, daß der Bundesinnenminister schon sehr bald nach Rostock kam und daß alles, was er dann vor der Kamera äußerte, die Sorge um den guten Namen Deutschlands in der Welt war.

Nach diesem Pogrom war die SPD, die aufgrund der Petersberger Beschlüsse ohnehin schon auf einem abschüssigen Pfad war, tatsächlich so weit. Ich glaube nicht, daß die Sozialdemokraten - wenn man von den überlasteten Kommunalpolitikern absieht - dem wirklich aus Gesinnung nachgeben wollten, sondern daß die sich größtenteils dachten: Wenn das so weitergeht, dann haben wir hier einen Aufbruch der rechtsextremistischen Gewalt, von der Union und Rechtsextremisten befeuert, den wir eindämmen müssen. Und das hat ja auch nach eineinhalb Jahren irgendwie geklappt, obwohl die absolute Anzahl von Asylbewerbern sich nur halbierte.

Kampagnen, wie 1991/92 gegen die Asylbewerber, gab es schon Jahre vorher in bestimmten Phasen des Wahlkampfs. Was sich mit Rostock-Lichtenhagen ereignet hat, ist, daß dieses Projekt der CDU damals aus dem Ruder lief. Ich glaube nicht, daß Volker Rühe wollte, daß in den Jahren 1991/92 etwa 30 Menschen zu Tode kommen. Und das unterstelle ich auch nicht Rudolf Seithe und Lothar Kupfer. Ich unterstelle ihnen aber

sehr wohl, daß sie hier fahrlässig mit dem Feuer rechtsextremistischer Emotionen spielten, um die politische Stimmung wieder für sich zurückzuholen.

Beispiel 3:

Geschürte Verbrechensfurcht

Zum Extremismus der Mitte zähle ich auch die derzeit geschürte Verbrechensfurcht. Die Frage ist: Warum wird das derzeit mit dieser Intensität diskutiert? Warum ist es so wichtig für Kanther und andere, deutlich zu machen, daß der BND jetzt auch Waffenschieber und Rauschgifthändler jagen darf? Das kommt natürlich gut, weil sich tatsächlich ein Teil der Bevölkerung subjektiv aufgrund von Verbrechen und Kriminalität massiv verunsichert fühlt, ohne daß dem objektiv tatsächlich so etwas wie ein massenhafter Anstieg der Gewaltkriminalität entsprechen würde.

35. "Sie jagen mich, um mich zu vernichten." Stellungnahme von Gregor Gysi zum Vorwurf, für die Stasi gearbeitet zu haben

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:11

Unmittelbar nach dem Erfolg der PDS bei den Bundestagswahlen am 16. Oktober begann eine neue Kampagne gegen Gregor Gysi. Nicht von ungefähr gegen ihn, gilt er doch als Gallionsfigur der PDS und ihres Erfolges. Namhafte BürgerrechtlerInnen aus der ehemaligen DDR sowie Politiker von SPD und CDU forderten ihn auf, sein Mandat ruhen zu lassen, weil er angeblich als "Informeller Mitarbeiter"(IM) für die Stasi gearbeitet habe und in dieser Eigenschaft als Rechtsanwalt Mandatenverrat verübt habe. Auf einer Pressekonferenz legten Bärbel Bohley, Gerd Poppe, Jürgen Fuchs u.a. eine umfangreiche Dokumentation vor, von der sie selbst behaupten, sie enthalte neue Beweise für Gregor Gysis Schuld. Dieser bestreitet diese Vorwürfe.

Da die Vorwürfe von den Ex-BürgerrechtlerInnen ein weites Echo in der Presse fanden und seit Wochen auf allen Kanälen wiederholt werden, dokumentieren wir im folgenden eine ausführliche Argumentation von Gregor Gysi.

Liest man die vorgelegten Dokumente, sprechen scheinbar viele Indizien gegen Gregor Gysi. Liest man seinen Text, so muß man konzidieren, daß es so auch gewesen sein kann und daß Beweise, von denen immer wieder gesprochen wird, nicht auf dem Tisch liegen. Hierfür spricht auch, daß Gregor Gysi bisher alle Prozesse in dieser Angelegenheit gewonnen hat: gegen den "Spiegel", gegen Bärbel Bohley, gegen Jürgen Fuchs und wie sie alle heißen. Die Gerichte entschieden jeweils in der Sache, daß untersagt ist, zu behaupten, Gregor Gysi habe als IM für die Stasi gearbeitet.

Die jetzt vorgelegte Dokumentation der BürgerrechtlerInnen enthält einen Großteil der Dokumente, die schon 1991/1992 im "Spiegel", in "Kontraste"(ZDF) und im "telegraph" verwandt wurden. Das nur als Anmerkung zum Thema "neue Beweise".

1. Mir liegen die an die Presse übergebene Dokumentation und verschiedene Agentur- und Zeitungsmeldungen über die Pressekonferenz von Bärbel Bohley, Katja Havemann, Jürgen Fuchs, Vera Wollenberger und Gerd Poppe am 28.10.94 vor. Auffällig ist, daß sich in allen mir bekannten Meldungen die Forderung der genannten Personen widerspiegelt, daß ich mein Bundestagsmandat ruhen lassen solle. Abgesehen davon, daß es so etwas rechtlich gar nicht gibt, wird darin immerhin die Zielstellung deutlich. Denn das Bundestagsmandat soll ich ja nur ruhen lassen, um mich künftig politisch nicht mehr zu äußern. Was treibt eigentlich gerade diesen Personenkreis dazu, den Versuch zu unternehmen, mich politisch mundtot zu machen? Und das, obwohl sie wissen, mit welcher Genugtuung dies gerade in den rechtesten Kreisen unserer Gesellschaft aufgenommen werden würde?

2. Eine durchgehende Argumentation übrigens auch in der Solidaritätserklärung "Herr Gysi - es reicht" vom 24.10.94 besteht darin, daß ich versuchen würde, Bärbel Bohley und andere zum Schweigen zu bringen. In der Erklärung heißt es dazu wörtlich: "Wir erkennen darin eher die Fortsetzung der alten Strategie der SED gegen ihre damaligen und heutigen Feinde mit den neuen Mitteln eines Rechtsstaates, der in einer politischen Situation Recht schaffen soll, auf die er nicht eingerichtet ist. Die alte Strategie heißt: Unterdrücken, Einschüchtern, Abwürgen, Untersagen."

Bemerkenswert ist, daß dieser schwerwiegende Vorwurf sich eigentlich gar nicht gegen mich, sondern gegen die Gerichte der Bundesrepublik Deutschland richtet. Denn ich kann ja höchstens versuchen, eine Unterlassungsverfügung beim Gericht zu erwirken. Nur das Gericht kann sie erlassen. Wenn also der Vorwurf begründet wäre, dann hieße dies übersetzt, daß die Gerichte in Deutschland die alte Strategie der SED fortsetzen.

Einer solchen Kritik schließt sich dann, wie sich aus der Gruppe der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ergibt, selbst die Bundesministerin Merkel an. Aber wer den Rechtsstaat nur dann akzeptiert, wenn die Entscheidungen den eigenen Vorstellungen entsprechen, und ihn dann ablehnt, wenn er ungeliebte Personen

schützt, will ihn nicht wirklich. Dahinter sehe ich viel eher ein für die SED typisches Denken, daß nämlich Gerichte den eigenen Vorstellungen zu folgen haben und keinen anderen.

Bemerkenswert in der Erklärung vom 24.10.94 ist auch der Folgesatz, in dem die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner darauf hinweisen, daß sie sich früher schon nicht einschüchtern ließen und heute erst recht nicht. Und so etwas unterschreibt dann auch eine Frau Merkel, die damit zum Ausdruck bringen will, daß sie schon früher heldinnenhaft Widerstand geleistet hat. Das hat zwar mit historischen Realitäten nichts zu tun, aber wer würde sich heute nicht gern in eine solche Gruppe einreihen?

Verwunderlich ist auch die Unterschrift von Rainer Eppelmann, der mein Mandant war und nach eigenen Bekundungen in seiner Staatssicherheitsakte nicht den geringsten Hinweis auf mich gefunden hat, obwohl ich ihn zum Beispiel gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft der DDR vertreten habe, als in seiner Wohnung Abhöranlagen gefunden wurden.

Frau Barbe, der ich zu DDR-Zeiten nie begegnet bin, unterzeichnet die Erklärung offensichtlich aus einem Irrtum heraus. Sie glaubt, daß sie im Falle der Niederlegung meines Mandats als Zweitplazierte in meinem Wahlkreis in den Bundestag nachziehen würde. Aber selbst wenn ich ihrem Wunsch entspräche, würde nicht sie, sondern Petra Pau von der Landesliste der PDS nachrücken.

Andere müssen sich wenigstens fragen lassen, weshalb sie eine Erklärung gegen mich unterschreiben, obwohl sie mich und meine Tätigkeit weder kennen noch beurteilen können.

Zweifelhaft ist bei allen Beteiligten nicht nur der Umgang mit Gerichtsurteilen, sondern auch mit den Ergebnissen der Arbeit der von ihnen hoch geschätzten Gauck-Behörde und des zuständigen Bundestagsausschusses. Die Gauck-Behörde hat mehrfach die Auskunft erteilt, daß sie sich außerstande sieht, einen Nachweis dafür zu führen, daß ich ein IM war. Sie bestätigte auch, daß die vorgelegten Quittungen keinesfalls beweisen, daß ich Zuwendungen von der Staatssicherheit erhielt. Und der zuständige Bundestagsausschuß, in dem von einer Ausnahme abgesehen niemand saß, der mir gegenüber eine wohlwollende Haltung einnimmt, sah sich zumindest in der letzten Legislaturperiode zu der Feststellung veranlaßt, daß eine Zusammenarbeit zwischen mir und der Staatssicherheit nicht nachgewiesen ist. In diesem Ausschuß wirkte sogar Gerd Poppe mit, obwohl man gegen die Identität von Ankläger und "Richter" auch Einwände erheben könnte. Wie gewichtig wäre es in den Augen der gleichen Personen, wenn sich Gerichte, Gauck-Behörde und Bundestagsausschuß gegen mich gestellt hätten? Aber im umgekehrten Falle sind alle Urteile und Feststellungen nichts wert, denn sie widersprechen der politischen Zielstellung gegen mich.

3. Die massiven Angriffe inklusive der entsprechenden Medienmeldungen sind nicht neu. Es gab sie schon Anfang 1992. Der einzige Unterschied besteht darin, daß damals die aktiven Politikerinnen und Politiker in Bonn sich heraushielten, während sie diesmal geneigt sind, sich an der Kampagne zu beteiligen. Und hier fragt sich schon, weshalb sie es damals nicht taten und es heute für erforderlich halten. Für mich gibt es nur eine Erklärung: Anfang 1992 gingen sie davon aus, daß sie sich die Hände nicht schmutzig machen müssen, weil sich die PDS bei den Bundestagswahlen 1994 sowieso erledigt haben wird. Jetzt sind sie eines Besseren belehrt worden und scheuen deshalb kein Mittel mehr in der politischen Auseinandersetzung. Wie sonst kommt ein SPD-Abgeordneter wie Herr Bernrath dazu, von mir das Ruhen des Mandats zu verlangen, obwohl er nicht ein einziges Aktenstück kennt und obwohl er so etwas zum Beispiel bei Herrn Stolpe zu keinem Zeitpunkt verlangt hat? Aber nicht einmal das fällt in der heutigen Medienwelt auf.

4. Laut Agenturmeldungen will Bärbel Bohley mich in einen Prozeß zur Hauptsache zwingen. Dieser Weg war ihr bereits im Einstweiligen Verfügungsverfahren vom Hamburger Oberlandesgericht in der mündlichen Verhandlung nahegelegt worden. Damals lehnte sie ihn ab. Wenn sie nunmehr diesen Weg beschreiten will, so soll sie ihn gehen.

5. Angeblich geht es den Veranstaltern der Pressekonferenz vom 28.10.94 um die Wahrheit und um die Durchsetzung von Bürgerrechten. Aber wie kommen die betreffenden Personen zum Beispiel dazu, Akten von Bettina Wegener und Rudolf Bahro zu veröffentlichen, ohne diese auch nur zu fragen? Und weshalb veröffentlichen sie in Bezug auf meine Person nur die ihnen genehmen Auszüge und nicht das vollständige ihnen vorliegende Material?

Sie überreichen zum Beispiel den MfS-Beschluß über das Anlegen eines IM-Vorlaufes in Bezug auf meine Person. Sie weisen aber nicht darauf hin, daß dieser IM-Vorlauf niemals zu einem IM-Vorgang wurde. Sie überreichen auch nicht den Abschlußbericht und auch nicht den Beschluß, in dem begründet wurde, weshalb der IM-Vorlauf archiviert wurde. Denn dann hätten sie ein Dokument veröffentlichen müssen, aus dem sich ergibt, daß ich aus der Sicht der Staatssicherheit für eine IM-Tätigkeit ungeeignet war. Und sie veröffentlichen auch nicht die Begründung über die Einleitung einer Operativen Personen-Kontrolle (OPK) gegen mich. Aus ihr wiederum ergibt sich, daß es sich keineswegs um eine "Schein-OPK" handelte, sondern um eine Kontrolle, die aus Verdachtsmomenten gegen mich resultierte.

In einem Schreiben vom 26.10.94 belegt Wolfgang Schmidt, der Leiter einer Diensteinheit der Staatssicherheit war, daß auch aus Gründen der Art und Weise der Registrierung des OPK-Vorganges eine fiktive Erfassung ausgeschlossen ist. Wenn ich im übrigen bis zur Einleitung der OPK gegen mich ein aktiver Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen wäre, würde sich dies in der Begründung zur Einleitung der OPK widerspiegeln, zumal es sich um die gleiche Hauptabteilung handelte. Es wäre dargelegt worden, weshalb nach jahrelanger Kooperation Verdachtsmomente gegen mich entstanden sind. Allein die Tatsache, daß in der Begründung zur Einleitung der OPK gegen mich mit keiner Silbe eine bisherige Zusammenarbeit erwähnt wird, ist ein Nachweis dafür, daß es sie auch nicht gegeben hat.

Aber eine Auseinandersetzung mit all diesen Fragen findet nicht statt. Statt dessen wird von einer Umregistrierung zu "Sputnik" gesprochen. Selbst die Veranstalterinnen und Veranstalter der Pressekonferenz müßten aus ihrer Sicht wenigstens einräumen, daß die Aktenlage widersprüchlich ist. Aber dazu sind sie nicht bereit, weil diese Wahrheit mit ihrem vorgefaßten Ziel nicht in Einklang zu bringen ist.

Dazu paßt auch, daß Bärbel Bohley während der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Hamburg immerhin versucht hat, das Gericht zu täuschen. Denn sie legte einen Vermerk des Justizministeriums der DDR mit dem Hinweis vor, daß sich darauf eine handschriftliche Notiz des Staatssicherheits-Offiziers Lohr befände, aus der sich ergeben würde, daß er mit mir telefoniert und sich mit mir verabredet hätte. Wie aber nachgewiesen werden konnte, handelte es sich in Wirklichkeit um die handschriftliche Notiz eines Hauptabteilungsleiters aus dem Ministerium für Justiz, mit dem ich tatsächlich telefoniert und mich verabredet hatte. Wozu sind solche Methoden erforderlich, wenn es nur um die Wahrheit geht?

6. Immer wieder wird mir vorgeworfen, daß ich nicht den mir möglichen Beitrag zur Aufklärung geleistet hätte. Die Vorwürfe gehen noch weiter, wie sich aus der Erklärung vom 24.10.94 ergibt. Angeblich würde ich "verschleiern" und mit allen Mitteln versuchen, die Wahrheitsfindung zu unterdrücken. Immerhin hat das Oberlandesgericht Hamburg in seinem Urteil auf Seite 14 folgendes dazu festgestellt: "Jedenfalls inzwischen können ihm auch Untätigkeit oder gar ein "Mauern" nicht mehr vorgehalten werden. Er ist auf alle vorgebrachten Aspekte eingegangen und hat - auch mit seinen eidesstattlichen Versicherungen und den von ihm überreichten zahlreichen Unterlagen - Rede und Antwort gestanden." Außerdem werde ich überschätzt. Ich bin weder die Gauck-Behörde, noch die Generalbundesanwaltschaft, noch ein Geheimdienst. Ich habe auch nicht wie die Veranstalterinnen und Veranstalter der Pressekonferenz eine Fülle von Journalistinnen und Journalisten an meiner Seite, die für mich recherchieren. Und ich habe im Unterschied zu ihnen auch nicht permanenten Zugang zu Akten der Gauck-Behörde. Das, was in meinen Kräften steht, habe ich versucht. Im Unterschied zu ihnen bin ich nur zu einem nicht bereit, nämlich Verdächtigungen in die Welt zu setzen, mit denen ich gegebenenfalls Unschuldige verletze und erheblich schädige. Ich empfinde die Pflicht, mich gerade in einer solch schwerwiegenden Angelegenheit nicht zu irren.

7. Immer wieder treffe ich die Methode an, mir oder anderen Verteidigungsargumente zu unterstellen, die dann als Beweis gegen mich widerlegt werden, obwohl diese Verteidigungsargumente nie benutzt wurden. So erklärt zum Beispiel Bärbel Bohley laut Agenturmeldungen, daß es sich bei dem "Notar" weder um einen "Aktenordner" noch um eine "Schublade" gehandelt habe. Offensichtlich will sie damit Erklärungen des ehemaligen Staatssicherheits-Offiziers Lohr widerlegen. Seine Aussage ist jedoch eine ganz andere. Er hat erklärt, daß es sich um eine Sammelakte handelte, in die alle Informationen in Bezug auf meine Tätigkeit geflossen sind, und zwar offizielle und inoffizielle Informationen. Darunter waren auch Informationen von Inoffiziellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Damit hat er im Unterschied zu der scheinbar widerlegten Behauptung sogar erklärt, daß "Notar" mehr als nur ein IM war.

Aber auch diese Methode ist nicht neu. So wurde mir mehrfach unterstellt, daß ich eine bestimmte Information mit Abhörmaßnahmen erklärt hätte, obwohl diese Information mit Abhörmaßnahmen gar nicht gewonnen worden sein kann. In Wirklichkeit hatte ich in den entsprechenden Fällen dieses Argument nicht benutzt. Auch solche Methoden sprechen nicht für Redlichkeit.

8. Von besonderem Wert in den Agenturmeldungen ist eine Quittung, wonach für den "Decknamen bzw. Verwendungszweck" "Notar" an den Staatssicherheits-Offizier Lohr 45,60 Mark der DDR ausgezahlt wurden. Das Aktenzeichen ist identisch mit dem Aktenzeichen meiner Vorlauf-Akte. Aber wer den Brief von Herrn Lohr liest, wird sich darüber nicht wundern, denn unter "Notar" sammelte er verschiedene Informationen von verschiedenen Leuten über meine anwaltliche Tätigkeit, wobei ihm durchaus auch Kosten entstanden sein können. Diese Quittung belegt also nur, daß er im Rahmen dieses Vorganges eine Auszahlung angenommen hat. Sie belegt nicht, daß sie für mich bestimmt war, geschweige denn, daß ich sie in irgendeiner Form erhalten hätte. Jeder, der sich inzwischen gerade mit der Verwendung des Kontos "6000" der Staatssicherheit befaßt hat, weiß dies. Aber gegen mich soll dies ein untrüglicher Beweis sein. Da ich aber eindeutig niemals als Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit registriert, erfaßt oder tätig war, kann die Auszahlung mit mir auch nichts zu tun haben.

9. Wenn ich dies alles lese, dann frage ich mich auch, weshalb Bärbel Bohley und andere über sich und ihr Zusammenwirken mit mir nie die volle Wahrheit sagen.

Der Verteidiger von Bärbel Bohley war stets Rechtsanwalt Schnur, nicht ich. Obwohl laut Jürgen Fuchs Frau Havemann keinerlei Vertrauen zu mir hatte, erschien sie im Jahre 1988 bei mir und bat mich darum, zusätzlich die Verteidigung von Frau Bohley zu übernehmen. Ich sah sie dann einmal im Beisein von Herrn Schnur, an einem Freitag in der Untersuchungshaftanstalt. Sie fragte sowohl Herrn Schnur als auch mich, ob sie sich darauf verlassen könne, nach 6 Monaten in die DDR zurückzukehren, wenn sie entsprechend dem Wunsch der Partei- und Staatsführung ausreisen würde. Herr Schnur versicherte dies, da ihm eine entsprechende Zusicherung gegeben worden wäre. Ich erklärte, daß ich dies auch versichern könnte, falls mir eine solche Zusicherung gemacht worden wäre. Ich kannte aber eine solche Zusicherung nicht. Daraufhin verabredeten wir, daß ich zum zuständigen Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR fahre, um mir die Zustimmung schriftlich geben zu lassen. Bis dahin bat ich Frau Bohley, nichts zu unterschreiben, also weder die Untersuchungshaftanstalt noch die DDR zu verlassen. Beim zuständigen Staatsanwalt angelangt, weigerte sich dieser, mir eine entsprechende schriftliche Zusicherung zu geben. Ich drohte ihm damit, daß ich dann meiner Mandantin raten würde, auf gar keinen Fall einen Antrag auf Ausreise zu stellen. Ich wußte ja, daß er politisch unter Druck stand, das "Problem" durch Ausreise von Frau Bohley zu lösen. Er ging dennoch nicht darauf ein, und kurze Zeit später erfuhr ich auch, warum. Denn als ich in die Haftanstalt zurückkehrte, war Frau Bohley nicht mehr da. Sie hatte alles unterzeichnet und war ausgereist. Warum hatte sie meinen Rat nicht befolgt? Und warum wirft sie mir dies heute indirekt vor, obwohl es ihre eigene Entscheidung war, sicherlich unter Druck, unter den Bedingungen einer Inhaftierung und sicherlich auf Anraten von Rechtsanwalt Schnur, nicht aber auf mein Anraten. Ist das solch ein "dunkler Punkt", den sie mir heute noch übelnimmt? Denn immerhin waren damit Probleme verbunden. Mir liegt ein persönlicher Brief von Frau Bohley an mich aus dem März 1988 vor. (Übrigens scheint sie in ihrer Stasi-Akte kein Duplikat davon gefunden zu haben, zumindest hat sie das noch nie behauptet. Mich wundert das allerdings, denn sie hat mir diesen Brief aus Großbritannien geschrieben.). Fernmündlich teilte sie mir mit, daß sie ihr Vertrauen zu Herrn Schnur verloren habe, zu mir aber Vertrauen gewonnen hätte. Offensichtlich hing dies eben mit der unterschiedlichen Beratung in der Haftanstalt zusammen. Auf jeden Fall heißt es in ihrem Schreiben vom 8.3.88 an mich: "Ich hoffe sehr, daß Sie mich weiterhin in allen Rechtsangelegenheiten vertreten und so gut, daß ich wirklich noch die Möglichkeit habe, mit Ihnen persönlich zu reden und Sie in Berlin wiederzusehen. Leider war unser Gespräch sehr kurz, aber ich habe trotzdem den Eindruck gewonnen, daß meine Angelegenheiten bei Ihnen in den besten Händen sind. Mit den besten Grüßen bis zum 6.8.88."

Der 6.8.88 war das Datum, an dem sie zurückkehren sollte, wenn sich die DDR an ihre Zusage hielt, sie nach 6 Monaten wieder einreisen zu lassen. Mein Problem war nur: Mir gegenüber hatte niemand eine solche Zusicherung gegeben und ich hatte auch nichts Schriftliches. Ich will heute nicht beschreiben, welche Auseinandersetzungen ich in der Abteilung Staat und Recht des ZK der SED hatte, um ihre Rückkehr zu erreichen. Ich bin auch sicher, daß sich Herr Stolpe diesbezüglich eingesetzt hat. Und tatsächlich konnte Frau

Bohley kurz vor dem 6.8.88 zurückkehren. Ich habe sogar einen Urlaub in der CSSR unterbrochen, um sie noch vor ihrer Rückkehr in die DDR zu sprechen.

Ich frage mich, warum dies alles heute nichts mehr wert ist. Ich frage mich gerade in diesem Zusammenhang: Weshalb haßt Frau Bohley nicht diejenigen, die sie einsperrten, ihre Observierung oder ihre "Zersetzung" anordneten? Nein, sie haßt jene, die immerhin versucht haben, ihr zu helfen. Sie mag ja im Nachhinein die Hilfe von Herrn Stolpe und auch meine kritisch bewerten, aber daß wir es versucht haben, kann sie nicht leugnen. Und ich behaupte, wenn es solche Menschen nicht gegeben hätte, hätte sie am 6.8.88 nicht zurückkehren können. Sollte es wirklich so billig sein, daß die einen aus ihr eine Märtyrerin gemacht haben und die anderen objektiv diese Rolle geschmälert haben und deshalb letztere Haß und Verachtung treffen?

Annedore Havemann war in sogenannten politischen Fällen nie meine Mandantin. Das hing damit zusammen, daß es gegen sie zu keinem Zeitpunkt ein Strafverfahren oder auch nur ein Ordnungsstrafverfahren gegeben hat. Vertreten habe ich sie daher nur in Erbschafts- und anderen Zivilrechtsangelegenheiten. In politischer Hinsicht war ich Anwalt ihres Mannes. Sie greift mich heute schwer an und verschweigt, welche Ergebnisse meine Arbeit für ihren Mann hatte. Keineswegs allein durch mich, aber immerhin auch durch mein Mitwirken ist es zum Beispiel gelungen, nach dem Devisenverfahren ein weiteres Verfahren gegen ihn zu verhindern, seine Teilnahme an den Feierlichkeiten zur Befreiung des Zuchthauses Brandenburg zu ermöglichen und vor allem durchzusetzen, daß - entgegen dem Wunsch der Staatssicherheit - das auf seinem Grundstück befindliche Holzhaus zu keinem Zeitpunkt durch Fremde genutzt werden konnte.

Aus diesen Gründen haben auch die vier Kinder von Robert Havemann in einem Brief an mich eine völlig andere Position bezogen als Annedore Havemann. Und ich bin davon überzeugt, daß Robert Havemann die Kampagne gegen mich nie unterstützt hätte, weil er meine Vermittlungstätigkeit gewollt und die Ergebnisse nicht gering geschätzt hat.

Ich habe nichts dagegen, daß Annedore Havemann heute den Ehrentitel "Bürgerrechtlerin" trägt, auch wenn ich nicht weiß, wodurch sie ihn erworben hat, wenngleich sie solidarisch an der Seite ihres Mannes die Schikanen gegen ihn mitertragen hat. Aber ich glaube, zwischen uns gibt es vor allem ein Problem: Es stimmt, daß sie nach dem Tode ihres Mannes einmal einen Beitrag in der Zeitschrift "Stern" veröffentlichen ließ. Und es stimmt auch, daß ich ihr ausrichten mußte, daß sie mit einem Ermittlungsverfahren rechnen könne, wenn sich dies wiederholen würde, da sie nicht den gleichen Schutz genoß, den ihr verstorbener Mann trotz alledem in der DDR hatte. Und tatsächlich hat sie seit dieser Zeit nie wieder etwas öffentlich getan, was die Partei- und Staatsführung der DDR ausreichend provoziert hätte. Sicherlich bin ich in ihren Augen dafür verantwortlich, daß dadurch ihre Rolle aus heutiger Sicht eher eine bescheidene blieb. Aber ich hätte sie in Wirklichkeit gar nicht daran hindern können, irgendwelche Aktionen zu unternehmen, die von der Partei- und Staatsführung der DDR als Provokationen angesehen worden wären. Und es war doch nun einmal meine Pflicht, entsprechende Warnungen zu übermitteln. Umgekehrt wäre ein Vorwurf von ihr berechtigt, wenn ich ihr diese Warnungen vorenthalten hätte. Warum nimmt sie ihr Verhalten mir und nicht sich übel? Und warum verschweigt sie, daß ihr Mann mich im positiven Sinne genutzt hat, um den Kontakt zur Partei und zum Staat nicht völlig abbrechen zu lassen und dadurch auch einiges bewirken zu können? Hier hatte ich eindeutig die Funktion eines Mittlers, und die kann man nur ausüben, wenn man sich in die Situation beider Seiten versetzt und irgendwie versucht, ihnen gerecht zu werden. In vollständiger Konfrontation zur Partei- und Staatsführung der DDR hätte ich für Robert Havemann gar nichts erreichen können. Ein Mann wie Rudolf Bahro begreift dies nicht nur, sondern akzeptiert es auch nachträglich. Annedore Havemann dagegen verfolgt mich mit Haß.

Ganz ähnlich verhält es sich mit Gerd Poppe. Im wesentlichen habe ich nicht ihn, sondern seine Ehefrau vertreten. Gegen diese wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, sie saß in Untersuchungshaft. Gerd Poppe weiß, daß es einen Brief von ihm an mich gibt, in dem er mich darum gebeten hat, alles zu tun, um ein Strafverfahren gegen ihn zu verhindern. Wenn dies aber dennoch geschehen sollte, dann solle ich seine Verteidigung übernehmen. Heute könnte ich versuchen, diesen Satz zu "interpretieren" und behaupten, daß er mich damit sogar beauftragt hat, zu seinen Gunsten mit der Staatssicherheit zu verhandeln, zumal die Staatssicherheit in der DDR als Ermittlungsorgan tätig war und diesbezüglich über die gleichen Rechte wie die Polizei verfügte. Wem gegenüber sollte ich denn alles versuchen, um ein Strafverfahren gegen ihn zu vermeiden?

Aber ich habe es nicht gegenüber der Staatssicherheit getan. Allerdings habe ich wegen seiner Frau und auch seinetwegen z.B. bei der Generalstaatsanwaltschaft der DDR vorgesprochen. Eine Tatsache kann Herr Poppe nicht leugnen: Es hat gegen ihn kein einziges Ermittlungsverfahren gegeben, keinen einzigen Tag saß er in Untersuchungshaft. Ist das vielleicht sein eigentlicher Vorwurf heute gegen mich?

Immer wieder wird gegen mich damit operiert, daß er mir eine Erklärung übergab, die für die Medien bestimmt war und die ich auftragsgemäß an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR übersandt habe. Er wundert sich nun, daß es eine Kopie auch in seiner Staatssicherheitsakte gibt. Aber ist das wirklich verwunderlich? Außerdem hat er selbst erklärt, daß die Kopie in der Staatssicherheitsakte nicht identisch mit dem Original sei. Sie enthalte inhaltliche und orthographische Fehler. Aus meiner Akte ergibt sich jedoch, daß die von mir an die Generalstaatsanwaltschaft übersandte Erklärung sowohl inhaltlich als auch orthographisch fehlerfrei ist. Damit ist bewiesen, daß es zwischen der Unterlage in meiner Handakte und der Unterlage in seiner Staatssicherheitsakte keinen Zusammenhang gibt. Da aber laut einem Vermerk der Staatssicherheit der "IM Notar" diese falsche Erklärung an die Staatssicherheit übergeben haben soll, kann ich unmöglich der Überbringer gewesen sein. Dies wäre absurd. Es würde nämlich bedeuten, daß ich nicht einfach eine Kopie der in meiner Akte befindlichen Erklärung gefertigt und an die Staatssicherheit übergeben, sondern diese neu und dann auch noch mit inhaltlichen und orthographischen Fehlern versehen an diese übergeben hätte. Ich finde aber, daß auch die Gesetze der Logik nur begrenzt gebrochen werden dürfen.

Und auch an Vera Wollenberger habe ich Fragen. Sie behauptet, daß sie mich mehrfach zum Gespräch aufgefordert hätte. Dies ist nicht wahr, obwohl es eine Korrespondenz zwischen uns gab. Aber warum bestätigt sie nicht, daß ich ihre Briefe beantwortet habe, auch die Briefe ihres damaligen Ehemannes? Nun muß zunächst eines geklärt werden. Ich war gar nicht der Anwalt von Vera Wollenberger, sondern der Anwalt ihres Ehemannes. Und der Zusammenhang war eindeutig. Auch sie hatte Anfang 1988 das "Angebot", nach Großbritannien auszureisen. Nur war sie schon in erster Instanz vom Gericht zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten verurteilt. Gegen dieses Urteil war sie mit ihrem Rechtsanwalt Schnur in Berufung gegangen. Die Strafe konnte in zweiter Instanz nur noch beibehalten oder gesenkt werden. Sie wußte also, daß sich die Strafe von 6 Monaten nicht mehr erhöhen konnte. Dennoch wollte sie auf das Angebot eingehen und nach Großbritannien ausreisen. Das Interesse des Staates war klar. Er wünschte die Ausreise, um auch in ihrem Falle ein "Problem" loszuwerden. Denn ihre Inhaftierung störte die ansonsten guten Beziehungen der DDR zur BRD. Genau darin sah ihr Ehemann eine Chance. Er wollte, daß sie bleibt und hoffte, daß sie in Kürze, entgegen der Vorstellung der Partei- und Staatsführung der DDR, doch aus der Untersuchungshaft, aber in die DDR entlassen werden würde. Wenn Vera Wollenberger mir unterstellt, daß ich ihre Ausreise betrieben hätte, dann stellt sie die Wahrheit auf den Kopf, denn ihr Ehemann kam zu mir, weil die Kinder von ihm abgeholt werden sollten, damit sie zusammen mit Vera Wollenberger ausreisen konnten. Er hatte aber die Kinder versteckt und wollte von mir wissen, wie er deren Ausreise mit Vera Wollenberger verhindern könne. Erst von mir erfuhr er die rechtliche Möglichkeit, als Vater der Kinder über deren Aufenthaltsort mitzuentscheiden. Vera Wollenberger hätte ihn erst verklagen und durch Urteil erreichen müssen, daß sie allein den Aufenthaltsort der Kinder bestimmen könne. Uns beiden war klar, daß damit so viel Zeit gewonnen worden wäre, daß inzwischen eine Entlassung von Vera Wollenberger in die DDR stattgefunden hätte. So zog ich dann mit Herrn Wollenberger zu seiner Ehefrau in die Untersuchungshaftanstalt. Hier gab es zwischen den Eheleuten einen riesigen Krach, weil sie an eine Entlassung in die DDR nicht glaubte und von ihm die Zustimmung zur Ausreise der Kinder verlangte, um so schnell wie möglich die Untersuchungshaftanstalt in Richtung Großbritannien verlassen zu können. Das ist die Wahrheit.

Nach längeren Verhandlungen ist dann ein Kompromiß ausgehandelt worden. Ich habe zwischen den Eheleuten einen handschriftlichen Vertrag aufgesetzt, wonach er die folgenden 6 Wochen lang den Aufenthaltsort der Kinder bestimmen konnte, und sie danach für 1 Jahr dazu berechtigt sein sollte. Die Überlegung, die dahinter stand, ist offenkundig: Wäre sie in den folgenden 6 Wochen nicht entlassen worden, dann war er damit einverstanden, daß sie zusammen mit den Kindern für 1 Jahr nach Großbritannien ausreist. Mein Beitrag war eindeutig, entgegen der Zielstellung der Partei- und Staatsführung dafür zu sorgen, daß Vera Wollenberger nicht ausreist. Sie blieb auch als einzige länger in Untersuchungshaft als alle anderen, die zum damaligen Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration inhaftiert worden waren.

Nach dem Besuch in der Haftanstalt habe ich mich noch mit Knud Wollenberger unterhalten. Möglicherweise habe ich dabei aus heutiger Sicht einen Fehler begangen. Aber ich bin durchaus bereit, zu diesem Fehler zu stehen. Der Streit zwischen den beiden Eheleuten war ziemlich unerträglich, und ich habe ihn auf den Umstand hingewiesen, daß es bei sich liebenden Eheleuten eigentlich umgekehrt sein müßte: Er müßte darauf dringen, daß sie alles unterschreibt, um sofort die Haftanstalt verlassen zu können, während sie ihm erklären müßte, daß sie dies noch länger aushalte, um ihr politisches Ziel zu erreichen, in die DDR entlassen zu werden. Ich habe ihm gesagt, daß zwischen ihnen ein Problem bleiben wird, daß ihm nämlich seine politische Zielstellung wichtiger war als die Entlassung seiner Frau aus der Untersuchungshaftanstalt. Dies war nichts weiter als eine menschliche Überlegung, die ich angestellt und ihm mitgeteilt habe. Selbstverständlich wußte ich damals nicht, daß er Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit war, und ich weiß auch heute nicht, wie sich sein Kontakt zu dieser Einrichtung zum damaligen Zeitpunkt gestaltete.

Tatsache ist aber, daß es an diesem berühmten Sonnabend diese schriftliche Vereinbarung gab, die von beiden Eheleuten und mir unterzeichnet worden war. Daraus hätte es gar kein Entrinnen gegeben. Nur hat sich Herr Wollenberger, durch wen und was auch immer, die Sache am darauffolgenden Tag anders überlegt und mir am Montag morgen von sich aus mitgeteilt, daß er nunmehr doch damit einverstanden sei, daß seine Frau zusammen mit den Kindern die DDR für ein Jahr verläßt. Ich hatte mich an diesem Montag noch einmal bei der Generalstaatsanwaltschaft erkundigt, ob eine Entlassung in die DDR in Frage käme. Der zuständige Staatsanwalt hat mir gegenüber dies ausdrücklich verneint. Es gab keinen Hinweis darauf, daß die Entlassung in die DDR schon vorbereitet oder beschlossen war. Und ich habe ihr bei dem Gespräch am Montag morgen wahrheitsgemäß diese Auskunft der Generalstaatsanwaltschaft übermittelt. Ich konnte ihr doch unmöglich etwas anderes sagen, als mir der zuständige Staatsanwalt selbst mitgeteilt hatte. Im übrigen bin ich noch heute davon überzeugt, daß die von ihr angegebene Entlassungsverfügung vom Sonnabend für den Montag (angeblich für eine Entlassung in die DDR) nachträglich geschrieben und datiert worden ist. Denn eigentlich bestand ja das Ziel darin, daß sie bereits am Freitag - wie Bärbel Bohley - die Untersuchungshaftanstalt in Richtung Großbritannien verläßt. In diesem Falle hätte es eben eine Verfügung vom Donnerstag für den Freitag gegeben. Und spätestens sollte sie dann an diesem Sonnabend entlassen werden, was auch nicht geschehen ist. In diesem Falle hätte es dann eben eine Verfügung vom Freitag für den Sonnabend gegeben.

Auf jeden Fall steht fest, daß ihre Ausreise gerade durch meine Mitwirkung verzögert wurde, und sie hätte noch weiter verzögert werden können, wenn wenigstens einer von den beiden Eheleuten dies gewollt und durchgehalten hätte. Es ist schon ein starkes Stück, diese Realitäten heute in ihr Gegenteil zu verkehren. Denn immerhin führte mein Eingreifen dazu, daß der stellvertretende Generalstaatsanwalt der DDR in einer Dienstbesprechung mit den Abteilungsleitern der Generalstaatsanwaltschaft darauf hinwies, daß mir höchstwahrscheinlich die anwaltliche Zulassung entzogen werden würde, weil ich die Durchsetzung eines Politbüro-Beschlusses ernsthaft behindert hätte. Dieser Beschluß soll vorgesehen haben, daß alle im Zusammenhang mit der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration Inhaftierten spätestens am Freitag entlassen werden sollten, allerdings nicht in die DDR. (Es war im übrigen auch der Freitag, an dem versucht wurde, bei Knud Wollenberger die Kinder abzuholen, was aus den dargelegten Gründen nicht gelang.)

Falsch stellt Vera Wollenberger auch meine Rolle im Zusammenhang mit unserem Gespräch zu ihrem Arbeitsrechtsverhältnis (Kündigung) und zur Situation ihres Sohnes dar. Denn auch sie kann nicht bestreiten, daß ich mich sehr dafür engagiert habe, daß ihrem Sohn wieder die Möglichkeit gegeben wird, das Abitur zu machen. Und auch hier gilt wieder das oben Dargestellte: Ihr Haß richtet sich nicht gegen jene,die dafür sorgten, daß ihr Sohn von der Schule relegiert wurde. Nein, ihr Haß richtet sich gegen mich, also gegen denjenigen, der immerhin noch versucht hat, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen und dafür zu sorgen, daß ihr Sohn eben doch sein Abitur machen konnte.

Nun wirft sie mir vor, daß ich ihr in diesem Zusammenhang von irgendwelchen Aktionen abgeraten habe. Sie vergißt nur zu erwähnen, daß es in dieser Situation gerade ein Umdenken und eine Chance gab, die Genehmigung für ihren Sohn zu erwirken, das Abitur zu machen. Und natürlich mußte ich ihr einen solchen Ratschlag geben, denn mir war klar, daß öffentliche Aktionen die Partei- und Staatsführung unter Druck setzen würden, bei der diese die Angst gehabt hätte, ihr Gesicht dergestalt zu verlieren, daß sie nur auf öffentlichen Druck reagieren würde. Hier wird wieder die Kompliziertheit und die Gratwanderung deutlich, vor der ein Anwalt in einer solchen Situation stand: Mein Auftrag bestand nicht darin, politische Spektakel zu organisieren, sondern dafür zu sorgen, daß der Sohn von Frau Wollenberger eine Chance bekam, sein Abitur nachzuholen.

In meinem Anwaltsleben gab es auch andere Situationen, in denen mir klar war, daß nur durch ein öffentliches Spektakel überhaupt erreicht werden konnte, daß ein Umdenken der Partei- und Staatsführung begann. In solchen Situationen habe ich auch andere Ratschläge gegeben. Und dennoch bin ich entsetzt, wie diese Dinge heute, unabhängig von Zeit und Raum und den realen Gegebenheiten in der DDR bewertet werden.

Lutz Rathenow hat offensichtlich nicht an der Pressekonferenz am 28.10.94 teilgenommen. Aber auch er tritt in letzter Zeit häufiger gegen mich als Ankläger auf. Bei ihm gibt es eine besondere Merkwürdigkeit: Er hat bereits vor Öffnung der Stasi-Akten Ende 1991 in einem Zeitungsinterview erklärt, daß er davon überzeugt ist, daß er mich nach Einsicht in seine Stasi-Akte als Inoffiziellen Mitarbeiter entlarven kann. Als er dann seine Akte einsah, fand er nicht den geringsten Hinweis, der auch nur einen Bezug zu mir gehabt hätte. Und nun ist er froh, daß ein Treffbericht mit einem "GMS Notar" gefunden wurde, in dem wenigstens sein Name steht.

Seitdem ist er nun fast täglich als einer meiner Ankläger zu erleben. Für mich bleibt aber die Frage, weshalb er diesen Wunsch schon 1991 hatte? Eine Erklärung kann ich nur darin sehen, daß ihm meine politische Rolle in dieser Gesellschaft zutiefst mißfällt, und er daher geradezu gierig darauf war, mich zu "entlarven". Wenn ein solcher Wunsch so hartnäckig verfolgt wird, dann ergibt sich auch die Gelegenheit.

Noch stärker verwundert mich das Auftreten von Freya Klier und Jürgen Fuchs. Beide waren nie meine Mandanten und Jürgen Fuchs bin ich nicht einmal in meinem Leben begegnet. Deshalb gibt es für ihr Verhalten meines Erachtens nur eine Erklärung: Es ist für sie eine Gelegenheit, sich selbst wieder öffentlichkeitswirksam ins Spiel zu bringen.

10. Wenn ich die ganze Angelegenheit einmal politisch betrachte, dann bin ich eigentlich entsetzt darüber, in welchem Maße sich die Vertreterinnen und Vertreter des "Neuen Forums" - um dessen Zulassung ich im Auftrag von Bärbel Bohley gegenüber dem Innenministerium der DDR zu einer Zeit gestritten habe, in der es noch als staatsfeindlich eingestuft worden war - und durch die Mitwirkung von Gerd Poppe, Vera Wollenberger und Werner Schulz auch das Bündnis 90 ins politische Aus manövrieren. Denn anhand dieser Kampagne wird ganz deutlich, daß es ihnen weder um eine Gestaltung, noch um eine Veränderung der Bundesrepublik Deutschland geht. Sie jagen mich als einzelne Person, wollen mich aus der Politik ausschalten und außerdem noch dafür sorgen, daß mir die nach den Gesetzen zustehenden rechtlichen Möglichkeiten beschnitten werden. Das aber ist Ausdruck ihrer eigenen Politikunfähigkeit.

Entgegen ihren Annahmen bin ich nicht dafür verantwortlich, daß das "Neue Forum" politisch heute keine Rolle mehr spielt und auch nicht dafür, daß das Bündnis 90 in den neuen Bundesländern so schlecht bei Wahlen abschneidet. Das "Neue Forum" war eine Massenbewegung, und es hätte eine dauerhafte Bewegung daraus werden können. Voraussetzung dafür wäre allerdings gewesen, sich auch mit der Gegenwart und Zukunft zu beschäftigen und nicht ausschließlich mit der Verfolgung einzelner Personen, ob nun zu Recht oder zu Unrecht. Bereits Anfang 1992 habe ich darauf hingewiesen, daß bei dieser Art Umgang mit der Vergangenheit die Gefahr besteht, daß alle genannten Personen auch in den Medien nur noch bei einem einzigen Thema eine Rolle spielen. Bärbel Bohley könnte ja einmal versuchen, einen Vorschlag zur Verbesserung der Mietenpolitik einzubringen, sie wird feststellen, daß nicht eine einzige Zeitung, nicht eine einzige Rundfunk- und Fernsehstation davon auch nur Notiz nimmt.

Sie hat selbst zu vertreten, daß sie nur noch für ein einziges Thema benutzt wird. Und es wird den anderen nicht wesentlich anders gehen. Das aber macht mich keineswegs glücklich, sondern eher traurig, denn eigentlich wünsche ich mir, daß außerparlamentarische Bewegungen und auch solche Organisationen wie das Bündnis 90 politikfähig sind und eine beachtliche Rolle spielen können bei der Veränderung und Gestaltung unserer Gesellschaft.

Im übrigen sollte Bärbel Bohley auch nicht vergessen, daß sie noch im August 1990 mit mir auf eine Personenliste zur Bundestagswahl für den Fall gehen wollte, daß die PDS auf eine Kandidatur verzichtet. Damals muß sie die Ergebnisse meiner anwaltlichen Tätigkeit noch anders bewertet haben.

11. Meinen Anklägerinnen und Anklägern sind natürlich die Gesetze der Medien bekannt und deshalb wissen sie, daß sie jetzt ein Thema gefunden haben, das leidenschaftlich gern in den Medien behandelt wird. Deshalb stehen sie unter einem ungeheuren Zwang. Sie müssen nämlich fast jeden Tag etwas Neues verkünden oder wenigstens etwas Altes als Neues anbieten. So geht dann zum Beispiel einen Tag lang durch die Medien, daß

Gerd Poppe neue Unterlagen über mich gefunden hätte, und erst am nächsten Tag wird eingeräumt, daß diese bereits seit zweieinhalb Jahren öffentlich bekannt sind.

Ich stelle auch fest, daß sie wild entschlossen sind, mich von einem Prozeß in den nächsten zu jagen. Gleich einer Kettenreaktion haben sie sich vorgenommen, den Tatbestand der üblen Nachrede gegen mich zu erfüllen. Und jedes Mal soll ich gegen das betreffende Medium und gegen sie persönlich vorgehen. Allein dadurch wäre ich zeitlich in einem Maße gebunden, daß ich zu normaler politischer Tätigkeit überhaupt nicht mehr käme. Ich will gar nicht bestreiten, daß es ihnen dadurch gelingt, ein gewisses Dilemma für mich zu organisieren. Gehe ich gegen ihre Behauptungen rechtlich nicht vor, so wird dies als Eingeständnis gewertet werden. Lasse ich mich aber auf ihr Konzept ein, dann kann ich mich auch gleich aus der Politik verabschieden und erwecke zudem den Eindruck, als Anwalt meine ehemaligen Mandanten zu "verfolgen". Ich weiß nicht, ob es einen Königsweg für mich gibt. Aber ich will wenigstens darüber nachdenken, welcher noch der Erträglichste sein könnte. Weder werde ich mir alles bieten lassen, noch werde ich mich zu einem Prozeß-Fetischisten entwickeln. Ich weiß auch, daß die Absicht besteht, mit großem Medien-Spektakel zu begleiten, wenn gegen die eine oder den anderen eine Geldstrafe vollstreckt werden würde. Es ist schwer, gegen eine Front Entschlossener zu bestehen, die mich laut dem Journalisten Roland Jahn gegenüber dem Pressesprecher der PDS, Hanno Harnisch, "bis zum Abgrund jagen" wollen.

Das ist um so komplizierter, als die Jägerinnen und Jäger sich immer darauf verlassen können, im wesentlichen ein positives Presseecho zu finden und Unterstützung durch die offizielle Politik zu erhalten. Dennoch gibt es auch für mich einen Trost. Denn ich hatte wesentlich mehr Mandantinnen und Mandanten als sich gegenwärtig hervortun. Die große Mehrzahl von ihnen richtet keine Anwürfe gegen mich. Darunter solche, die wirklich für lange Zeit in Strafvollzugs-Einrichtungen der DDR einsitzen mußten, oft aus nichtigen oder ungerechtfertigten Anlässen. Sie können offensichtlich auch noch im Nachhinein schätzen, wenn ich versucht habe, diese Zeit abzukürzen und werfen mir dies heute nicht vor, weil sie dadurch nicht "ausreichend" Märtyrer geworden sind. Dazu zähle ich zum Beispiel Rudolf Bahro, Thomas Klein, Jutta Braband und andere.

Ich habe einen politischen Auftrag durch meine Wählerinnen und Wähler und durch die Mitglieder meiner Partei. Ich habe Freundinnen und Freunde. Und über noch eines bin ich froh: Die oben Genannten hassen, ich nicht.

Selbst wenn es ihnen eines Tages gelingen sollte, mich aus der Politik auszuschalten, wenn ich irgendwann so entnervt bin, daß ich keine Kraft und keine Lust mehr habe, die Auseinandersetzungen fortzusetzen, dann können sie mir dennoch nicht nehmen, was ich als Anwalt in der DDR versucht und in der Politik zumindest seit dem Herbst 1989 bewirkt habe. Und es tut mir leid (nicht wirklich), gerade letzteres kann sich mit dem, was meine Jägerinnen und Jäger in dieser Zeit bewirkt haben, durchaus messen lassen.

Berlin, 31.10.94, Gregor Gysi

36. Sustainable Development - ein Zukunftsthema?

Autor: J.R., PP., gg. · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:29

"Was kann man sich unter ‚nachhaltiger Entwicklung` schon konkret vorstellen? Wenig. Und doch ist gerade dieser Begriff dabei, zu einer der wichtigsten Herausforderungen für unsere Gesellschaft zu werden. (...) Wir von Hoechst fühlen uns der Zielsetzung Sustainable Development verpflichtet. Wir arbeiten an der Entwicklung von Produkten und Verfahren, die mit weniger Umwelt- und Ressourcenverbrauch auskommen." (aus einer ganzseitigen Anzeige, die die Firma Hoechst in den letzten Wochen schaltete)

"Wir müssen aus den Fakten der Gegenwart die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen: Handeln wir künftig so, daß die Konsequenzen unseres Tuns die Möglichkeiten eines lebenswerten Lebens auf der Erde nicht in Frage stellen!" (Klaus Töpfer in Berlin Klima '95, November 1994)

Im folgenden soll in gegebener Kürze dargestellt werden, was sich hinter dem Schlagwort der internationalen Umwelt- und Entwicklungsdiskussion verbirgt. Der Artikel ist als Einstieg in die Diskussion um "Sustainability" zu verstehen. Dargestellt werden die wesentlichen Aspekte der Nachhaltigkeitsdiskussion und die Kernaussagen einer niederländischen Studie zu dieser Frage.

Von alten "Grenzen

des Wachstums" zu neuen "globalen Umweltproblemen"

Vor mehr als 20 Jahren löste die Studie des Club of Rome über "Die Grenzen des Wachstums" eine heftige Kontroverse über die Frage ökologischer Grenzen des Wirtschaftens und die Endlichkeit natürlicher Ressourcen aus. Diese Debatte ist heute differenzierter geworden, aber nicht minder aktuell. Allerdings ist inzwischen offenkundig, daß weniger die Begrenztheit natürlicher Rohstoffe als vielmehr die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Natur gegenüber dem stofflichen Ausfluß industrieller Produktion (Müll, Emissionen) die limitierende Größe für den ökonomischen Prozeß darstellt. Globale Umweltprobleme wie der Treibhauseffekt oder die Schädigung der stratosphärischen Ozonschicht gelten als Beispiele für Konsequenzen einer Wirtschaftsweise, die die Grundlagen ihrer eigenen Existenz zu untergraben scheint.

Umweltzerstörung

aus Reichtums- und aus Armutsgründen

Die Verantwortung für das gegenwärtige Ausmaß ökologischer Schäden liegt dabei überwiegend in den Ökonomien der entwickelten Industrieländer. Sie versorgen nur rund ein Viertel der Menschheit mit einer Fülle von Gütern, doch sind ihnen 80% des im Weltmaßstab zur Energiegewinnung freigesetzten CO2 sowie der Verbrauch von rund 75% aller kommerziellen Energie und 80% aller Rohstoffe zuzuschreiben. Auf der Kehrseite des material- und energie-intensiven Wirtschaftens der kapitalistischen Zentren kommt es in vielen Entwicklungsländern zu immer schärferen sozialen Krisen und Umweltbelastungen.

Der steigende Druck auf die natürliche Umwelt infolge der mangelnden ökonomischsozialen Versorgung wachsender Bevölkerungsgruppen der "Dritten Welt" wird dabei häufig als "armutsbedingte Umweltzerstörung" bezeichnet - allerdings wird auf eine weitergehende Klärung der Ursachen von Armut zumeist geflissentlich verzichtet. Statt herrschaftskritischer Analyse taucht immer häufiger das Begriffspaar "sustainable development" als neues "Leitbild" auf. Die Übersetzungen in der deutschen Diskussion variieren dabei u.a. von "nachhaltiger" über "dauerhafte" bis "zukunftsfähig umweltverträgliche Entwicklung".

Das Leitbild

"Sustainable Development"

Kerngedanke nachhaltiger Entwicklung ist es, das Problem der Unterentwicklung gemeinsam mit dem Problem globaler Umweltrisiken anzugehen und in einem globalintegrativen Ansatz sowohl für Entwicklungs- wie auch für Industrieländer Politikempfehlungen zu erarbeiten.

Wesentlicher Referenzpunkt der Diskussion über Bedingungen, Möglichkeiten und Ziele dauerhafter Entwicklung ist der 1987 von der "World Commission on Environment and Development" (WCED) vorgelegte

"Brundtland-Bericht" - benannt nach der Kommissionsvorsitzenden und norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Diesem Bericht folgte 1992 die "United Nations Conference on Environment and Development" in Rio, der sog. "Erdgipfel". Spätestens dort entwickelte sich der Ansatz der dauerhaften Entwicklung zum allgemein anerkannten Leitbild der globalen Umweltdiskussion. Regierungen, Umweltorganisationen, Unternehmerzusammenschlüsse und WissenschaftlerInnen unterschiedlichster Couleur beziehen sich seither sämtlich positiv auf diesen Ansatz. Selbst die EU-Kommission betitelte 1992 ihr Umweltaktionsprogramm mit "Towards Sustainability".

Was ist damit gemeint? In einer sehr schlichten Interpretation bedeutet "Sustainability" bzw. Nachhaltigkeit einfach, daß etwas im Zeitverlauf überdauert. Dabei kann es sich beispielsweise sowohl um ein ökologisches wie um ein wirtschaftliches System oder auch um soziale und kulturelle Elemente einer Gesellschaft handeln. Angewandt auf das Problem der übermäßigen Nutzung erneuerbarer Ressourcen ist in der Forstwirtschaft bereits seit dem Mittelalter die "Nachhaltigkeitsregel" bekannt. Diese Regel besagt, daß nicht mehr Holz geschlagen werden darf als auch nachwächst. Allgemein auf das ökonomische System bezogen, würde dies bedeuten, daß Produktions- und Konsumtionsprozesse nicht zu Lasten der Produktionsbedingungen gehen bzw. diese nicht gefährden dürfen. Darin sind die Funktionen der Natur, d.h. die Bereitstellung von Ressourcen sowie die Aufnahme der Produktions- und Konsumtionsrückstände, eingeschlossen.

Weitaus schwieriger zu beschreiben ist der zweite Teil des Begriffspaares, der Begriff "Entwicklung". Während etwa unter Wachstum gewöhnlich eine quantitative Ausdehnung des ökonomischen Geschehens verstanden wird, handelt es sich bei Entwicklung um eine qualitative Größe struktureller und organisatorischer Verbesserungen bzw. der Ausschöpfung vorhandener Potentiale.

Bezogen auf gesellschaftliche Verhältnisse kann Entwicklung z.B. die Veränderung der personellen Einkommensverteilung zugunsten der Ärmeren, den verbesserten Umfang kultureller oder sozialer Angebote, den Ausbau von Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten oder auch einen erleichterten Zugang zu solchen Leistungen für breitere Bevölkerungsschichten bedeuten.

Den recht unterschiedlichen Interpretationen des "neuen Leitbildes" wird üblicherweise die sehr allgemein gehaltene Definition dauerhafter Entwicklung aus dem Brundtland-Bericht zugrunde gelegt: Nach dieser ist dauerhafte Entwicklung "eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung, diese Entwicklung dauerhaft zu gestalten, gilt für alle Länder und Menschen." (Brundtland-Bericht 1987, S. XV)

Vier wesentliche Elemente

Auf dieser Grundlage lassen sich vier wesentliche Elemente nachhaltiger Entwicklung feststellen. Erstens: In der Anerkennung der Möglichkeit, daß durch gegenwärtiges Handeln oder auch das Unterlassen von Handlungen Optionen zukünftiger Generationen in Frage gestellt bzw. gefährdet werden, liegt wohl eine maßgebliche Differenz gegenüber früheren Entwicklungskonzepten. Zukünftige Generationen sollen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten und -bedingungen nicht schlechter gestellt sein als gegenwärtige. Dieser Anspruch der "intergenerativen Gerechtigkeit" impliziert zweitens, daß auch die Qualität der Naturfunktionen erhalten bzw. verbessert werden muß. In diesem Zusammenhang wird auch von der Konstanz des "natürlichen Kapitals" gesprochen. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der grundlegenden Bedeutung der Naturfunktionen für den ökonomischen Prozeß, z.B. als Quelle erneuerbarer und nicht erneuerbarer Rohstoffe und als Aufnahmemedium für Reststoffe.

Da Umweltzerstörung in Form übermäßiger Nutzung vorhandener Ressourcen sowie ein rasches Bevölkerungswachstum oftmals die Folge von Armut und Mangel sind, ist drittens die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Armen, d.h. zunächst die Befriedigung von Grundbedürfnissen, elementare Voraussetzung dauerhafter Entwicklung. Damit ist zugleich die Frage der Verteilung des vorhandenen Reichtums, der intragenerativen Gerechtigkeit, aufgeworfen. Strittig ist allerdings, ob Verteilungsfragen weiterhin im Kontext wirtschaftlichen Wachstums entschärft oder gar gelöst werden sollen. Dem Motto: "Wo die Reichen reicher werden, fallen auch mehr Brotkrumen für die Armen ab" werden ökologisch begründete Zweifel an der Art der Reichtumsproduktion entgegengehalten. Als viertes Element des

Sustainability-Ansatzes wird daher in erster Linie nicht von Wachstum, sondern von Entwicklung gesprochen. Entwicklung soll im oben angedeuteten Sinne qualitative Verbesserungen beinhalten.

Drei Regeln

zum Umgang mit Stoffen

In Konkretisierung der Forderung nach "Erhalt des natürlichen Kapitalstocks" werden folgende Regeln für nachhaltiges Wirtschaften formuliert:

1. Die Nutzung prinzipiell erneuerbarer Ressourcen darf ihre natürliche Regenerationsfähigkeit nicht übersteigen.

2. Die Funktion der Natur als Aufnahmemedium für Rest- und Schadstoffe darf nicht über ihre Assimilationsfähigkeit hinaus beansprucht werden.

3. Bei nicht erneuerbaren Ressourcen soll gelten, daß diese nur so weit in Anspruch genommen werden dürfen, wie zugleich Ersatz durch erneuerbare Ressourcen geschaffen wird.

Ein vorherrschender Ansatz zur Umsetzung der so skizzierten Leitidee kann charakterisiert werden als eine mehr technologie- und ökonomiebezogene Konzeption, wobei vorwiegend auf die Möglichkeiten einer technisch vermittelten "Effizienzrevolution" bei der Nutzung natürlicher Ressourcen gesetzt wird. Durch technische Innovationen sollen wirtschaftliches Wachstum und der Verbrauch ökologisch sensibler Ressourcen entkoppelt - oder anders gesagt: die Ressourcenproduktivität gesteigert - werden. In diesem Zusammenhang wird die Forderung nach einer Reduktion der Energie- und Materialintensität der industrialisierten Volkswirtschaften um den Faktor 10 aufgestellt. Dadurch soll zum einen der erforderliche Umfang an Umweltentlastung erreicht und zum anderen zugleich ein notwendiger Entwicklungsspielraum für wirtschaftliches Pro-Kopf-Wachstum in den Entwicklungsländern geschaffen werden.

Umstritten bei dieser Konzeption einer ökologischen Modernisierung ist die Forderung nach einem vom Ressourcenverbrauch entkoppelten Wirtschaftswachstum auch in den Industrieländern, das - in Abgrenzung zum klassischen Wachstumsbegriff - als "dauerhaftes Wachstum" (sustainable growth) bezeichnet wird. Die Industrieländer sollen dabei als Wachstumsmotor für die Entwicklungsländer bzw. als Markt für deren Rohstoffimporte dienen. So fordert der Brundtland-Bericht beispielsweise eine Vervielfachung der Weltproduktion um das Fünf bis Zehnfache bis zum Jahr 2000. Wachstumkritiker wie Daly u.a. bezweifeln allerdings, ob derartige Wachstumsraten mit dem Nachhaltigkeitsanspruch vereinbar sind bzw. ob die Geschwindigkeit technischer Innovationen die erwünschte Reduktionsrate des Rohstoffverbrauchs kontinuierlich aufrecht erhalten kann.

Während die traditionelle Wirtschaftswissenschaft das ökonomische System als in sich geschlossen und im Prinzip unendlich erweiterbar ansieht, wird die Ökonomie (die Technosphäre) von solchen "ökologischen Ökonomen" als offenes Untersystem des globalen ökologischen Systems (der Ökosphäre) betrachtet. Aus dessen Strukturen bzw. Verhalten ergeben sich restriktive Bedingungen für den ökonomischen Prozeß. Produktions-, Handels- und Konsumtionsstrukturen sollen diesen Bedingungen angepaßt und unangepaßte Formen entsprechend substituiert werden. Aufgrund der systemaren Abhängigkeit der Technosphäre von der Ökosphäre könne das Wirtschaftssystem nicht unbegrenzt wachsen, wirtschaftliches Wachstum mithin also auch nicht die langfristige Zielstellung von Entwicklungsprozessen sein.

Sustainable Netherlands - eine erste Pilotstudie

Nachhaltigkeit haftete bisher der Ruf eines abstrakten, in der Praxis nicht zu operationalisierenden Begriffes an. Die niederländische Umweltorganisation Milieudefensie legte im Vorfeld der Umweltkonferenz von Rio 1992 eine Studie mit dem Titel "Sustainable Netherlands - Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande" (1994 vom Institut für sozial-ökologische Forschung ins Deutsche übersetzt) vor. Mit der Studie wird der Versuch unternommen, aufzuzeigen, welche von der Natur vorgegebenen Grenzen "nachhaltiges Wirtschaften" zu beachten hat und welche Konsequenzen dies für jeden Einzelnen und jede Einzelne nach sich zieht.

Zentraler Gedanke in der Studie von Milieudefensie ist der Begriff des "Umweltraumes". Als Umweltraum wird der Raum bezeichnet, "den die Erde (die Natur) dem Menschen (und anderen Lebewesen) zur Nutzung gibt."

In dem vorliegenden Aktionsplan, der eine dauerhafte Entwicklung aufzeigen soll, wird "die Menge an Energie, nicht erneuerbaren Rohstoffen, Wasser, Holz und landwirtschaftlichen Flächen, die dauerhaft nutzbar sind", als Umweltraum bezeichnet. Der Umweltraum wird durch Schädigungen von Umwelt und Natur ständig geringer.

Der zur Verfügung stehende Umweltraum ("Gesamt-Umweltraum") wird durch die Anzahl der auf der Erde lebenden Menschen dividiert und mit der Anzahl der Einwohner des jeweiligen Landes (im Fall der Studie die Niederlande) multipliziert. Milieudefensie berechnet jeweils nur Landeswerte, da die jeweilige staatliche Autonomie respektiert wird. Wie der dem betreffenden Land zur Verfügung stehende Umweltraum intern verteilt wird, soll den zuständigen Staatsorganen überlassen werden.

Deutlich wird bei dieser Berechnungsform, daß durch die weit überproportionale Vernutzung der Ressourcen in den Industrieländern zu wenig an Ressourcen für die Nichtindustrieländer verbleibt. Des weiteren wird, bedingt durch das Bevölkerungswachstum, der statistische Anteil jedes Einzelnen am Umweltraum geringer. Um das Ziel einer Begrenzung auf den den Niederlanden zustehenden Umweltraum zu erreichen, werden drei Möglichkeiten aufgezeigt. Erstens bietet sich eine stärkere Wiederverwendung und eine Erhöhung der Recyclingrate an. Die zweite Variante sieht strukturelle Veränderung bei Produktion und Konsum vor. Die dritte Variante wird in der Minimierung des Konsums und der Produktion gesehen. In einem Bericht des staatlichen niederländischen Umweltamtes wird davon ausgegangen, daß sowohl der Rohstoff- und Energieverbrauch als auch die Abfallproduktion in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren um mindestens 80% reduziert werden müssen. Der zweite Teil der Studie "Sustainable Netherlands" beschäftigt sich insbesondere mit der Frage, welche qualitativen und quantitativen Veränderungen beim Wohnen, bei der Ernährung und der Freizeitgestaltung erforderlich sein werden, um eine Dauerhaftigkeit in den nächsten 20 Jahren zu erreichen.

Im Auftrag von Milieudefensie und Friends of the Earth erarbeitet das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie zur Zeit eine Studie zum Thema "Sustainable Europe", die 1997 fertiggestellt sein soll. Anfang nächsten Jahres ist, nach der bisherigen Planung, mit dem Erscheinen einer Studie zu "Sustainable Germany" zu rechnen. Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß diese Studie einigen Wirbel in der ökologischen und ökonomischen Diskussion hervorrufen wird.

Fragen zur

weiteren Diskussion

Sollten Linke den Begriff Sustainable Development überhaupt verwenden - oder solche Konzepte nur als wissenschaftliche Kaschierung neoliberaler Verzichtsrhetorik brandmarken? Ist die Sustainable Development-Diskussion um "Effizienz und Suffizienz" positiv aufzugreifen, einmal im Sinne einer Kritik ineffizienter Ressourcenverschleuderung im Kapitalismus - andererseits aber auch im Sinne einer kulturkritischen Infragestellung heutiger Bedürfnisstrukturen?

Für Kapitalismuskritiker drängt sich natürlich die Frage auf, ob die Zielstellung einer wachstums-, aber nicht entwicklungslosen Gesellschaft im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse und ihrer Akkumulationsgesetze überhaupt zu realisieren ist. Allerdings ist mit einer negativen Beantwortung dieser Frage die Debatte nicht etwa abgeschlossen, sondern neu eröffnet. Die Linke ist gefordert, sich mehr als bisher zu Wort zu melden.

J. R., PP., gg.

Literatur:

- Brundtland-Bericht (1987): Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Hg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Deutsche Ausgabe, herausgegeben von Volker Hauff, Greven

- Enquête-Kommission SMU (Schutz des Menschen und der Umwelt) (Hg.) (1993): Verantwortung für die Zukunft - Wege zum nachhaltigen Umgang mit Stoff und Materialströmen, Bonn

- Goodland, R./Daly, H.E./El Serafy, S./von Droste, B. (Hg.) (1992): Nach dem Brundtland-Bericht: Umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung, (Hg. der deutschen Ausgabe: Deutsches Nationalkomitee für das UNESCO-Programm "Der Mensch und die Biosphäre" und Deutsche UNESCO-Kommission), Bonn

- Harborth, Hans-Jürgen (1993): Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept des "Sustainable Development", Berlin, 2.Aufl.

- ISOE (Institut für sozialökologische Forschung) (1993) (Hg.): Sustainable Netherlands - Aktionsplan für nachhaltige Niederlande, Frankfurt/M.

- Meadows, Dennis u.a. (1973): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Reinbek

- Schmidt-Bleek, Friedrich (1993): Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS - das Maß für ökologisches Wirtschaften, Berlin

- SRU (1994): Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltgutachten 1994, BT-Drucksache 12/6995

- Vornholz, Günter (1993): Zur Konzeption einer ökologisch tragfähigen Entwicklung. Eine ökonomischtheoretische Analyse der Bedingungen für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Marburg

37. Kapitalismus auf Diät? Eine Kritik der Nachhaltigkeits-Ideologie

Eine Kritik der Nachhaltigkeits-Ideologie - von Christoph Spehr

Autor: Christoph Spehr · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:16

Heute kochen wir einen Nachhaltigkeits-Artikel. Zunächst bereiten wir einen leichten Fond aus Sorge um die zukünftigen Generationen. In diesen geben wir zu gleichen Teilen: ein Stück sehr abstrakte Zivilisationskritik, eine vernünftige Widerlegung der blinden Profitökonomie, eine Geißelung des westlichen Konsummodells. Je nachdem, welche Gäste wir speisen wollen, braten wir in dieser eher sämigen Soße ein fettes Umbau- und Aktionsprogramm (für die Männer) oder eine kalorienarme Verklärung weiblichen Vorsorgens für die Natur (für die Ladies). Im ersteren Fall kippen wir griffige Formeln von einem neuen Öko-Deal und einem neuen Zivilisationssprung drüber; in der zweiten Variante verfeinern wir mit Anekdoten aus unserem Leben (zum Beispiel, wie aus unserer Tiefkühltruhe ein Vorratsbehälter für das im Sand eingelagerte Wintergemüse wurde). Ganz nach Geschmack würzen wir mit komplexer globaler Interdependenz nach, oder schmecken vorsichtig mit etwas Sinnstiftung ab.(1)

"Nachhaltigkeit" ist zum Lieblingswort neuer ökologischer Biederkeit geworden. Gemeint ist damit in der Regel ein schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen, der die natürlichen Voraussetzungen der Gesellschaft nicht durch Übernutzung und ökologische Schädigung selbst untergräbt. Die in der Empfängnisverhütung wenig erfolgreiche Methode des "Aufpassens" soll, demzufolge, in der Wirtschaftspolitik plötzlich erfolgreich sein. "Kennzeichnend für den Ansatz der Ökologen und Alternativen ist, daß sie sowohl das Mann-Frau-Verhältnis als auch das Verhältnis zwischen Industrieländern und Dritter Welt hauptsächlich als moralische und nicht als materielle Verhältnisse, als Produktionsverhältnisse verstehen"(2) - diese Einschätzung trifft genauso auf die meisten Nachhaltigkeits-Positionen und ihre Sichtweise des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses zu.

Im Gegensatz dazu soll hier im folgenden dargelegt werden:

- daß Naturzerstörung und Nicht-Nachhaltigkeit zum sozialen Programm des industriellen Kapitalismus (wie auch der realsozialistischen Entwicklungsvariante) gehört und nicht einfach bewußt weggelassen werden kann;

- daß Ökologie und Nachhaltigkeit heute zu einem Herrschaftsdiskurs geworden und Teil einer Strategie sind, den industriellen Kapitalismus zu "entschlacken" und zu effektivieren, ohne den naturzerstörenden Kern seines Programms anzutasten;

- daß nicht gutgemeinte Reformvorschläge gefragt sind, sondern der schwierige Verständigungsprozeß über eine soziale Bewegung, die den Kern des Problems angreift.

Zur politischen Ökologie des industriellen Kapitalismus

Was passiert eigentlich, wenn eine Gesellschaft sich industrialisiert? Praktisch gesehen entsteht eine wachsende Gruppe von Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, sich selbst zu ernähren und zu reproduzieren. Mit der Trennung von Arbeit und Wohnung, Produktion und Reproduktion müssen alle Funktionen von der Koch- und Hausarbeit bis zur Kindererziehung und kulturell-psychischen Reproduktion von anderen geleistet werden.

Die feministische Theorie hat deutlich gemacht, daß Industrialisierung nur möglich ist in Verbindung mit einem Prozeß, der Hausfrauisierung genannt wird: Jedem Arbeiter und Bürger mußte tendenziell eine Ehefrau als Hausfrau zugeordnet sein, die für das konkrete Überleben von ihm und den Kindern sorgt. Nach den Katastrophen der Frühindustrialisierung setzte sich deshalb das Prinzip des Ehemann-Gehalts durch, d.h. eine Bezahlung, die für den Kauf der notwendigsten Güter für mehrere Personen ausreichend ist. Die an internationalen Entwicklungsfragen orientierte neomarxistische Theorie hat herausgearbeitet, daß ein industrieller Komplex immer abhängig ist von der Umgestaltung anderer geographischer Zonen. Die "Peripherie" versorgt das industrielle Zentrum mit "Natur": mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln, mit neuen

Arbeitskräften und mit Platz. Dieses Verhältnis tritt als Stadt-Land-Gegensatz, als Erschließung neuer Gebiete und als internationaler Gegensatz zwischen Zentrumsländern und Peripherieländern oder -regionen in Erscheinung.(3)

Die Industrie bricht zusammen ohne ihr geographisches Hinterland, so wie der männliche Erwerbsarbeiter ohne sein familiäres Hinterland. Es ist daher ihre Überlebensfrage schlechthin, wie der industrielle Komplex sein Hinterland effektiv kontrollieren kann, anstatt selbst verletztlich und erpreßbar zu sein. Wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, geht die Kontrolle durch direkte Gewalt und unmittelbaren Zwang zwar historisch voraus, ist auf die Dauer aber allein unzureichend und uneffektiv. Die Zulieferungsarbeit des Hinterlands muß für die Lieferanten alternativlos gemacht werden.

Dies geschieht durch die Manipulation von Natur. Die natürlichen Zusammenhänge und produktiven Naturbezüge, auf die sich die vorgefundene Subsistenzwirtschaft stützen konnte, werden systematisch zerstört. An ihre Stelle tritt eine künstliche Umwelt, die ohne den industriellen Input nicht mehr existieren kann.

Deshalb lohnt sich Naturzerstörung. Um ein Beispiel zu geben: Die Prärien im mittleren Westen der USA, die Great Plains, waren zum Zeitpunkt ihrer Erschließung ein hochproduktives Ökosystem. Es ist geschätzt worden, daß die riesigen Büffelbestände eine jährliche Produktivität an Fleisch und anderen tierischen Rohstoffen hatten, die durch die spätere landwirtschaftliche Nutzung nie wieder erreicht wurde. Trotzdem wurde dieses Ökosystem nach dem Bürgerkrieg in wenigen Jahrzehnten zerstört. Die Herden wurden bis 1875 abgeschlachtet. Statt dessen züchteten reiche Grundbesitzer nun in großem Stil dort Rinder. Diese Rinder, die Longhorns, weideten die empfindliche Grasnarbe der Prärie binnen kurzer Zeit ab. Im Winter 1885/86 gingen sie massenhaft an Hunger ein.

An Stelle der Longhorns wurden nun Siedler in die Plains gelassen. Die erste Generation der Siedler machte mit der Dürre 1896 pleite, da Anbau mit Aussaatgetreide für die regenarmen Plains ungeeignet war. Die zweite Generation, die sogenannten "sodbusters", pflügten ab 1910 die Prärie mit Traktoren um und arbeiteten mit industriell produziertem Saatgut und künstlichen Düngemitteln. Diese Methode öffnete den Boden der Erosion und führte zu den gefürchteten Staubstürmen, den "Schwarzen Blizzards" 1935. In den folgenden zwei Jahrzehnten mußte mit großem Aufwand versucht werden, durch Heckenanpflanzungen, Windschutz etc. die Erosion wenigstens abzumildern.(4)

Eine Abfolge von Katastrophen, sollte man meinen, ein warnendes Beispiel zugunsten einer angepaßt-nachhaltigen Nutzungsweise. Und dennoch ein typisches Beispiel einer erfolgreichen Erschließung, an der sich die fünf Hauptaspekte der politischen Ökologie des Industrialismus zeigen lassen:

1. Naturzerstörung als Enteignung von Gebiet. Es war ein offenes Geheimnis, daß die Büffelausrottung die Existenzgrundlagen der in den Plains zusammengedrängten Indianerstämme vernichtete. Diese ökologische Kriegsführung war die wirkungsvollste Methode, das Land in Besitz zu bekommen.

2. Umformung von Natur zum Hinterland, das auf die komplementären Bedürfnisse des industriellen Sektors zugeschnitten wird. Die Produktivität des vorgefundenen Ökosystems war hoch, aber nicht nutzbar für die Versorgung der Industriearbeiterschaft an der Ostküste. Rinder ließen sich über weite Entfernungen zu den Schlachtstationen an den Eisenbahnstrecken treiben und entsprachen den Konsumgewohnheiten der Bevölkerung.

3. Der Zeitfaktor überwiegt die Bedeutung nachhaltiger Nutzung. Bis 1890 hatten die "Rinderbarone" soviel Profit gemacht und die versorgte Ostküste soviel Schwerindustrie und Rüstungsproduktion aufgebaut, daß die Hinterland-Funktion nach Lateinamerika verschoben werden konnte. Dort wurden jetzt Flächen angekauft und politische Verhältnisse durchgesetzt, die für den Rindfleischexport in die USA sorgten.

4. Naturerschließung als Sozialimperialismus und Reformersatz. Die Siedlungspolitik seit dem Homestead Act versprach jedem männlichen Familienoberhaupt billiges Land im Westen, das behalten werden durfte, wenn es fünf Jahre rentabel bewirtschaftet wurde (natürlich unter Ausnutzung der unbezahlten familiären Arbeitskraft). Dieses soziale Ventil minderte den gesellschaftlichen Reformdruck im industrialisierten Osten und exportierte die dort entstehende Armut in die freien Gebiete.

5. Scheinbare Produktivität der Landnutzung. Trotz der ökologisch katastrophalen Politik wurde der mittlere Westen zum Wheat Belt, zum Weizengürtel, der bis heute die USA zum weltweit größten Getreideexporteur

macht. Der Schein trügt jedoch: Unter den Bedingungen räumlicher Abgeschlossenheit würde diese moderne landwirtschaftliche Produktion zusammenbrechen. Es ist eine künstliche Landwirtschaft, in der "die Natur kaum mehr eine Rolle spielt"(5); die mehr einer Fabrik ähnelt, deren Faktoren von außen zugeführt werden: Saatgut, Maschinen, Kunstdünger, Pestizide usw. Der ökologische Raubbau macht die Natur zu Geld und wird in weltpolitische Macht umgesetzt, die wiederum den Zustrom von Öl, Metall etc. organisiert, ohne den die industrielle Landwirtschaft gar nicht funktionieren würde.

Naturzerstörung, Nicht-Nachhaltigkeit, ist im industriellen Kapitalismus also kein Irrtum, sondern eine höchst erfolgreiche Strategie. Die genannten fünf Aspekte lassen sich bei verschiedensten Erschließungsprozessen ausmachen: bei der Kolonisierung von Regionen der Dritten Welt ebenso wie bei der industriellen Erschließung der "inneren Natur" der Menschen, bei der Nutzung weiblicher Arbeitskraft in der Hausfrauisierung des 19. Jahrhunderts und bei der Verschleißnutzung von Arbeitskraft in den Freien Produktionszonen des 20. Jahrhunderts.(6)

Um die politische Ökologie des industriellen Kapitalismus zu erkennen, muß man sich von den Fortschrittsmythen steigender Produktivität ebenso freimachen wie von der Vorstellung, Industriekapitalismus vorrangig als Wirtschaftssystem zu sehen. Im Kern handelt es sich um ein soziales Programm, Herrschaft zu organisieren. Es geht es um die Durchsetzung und Verteidigung von Versorgungs- und Dienstleistungsketten, in denen die industrielle Produktion nur ein Instrument (unter mehreren) ist, die notwendigen Abhängigkeitsprozesse zu erzeugen. Die jeweiligen Spitzen der großen und kleinen sozialen Pyramiden - die Spitzen, zu denen hin sich der Konsum verdichtet und die unmittelbare, naturnahe Subsistenzproduktion und Reproduktionsarbeit abnimmt - müssen die Basis der Pyramide, nämlich die "kolonisierten" Menschen und deren Umwelt, dafür permanent attackieren und ihre Möglichkeit zu unabhängiger Existenz aushebeln. Katastrophen machen sich bezahlt. Zerstörung von Natur und ihre Überführung in künstlich-kontrollierte Natur ist daher ein Kernelement der politischen Ökologie des Industrialismus und der bürgerlichen Gesellschaft. Dies betrifft die Natur des Menschen - ihre Psyche, ihre Körperlichkeit und ihre soziale Identität - ebenso wie die natürliche Umwelt.

Deshalb kann, wer "Nachhaltigkeit" will, den industriellen Kapitalismus nicht einfach "besser", ökologischer, weniger verschwenderisch machen. Sondern er muß das soziale Programm ändern.

Übergang zur globalen

"lean production"

Nun gibt es zweifellos trotzdem eine ganze Menge an ökologischen Maßnahmen und Strategien für "Nachhaltigkeit", gerade in den hochindustrialisierten Zentrumsnationen und auf der Ebene internationaler Entwicklungsprogramme. Nur ist dieser Prozeß nicht das, was er scheint. Was sich ökologische Modernisierung nennt, ist der Versuch eines Umbaus des sozialen Herrschaftssystems im Sinne einer globalen lean production: einer Entschlackung, Verschlankung und Flexibilisierung. So, wie der großbetrieblichen Produktion heute mit dem Konzept der "schlanken Produktion" effektivierende Diäten empfohlen werden, soll auch dem globalen Produktions- und Herrschaftssystem eine schlankere, effektivere Gestalt verliehen werden. Diese ist notwendig geworden, weil das Herrschaftsmodell des Fordismus sich seit geraumer Zeit in einer letalen Krise befindet.

Wirtschaftlich gesehen ist Fordismus die historische Weiterentwicklung des industriellen Kapitalismus mit folgenden Kennzeichen: Übergang zur angebotsorientierten industriellen Massenproduktion; Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Intensivierung der Arbeit (Stichwort Fließband); ökonomische und politische Integration der Lohnarbeiterschaft in den Staat ("Wohlfahrtsstaat"); große Konsumgüterindustrie verdrängt die kleine Warenproduktion.(7) Der Fordismus gilt weithin als verantwortlich für die globale ökologische Krise, aufgrund seines ungehemmten Produktionswahns um jeden Preis und aufgrund seines verschwenderischen Konsummodells. Aber auch das ist nur die halbe Wahrheit. Als soziales System ist der Fordismus, der sich zwischen den 30er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts voll durchsetzt, ein Organisationsprinzip von nationaler und internationaler Herrschaft und Abhängigkeit.

Mit dem Fordismus tritt die Bevölkerungsmehrheit der hochindustrialisierten Großmächte zur Bevölkerung der abhängigen Nationen und zu marginalisierten Bevölkerungsgruppen im eigenen Land in ein Verhältnis, wie es zuvor zwischen industriellem Sektor und dem Rest herrschte. Dies entsprach grundsätzlich dem, was der

NS-Wirtschaftstheoretiker Hans Kehrl propagiert hatte: "Im Großraum können deutsche Arbeiter in Zukunft nur für hochwertige und bestbezahlte Arbeit, die den höchsten Lebensstandard ermöglicht, angesetzt werden; Produkte, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir in immer zunehmendem Maße den Randvölkern überlassen müssen (...) Aus dieser Notwendigkeit ergibt sich auch die Notwendigkeit einer steigenden technischen Rationalisierung, und daraus folgt die Möglichkeit, höhere Löhne zu bezahlen."(8) Die faschistische Variante scheiterte jedoch am ganzen Ausmaß des militärischen und sozialen Widerstands der "Randvölker" (und in zweiter Linie am inneren Widerstand). Die integrativen Angebote waren zu schwach, die offene Vernichtungspolitik auf Dauer nicht durchhaltbar.

Erfolgreich waren dagegen die liberal-kapitalistische und die realsozialistische Variante. Beide verbanden ein höheres Maß an Emanzipationsangeboten im Inneren mit Entwicklungsversprechen nach außen. Die Ausbeutungsverhältnisse nach Geschlecht, Ethnie und sozialer Schichtung wurden internationalisiert und gleichzeitig in den Metropolenstaaten abgemildert, zugunsten einer höheren Partizipation und sozialen Integration in die fordistische Nation. Nach außen hin boten beide Varianten kooperationswilligen nationalen Eliten in der Dritten Welt die Chance, durch den Aufbau eigener industrieller Sektoren Zonen fordistischer "Erster Welt" auch bei sich aufzubauen.

Dieses Modell von nationaler und globaler Herrschaft war machtpolitisch sehr effektiv (durchschlagend), aber ökologisch und ökonomisch nicht besonders effizient (kostengünstig). Die ökologische (und ökonomische) Krise des fordistischen Modells hat ihren Ursprung darin, daß immer gewaltigere Mengen an Produktion, immer riesigere Stoff- und Energieströme, immer radikalere Naturausbeutungen notwendig wurden, um dieses Herrschaftsmodell aufrechtzuerhalten.(9) Die Implosion der realsozialistischen Staaten bedeutet unter diesem Gesichtspunkt nichts anderes, als daß der Preis einer Annäherung als Nation an die Erste Welt unbezahlbar geworden ist, und diese Perspektive nur für einzelne Gruppen realisierbar ist: für bestimmte Unternehmensgruppen, für Teile der qualifizierten und westlich gewandten LohnarbeiterInnenschaft oder für neue wirtschaftskriminelle Männerbünde.

Wenn der Westen heute globale Ökologie und Nachhaltigkeit als neues Paradigma vertritt, so ist dies gemeint als ein Lösungsversuch der ökologischen Krise der fordistischen Herrschaftsvariante. Der Kern der High-Tech-Produktion soll keineswegs angetastet werden, aber die ökologischen und ökonomischen Kosten zur Befriedung der Peripherie sollen gesenkt werden. Den Eliten der Dritten Welt wird der Abschied von der nachholenden Entwicklung abverlangt; mit Emissionen, Abholzungen und Rohstoffverbrauch "auf eigene Faust" sollen sie sich künftig zurückhalten. Sie sollen die Zahl der Armen durch Bevölkerungspolitik begrenzen, damit die Kosten der sozialen Befriedung gesenkt werden können. Und auch in den Zentrumsnationen kann ja ein "Umdenken" nicht schaden, das die zunehmende soziale Marginalisierung zur Befreiung vom Konsumterror verklärt.

Ökologie und Nachhaltigkeit sind in diesem Kontext Codewörter für eine neue globale "lean production", die dieses Betriebsmodell auf den gesamten Globus überträgt. Wie betrieblich das mittlere Management und seine Abteilungen weggespart werden, so werden global die Regierungen der Dritten Welt und ihre Industrialisierungserwartungen tendenziell ausgeschaltet. Statt dessen werden "nachhaltige" Entwicklungsprogramme an der gesellschaftlichen Basis gefördert (häufig über die Unterstützung von Nicht-Regierungs-Organisationen).

Dies bedeutet aber keineswegs, daß Subsistenzstrukturen und Autonomie gestärkt werden, sondern lediglich, daß die Einbindung in den Markt mit weniger Aufwand durchgesetzt wird. Die betriebliche lean production orientiert auf den modernen Heimarbeitsplatz mit einem PC auf dem häuslichen Schreibtisch (was die Kosten für ein Büro und einen Parkplatz einspart). Der globale Trend geht dahin, nicht mehr in jedem Fall Fabriken bauen zu müssen, um Arbeitskräfte einzubinden, sondern über Geld für "einkommenschaffende" Arbeiten eine moderne Verlagsproduktion aufzubauen.

Erinnert sei z.B. an die Projekte nach dem Muster "jeder Frau eine Kuh": In bestimmten afrikanischen Regionen wurde mit westlicher Entwicklungshilfe Frauen Geld zum Kauf einer Kuh geliehen, das sie mit dem Verkauf der Milch zurückzahlen sollten; gleichzeitig mußten sie an Aufklärungsveranstaltungen über Verhütungsmethoden teilnehmen. Wenn sie trotzdem schwanger wurden, wurde der Kredit gestrichen, und sie mußten die Kuh zurückgeben; ansonsten ging sie nach Abzahlung in ihr Eigentum über. Wer genau hinsieht, wird bei allen offiziell geförderten Projekten "nachhaltiger Entwicklung" solche Elemente ökonomischer Anreize

zur Einbindung in die Marktabhängigkeit finden. Dies ist die Konsequenz daraus, daß eine Einbindung über das Modell der fabrikmäßigen Industrialisierung ökologisch nicht mehr tragbar ist bzw. die Metropolen zwingen würde, ihre ökologischen Verschmutzungs- und Verschwendungs-"rechte" zu teilen.

Kapitalismus auf Diät?

Die alten Herrschaftseliten und ihre Denkfabriken wüßten also schon, wo's lang geht in einen "nachhaltigen Kapitalismus", der zwar mitnichten umweltfreundlich und schonend wäre, aber die Hauptprobleme der fordistischen Krise des Herrschaftssystems löst:

1. Die stofflichen Engpässe lassen sich überwinden: Mehr Recycling, mehr Substitution durch "nachwachsende Rohstoffe", Übergänge auf nicht-fossile Energieträger (nicht gerade Wind und Wasser, wohl aber Biomasse z.B.) - das erfordert zwar einen noch skrupelloseren Zugriff auf den Platz, den bisher immer noch Menschen zum Leben benötigen, "spart" aber die Ressourcen für den Kern des industriellen Systems auf Kosten des Konsums.

2. Die künstlichen Abhängigkeiten der weltweiten "Lieferanten" lassen sich noch verstärken: Über Gen- und Biotechnik kommt die Befriedigung der Grundbedürfnisse weltweit unter Monopolkontrolle, die Computerisierung ermöglicht flotte Produktionsverlagerungen und erpreßt die "Standorte".

3. Nationen als Anspruchs-Bollwerke des Wohlfahrtsstaates lassen sich desintegrieren, solange sich komplizierter werdende Mehrheiten konstruieren lassen, für die es sich "lohnt" - und solange peinlich darauf geachtet wird, daß Umweltkatastrophen nur die Schwächsten treffen.

4. Die integrativen Anreize des Fordismus lassen sich durch einen konsequenten Leistungsrassismus retten. Absolut ist zwar weniger Platz im Boot, und die korporativen Garantien werden abgebaut (die Frauenbeschäftigung geht zurück, das Asylrecht wird demontiert, die Sozialleistungen gestrichen). Aber der/die Einzelne kann sich gleichzeitig durch eine individualistische "Gleichstellungspolitik" verbesserte Chancen ausrechnen, seine Diskriminierung (nach Geschlecht, Ethnizität, sexueller Orientierung usw.) durch Leistungsbezug und Anpassung zu kompensieren. Das schwächt die soziale Renitenz in den Metropolen ebenso wie den nationalistischen Widerstand in Dritte-Welt-Ländern gegen die Zumutung der "Entwicklungsbegrenzung".

Umgekehrt wissen wir seit den ersten Studien zur "Nachhaltigkeit im Norden", daß auch bei uns nicht die Lichter ausgehen müßten, wenn wir auf den zerstörerischen Zugriff auf Umwelt und Ressourcen der gesamten Welt verzichten würden.(10) Das meiste schluckt scheint's die pure Hypertrophie (übermäßige Vergrößerung; Anm. ak) des Herrschaftssystems selbst, das Unmengen nutzloser Güter produzieren muß, um die notwendigen Abhängigkeiten zu erzeugen. (11) Freilich lassen uns diese Studien allein mit der Frage nach dem, wie man denn verhindern soll, daß ein paar Spar-Rosinen aus diesen Ideen herausgepickt werden, und ansonsten nichts passiert. Das ist nämlich keine Frage guter Vorschläge mehr, sondern eine Frage sozialer Kämpfe - deren wichtigste (analog zum obigen Programm) darum gehen werden:

1. ob die zunehmende Brutalität nach außen (die direkten Angriffskriege und UN-Interventionen gegen Länder der Dritten Welt und die Verteidigung blutiger Grenzen gegen die Migration) am sozialen Widerstand hier wie dort Grenzen findet;

2. ob es gelingt, die totale Vermarktung von Leben und Natur (Umstellung auf Nahrungsmittelproduktion mit patentierten genmanipulierten Bio-Materialien) zu verhindern und die rechtsfreien Räume der neuen Weltmarktfabriken aufzubrechen;

3. ob sich hier alle gemäß ihrer pluralistisch gebrochenen Multi-Identitäten beliebig aufspalten und gegeneinander ausspielen lassen oder ob sich neue solidarische Organisationsformen quer zur bisherigen Identitäts-Politik bilden werden;

4. ob die bislang zentralen sozialen Kämpfe und Widerstandshandlungen von Frauen, Nicht-Weißen und dequalifiziert Beschäftigten sich aushöhlen, weil mehr einzelne "rübermachen" können - wenn sie nur mitmachen bei einem Leistungsrassismus, der sich powerfeministisch, multikulturell und flexibel gibt. Oder ob diese klassischen Kämpfe zu einer neuen Zuspitzung hinführen, nämlich gleiche Lebensrechte ohne leistungsrassistische Vorbedingungen durchzudrücken.

Das klingt gar nicht so ökologisch. Aber zukünftige Katastrophen werden sich nicht verhindern lassen durch bessere Vorschläge, wie die ökologischen Kosten an der gesellschaftlichen Peripherie gesenkt werden können. Es wird allein darauf ankommen, ob es einer neugruppierten und internationalen sozialen Bewegung gelingt, den Kern des kapitalistischen Industrieregimes zu Abstrichen und Beschränkungen zu zwingen.

Anmerkungen:

1) Jegliche Ähnlichkeiten mit lebenden oder toten Artikeln, z.B. denen in der spw 79 oder der PolÖk Sonderheft 6, sind rein zufällig.

2) Claudia Werlhof: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 8.Aufl. 1988, Einleitung.

3) Maria Mies: Patriarchat und Kapital, Zürich 2.Aufl. 1989; Immanuel Wallerstein: Der historische Kapitalismus, Berlin 1989.

4) David Worster: Dust Bowl, in: Rolf Peter Sieferle (Hrsg.): Fortschritte der Naturzerstörung, Frankfurt/Main 1988.

5) Pat Mooney und Cary Fowler: Die Saat des Hungers, Reinbek 1991.

6) Eine interessante Darstellung zur britischen Kolonisierung Indiens unter ökologischem Aspekt ist z.B. Michael Mann: Ökonomie und Ökologie, in: Jürgen Osterhammel (Hrsg.): Asien in der Neuzeit, Frankfurt/Main 1994.

7) Thomas Hurtienne: Fordismus, Entwicklungstheorie und Dritte Welt, Peripherie 22/23, 1986.

8) zitiert nach Horst Kahrs: Von der "Großraumwirtschaft" zur "Neuen Ordnung", in: Modelle für ein deutsches Europa, Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 10, Berlin 1992.

9) Für eine mehr ökonomische Annäherung an die Transformation "Vom fordistischen zum ‚postfordistischen` Staat" ist das gleichnamige Kapitel bei Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative, Hamburg 1990, ganz interessant.

10) Die Pilotstudie "Sustainable Netherlands" von Friends of the Earth Niederlande ist in deutscher Übersetzung beim Institut für sozial-ökologische Forschung erschienen; zur Zeit wird eine entsprechende Studie für Deutschland erarbeitet vom Wuppertal-Institut für Klima, Energie und Verkehr in Zusammenarbeit mit dem BUND.

11) Diese Tendenz drückt sich auch darin aus, daß der Warenaustausch zwischen den Metropolen relativ zunimmt (und zwar immer schneller), während der Ressourcentransfer aus der Dritten Welt in die Metropolen absolut immer noch zunimmt (aber immer langsamer).

Dr. Christoph Spehr ist Historiker, Mitglied des Bundesvorstands des Bundes demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen (BdWi) und des BdWi-Arbeitskreises "Kritische Ökologie". Eine leicht gekürzte Fassung des vorliegenden Artikels erschien in Forum Wissenschaft 3/94.

38. Vereinigungsgewinnler Ost. Bürgerbewegung im Ruhestand nervt Westgrüne

Autor: Js. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:30

"Es ist Freitagabend, der 4. November. Die Halle ist gerammelt voll, selbst im Foyer drängeln sich die Massen. Soeben hat Joschka Fischer den Delegierten in der ihm eigenen Art die Ergebnisse der Verhandlungen mit der SPD nahegebracht. Ludger Volmer nickt anerkennend, stürmischer Beifall bricht los. Die Partei stimmt mit überwältigender Mehrheit zu: Der ersten rot-grünen Bundesregierung, einer ‚Weltpremiere` (Antje Vollmer) immerhin, steht nichts mehr im Wege."

So stand es in der taz - vom 11. Juni. Aus der erhofften Weltpremiere wurde bekanntlich nichts. Die sorgfältige Vorbereitung auf den Tag X war umsonst. Joschka Fischer, der sich schon an der Spitze eines neu zu schaffenden "Strukturministeriums" (zusammengesetzt aus dem Umweltministerium und Teilen des Wirtschafts-, Verkehrs- und Forschungsministeriums) gesehen hatte, muß sich bis auf weiteres mit dem Posten des Fraktionsvorsitzenden begnügen. Die informell schon zusammengestellte Kommission für Koalitionsverhandlungen mit der SPD konnte zu Hause bleiben.

Wäre nicht schon vorsorglich eine Halle für den oben beschriebenen Jubelparteitag angemietet worden, hätten es sich auch die bündnisgrünen Delegierten daheim gemütlich machen können. Statt dessen leistete sich die Partei den Luxus eines eintägigen Kongresses zu Wahlauswertung und Satzungsfragen - eine nach Ansicht von Beteiligten "eher laue" und "langweilige" Veranstaltung mit dürftigem Ergebnis: Alles bleibt, wie es ist. Die Satzung wird nicht geändert: Landtags-, Bundestags- und Europa-Abgeordnete dürfen auch weiterhin nicht in den Bundesvorstand gewählt werden.

Auch das Nicht-Verhältnis zur PDS bleibt unverändert. Der zaghafte Versuch von Vorstandssprecher Ludger Volmer, die Bündnisgrünen zumindest für WählerInnen der PDS attraktiv zu machen, wurde abgebügelt. Seine Formulierung von den "kleinen Gorbatschows" in der alten DDR, die es zu gewinnen gelte, provozierte die Partner aus dem Osten, allen voran den Schwarz-Grün-Befürworter Werner Schulz, zu heftigem Widerspruch. Volmers Rede "triefte vor Ahnungslosigkeit", befand Schulz und machte implizit die Westgrünen für das Wahldebakel im Osten (Stimmenrückgang von 545.000 auf 372.000) verantwortlich: "Wir werden doch im Osten als Westimport empfunden."

Hubert Kleinert, der hessische Uralt-Realo an Joschkas Seite, kommt mit seiner Wahlanalyse (dokumentiert in FR, 3.11.94) der Realität schon näher: "In wachsendem Maße erscheinen die Bürgerrechtler nicht mehr als Helden der friedlichen Revolution, sondern in ihrer realen politischen Kompetenz zur Lösung der in Ostdeutschland als vordringlich empfundenen Alltagsprobleme. Und da schneiden die Bürgerrechtler, verstärkt durch ihre organisatorische und personelle Schwäche, nicht eben glänzend ab." Das "Image des Dauermoralisierers" sei Wahlerfolgen ebenso abträglich wie die "politische Profilverengung auf ökologisch-bürgerliche Themen", findet Kleinert und empfiehlt - in Übereinstimmung mit Ludger Volmer - die Hinwendung zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Die "zwanghaften Abgrenzungsrituale" gegenüber der PDS hält der hessische Realo gleichfalls für unsinnig. Angebote zur Zusammenarbeit mit der PDS seien aber verfrüht: "Wir müssen erst einmal kräftiger werden."

Über das von Kleinert empfohlene "Überlebensprogramm Ost" haben die Betroffenen ihre eigenen Vorstellungen: Repräsentative Posten im Parteiapparat sollen den Bekanntheitsgrad der eigenen Leute erhöhen. Das ist, immanent betrachtet, ein gar nicht mal unvernünftiger Gedanke: Werner Schulz, vier Jahre lang parlamentarischer Geschäftsführer der bündnisgrünen Bundestagsgruppe, erreichte von allen grünen KandidatInnen mit 21,3% das zweitbeste Erststimmenergebnis hinter Christian Ströbele (28,8%). Daß die Bürgerbewegten nun von den Sonderrechten, die ihnen beim Zusammenschluß mit den Westgrünen zugestanden wurden, auch Gebrauch zu machen gedenken, kann ihnen niemand vorwerfen. Einer der beiden Vorstandssprecherposten soll es sein. Das entspricht den Vereinbarungen, auf die alle seinerzeit so stolz waren. Die neukonstituierte Partei Bündis90/Die Grünen feierte sich seinerzeit als "glaubwürdigste Ost-West-Partei", die sich streng an das Motto "Vereinigung statt Anschluß" gehalten habe. Bündnis90, im neuen Namen der Partei an die erste Stelle gerückt, bildet in der fusionierten Partei eine "Vereinigung Bürgerbewegung" mit Vetorecht im Länderrat und Antragsrecht auf Bundesdelegiertenversammlungen. Ihm

stehen drei von elf Sitzen im Bundesvorstand zu, ein Sprecherposten wird garantiert. Bei einem Mitgliederanteil von 7,5% an der Gesamtpartei ist das ein stolzes Verhandlungsergebnis.

Die großzügigen Westgrünen hatten sich seinerzeit mit dem Gedanken getröstet, die Vereinigung mit der "Bürgerbewegung" werde der Gesamtpartei einen "Seriositätsgewinn" bescheren, der ein zweistelliges Wahlergebnis und die rot-grüne Mehrheit ermöglichen könnte. Nun, da das erträumte Ziel deutlich verfehlt wurde, wird nachgekartet. Die Ossis stellen sich stur: Den trickreichen Plan, den beiden VorstandssprecherInnen einen herausgehobenen "Ostbeauftragten" an die Seite zu stellen, lehnen sie ab. Einen Monat vor der Neuwahl von Sprecher und Sprecherin bestehen sie auf Vertragserfüllung - auch wenn die seinerzeit ausgehandelte Ostquote das innerparteiliche Gleichgewicht der Kräfte durcheinanderzubringen droht. Das mediengerecht agierende Duo Krista Sager ("Realos") und Jürgen Trittin ("Linke") hat nach Lage der Dinge keine Chance, gewählt zu werden, auch wenn der grünenfreundliche Kommentator der Frankfurter Rundschau mault: "Bei der Neubesetzung der Parteispitze wird sich zeigen, ob Quoten bei den Grünen immer noch schwerer wiegen als Qualifikation."

Eine gewisse Schadenfreude über die mißliche Lage, in die sich die grünen Strategen gebracht haben, ist durchaus am Platze. In der Not griff Volmer gar auf die die noch vor kurzem als furchtbar altmodisch belächelte Einsicht zurück, die sozialen Konflikte hätten ihre Ursache im "Interessenstreit von Kapital und Arbeit". Die sozialpolitischen Forderungen der Grünen will er nun zur "imageprägenden Politik" ausgestalten und so der PDS im Osten WählerInnen abspenstig machen. Seine Sprecherkollegin Marianne Birthler lag wohl nicht ganz falsch, als sie bezweifelte, daß mit so einfachen Rezepten Wahlen zu gewinnen seien.

Im übrigen könnten nicht nur die organisatorisch und personell schwachen ostdeutschen Landesverbände Nachhilfeunterricht in Gesellschaftsanalyse gebrauchen, sondern allen voran Volmers traditionell "links" geprägter Landesverband NRW. In Gladbeck und Mülheim wurden schwarz-grüne Koalitionen installiert, weitere könnten folgen - das Schmähwort von der "grünen FDP" wird immer mehr zur Wirklichkeit, die grüne "Oppositionspartei" zur Mehrheitsbeschafferin für das jeweils kleinere Übel. (Daß letzteres in dieser oder jener Gemeinde auch mal CDU heißen kann, soll hier gar nicht bezweifelt werden.) Die Hoffnung, bei den im Mai nächsten Jahres stattfindenden Landtagswahlen könnte sich "Rot-Grün" im größten Bundesland durchsetzen, ist nach den gedankenlosen schwarz-grünen Eskapaden noch geringer geworden. Ein bundesweit sichtbares Signal für den Regierungswechsel ist von diesen Grünen, deren Mut und taktisches Geschick in der taz gefeiert werden, nicht zu erwarten - von reformpolitischer Aufbruchstimmung ganz zu schweigen.

Die wenigen BefürworterInnen einer Öffnung der Grünen zur PDS unterscheiden sich von den antikommunistischen Betonköpfen kaum, wenn es um "Regierungsverantwortung" und "Krötenschlukken" geht. Hans-Jochen Tschiche, der bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, der gar von einer Listenverbindung mit der PDS träumte, ist im tagespolitischen Geschäft alles andere als eine rote Socke (auch keine grüne). Um die Koalition mit der SPD zu retten, stimmte seine Fraktion dem Bau von 200 Kilometern Autobahn quer durch den Südharz zu. Die von Tschiche vorgeschlagene neue "linke Reformpartei" aus Bündnisgrünen und PDS müßte angesichts dieser Politik der "Regierungsverantwortung" um jeden Preis schon eine überdimensional fette Kröte als Wappentier wählen.

Js.

39. Neuauflage der Unvereinbarkeitspolitik? Die SPD-Führung quält das Verhältnis zur PDS

Autor: he. · Rubrik: SPD; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:50

Wenn am 12. November im Bundestag der Kanzler gewählt wird, wird es zu Kohl keinen Gegenkandidaten geben. Trotz der gesamten Orientierung der SPD-Führung auf den Regierungswechsel, trotz der schon am Wahlabend großmäulig herausposaunten Losung, eine Regierung Kohl werde nicht lange Bestand haben, verzichtet der Mini-Kohl Scharping auf das Kräftemessen. Dafür gibt es nur einen Grund: Er hat Angst, bei einer Kandidatur die Stimmen der PDS zu bekommen und von der CDU als "Linksfrontkandidat" bezeichnet zu werden. Dies ist mehr als nur eine Momentaufnahme im Verhältnis der SPD-Führung zur PDS.

Seitdem die Wahlergebnisse auf Landesebene in den östlichen Bundesländern mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt jeweils ein Dreiparteienparlament hervorgebracht haben (CDU, SPD und SPD; in Sachsen-Anhalt zusätzlich Bündnis90/DIE GRÜNEN), in dem die PDS Anteile zwischen 17% und 23% hat, stellt sich für die SPD-Führung immer zwingender die Frage, wie sie ihr Verhältnis zur PDS klären bzw. ändern will.

Von der Sache her gibt es zunächst einen objektiven Widerspruch zwischen der West-SPD und damit der Parteiführung und der Ost-SPD. Die Parteiführung unter Scharping vertritt einen scharfen Abgrenzungskurs, wobei Überlegungen bis dahin gehen, die in den siebziger Jahren gegenüber der DKP und anderen kommunistischen Organisationen ausgesprochenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu wiederholen. Damit will Scharping gegenüber dem Lager rechts von der Mitte (der er sich selbst zurechnet) signalisieren, daß die SPD eine verläßliche Kraft gegen sozialistische/kommunistische Bestrebungen ist. Ein solcher Kurs kann die Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung in den westlichen Bundesländern erhalten. Er müßte aber schon machtpolitisch gegen eine sich innerhalb der SPD rührende Minderheit durchgesetzt werden, die Hoffnung auf ein Reformbündnis SPD/GRÜNE/PDS setzt. Nicht zu halten ist ein solcher Kurs gegenüber den SPD-Verbänden in den östlichen Bundesländern, in denen die SPD auf Parlamentsebene teilweise fast gleichstarken PDS-Fraktionen gegenübersteht und wo sie auf Mitgliederebene dieser weit unterlegen ist.

Die Gespräche zur Regierungsbildung in Mecklenburg/Vorpommern haben einen ersten Eindruck gegeben, wie die SPD das Verhältnis zur PDS mit verteilten Rollen gestalten will. Der Landesvorsitzende der SPD, Harald Ringsdorff, erklärte nach den Landtagswahlen am 16. Oktober, er ließe sich unter Umständen auch von der PDS zum Ministerpräsidenten wählen. Scharping kündigte einen "Riesenkrach" für den Fall an, daß es zu einer Zusammenarbeit mit der PDS käme. In einem Interview mit dem "Spiegel" erklärte er schon am 24.10.94: "Es wird keine Zusammenarbeit mit der PDS geben, folglich auch keinen SPD-Ministerpräsidenten, der mit den Stimmen der PDS gewählt wird." Demonstrativ fanden danach Treffen zwischen Manfred Stolpe (Ministerpräsident in Brandenburg) und Lothar Bisky (Bundesvorsitzender der PDS und Fraktionsvorsitzender in Brandenburg) sowie Reinhard Höppner (Ministerpräsident in Sachsen-anhalt) und Petra Sitte (Fraktionsvorsitzende der PDS in Sachsen-Anhalt) statt. Registriert werden sollte, daß sich die Ost-SPD nicht an die Kandare der West-SPD legen läßt. Selbstverständlich aber hat Rudolf Scharping recht behalten: Es wird keinen durch PDS-Unterstützung gewählten SPD-Ministerpräsidenten in Mecklenburg/Vorpommern geben.

Daß dies nicht nur durch Machtpolitik der SPD-Führung durchgesetzt wurde, sondern daß in gewisser Hinsicht mit verteilten Rollen gespielt wurde, zeigt sich im Vorgehen der SPD in Mecklenburg/Vorpommern. Sie stellte für Gespräche mit der PDS als Vorbedingung "notwendige Klarstellungen", die vier Punkte enthielten: erstens sollte sich die PDS zum Grundgesetz, zweitens zur Landesverfassung bekennen; drittens sollte sie eine Entschuldigung wegen der "Zwangsvereinigung" von KPD und SED zur SED im Jahre 1946 aussprechen; viertens sollte sie garantieren, daß die "Kommunistische Plattform" der PDS keinerlei Einfluß auf die Politik der PDS-Landtagsfraktion gewänne. Dieser Forderungskatalog ist sicherlich genauso gemeint gewesen, wie ihn die "FR" am 27.10.94 kommentierte: "Nun haben sich die politischen Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern doch schneller als erwartet in Richtung auf die Bildung einer großen Koalition aus CDU und SPD geklärt. Mit den ‚notwendigen Klarstellungen` ist es der Landes-SPD unter Harald Ringsdorff und unter Mithilfe des Juristen und Rostocker Oberbürgermeisters Dieter Schröder gelungen, die PDS vorzuführen. Mit dem Punkt ‚Zwangsvereinigung 1946` und der Forderung an die PDS, sich vom

Kommunismus loszusagen, baute die Landes-SPD zwei Hürden auf, an der die durchaus sprungbereite Nachfolgepartei der SED prompt hängenblieb."

Selbstverständlich mußte die PDS an dieser Hürde hängenbleiben. Zwar gibt es eine Entschuldigung der PDS gegenüber der SPD über die Art und Weise der Vereinigung 1946. Diese kann der SPD-Führung jedoch niemals ausreichen, weil von Seiten der PDS gleichzeitg darauf hingewiesen wird, daß die Charakterisierung als Zwangsvereinigung nicht zutrifft, sondern daß es in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch innerhalb der SPD maßgebliche Kräfte gab, die eine solche Vereinigung wollten. Und welche Rolle auch immer die "Kommunistische Plattform" innerhalb der PDS spielen mag, kann und darf sich selbstverständlich keine Parteiführung von einem Teil der eigenen Partei distanzieren. Dies weiß selbstverständlich auch die SPD. Aber vielleicht wird sie gegenüber der CDU bei Bildung einer großen Koalition ja die Frage anders als die PDS beantworten, wenn diese verlangt, daß sie sich von den Jungsozialisten distanzieren soll.

Auch wenn diese Hürde noch mit dem Spiel mit verteilten Rollen beendet werden konnte, kommt die SPD langfristig nicht an einer Neubestimmung ihres Verhältnisses zur PDS vorbei. Die lapidare Erklärung, man wolle die WählerInnen nicht ausgrenzen, aber nichts mit der Partei zu tun haben, die sie wählten, ist keine Politik. In diese Richtung zielt ein Vorstoß Egon Bahrs. In einem Interview mit dem "Spiegel" vom 24.10.94 (zeitgleich mit Rudolf Scharping) reiht er als erster führender westlicher Sozialdemokrat die PDS ins Spektrum der "demokratischen Parteien" ein. In den östlichen Bundesländern hält er Koalitionen mit der PDS für möglich, im Bundestag will er Absprachen mit der PDS nur für diese Legislaturperiode ausschließen. Kern dieser Überlegung ist, daß sich im Wahlergebnis für die PDS die nichtvollzogene "innere Vereinigung" der beiden Teile Deutschland widerspiegele. Er rät, im Bundestag ein "DDR-Schlußgesetz" zu verabschieden, "das juristisch die DDR-Zeit beendet". Damit setzt er auf eine fast vollständige Integration auch der politischen Funktionsträger der DDR, womit der PDS letztlich das Wasser abgegraben werden soll. Zweifelhaft ist, ob er mit einem solchen Konzept innerhalb der SPD-Führung unter Scharping Chancen hat. Zweifelhaft deshalb, weil diese sich ihre Politik weniger von rationalen Momenten denn von der CDU diktieren läßt. Zweifelhaft ist aber auch, ob ein solches Konzept nicht Jahre zu spät kommt. Die PDS hat sich als Partei gefestigt und ihre Anhängerschaft ausweiten können. Die SPD wird sich also eher auf die Tatsache einstellen müssen, daß die PDS als bestimmender Faktor bestehen bleiben wird. Scharping spricht im "Spiegel"-Interview von einem Fehler, der in den achtziger Jahren beim Aufkommen der Grünen gemacht wurde. Seine Schlußfolgerung ist, "offensiver auf die Wähler und die Mitglieder" zuzugehen. Vielleicht probiert's die SPD irgendwann ja auch mal mit dem Konzept, zu akzeptieren, daß außerhalb der SPD Platz für andere Parteien sein muß. Sie muß ja nicht einmal akzeptieren, daß dies aufgrund ihrer eigenen Defizite zwingend ist.

he.

40. Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern, Mecklenburg/Vorpommern, Saarland und Thüringen - Tabelle

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/landtag.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:landtag

(im Vergleich zu 1990 und zu den Bundestagswahlen 1994/1990), +, +, +, +, +, +, +, +, +

LAND, BERECHTIGT, WAEHLER, GÜLTIG, CDU/CSU, SPD, FDP, B90/GRÜNE, PDS, REP

Thüringen Landtag 1994, 1.944.254, , 1.425.247, 606.797, 421.247, 45.814, 64.183, 236.466, 18.322

in Prozent , , , , 42,57, 29,56, 3,21, 4,50, 16,59, 1,29

Thüringen Landtag 1990 in Prozent, , 71,7, , 45,4, 22,8, 9,3, 6,5, 9,7, -

Thüringen Bundestag 94, 1.947.213, 1.470.795, , 588.798, 433.652, 60.023, 70.618, 246.087, 19.817

in Prozent , , 75,5, , 41,0, 30,2, 4,2, 4,9, 17,1, 1,4

Thüringen Bundestag 90, 2.009.711, 1.534.654, 1.514.272, 684.743, 332.377, 221.621, 92.567, 125.154, 17.969

, , 76,36, , 45,22, 21,95, 14,64, 6,11, 8,26, 1,19

Saarland Landtag 1994, 835.685, 697.797, 688.910, 265.843, 340.116, 14254, 38.081, -, 9.706

in Prozent , , 83,5, , 38,59, 49,37, 2,07, 5,53, -, 1,41

Saarland Landtag 1990 in Prozent, , 83,2, , 33,4, 54,4, 5,6, 2,7, -, 3,3

Saarland Bundestag 94, 838.216, 699.727, , 250.848, 329.098, 29.336, 39.009, 4.808, 10.770

in Prozent , , 83,5, , 37,2, 48,8, 4,3, 5,8, 0,7, 1,6

Saarland Bundestag 90, 848.363, 721.699, 711.198, 271.310, 363.933, 42.459, 16.118, 1164, 6.248

, , 85,07, , 38,15, 51,17, 5,97, 2,27, 0,16, 0,88

Mecklenburg/Vorpommern LT 1994, 1.373.059, 1.003.706, 974.982, 368.359, 288.422, 37.494, 36.042, 221.874, 9.933

in Prozent , , 73,10, , 37,78, 29,58, 3,8, 3,70, 22,76, 1,02

Mecklenburg/Vorpommern LT 1990, , 64,7, , 38,3, 27,0, 5,5, 9,3, 15,7, -

Mecklenburg-Vorpommern BT 94, 1.375.775, 1.004.410, 982.204, 378.331, 283.278, 33.357, 35.105, 231.718, 11.578

in Prozent , , 73,01, , 38,52, 28,84, 3,40, 3,57, 23,59, 1,18

Mecklenburg-Vorpommern BT 90, 1.432.336, 1.015.043, 997.121, 410.940, 264.715, 91.229, 58.792, 141.906, 14.146

in Prozent , , 70,87, , 41,21, 26,55, 9,15, 5,90, 14,23, 1,42

Bayern Landtag 1994, 8.743.532, 5.926.503, 11.669.881, 6.163.888, 3.506.620, 327.305, 713.732, -, 454.170

in Prozent , , 67,78, , 52,82, 30,05, 2,80, 6,12, -, 3,9

Bayern Landtag 1990 in Prozent, , 65,9, , 54,9, 26,0, 5,2, 6,4, -, 4,9

Bayern BT 94, 8.753.562, 6.742.146, 6.690.782, 3.427.128, 1.983.252, 429.717, 418.883, 36.853, 189.873

in Prozent , , 77,02, , 51,22, 29,64, 6,42, 6,26, 0,55, 2,84

Bayern BT 90, 8.623.570, 6.419.744, 6.367.183, 3.302.980, 1.697.970, 551.892, 293.039, 13.722, 316.659

in Prozent , , 74,44, , 51,88, 26,67, 8,67, 4,60, 0,22, 4,97

41. Die VSP mit zweierlei Maß

Autor: as · Rubrik: Wahlen; Linke, VSP · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:23

Zunächst herrscht in der SoZ v. 20.10. (alle Zitate dort) Freude darüber, daß einer der ihren eine Bahnfreikarte hat. Doch dann werden gleichsam zwei Stränge eingeschlagen. Während Manuel Kellner auf der einen Seite "Lichtblicke im Dunkeln" sieht, ist für Christoph Jünke der "Kurs auf Sozialabbau und Rassismus" ungebrochen.

Jünke sieht angesichts der geschrumpften Mehrheit der liberal-konservativen Regierung und des Kurses der SPD eine Art weiche Große Koalition am Werk. Er spricht davon, daß wir "schwarz-rosa" in die nächsten Jahre gehen werden. Den WählerInnen wirft er vor, daß sie trotz bestehender Alternativen weiterhin auf das Modell Kohl-Kinkel gesetzt haben, denn mit den Grünen und der PDS hätten - bei allen Unzulänglichkeiten dieser Parteien - Alternativen zur Verfügung gestanden. "All jene, die nicht grün oder PDS-rot gewählt haben, sollten sich also zurückhalten, denn sie haben den Wohlstandschauvinismus gewählt (die einen mehr, die anderen weniger), mit allen bekannten Folgen." Darüberhinaus sieht er einen Trend zur linken Protestwahl (woran eigentlich?) und begrüßt es, daß die CDU/CSU jetzt auf die Unterstützung der SPD angewiesen ist. Allerdings ist für ihn mehr als fraglich, ob dies der Beginn einer ernsthaften Opposition der Sozialdemokratie ist. "Ob aus den Reihen der SPD dagegen eine Opposition entsteht, hängt im wesentlichen davon ab, ob die Grünen ausschließlich auf eine Zusammenarbeit mit der SPD schielen und sich nach links, zur PDS hin, abschotten oder ob sie mit der PDS zusammen eine gemeinsame Oppositionsfront aufbauen und damit auch die SPD unter Druck setzen."

Diese Hoffnung erachte ich hingegen als trügerisch, denn schon zu Beginn der achtziger Jahre hatten Linke in den Grünen gehofft, durch ihren Druck die Sozialdemokratie weiter in ihre Richtung zu bewegen. Dies hat damals unter besseren Bedingungen als heute schon nicht geklappt. Zudem ist daran zu zweifeln, daß die Grünen ernsthaft an einer derartigen Zusammenarbeit mit der PDS interessiert sind. Und vor allem darf eines nicht vergessen werden: Zu einer solchen Politik gehört auch ein entsprechendes Potential in der Sozialdemokratie selber.

Sind PDS und Grüne erst einmal in eine solche Position manövriert, ist es für Jünke nicht zu erkennen, daß die PDS eine solche Politik machen will. "So könnten Grüne und PDS viel dazu beitragen, eine konstruktive Opposition zu betreiben, Vorhaben der Regierung zu blockieren und parlamentarische Mehrheiten für Alternativen aufzuzeigen. Viel wird allerdings auch davon abhängen, ob die Abgeordneten der PDS-Fraktion im BUndestag die Spielregeln der personalisierenden, entpolitisierten Verhandlungsdemokratie anerkennen und mitspielen oder nicht. Die betont 'staatsmännischen' Aussagen z.B. des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky am Wahlabend lassen hier eher Schlimmes fürchten." Wieso hängt dies scheinbar ausschließlich von den PDS-Abgeordneten ab? Wieso liegt es nicht ebensosehr im parlamentarischen Auftreten und Verhalten der Grünen? Diese, zwar im zitierten Abschnitt auch erwähnt, werden nicht mit verschwommenen Erwartungen an eine revolutionäre Parlamentsarbeit konfrontiert, da mensch sie eh als Hoffnungsträger abgeschrieben hat oder aber mit ihnen sympathisiert.

Demgegenüber sieht Manuel Kellner "Opposition und Linke gestärkt". Der Wiedereinzug der PDS ist für ihn ein Erfolg für die gesamte Linke und läßt für die Zukunft hoffen. "Die Arbeit der PDS-Gruppe im Bundestag war für die Linke, für emanzipatorische Politik nützlich. Sie kann nun unter - qualitativ und quantitativ - verbesserten Bedingungen fortgesetzt werden." Für Kellner ist dieser Teil des Wahlergebnis durchaus ein Lichtblick im Dunkeln.

42. MLPD: "Wir haben in diesem Wahlkampf unsere gesellschaftsverändernde Kraft bewiesen."

Autor: as · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:22

Dies ist der Titel eines Interviews der Roten Fahne, Parteiorgan der MLPD, mit Stefan Engel, dem Vorsitzenden besagter Organisation. In diesem Interview wird aus Sicht der MLPD das Ergebnis der Bundestagswahl insgesamt, im besonderen aber das der MLPD analysiert. Gleich zu Beginn des Interviews wird klar, daß die MLPD bei ihrer zweiten Teilnahme an Bundestagswahlen ihr Ergebnis von 1987, dem Jahr ihrer ersten Teilnahme, nicht halten konnte. Im gesamten Bundesgebiet kamen die Marxisten-LeninistInnen auf 10.254 Zweitstimmen. Im Westen der jetzigen Bundesrepublik ging ihr Ergebnis von 13.422 Zweitstimmen 1987 auf diesmal 7.298 zurück, sie mußte also annähernd eine Halbierung hinnehmen. Doch dies ficht Stefan Engel nicht an: "Wir waren uns jedoch von vornherein im klaren darüber, daß es bei dieser Teilnahme bei den Bundestagswahlen nicht darum gehen kann, um Parlamentssitze zu kämpfen. (...) Vor allem ging es uns darum, einen großen Schritt zur Durchbrechung der relativen Isolierung der MLPD zu tun. Diesbezüglich war unser Wahlkampf sehr erfolgreich. In dieser agitatorischen Offensive hat sich die Partei erheblich zum Positiven geändert." (Rote Fahne v. 17.10.94, Hervorhebungen RF und alle weiteren Zitate ebenso von dort) Es mag sein, daß es der MLPD da und dort gelungen ist, die Isolation zu durchbrechen, nur das Ergebnis der Wahlen zeigt an, daß die gesellschaftliche Relevanz der MLPD weiter abgenommen hat. Wäre dies nicht so, wäre das Ergebnis vom 16.10. nicht so desolat, trotz allem Gerede davon, daß die Teilnahme an Wahlen nicht so wichtig für aufrechte proletarische Politik sei. "Rote Fahne: Manche werden dennoch angesichts des Wahlergebnisses unseren Wahlkampf als Fehlschlag sehen. Stefan Engel: Man kann unsere proletarische Politik aber nicht an bürgerlichen Maßstäben messen. Im offensiven Straßenwahlkampf ist es uns vor allem gelungen, daß sich die Partei tiefer mit den Massen verbindet und verankert." Dennoch hat diese verbesserte Verankerung offenbar wenig genutzt, denn einige Sätze später muß Engel eingestehen: "Offenbar gelang es den Herrschenden noch einmal, die in den letzten 45 Jahren tief verwurzelte kleinbürgerlich-parlamentarische Denkweise unter den Massen zu beleben. Es zeigte sich, daß wir unter den heutigen Bedingungen und Kräfteverhältnissen am allerwenigsten Einfluß auf das Wahlergebnis haben. Sogar Wahlhelfer, die uns während des Wahlkampfes aktiv unterstützt haben, sind am Wahlsonntag sozusagen fremdgegangen und haben für SPD und Bündnis 90/Grüne oder PDS gestimmt." (Hervorhebungen RF)

Das Verhältnis zur PDS und der Versuch der MLPD, ein linkes Wahlbündnis nach ihren Vorstellungen zu bilden, kommt zur Sprache." Rote Fahne: Ist das gute Abschneiden der PDS nicht eine Bestätigung für die Ablehnung eines linken Wahlbündnisses und ein Triumph ihrer Politik? Stefan Engel: Es ging uns bei dem Vorschlag für ein breites linkes Wahlbündnis niemals in erster Linie um Parlamentssitze, sondern um den Aufbau einer neuen Opposition auf der Grundlage des Kampfes. Daß sich die PDS gegen eine solche Politik wehrte und statt dessen auf das bürgerliche Parlament setzte, machte sie für die Herrschenden gerade interessant. Für uns war das unannehmbar." Somit hat sich die PDS bei ihrer Entscheidung gegen ein Bündnis mit der MLPD letztendlich dem Kapital ausgeliefert und wohlmöglich noch die vermeintlich gemeinsame Sache verraten.

Die MLPD, so ihr Vorsitzender, wird in ihrem bisherigen Kurs fortfahren. Ziel bleibt es, den "echten" Sozialismus in Deutschland zu realisieren und den Kampf zwischen der kleinbürgerlichen und der proletarischen Denkweise zu verschärfen. Dies unabhängig von der Tatsache, daß die MLPD nur in NRW und Ba-Wü Zweitstimmenergebnisse vorweisen kann, die sich im Bereich von vierstelligen Zahlen bewegen. Ansonsten haben jeweils mehrere hundert Leute landauf, landab die MLPD gewählt. Aber dies, so Engel, ist wieder einmal der Beweis für die beschränkten Möglichkeiten bei Wahlen, proletarische Politik umzusetzen, und untermauert nur die These von der unzulänglichen Aussagekraft bürgerlich-parlamentarischer Wahlen, wenn es um den Kampf für den "echten" Sozialismus geht.

43. Konsolidierung auf niedrigem Niveau. Die Wahlen vom 16.10. aus der Sicht der DKP

Autor: as · Rubrik: Wahlen; DKP / SDAJ · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:19

Auf der allgemeinen Ebene sieht die DKP in diesem Wahlergebnis durchaus eine positive Veränderung der politischen Landschaft, vermißt allerdings den politischen Willen insbesondere der SPD, tatsächlich auf eine Alternative hinzuarbeiten. Auch in den Auseinandersetzungen um das Verhältnis der Sozialdemokratie zur PDS sieht die DKP eine Chance für die Linke, da hierdurch die Parteienlandschaft aufgeknackt werde. Was diese Chance ausmacht, worin sie besteht, wird allerdings nicht verraten. Insgesamt ist die Verkleinerung der Regierungsmehrheit im Bonner Parlament aus Sicht der DKP durchaus schon ein Erfolg. Denn durch diese labile Lage, so ihre Einschätzung, würden sich ebenfalls Chancen und Möglichkeiten für die Linke eröffnen. Diese Situation rufe danach, daß Druck von links entwickelt werde. "Alle Parteien sind neu herausgefordert. Das Wichtigste ist jetzt, soziale Bewegung und außerparlamentarische Aktionen zu befördern, Druck von links zu entwickeln." (UZ v. 28.10.94)

Ein wenig heftet sich die DKP den Erfolg der PDS auch an die eigene Fahne, da die Partei auf eine eigene Kandidatur verzichtet und zur Wahl der PDS aufgerufen hat. Vereinzelt hat es auf den verschiedenen Landeslisten auch KandidatInnen der DKP gegeben, doch besonders erfolgreich waren sie nicht. So wird denn in der UZ vom 28.10. krampfhaft versucht darzustellen, daß die EinzelkandidatInnen der DKP erfolgreicher waren als die PDS selbst: "Während die PDS in Hamburg 2,2 Prozent der Stimmen erhalten habe, konnte Bernd Kamin als Direktkandidat mit 3,4 Prozent abrechnen." Es sieht so aus, als habe der Kandidat der DKP besser abgeschnitten als die PDS selber. Doch diese Darstellung ist nicht ganz sauber. Denn die 2,2 Prozent entsprechen dem Stimmenanteil der PDS in ganz Hamburg, im Wahlkreis von Bernd Kamin entfielen auf die Partei 3,9 Prozent. Da sieht die Welt schon etwas anders aus, und so etwas fällt eigentlich eindeutig unter die Kategorie "fauler Zauber" und unlautere Berichterstattung. Insgesamt leitet die DKP aus ihrer Beteiligung an diesem Erfolg den Anspruch ab, daß sie von der PDS als eigenständige kommunistische Organisation ernstgenommen und endlich in relevanter Weise am Prozeß der politischen Willensbildung der Partei beteiligt werde.

Insgesamt ist für die DKP das Wahlergebnis der Bundestagswahl eine Bestätigung ihres bisherigen Kurses und eine Aufforderung, in dieser Richtung weiterzumachen.

as

Konsolidierung auf niedrigem Niveau

Die Wahlen vom 16.10. aus der Sicht der DKP

Auf der allgemeinen Ebene sieht die DKP in diesem Wahlergebnis durchaus eine positive Veränderung der politischen Landschaft, vermißt allerdings den politischen Willen insbesondere der SPD, tatsächlich auf eine Alternative hinzuarbeiten. Auch in den Auseinandersetzungen um das Verhältnis der Sozialdemokratie zur PDS sieht die DKP eine Chance für die Linke, da hierdurch die Parteienlandschaft aufgeknackt werde. Was diese Chance ausmacht, worin sie besteht, wird allerdings nicht verraten. Insgesamt ist die Verkleinerung der Regierungsmehrheit im Bonner Parlament aus Sicht der DKP durchaus schon ein Erfolg. Denn durch diese labile Lage, so ihre Einschätzung, würden sich ebenfalls Chancen und Möglichkeiten für die Linke eröffnen. Diese Situation rufe danach, daß Druck von links entwickelt werde. "Alle Parteien sind neu herausgefordert. Das Wichtigste ist jetzt, soziale Bewegung und außerparlamentarische Aktionen zu befördern, Druck von links zu entwickeln." (UZ v. 28.10.94)

Ein wenig heftet sich die DKP den Erfolg der PDS auch an die eigene Fahne, da die Partei auf eine eigene Kandidatur verzichtet und zur Wahl der PDS aufgerufen hat. Vereinzelt hat es auf den verschiedenen Landeslisten auch KandidatInnen der DKP gegeben, doch besonders erfolgreich waren sie nicht. So wird denn in der UZ vom 28.10. krampfhaft versucht darzustellen, daß die EinzelkandidatInnen der DKP erfolgreicher waren als die PDS selbst: "Während die PDS in Hamburg 2,2 Prozent der Stimmen erhalten habe, konnte Bernd Kamin als Direktkandidat mit 3,4 Prozent abrechnen." Es sieht so aus, als habe der Kandidat der DKP besser abgeschnitten als die PDS selber. Doch diese Darstellung ist nicht ganz sauber. Denn die 2,2 Prozent

entsprechen dem Stimmenanteil der PDS in ganz Hamburg, im Wahlkreis von Bernd Kamin entfielen auf die Partei 3,9 Prozent. Da sieht die Welt schon etwas anders aus, und so etwas fällt eigentlich eindeutig unter die Kategorie "fauler Zauber" und unlautere Berichterstattung. Insgesamt leitet die DKP aus ihrer Beteiligung an diesem Erfolg den Anspruch ab, daß sie von der PDS als eigenständige kommunistische Organisation ernstgenommen und endlich in relevanter Weise am Prozeß der politischen Willensbildung der Partei beteiligt werde.

Die Lage der DKP

auf kommunaler Ebene

"Die DKP kämpfte in Bottrop, Gladbeck, Gevelsberg und Düsseldorf-Gerresheim um die Verteidigung von 15 Mandaten. Vor Ort war der Kampf aufopferungsvoll. Aus benachbarten Kreisen und aus den Bezirken kam auch Unterstützung. Aber die DKP-Mandate konnten nicht gehalten werden." (UZ v. 28.10.) So die Sprecher der DKP in besagter UZ-Ausgabe zum Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen in NRW. Dies ist zunächst einmal eine herbe Niederlage und dies nicht nur für die DKP. Es ist auch ein Bild von der politischen Stimmung im Lande, wenn in einem Land wie NRW, einer der Hochburgen der DKP, die Partei aus der parlamentarischen Landschaft verschwindet. Bei aller Kritik an der DKP, damit verschwindet auch ein Stück politischer Kultur. Doch wie sieht die DKP selbst nun diese Niederlage?

Zunächst einmal wird die Ursache im Wahlverhalten der Mehrheit der Bevölkerung gesucht. Diese habe "durchgewählt". Damit meint die DKP, daß die Leute ihr Wahlverhalten bei der Bundestagswahl gleichsam wie bei einem Durchschreibblock auf die Kommunalwahlen übertragen haben.

Abgesehen von der Fragwürdigkeit dieser Interpretation stellt die DKP fest, daß es ihr nicht gelungen ist, ihr bisheriges WählerInnenpotential zu mobilisieren. Hierfür ist nach Ansicht der UZ vom 28.10.94 folgendes verantwortlich: "Eine wesentliche Rolle spielt der Zusammenbruch des realen Sozialismus. In ihm hatten die DKP und nicht wenige ihrer Wähler eine Alternative zum beschissenen Kapitalismus gesehen. Sein Scheitern führte bekanntlich zu einer tiefen Krise der Partei, die Langzeitfolgen hat. In den sogenannten Hochburgen verlor die DKP 50 bis 70 Prozent ihrer Mitglieder. Ein schmerzhafter Aderlaß, denn das war ein enormer Verlust an Engagement, Können, Wissen und Einfluß in den verschiedensten Bereichen." Auch nach eigenem Verständnis hat sich die DKP von diesem Verlust noch nicht wieder erholt. Es sei jedoch an dieser Stelle die Frage erlaubt, wieso diese Entwicklung, die ja nicht gerade neu ist, jetzt als Begründung für das schlechte Abschneiden der DKP daherkommt. Ist es nicht vielmehr so, daß aufgrund obiger Entwicklung ein solches Wahlergebnis zu befürchten, ja vielleicht sogar zu erwarten war?

Aber derartige Überlegungen scheinen den Autor der UZ, Hubert Reichel, nicht anzufechten. Aus Sicht des UZ-Kommentators Hubert Reichel steht jetzt an, neues Leben für die Partei zu organisieren: "Die ersten Überlegungen nach der Wahl gehen dahin, die außerparlamentarische Arbeit planmäßig und organisiert zu verstärken, mehr Kommunistinnen und Kommunisten als aktive Interessenvertreter zu profilieren ..." Diese Schlußfolgerung kann mensch durchaus noch nachvollziehen, doch wie Reichel zu seinem Schlußsatz gelangt, bleibt mir schleierhaft: "Zu den wichtigsten Erfahrungen des letzten Kommunalwahlkampfes zählt die Tatsache, daß es möglich ist, neue Mitglieder für die DKP zu gewinnen und müde gewordene, resignierte Mitglieder erneut für eine aktive Mitarbeit zu motivieren." (UZ v. 28.10.) Für einen derartigen Abschluß des Artikels in der UZ zum Kommunalwahlkampf in NRW gibt es nach meiner Ansicht keinerlei Anlaß, es sei denn, Hubert Reichel hat den LeserInnen etwas verschwiegen, was ihn zu diesem hoffnungsvollen Ausblick kommen läßt, anstatt zu sagen wie die unten aufgelisteten Ergebnisse es nahelegen: Die DKP ist aus den kommunalen Parlamenten in NRW verschwunden.

Hier noch zum Abschluß die Ergebnisse in den eingangs erwähnten Städten: Gladbeck: 4,7 Prozent (1990: 8); Bottrop: 3,8 Prozent (9,3); Gevelsberg: 1,8 Prozent (6,5) und Düsseldorf-Gerresheim: 3,1 Prozent (6,9).

44. Wahlnachlese von links

Die Bundestagswahl aus der Sicht linker Gruppen - eine kleine Übersicht

Autor: as. · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:18

Es ist ja schon so etwas wie Tradition. Nach einer Bundestagswahl oder vergleichbaren Ereignissen blättern wir durch die linke Presse und versuchen, Interessantes und Lesenswertes zusammenzustellen. Das Abschneiden der Grünen und der PDS stehen dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Sieht mensch einmal von der MLPD ab, so wird, zwar in unterschiedlichem Maße, der Wiedereinzug der PDS und das gute Abschneiden der Grünen durchweg begrüßt. Ein besonderes Augenmerk haben wir darüberhinaus auf das Abschneiden der DKP bei den Kommunalwahlen in NRW gelegt. Hier hatte die DKP in mehreren Städten noch Abgeordnete in Gemeindeparlamenten oder Bezirksvertretungen. Doch diese gingen für die DKP verloren. Damit dürfte sich die anhaltende Krise dieser Partei weiter fortsetzen. Demgegenüber wird sich die VSP über den Einzug des SoZ-Redakteurs Winnie Wolf, der in Baden-Württemberg für die PDS kandidierte, in den Bundestag freuen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit allen befreundeten Menschen, die den Einzug ins Parlament geschafft haben, recht herzlich gratulieren und alles Gute für ihre Arbeit wünschen. (as)

45. GAL Hamburg: SPD von außen unter Druck setzen

Autor: as · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:21

Die GAL sieht sich als klare Siegerin im grün-alternativen Spektrum. Mit 12,6% der Stimmen reklamiert sie für sich das beste Ergebnis der Grünen in der Republik. Damit sehen die meisten GAL-PolitikerInnen sich in ihrem Kurs bestätigt, dennoch ging auch nach der Wahl die Debatte weiter, ob es beispielsweise richtig war, DirektkandidatInnen aufzubieten. Denn ein Teil der Grünen in Hamburg sieht hierin eine politisch zweifelhafte Konzentration auf Personen, die nur von dem politischen Programm der Grünen ablenkt und obendrein nur den eh schon vorhandenen Personenkult in der Politik weiter verstärkt. Die 18,6% Erststimmen gegenüber 14,3% Zweitstimmen im Hamburger Wahlbezirk Nord für die GAL-Kandidatin Krista Sager sind für die BefürworterInnen der Direktkandidatur ein Beweis für den Erfolg dieser Kampagne. Aus ihrer Sicht hat sich gezeigt, daß sich über eine gut geführte Direktwahlkampagne auch das Zweitstimmenergebnis verbessern läßt.

Interessanter in unserem Zusammenhang ist aber die Frage, wie die GAL ihr zukünftiges Verhältnis zur SPD und zur PDS sieht. Die GAL will die Sozialdemokratie stärker nach links drängen. Sie will in Zukunft verstärkt auf eine Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen, insbesondere den Kirchen und Gewerkschaften, setzen, um die SPD wieder auf den Kurs zu bringen, der nach Ansicht der GAL "echt" sozialdemokratisch und somit für die Grünen bündnisfähig ist.

Demgegenüber finden sich diejenigen in der GAL in der Minderheit, die ein stärkeres Zugehen auf die PDS befürworten. Da die PDS in Hamburg ihr zweitbestes Ergebnis im Westen eingefahren hat, sehen es viele in der GAL als notwendig an, sich nicht nur mit der PDS zwecks Abgrenzung auseinanderzusetzen, sondern mit ihr enger zusammenzuarbeiten, da die PDS eine relevante Kraft im linken Spektrum sei. Doch bislang befindet sich diese Strömung noch in der Minderheit. Die Debatte in der GAL, wie weit sie sich dem konservativen Lager annähern will, wird nach diesen Wahlen erneut aufleben. Es wird darüber gestritten, ob sich die GAL analog zu einer modernen Volkspartei nach rechts, ins konservative Lager hinein entwickeln soll, um in diesem ihr WählerInnenpotential zu vergrößern. Die entgegengesetzte Position setzt mehr auf eine längerfristige Entwicklung, mehr auf eine politische Einwirkung auf das politische Spektrum, das derzeit mehrheitlich SPD und auch PDS wählt.

46. Spendenaufruf: 50.000 DM für ak!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak372/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:44

Die Blätter sind von den Bäumen gefallen, in den Regalen der Supermärkte türmen sich in buntes Stanniolpapier gehüllte Schokoladenhohlkörper, das Jahr neigt sich also seinem Ende entgegen. Der überwiegende Teil der erwerbstätigen Bevölkerung steht wie jedes Jahr um diese Zeit vor der Frage, welchem sinnvollen Zweck das demnächst zu erwartende oder schon erhaltene 13. Monatsgehalt - altmodisch-christlich auch "Weihnachtsgeld" genannt - zugeführt werden kann. Die oft genug ratlose und überforderte Redaktion von analyse & kritik kann hier klare Handlungsperspektiven angeben: Überweisungsträger ausfüllen und mit einer nicht zu kleinen Spende dazu beitragen, daß unser Spendenziel von 50.000 DM auch diesmal erreicht wird!

Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist eine Zeitung mit einer Auflage von 4.000 Exemplaren und fast ohne Werbeeinnahmen ein Unding. Andererseits sind die Verkaufszahlen einigermaßen stabil; mehr als die Hälfte der Auflage geht an AbonnentInnen. Da das so ist und uns zuweilen sogar lobende und aufmunternde Zuschriften erreichen, haben wir uns dafür entschieden, auch im 24. Erscheinungsjahr von ak (was einstmals Arbeiterkampf meinte, heute analyse & kritik bedeutet) weiterzumachen.

Allerdings müssen wir, um die Existenz der Zeitung zu sichern, dem kapitalistischen Konkurrenzsystem ein Schnippchen schlagen. Sozialistische Umverteilung ist das Gebot der Stunde: Wer mehr hat, soll auch mehr zahlen und so den ak-LeserInnen mit schmalem Einkommen den Kauf der Zeitung zu einem halbwegs erschwinglichen Preis ermöglichen.

Anders als im letzten Jahr können wir nicht garantieren, daß bei erfolgreicher Spendensammlung unseren Leserinnen und Lesern eine Preiserhöhung erspart bleibt. Die Kosten sind schon in diesem Jahr erheblich gestiegen, und die in diesem Jahr vereinbarte "Nullrunde" bei den ohnehin geringen Gehältern der wenigen bezahlten Kräfte soll im nächsten Jahr nicht wiederholt werden. Unter der Rubrik "ak-intern" würden wir im Frühjahr 1995 gern folgende Schlagzeilen bringen: "Nullrunde durchbrochen!" und "Existenz von ak für ein weiteres Jahr gesichert!" Wer das lesen möchte, muß zahlen: Je mehr desto besser, aber auch kleine Spenden sind willkommen.

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Heinrich Eckhoff

Kontonummer: 464584-204

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

47. Die Lage der DKP auf kommunaler Ebene

CD-Datei: daten/aksuche/ak372/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:20

"Die DKP kämpfte in Bottrop, Gladbeck, Gevelsberg und Düsseldorf-Gerresheim um die Verteidigung von 15 Mandaten. Vor Ort war der Kampf aufopferungsvoll. Aus benachbarten Kreisen und aus den Bezirken kam auch Unterstützung. Aber die DKP-Mandate konnten nicht gehalten werden." (UZ v. 28.10.) So die Sprecher der DKP in besagter UZ-Ausgabe zum Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen in NRW. Dies ist zunächst einmal eine herbe Niederlage und dies nicht nur für die DKP. Es ist auch ein Bild von der politischen Stimmung im Lande, wenn in einem Land wie NRW, einer der Hochburgen der DKP, die Partei aus der parlamentarischen Landschaft verschwindet. Bei aller Kritik an der DKP, damit verschwindet auch ein Stück politischer Kultur. Doch wie sieht die DKP selbst nun diese Niederlage?

Zunächst einmal wird die Ursache im Wahlverhalten der Mehrheit der Bevölkerung gesucht. Diese habe "durchgewählt". Damit meint die DKP, daß die Leute ihr Wahlverhalten bei der Bundestagswahl gleichsam wie bei einem Durchschreibblock auf die Kommunalwahlen übertragen haben.

Abgesehen von der Fragwürdigkeit dieser Interpretation stellt die DKP fest, daß es ihr nicht gelungen ist, ihr bisheriges WählerInnenpotential zu mobilisieren. Hierfür ist nach Ansicht der UZ vom 28.10.94 folgendes verantwortlich: "Eine wesentliche Rolle spielt der Zusammenbruch des realen Sozialismus. In ihm hatten die DKP und nicht wenige ihrer Wähler eine Alternative zum beschissenen Kapitalismus gesehen. Sein Scheitern führte bekanntlich zu einer tiefen Krise der Partei, die Langzeitfolgen hat. In den sogenannten Hochburgen verlor die DKP 50 bis 70 Prozent ihrer Mitglieder. Ein schmerzhafter Aderlaß, denn das war ein enormer Verlust an Engagement, Können, Wissen und Einfluß in den verschiedensten Bereichen." Auch nach eigenem Verständnis hat sich die DKP von diesem Verlust noch nicht wieder erholt. Es sei jedoch an dieser Stelle die Frage erlaubt, wieso diese Entwicklung, die ja nicht gerade neu ist, jetzt als Begründung für das schlechte Abschneiden der DKP daherkommt. Ist es nicht vielmehr so, daß aufgrund obiger Entwicklung ein solches Wahlergebnis zu befürchten, ja vielleicht sogar zu erwarten war?

Aber derartige Überlegungen scheinen den Autor der UZ, Hubert Reichel, nicht anzufechten. Aus Sicht des UZ-Kommentators Hubert Reichel steht jetzt an, neues Leben für die Partei zu organisieren: "Die ersten Überlegungen nach der Wahl gehen dahin, die außerparlamentarische Arbeit planmäßig und organisiert zu verstärken, mehr Kommunistinnen und Kommunisten als aktive Interessenvertreter zu profilieren ..." Diese Schlußfolgerung kann mensch durchaus noch nachvollziehen, doch wie Reichel zu seinem Schlußsatz gelangt, bleibt mir schleierhaft: "Zu den wichtigsten Erfahrungen des letzten Kommunalwahlkampfes zählt die Tatsache, daß es möglich ist, neue Mitglieder für die DKP zu gewinnen und müde gewordene, resignierte Mitglieder erneut für eine aktive Mitarbeit zu motivieren." (UZ v. 28.10.) Für einen derartigen Abschluß des Artikels in der UZ zum Kommunalwahlkampf in NRW gibt es nach meiner Ansicht keinerlei Anlaß, es sei denn, Hubert Reichel hat den LeserInnen etwas verschwiegen, was ihn zu diesem hoffnungsvollen Ausblick kommen läßt, anstatt zu sagen wie die unten aufgelisteten Ergebnisse es nahelegen: Die DKP ist aus den kommunalen Parlamenten in NRW verschwunden.

Hier noch zum Abschluß die Ergebnisse in den eingangs erwähnten Städten: Gladbeck: 4,7 Prozent (1990: 8); Bottrop: 3,8 Prozent (9,3); Gevelsberg: 1,8 Prozent (6,5) und Düsseldorf-Gerresheim: 3,1 Prozent (6,9).

as

48. Quelldatei 26.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak372/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:26

Kalender

NS-Architektur in Bayern

Die bisher nur im Stadtmuseum München gezeigte Ausstellung Bauen im Nationalsozialismus, Bayern 1933-1945 ist nun, ergänzt um die Sonderausstellung Bauen in Nürnberg 1933-1945, seit Oktober auch in Nürnberg zu besichtigen. Indirekt auf die Debatte um "Nazikunst im Museum" eingehend, schreiben die Ausstellungsmacher: "Da in Ausstellungen die Objekte durch eine distanziert-auratische Präsentation und eine museumsspezifische Erwartungshaltung des Besuchers zudem fast zwangsläufig ästhetisiert werden, ist eine Präsentation von Objekten der NS-Zeit besonders problematisch. Und trotzdem kann das Thema auch für Ausstellungen nicht verdrängt werden; denn wer die Produkte aus der Zeit des Nationalsozialismus versperrt, dämonisiert sie nur, macht sie damit interessant und leistet falschen Interpretationen Vorschub." - Die Ausstellung allein dürfte kaum geeignet sein, die angestrebte "Information und Aufklärung" zu erreichen. Begleitend werden jedoch rund fünfzehn Veranstaltungen - Vorträge, Führungen und Filme - geboten, die geeignet sein können, die von den Ausstellungsmachern zu Recht befürchtete "Ästhetisierung" aufzuheben.

Bis zum 5.1.95, Kommunikationszentrum (KOMM) Nürnberg: Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933-1945. Mittwochs bis samstags 17-22 Uhr, sonntags 13-18 Uhr. - Die Veranstaltungen finden ebenfalls im KOMM statt. Das Programm ist zu erhalten beim KOMM-Bildungsbereich, Königstr. 93, 90402 Nürnberg.

Prozeß gegen Birgit Hogefeld

Der am 15.11.94 gegen Birgit Hogefeld begonnene Prozeß (s. ak 371) wird fortgesetzt am 17.11., 24.11., 29.11., 1.12., 6.12., 8.12. 13.12., 15.12., 20.12., 23.12.94; 3.1., 5.1., 10.1., 12.1., 17.1., 30.1.95 - jeweils ab 9.30 Uhr im Oberlandesgericht Frankfurt im Gerichtsgebäude E, Saal II, Hammelsgasse 1.

Linke Opposition in Moskau

Berliner Filmemacher haben in den Jahren 1992/93 ein Dokumentarvideo von ihren Gesprächen mit Angehörigen der linken Opposition in Moskau aufgenommen. Zu Wort kommen VertreterInnen des Unabhängigen Frauenforums, der Partei der Arbeit, der Moskauer Gewerkschaftsföderation, der syndikalistischen Gewerkschaft SMOT, der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei, des Antifaschistischen Zentrums und anarchistischer Gruppen. - In Anwesenheit von jeweils einem der beiden Filmemacher wird die Dokumentation aufgeführt am

19.11.: Hamburg, Rote Flora; 21.11.: Kiel (Ort?); 25.11.: Göttingen, Theaterkeller; 26.11.: Kassel, Autonomes Zentrum Bazille; 29.11.: Oldenburg: Filmtage; 30.11.: Leer, Jugendzentrum; 8.12.: Köln, Alte Feuerwache. (Die Anfangszeit ist bei den jeweiligen Veranstaltungsorten zu erfragen.)

Antifaschistisches Kino

Die Film-AG der Hochschul-Antifa Hamburg zeigt im Wintersemester Spiel- und Dokumentarfilme zu den Themen Faschismus, Rassismus und Widerstand.

21.11.94: Komm und sieh. UdSSR 1985, Elem Klimov, 146 Min., Spielfilm.

1.12.94: Mir zeynen do! BRD 1992, Ingrid Strobl, 90 Min., Dokumentarfilm.

12.12.94: Die Entscheider, BRD 1993, 30 Min., Dokumentarfilm. Und: Fluchtgrenzen, BRD 1994, Querblick Konstanz, 30 Min., Dokumentarfilm.

15.12.94: Drachenfutter, BRD 1987, Jan Schütte, 75 Min., Spielfilm. Und: Ausgrenzen - Abschieben, BRD 1994, Medienwerkstatt Freiburg, 27 Min., Dokumentarfilm.

Alle Filme werden im Hörsaal A des Uni-Hauptgebäudes, Edmund-Siemers-Allee 1, Hamburg gezeigt. Jeweils 18.15 Uhr. Kostenbeitrag 3 DM.

Folter und Mediziner

In einer gemeinsamen Veranstaltung von amnesty international, dem Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer und der Ärztekammer Berlin werden sowohl die Schicksale verfolgter Ärztinnen und Ärzte aus verschiedenen Ländern dargestellt wie Beispiele einer Komplizenschaft oder Beteiligung von MedizinerInnen an Folter, Zwangsamputationen und Hinrichtungen. Als ReferentInnen haben VertreterInnen von u.a. Physicians for Human Rights (Boston), des International Research Center for Torture Victims (Kopenhagen) und des Medical Office von ai (London) zugesagt.

23.11.94., 19.30 Uhr im Universitätsklinikum Charité, Berlin.

Politische Justiz in der BRD

Während allenthalben von der politische Justiz in der DDR die Rede ist, wird die Tatsache, daß es auch in der (alten) Bundesrepublik eine politische Justiz gegeben hat - mit gravierenden strafrechtlichen Folgen für die Betroffenen und ihre Angehörigen, die in der Mehrzahl der Linken zuzuordnen sind - vertuscht. - Rolf Gössner spricht über "Vergessene Justizopfer des Kalten Kriegs" am

25.11.94, 19.30 Uhr in der Heinrich-Heine-Buchhandlung, Schlüterstr. 1, Hamburg.

Chinas Zukunft

Über Chinas Zukunft streiten Joachim Bischoff, Redakteur der Zeitschrift "Sozialismus", und Wolfgang Müller, "Konkret"-Autor, am

2.12.94, 19 Uhr, im Pferdestall, Allendeplatz 1, Universität Hamburg.

Hegel oder Kommunismus?

Die Berliner Broschürengruppe, der als Beleg für die unterstellte Revolutionsabneigung des (gespaltenen) KB nur einfällt, daß der frühere "Arbeiterkampf" nun "Analyse und Kritik" heißt, veranstaltet eine Reihe von Podiumsdiskussionen zu ihrer Publikation "Triple Oppression und bewaffneter Kampf". Über "Kritische Theorie und linksradikale Politik. Hegel - Staat - Autonomie / Kritische Theorie oder revolutionärer Marxismus?" debattieren Johannes Agnoli, Maria Mies, Manon Tuckfeld, Alex Demirovic und einE VertreterIn der Broschürengruppe am

2.12.94, 17.30, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, Berlin.

Elf Tage später steht die Frage "Für den Kommunismus - mit oder ohne triple oppression-Theorie?" Hierüber diskutieren Jörg Stoll, VertreterInnen von Bolschewik Partisan, der Kommunistischen Plattform in der PDS, der Vereinigten Linken und der Broschürengruppe am

13.12.94, 18 Uhr, Mehringhof, Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, Berlin.

(Einige der angeführten RednerInnen sind erst angefragt worden.)

Basso-Tribunal zum Asylrecht

Das "Ständige Tribunal der Völker" wurde von dem italienischen Senator und Sozialisten Lelio Basso gegründet und versteht sich als Nachfolgeorganisation der Bertrand-Russell-Tribunale, die sich u.a. mit den US-amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam und den Menschenrechtsverletzungen in der BRD befaßten. In Form einer symbolischen Gerichtsverhandlung bieten die Basso-Tribunale den Opfern von Menschenrechtsverletzungen ein quasi-juristisches Forum, bei dem konkrete Fälle von Verstößen gegen nationale oder internationale Rechtsnormen untersucht und die damit verbundenen Zusammenhänge analysiert werden sollen. (Das Basso-Tribunal befaßte sich z.B. 1988 in Berlin, parallel zur dortigen IWF- und Weltbank-Tagung, mit der Politik dieser Institutionen.) Thema des im Dezember in Berlin stattfindenden Tribunals ist das Asylrecht in Europa. Der Vorstellung der Hauptanklagepunkte werden folgen: Länderberichte zur Beweiserhebung aus europäischen Staaten, Expertenberichte zu Fluchtursachen und restriktiver Asylpolitik und das Plädoyer von Anklage und Verteidigung. In nichtöffentlicher Sitzung wird der Urteilsspruch durch die Jury des Tribunals erarbeitet, der danach öffentlich vorgetragen wird.

8.-12.12.94, Berlin. Nähere Informationen beim Sekretariat des Basso-Tribunals c/o AStA TU, Marchstr. 6, 10587 Berlin.

49. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak372/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:35

Auschwitzliteratur

Am 1.1.95 wird das Fritz-Bauer-Institut - Frankfurter Lern- und Dokumentationszentrum des Holocaust eröffnet. Ein Ergebnis der mehrjährigen Vorarbeit der Arbeitsstelle zur Vorbereitung dieser Einrichtung ist die Reihe "Materialien" mit Aufsätzen und Dokumenten zu Antisemitismus, Schoah und Erinnerung. Als erste Ausgabe einer weiteren Reihe - "Verzeichnisse" - ist eine Annotierte Bibliographie der deutschsprachigen Auschwitzliteratur erschienen. (Unter "deutschsprachig" ist hier zu verstehen, daß neben den Publikationen aus der BRD, der DDR und Österreich auch die deutschen Titel aus Polen, Belgien, Frankreich, Israel, Luxemburg und der Schweiz angeführt werden.) Untergliedert ist die Bibliographie in: Darstellungen (u.a. Konzentrationslager, Holocaust, Auschwitz, "Auschwitz-Lüge"); Zeugnisse von Auschwitz- Häftlingen (u.a. Überlebensberichte, Kinder und Jugendliche, Sinti und Roma, Interviews, Kunst in und nach Auschwitz); Auschwitzprozesse (u.a. Aufsätze, Urteile); Bildbände; Literatur (u.a. Romane, Comics); Filmbücher; Nach Auschwitz; Auschwitz und Erinnerung. Diese sinnvolle Gliederung ermöglicht ein rasches Auffinden von Publikationen auch zu bestimmten Detailbereichen des Gesamtgebiets. Etwa die Hälfte der angeführten Titel ist mit einer knappen Inhaltsangabe versehen. Diese Bibliographie ist ein wertvolles Arbeitsmittel für alle, die sich intensiver mit der Schoah auseinandersetzen, ihre Literaturkenntnis aber nicht auf ein zufälliges Buchhandelsangebot beschränkt wissen wollen.

Werner Renz: Auschwitz. Annotierte Bibliographie der deutschsprachigen Auschwitzliteratur. Frankfurt (Arbeitsstelle Fritz-Bauer-Institut) 1994. 56 S., 5 DM. ISBN 3-88270-805-0.

Roma

Jekh chib - Mit einer Zunge reden - ist der Titel der vom Rom e.V. herausgegebenen Zeitschrift die, so der Untertitel, Materialien zur Situation der Roma und der BRD publiziert. "Mit einer Zunge reden" ist nicht allein im politischen Sinne, sondern auch ganz direkt zu verstehen: Der gleichsam rote Faden der vorliegenden Ausgabe ist das Bemühen um Romanes, die Sprache der Roma, die von den meisten jedoch nicht mehr gesprochen wird. Im ersten Teil der aktuellen Ausgabe wird die "strategische Diskussion zwischen den Rom-Organisationen" anhand von Resolutionen, Stellungnahmen und Interviews dokumentiert, im zweiten Teil über die Situation der Romanes in Europa informiert. Im dritten Teil geht es nicht allein um die Frage "Sollen Gadsche (Nicht-Roma; Anm. ak) Romanes lernen?", sondern auch um die Problematik der Zusammenarbeit von Roma und Gadsche.

JEKH CHIB. Materialien zur Situation der Roma und der BRD. Hg.: Rom e.V. Nr. 3, September 1994. 72 S., 6 DM.

Dritte Welt - literarisch

Wenn es mittlerweile auch in die Nähe einer Phrase geraten ist, bleibt es doch wahr: Zahlreiche Gebiete der Literatur sind "unüberschaubar" geworden, hierzu gehört auch die Belletristik der sog. Dritten Welt. Abhilfe verschafft hier der Katalog Quellen, in dem alle in deutscher Übersetzung vorliegenden und (im Herbst 1994) lieferbaren zeitgenössischen belletristischen Werke von Autorinnen und Autoren dieser sog. Dritten Welt aufgelistet werden - eingeteilt in die Abschnitte Afrika, arabische Welt, Asien/Ozeanien, Karibik, Lateinamerika und Trikontinental und jeweils unterteilt nach den einzelnen Ländern. "Unüberschaubar" ist diese Literatur jedoch nicht allein aufgrund ihrer Menge, sondern auch, weil es schon recht genauer Kenntnisse bedarf, um die Spreu vom Weizen zu scheiden. Hier helfen leider auch die Quellen nicht weiter, da sie nur den vollständigen Titel nebst Umfang-, Preis- und weiteren Bestellangaben anführen. Es wäre zu wünschen, daß sich die Redaktion der Quellen künftig das Gesamtverzeichnis der Bücher zu Lateinamerika (Hg.: Der andere Buchladen, Köln; Informationsstelle Lateinamerika, ila, Bonn) zum Vorbild nehmen würde, ist doch dort fast jeder einzelne Titel mit einer Kurzrezension versehen, die eine erste Auswahlhilfe gibt.

Quellen. Zeitgenössische Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika in deutschen Übersetzung. Hg. von der Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika e.V. Frankfurt, 1994/95. 251 S., Schutzgebühr 6 DM.

Internationalismus

Im Oktober-Heft der blätter des iz3w wird die in der vorherigen Ausgabe begonnene Serie zur "Zukunft der Solidaritätsbewegung" fortgeführt. Die BeiträgerInnen erörtern "Kuba-Solidaritäten", die Arbeit von Hilfswerken in Kurdistan-Irak, den Anti-Rassismus der Dritte-Welt-Bewegung, die Politik der Gesellschaft für bedrohte Völker und den Lobbyansatz. In einem Interview mit dem Mittelamerika-Komitee Freiburg geht es sowohl um die Fehler bisheriger Solidaritätsarbeit wie um die Konsequenzen, die diese Gruppierung aus ihrer fast fünfzehnjährigen Arbeit gezogen hat.

blätter des iz3w. Nr. 201, Oktober 1994. 60 S., 7,50 DM.

Duisburger Studierendenmagazin

Was ist von einer StudentInnenzeitschrift zu erwarten? Hochschulpolitisches, örtlich, bestenfalls überregional interessant. Ja - aber die Sonderausgabe von Basta!, des Duisburger Studierendenmagazins, ist ganz anders. Wir finden dort zum Beispiel die richtungweisende Parole "Die richtige Fortsetzung des Hochschulkampfes ist der proletarische Klassenkampf", eine Parole, die heutzutage wohl selbst die MLPD nicht mehr zu äußern wagen würde, im Jahre 1970 aber gar nicht so exotisch erschien. Überraschend ist allerdings der Autor dieser Äußerung - hier sei nur soviel verraten, daß es sich um einen späteren Grünen-Politiker handelt, der aus dieser Partei austrat, weil sie sich nicht entschieden genug für einen Militäreinsatz in Jugoslawien einsetzen mochte. Das aber ist nur ein heiterer Splitter in Basta! Wesentlich und umfangreich geht es auf zwanzig Zeitungsseiten plus elf Seiten Dokumentation plus drei Seiten Bibliographie zur StudentInnenbewegung um "1968 und danach". Zum Nachlesen für die (wenigen verbliebenen), die "1968" nicht auf eine Jugendtorheit reduzieren - vor allem aber für die Nachgeborenen, denen diese Basta!-Ausgabe, die anläßlich des 15. Todestages von Rudi Dutschke erscheint, aufs Nachdrücklichste empfohlen sei.

Basta! Das Duisburger Studierendenmagazin. Sonderausgabe, Wintersemester 1994/95. Bezug über: AStA Uni-GH-Duisburg, Lotharstr. 63-65, 47048 Duisburg. Einzelpreis 3 DM plus Versand, ab 100 Ex. 2 DM plus Versand.

50. Quelldatei 49.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak372/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:49

Chronik

3./4. April 1992: Treffen der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" in einem China-Lokal in Berlin. Die DL ist in jenen Tagen u.a. damit beschäftigt, eine Veranstaltung mit dem revisionistischem Historiker David Irivng vorzubereiten. Ein ausländischer Blumenverkäufer und ein türkischer Gast werden rassistisch beleidigt und bedroht. Letzterer benachrichtigt seine Bekannten, die späteren Angeklagten. Die beschließen, das Nazi-Treffen auseinanderzujagen. Acht Antifaschisten stürmen später in das Lokal. In der tumultartigen Situation werden u.a. die Nazis Thaler durch Messerstiche schwer und Gerhardt Kaindl tödlich verletzt.

6. April 1992: Für die 20-köpfige Sonderkommission des polizeilichen Staatsschutzes steht bereits am nächsten Tag fest, daß die Täter aus einer "gutorganisierten linksradikalen Kreuzberger Gruppe" kommen.

12. Mai 1992: Nach Wochen intensiver Observation und Anquatschversuchen des Staatsschutzes kommt es zu zehn - wie gewohnt brutalen - Hausdurchsuchungen und Ausageerzwingungsversuchen. Die Ermittlungen verlaufen nach diesem Flop scheinbar im Sande.

Oktober 1992: Das Hausblatt der DL, die "Deutsche Rundschau", meldet, daß die Polizei bereits die Namen der "acht Täter ermittelt" habe. Sie würden allesamt der türkischen Gruppe "Antifasist Gençlik" angehören. Einer der geschädigten Nazis, Thaler, gibt gegenüber der taz (23.11.93) an, ihm seien in der Vernehmung durch den Berliner Staatsschutz Name, Wohnanschrift und Autokennzeichen eines mutmaßlichen Tatbeteiligten genannt worden. Thaler kam zu dem Schluß, "daß ich offenbar mehr erfahren sollte, als es normalerweise bei solchen Befragungen üblich ist."

13. November 1993: Erkan stellt sich dem Berliner Staatsschutz und macht umfängliche belastende Aussagen. Er ist jedoch zu dem Zeitpunkt psychisch krank. Nach drei Tagen werden Fatma und Mehmet festgenommen. Die Bullen halten ihnen die Pistole an den Kopfund drohen, sie abzuknallen. Weitere zwei Tage später stellt sich Abidin der Polizei. Am 2.12. wird Bazdin festgenommen. Auch er macht umfängliche belastende Aussagen.

15. April 1994: Anklageerhebung wegen "Mord" an Kaindl und sechsfachem "Mordversuch". Mordmerkmal sollen niedere Beweggründe der Angeklagten in Form "politisch motivierten Hasses" sein.

14. Juli 1994: Sefkan wird verhaftet, als er auf dem Weg ist, sich zu stellen. Sechs Wochen später stellt sich schließlich noch Carlo. Vier weitere AntifaschistInnen bleiben untergetaucht.

20. September 1994: Prozeßeröffnung

51. Quelldatei ff-1.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak372/ff-1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:372:ff-1

demokratische Rechte". Der Wiener Korrespondent des Rheinischen Merkur, Peter Meier-Burgfeld, hetzt gegen den Feminismus: "Der Staat muß (...) vom Leben seiner Söhne als Soldaten zehren, das kann keine Frauenmoral billigen."

Der Ende September ausgerechnet in der taz veröffentlichte "Berliner Appell - Wehret den Anfängen!" schlug in dieselbe Kerbe: Warnung vor dem erneuten Vormarsch des Sozialismus in Gestalt der PDS, Protest gegen die "Hexenjagd auf Konservative". Auch wenn sich beispielsweise Sarah Kirsch später von ihrer Unterschrift distanzierte (was die Initiatoren nicht gelten lassen wollen), gelang es Zitelmann und Co., ein interessantes Spektrum auf dieser Plattform zu vereinigen: Neben ihm selbst und dem Herausgeber des Ullstein-Sammelbands, Heimo Schwilk, waren dabei: Heinrich Lummer, Berliner CDU-Rechtsaußen und immer wieder als möglicher Kandidat einer rechten Formierung genannt; Alfred Dregger, ausgemusterter CDU-Hardliner; Kanzlerberater Basilius Streithofen, wegen antisemitischer Äußerungen ("Die Juden sind mit die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers") aufgefallen; aber auch Freya Klier und Wolfgang Templin.

Zitelmanns Bemühungen gehen also weit über eine innerparteiliche Diskussion in der FDP hinaus. Er ist heute einer derjenigen, die den neurechten Diskurs an prominenter Stelle führen und der offenbar jetzt eine Gelegenheit sieht, seine Vorstellungen in konkrete (Partei-)Politik umzusetzen. Zitelmann ist Chef der Welt-Beilage "Geistige Welt" und war zuvor Cheflektor der Verlage Ullstein und Propyläen, die im Besitz von Herbert Fleissner sind. Fleissner, Alleingeschäftsführer der drittgrößten Buchverlagsgruppe (nach Bertelsmann und Holtzbrinck) in der Bundesrepublik, Ullstein-Langen-Müller-Herbig, ist Mitglied des revanchistischen "Witiko-Bundes" und Träger der Plakette für Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht, die vom "Bund der Vertriebenen" (BdV) gestiftet wird. Er gehört auch zum engsten Unterstützerkreis der rechtsintellektuellen Wochenzeitung Junge Freiheit (JF).

Zitelmann selbst genießt bis weit ins extrem rechte Lager Anerkennung: Karl Richter, Chefideologe der neonazistischen "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL), bezeichnete ihn in Nation + Europa, dem bedeutendsten ideenpolitischen Organ bundesdeutscher Rechtsextremisten, als "talentierten Nachwuchshistoriker".

Auch die beiden Herausgeber des Ullstein-Sammelbandes sind bei Springers Welt tätig: Ulrich Schacht arbeitet dort als Kultur-Chefreporter, Heimo Schwilk ist Ressortleiter Kultur. Schwilk war Autor des JF-Vorgängers Student und ist langjähriger Autor in der Zeitschrift Criticon, die sich selbst als "Kristallisationspunkt für konservative Intelligenz jenseits des niedergehenden Milieus der Unionsparteien" definiert und gemeinsam mit der JF an der Rekonstruktion eines "Konservatismus" rechts von CDU und CSU arbeitet.

Daß die Autoren des Berliner Manifests tatsächlich eine Kursänderung der FDP erreichen werden, ist eher unwahrscheinlich. Der Verfasserkreis jedenfalls gehört zu einem Diskussionszusammenhang der deutschen Rechten, der immer wieder und bislang immer ohne Erfolg versucht hat, eine rechte Partei zu etablieren, die parlamentarisches Gewicht gewinnen kann. Gerade die Beschwörung einer Wiederkehr des Sozialismus (!), gegen die die Besinnung des Liberalismus auf die Nation zu setzen sei, erinnert dabei fatal an die "Nationalliberale Aktion" um Erich Mende und Siegfried Zoglmann, mit der zwischen 1969 und 1972 eine SPD/FDP-Koalition ausgehebelt werden sollte. Der damalige Versuch scheiterte knapp, die führenden Vertreter der NLA fanden in der CSU/CDU neue Futterkrippen.

Bündnispartner für eine FDP-Abspaltung könnten von Stahl, Zitelmann und Co. aus Manfred Brunners "Bund Freier Bürger" gewinnen, der Anfang dieses Jahres einen ähnlichen Versuch gestartet und in weiser Voraussicht des sicheren Scheiterns ganz auf seine großspurig angekündigte Bundestagskandidatur verzichtet hatte.

REPs kaputt ?

Ganz den Eindruck eines Boxers, der die letzten Runden nur noch mit offener Deckung übersteht, machten spätestens seit ihrem Scheitern bei den Europawahlen die REPs, bei denen im August dann der offene Kampf ausbrach: Die Mehrheit des Vorstands versuchte, REP-Chef Schönhuber wegen seines Techtelmechtels mit der bislang immer als absolute Konkurrentin betrachteten "Deutschen Volksunion" (DVU) des Gerhard Frey abzusetzen. Gegen diesen Beschluß seiner Kollegen bemühte Schönhuber die Gerichte, die seinen endgültigen Ausschluß aus der Partei vom Votum eines Parteitages - darauf hatte Schönhuber geklagt - abhängig machten. Dieser Parteitag soll nun Ende November stattfinden. Ob Schönhuber dort - wie schon vor Jahren bei seiner ersten "Entmachtung" - noch einmal gewinnen kann, ist nicht vorauszusagen. Unklar ist auch, ob Schönhuber seine Ankündigung vom Sommer, freiwillig zurücktreten zu wollen, angesichts der Querelen wahrmachen wird. Je nach Ausgang dieser Entscheidung aber werden die Republikaner sich in der Diskussion um eine rechte Perspektive wohl unterschiedlich verhalten.

Seit Wochen trommelt der DVU-Vorsitzende Frey in seinen Zeitungen (Deutsche Nationalzeitung und Deutsche Wochenzeitung) gegen die Schönhuber-Kritiker. Frey rechnet den REPs vor, daß sie bei den letzten 26 Wahlen immer dann scheiterten, wenn sie nicht im Bündnis angetreten waren oder in Absprache mit der DVU einen Alleingang versucht hatten. Schönhubers Gegner werden in Freys Zeitungen als die "Brutus-AG" bezeichnet; Schönhuber-Gegner Alexander Hausmann sei ein Freimaurer mit Beziehungen zu amerikanischen Wallstreet-Logenbrüdern; der baden-württembergische REP-Chef Schlierer wirke so, "als habe Fernseh-Ulknudel Harald Schmidt etwas mit TV-Kobold Fred Feuerstein gehabt" (Originalton DNZ). Selbst die Mobilisierung übelster antisemitischer Vorurteile fehlt nicht: Hausmann sei "jüdischer Herkunft (an sich gewiß nicht ehrenrührig!)." (DWZ, 28.10.94) Ganze Leserbriefseiten werden mit Meinungsäußerungen gegen die Spalter Schlierer und Hausmann gefüllt.

Ganz offensichtlich will Frey die Schönhuber-Fraktion bei den REPs beerben. Wie die ausgetretene Bundesschriftführerin der REPs, Martina Rosenberger, enthüllt hat, war Schönhuber schon seit längerem bereit, mit der DVU zusammenzuarbeiten. Er war z.B. dafür, die zerfallene DVU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag bei den REPs aufzunehmen. Eine Zusammenarbeit sei aber jeweils eher an Frey denn an Schönhuber gescheitert. Ob Freys gegenwärtige Umarmungsstrategie auch dann noch Bestand hat, wenn Schönhuber erneut für den REP-Vorsitz kandidiert, bleibt abzuwarten.

Ähnliches Interesse an der rechten REP-Erbmasse hat im übrigen auch Günther Deckert, Vorsitzender der NPD und gerade erneut wegen Volksverhetzung vor Gericht, geäußert. Er, der auch in der Vergangenheit immer wieder Bündnisse im rechten Lager initiiert hatte, schlägt eine "offensive Umarmung" der REPs vor. Alle "nationalen Gruppen und Parteien" sollten im Rahmen des NPD-Modells "Bündnis Deutschland" die Grundlage für "nationale Wahlerfolge" schaffen. Ob er allerdings von Frey und Co. als Bündnispartner ernst genommen wird, ist mehr als zweifelhaft.

Ganz kampflos werden aber die Schönhuber-Gegner bei den REPs das Terrain nicht räumen. Insbesondere Hausmann und Schlierer orientieren sich dabei traditionell stärker in Richtung des rechten Randes der Union. Insbesondere Schlierer konnte in seinem Wahlkreis in Stuttgart mit 4,9% ein für REP-Verhältnisse sehr gutes Ergebnis erzielen und peilt nun eine CDU/REP-Koalition bei den Landtagswahlen 1996 an: "Wir werden einmal die Korsettstange für die Union werden."

Mit dieser Zielsetzung trifft sich Schlierer durchaus mit dem rechten Flügel der Berliner FDP. Immerhin ist auch Schlierer fest eingebunden in die rechten Diskussionszusammenhänge, in denen sich Zitelmann heute bewegt. Schlierer nahm beispielsweise an der "Sommeruniversität" 1994 der Jungen Freiheit teil. Er war jahrelang Mitglied des "Studienzentrums Weikersheim" und teilweise in dessen Kuratorium. Ob ihm mit einer Trennung vom rechten REP-Flügel die erneute Annäherung an diese Kreise gelingt und ob er die für eine Zusammenarbeit notwendige konservative Reputation gewinnen kann, bleibt abzuwarten.

Business as usual ?

Eine Partei rechts der Union zur dauerhaften Absicherung einer rechtsbürgerlichen Koalition - davon träumt die bundesdeutsche Rechte seit Jahrzehnten. Mit den REPs schien noch vor zwei Jahren eine Kraft zu existieren, die diese Rolle hätte einnehmen können. Doch auch diesmal kam es anders. Die eigene rechte Programmatik der Union, verbunden mit einer Abgrenzung gegen rechts, die ausdrücklich auch die REPs als nicht koalitionsfähig ausschloß, machte die Hoffnungen der Rechten bis auf weiteres zunichte. Bestrebungen

innerhalb der Union, diese Abgrenzung zu durchbrechen und selbst aktiv an einer solchen Bündnisstrategie zu arbeiten, kamen nicht zum Zug. Lediglich ein CDU-Bundestagsabgeordneter, Rudolf Krause aus Thüringen, und einige wenige Landespolitiker verließen die Union nach rechts. Alle anderen, die lange Zeit in konservativen Gesprächskreisen, in Institutionen der "Braunzone" wie dem "Studienzentrum Weikersheim", die Zusammenarbeit mit den REPs und freien Strömungen des rechten Diskurses gesucht hatten, beugten sich der Parteiräson.

Ob diese Disziplin aber angesichts der knappen Regierungsmehrheit eine Legislaturperiode lang Bestand haben kann, ist eher zweifelhaft. Die faktische Notwendigkeit für die CDU, sich in allen wichtigen Gesetzesvorhaben mit den Sozialdemokraten in einer faktischen großen Koalition zu arrangieren, schafft auch Handlungsfreiheit auf dem rechten Flügel. Die Startplätze für die nächsten Versuche werden jetzt schon verlost.

ES, Hamburg